

1. Einleitung: Die globale Dimension der Sicherheitspolitik

Der deutsche Europawissenschaftler Werner Weidenfeld hat 1999 darauf hingewiesen, dass die Auswirkungen des Endes der seinerzeitigen bipolaren Weltordnung noch nicht im vollen Umfang bewusst geworden sind (Abschied von Metternich. Gedanken zur Zukunft internationaler Politik. In: Internationale Politik, 12/1999). Die immer noch instabile Lage am Balkan und die letzten Ereignisse dort verleiten dazu, die Analyse internationaler Politik nach wie vor in von alten nationalstaatlichen Machtkategorien geprägten Erklärungsmustern vorzunehmen. Es ist aber nur scheinbar so, dass sich die heute zu beobachtenden Machtkonstellationen in ihrer Logik nicht von den alten Denkformen unterscheiden. Tatsächlich verliert die gewohnte Herstellung internationaler Ordnung durch ein tradiertes Muster des Interessenausgleichs seine Gültigkeit. Die spezifischen Merkmale regionaler und globaler Entwicklungen an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert lassen sich damit nicht mehr erklären. Denn mit dem Ende der bipolaren Weltordnung haben sich die Interpretationskonzepte von damals aufgelöst.

Alleine schon der traditionelle Blick auf die Staatenwelt bringt größer werdende Orientierungsprobleme. Wer sind die großen Akteure und welche die möglichen Koalitionen und strategischen Partnerschaften in dieser schier unübersichtlichen Landschaft? Die Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg – und zuletzt der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens und andere Sezessionen – hat die Anzahl der selbstständigen Staaten von 68 (inklusive der fünf europäischen Zwergstaaten) im Jahr 2002 auf (je nach Zählweise) 192 bis 207 ansteigen lassen. In der Zeit der Ost-West-Konfrontation waren die meisten jungen Staaten wegen der globalen Dominanz der beiden Supermächte USA und Sowjetunion von diesen (und auch von China als dem dritten großen Akteur dieser Zeit) politisch, ökonomisch und ideologisch beeinflusst. Die damalige Situation bot wenig Möglichkeiten, eigenständiger Akteur in den internationalen Beziehungen zu werden. Seit dem Zerfall der so genannten bipolaren Weltordnung hat sich das geändert. Eine ganze Reihe von Staaten hat eine selbstständige und dominante Rolle für sich in Anspruch genommen. Neue Regionalmächte haben sich entwickelt und beanspruchen Ordnungsfunktionen für ihren Raum. Acht Länder verfügen bereits über einsatzfähige Atomwaffen; mehrere sind dabei, solche Waffen zu entwickeln. Insgesamt 25 Länder besitzen Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) und die dafür erforderlichen Trägersysteme oder sind dabei, sie zu entwickeln. In etwa zehn Jahren werden 80 Prozent des europäischen Territoriums im Einflussbereich ballistischer Raketen aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie des Maghreb liegen. Das zeigt, dass die geographische Distanz schwindet. Es wird künftig auch hinsichtlich militärischer Implikationen schwieriger sein, von ferner liegenden Konflikten unberührt zu bleiben. (Massenvernichtungswaffen im Besitz abenteuerlustiger Despoten würden sich unter anderem sehr gut zur Erpressung europäischer Länder eignen.) Man muss sich jedenfalls darauf einstellen, dass der Einsatz von Massenvernichtungswaffen und auch der Atomkrieg zur Erreichung politischer Ziele möglich geworden sind. Die Abschreckungslogik der Zeit des Kalten Krieges zwischen zwei berechenbaren Weltmächten, die den Atomkrieg damals sinnlos machte, weil er nicht gewonnen werden konnte, gilt heute nicht mehr uneingeschränkt.

Bei diesen Gegebenheiten ist es betrüblich, feststellen zu müssen, dass Europa noch keine neuen Ordnungsideen entwickelt hat und die EU selbst noch lange kein großer Akteur in der internationalen Politik ist. Es mangelt ihr dazu an strategischer und militärischer Handlungsfähigkeit; sie ist noch lange nicht zu einer internationalen Aktionseinheit zusammengewachsen. Auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ist zu berücksichtigen, dass die europäischen Staaten wegen ihres Bedarfes an strategischen Ressourcen (z.B. Energieimporte) und wegen ihrer starken Exportorientiertheit bei Krisen sehr leicht verwundbar sind.

Nationale Vorsorge für die äußere Sicherheit und insbesondere für die Landesverteidigung ist für europäische Länder passé. Maßnahmen dafür müssen im europäischen Rahmen erfolgen. Und für die sicherheitspolitische Forschung müssen neue Schwerpunkte zur Analyse der strategischen Situation gesetzt werden. Es gilt zu hinterfragen, welche globalen Ordnungsmodelle sich entwickeln werden, welche Rollen die größeren Mächte wie – außer den USA – China, Indien und Japan einnehmen werden und wie sich die Beziehungen dieser Länder untereinander sowie zu den USA und zu Russland entwickeln werden, was aus dem US-europäischen Verhältnis wird und was aus Russland wird, das aufgrund der Ungewissheit seiner inneren Entwicklung ein gewaltiges Störungspotenzial besitzt. Aus all dem zusammen resultiert die strategische Großwetterlage. Sie zu erfassen und ihre Entwicklung abschätzen zu können ist die Voraussetzung für die europäische Lagebeurteilung, aus der sich dann schließlich die nationale Sicherheitslage ergibt.

2. Geopolitische Überlegungen

Wenn man die Frage stellt, was nach dem Ende des so genannten Kalten Krieges wirklich neu ist, muss man akzeptieren, dass es statt neuer, moderner Ordnungsvorstellungen in sicherheitspolitischen Theorien viel Unbeweglichkeit gibt, die das Leben der alten Ordnungskonzepte verlängert, sowie auch noch immer ein vorherrschendes Denken in Kategorien der Ost-West- und Nord-Süd-Konfrontation. Das geschieht heute zwar in ideologiefreien Kategorien, aber immer noch nach geopolitischen Vorstellungen der „balances and counterbalances“. Und es darf nicht vergessen werden, dass die Hauptgegner im Kalten Krieg, die USA und Russland, noch immer ihre strategischen nuklearen Arsenalen aufrecht erhalten und damit eine antagonistische Grundkomponente in ihren Beziehungen erhalten haben. Die erste NATO-Osterweiterung hat noch sehr deutlich gezeigt, dass es nach wie vor eine Konfrontationssituation zwischen dem „Westen“ und Russland gibt. Trotz der Westöffnung Russlands unter Putin im Jahre 2001 unbeschadet des gemeinsamen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus gab und gibt es immer noch Elemente dieses Konfrontationsdenkens, so als ob der Ost-West-Konflikt noch nicht vollständig vorbei sei, sondern nur an Bedeutung verloren habe und im Falle eines Wiedererstarkens Russlands wieder neu auf der Agenda stehen könnte. Wenn das denkmöglich ist, dann muss die Grundlage dafür geopolitisches Denken sein, insbesondere in Russland.

Ist der Ost-Westkonflikt wirklich vorbei? Oder hat er sich nur mit dem Nord-Süd-Konflikt vermischt und ist von einer umfassenden Konfrontation (ideologisch, politisch, wirtschaftlich, militärisch) zu einem Wettbewerb um Einflussbereiche geworden? Auf der einen Seite stehen die USA, auf der anderen China und Russland als die Bannerträger einer multipolaren Weltordnung. Wie immer man diese Situation interpretiert, als Nachfolge des Ost-West- oder des Nord-Süd-Konfliktes oder als genuine neue Situation, auch hier gilt: Die Grundlage dafür muss geopolitisches Denken sein.

Es ist eine Tatsache, dass sicherheitspolitische Beziehungen zum Teil von geographischen Faktoren beeinflusst werden. Versuche eines einzelnen Staates, eine Hegemonie zu errichten, werden meist mit Machtpolitik beantwortet werden. Das wird immer augenscheinlicher werden als Gegengewicht zum starken Willen seitens der Amerikaner, eine Art von Weltführung zu erlangen. Die Frage ist, *wie* die mehr oder weniger großen Mächte darauf reagieren werden – auf eine eher antagonistische oder eine eher kooperative Art –, um eine multipolare Welt zu erhalten und auszubauen, die sich schon zu entwickeln begann, seit China Russlands Vorherrschaft innerhalb der kommunistischen Welt in den sechziger Jahren abgeschüttelt hat, seit Japan eine große Wirtschaftsmacht geworden ist und seit der Gemeinsame Markt die Europäische Union zu einer wirtschaftlichen Weltmacht gemacht hat. Ein bipolares System existierte nach den sechziger Jahren jedenfalls in einem militärisch-politischen Sinn und im Hinblick auf die Situation in Europa. Und eine eindeutig unipolare Welt mit unbestrittener US-Führung gab es wohl nur eine ganz kurze Zeitspanne nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit der amerikanischen Regie im Golfkrieg gegen den Irak (1991), also im Zeitraum von 1990 bis 1992/93.

2.1. Die Dekolonisierung als Grundlage der zukünftigen Weltordnung

Die Hauptänderung im Hinblick auf die grundlegenden Voraussetzungen für die Entwicklung einer neuen Geopolitik ist der Fortschritt der Dekolonisierung während der Ära des so genannten Kalten Krieges. Ungefähr hundert neue souveräne Staaten sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden. Aber die neuen Staaten konnten aufgrund der globalen Dominanz der zwei

militärischen Supermächte, die – genauso wie China – ihre Politik, ihre ideologische, soziale und wirtschaftliche Orientierung auf verschiedene Art beeinflussten, keine starken Akteure in den internationalen Beziehungen werden. Zum Teil waren diese neuen souveränen Staaten in Koalitionen oder Interessenssphären der Großmächte integriert; zum Teil versuchten sie, ihre eigene Rolle zu spielen. Aufgrund des Fehlens eines gemeinsamen strategischen Ziels innerhalb der – zahlenmäßig großen – Organisation der Blockfreien Staaten waren sie jedoch nicht sehr erfolgreich in der Gestaltung einer ihren jeweiligen Interessen entsprechenden Weltordnung beziehungsweise der globalen oder regionalen Machtausübung.

Nach der Desintegration dieser besonderen Konstellation einer „bipolaren“ Hegemonie der früheren Supermächte, die jeweils einen Teil der Welt in ihren Vorherrschaftsbereich integrierten oder zwangen und in der restlichen Welt im Wettbewerb um Einflussbereiche im Spitzenfeld lagen, somit gleichsam zusammen eine Art bipolares Vorherrschaftssystem aufrecht erhielten, stieg die Bedeutung einer Reihe von Regionalmächten. Diese Regionalmächte sind eigenständige Akteure geworden, deren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sowie deren strategische Dreieckbeziehungen zueinander die regionalen politischen Verhältnisse gestalten, aus denen sich wiederum die globale Situation ergibt.

Die große Anzahl von Ländern und ihre neu gefundene Handlungsfähigkeit machen eine – von den Vereinigten Staaten angestrebte – unipolare Welt nur schwer und nur unter günstigen Voraussetzungen möglich. Dadurch und aufgrund der Erhöhung der Zahl der Atomkräfte ist die Welt weniger berechenbar und das Eskalationspotenzial von regionalen Konflikten nicht mehr abschätzbar geworden.

Der letzte große Schritt in der Dekolonisierung war der Zerfall der Sowjetunion, der eine mehr oder weniger große Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken und die tatsächliche Unabhängigkeit ihrer früheren Satellitenstaaten zur Folge hatte.

2.2. Das Ende der Ordnung von Jalta

Obwohl ihre Bedeutung – weil vom Kalten Krieg überdeckt – anfangs nicht so offensichtlich war und, da sie in den meisten Fällen Änderungen ohne große Kriege bewirkte, nicht in derselben Weise wahrgenommen wurde wie große militärische Auseinandersetzungen, brachte die Dekolonisierung die Hauptveränderung der Welt im 20. Jahrhundert, und sie wird von noch größerer Bedeutung für die Zukunft sein als die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs. Die Entwicklungsländer mit weniger als 20 Prozent des Bruttonationalproduktes (BNP) der Welt beheimaten rund vier Fünftel der Weltbevölkerung (mit steigender Tendenz) und – so verschieden sie auch sein mögen – sie haben eines gemeinsam: Sie sind gegen eine von den USA dominierte Welt.

Die so genannte Ordnung von Jalta, die Festschreibung der Machtverhältnisse als Resultat des Zweiten Weltkrieges, ist jedenfalls definitiv passé. Wir haben eine Normalität, die – gäbe es nicht die NATO und zwar als funktionsfähige und anerkannte Institution – viele an die Zeit vor den Weltkriegen erinnern könnte. Immerhin haben wir eine beginnende Normalität bezüglich der Rolle der beiden Hauptverlierermächte des Zweiten Weltkrieges. Deutschland beteiligte sich aktiv an den Kampfeinsätzen der NATO im Kosovo und hätte sich gerne stärker im Krieg gegen die Taliban in Afghanistan beteiligt (– was es aber im Hinblick auf das Fehlen ausreichender Mittel zur modernen Kriegsführung nicht konnte). Vor kurzer Zeit wäre so etwas noch unmöglich gewesen. Aber mit der neuen rot-grünen deutschen Regierung – und in gewisser Hinsicht mit dem politischen

Generationswechsel von 1998 – kam auch ein neues Selbstverständnis für die europäische Entwicklung dieses größten Landes der EU in zentraler Lage Europas.

Wenig zur Kenntnis genommen wurde von der europäischen Öffentlichkeit der Umstand, dass die so genannten japanischen Selbstverteidigungskräfte zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg Waffengebrauch machten, als sie zwei (vermutlich nordkoreanische) Spionageschiffe in japanischen Gewässern verfolgten. Die nordkoreanischen Spionagetätigkeiten, aber auch die Weiterentwicklung ballistischer Raketen in diesem Land haben Japan immerhin dazu veranlasst, einerseits Aufklärungssatelliten zu bauen (damit man sich hinsichtlich der Aufklärung beziehungsweise Spionage auf eigene Mittel verlassen kann), andererseits gemeinsam mit den USA ein Raketenabwehrsystem zu planen (Ausbau der Kooperation mit den USA, neue Gesetze für die Armee). Nicht nur Deutschland könnte, wenn es wollte, in kürzester Zeit wieder die stärkste Militärmacht in Europa sein, sondern insbesondere Japan hätte aufgrund seiner Größe und insbesondere der Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft alle Voraussetzungen, in kürzester Zeit die zweitstärkste Militärmacht der Welt zu sein – wenn es wollte.

2.3. Rückblick auf traditionelle geopolitische Ideen und Konzepte

Erinnern wir uns: Der britische Geograph und geopolitische Denker Sir Halford Mackinder argumentierte, dass das westliche (maritime) Bündnis die Bedeutung des eurasischen „Herzlands“ entsprechend würdigen müsste (einschließlich sowohl Zentralasiens als auch der Region Kaspisches Meer), und sagte 1943 voraus, dass Moskaus Sieg im Zweiten Weltkrieg die UdSSR zur größten Landmacht des Planeten machen würde, die Eurasien (und die Welt) dominieren könnte. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen US-Sicherheitsplaner (basierend auf Mackinders Theorien) die Sowjetunion – die „Herzland“-Macht – als die fundamentale Bedrohung der US-Sicherheitsinteressen. Das führte zu der „containment policy“, die während der Ära des so genannten Kalten Krieges gegen sowjetische geographische und ideologische Expansion gerichtet war. Nach Mackinder war die Kontrolle über Osteuropa das grundlegende Element für globale Vorherrschaft. Er meinte in Bezug auf das „Herzland“, das heißt das Gebiet von Mitteleuropa bis tief nach Asien hinein, dass, wer das „Herzland“ beherrscht, auch die „Weltinsel“ Eurasien beherrscht und damit die Welt. Wer immer Osteuropa beherrscht, regiert das „Herzland“, wer immer das „Herzland“ regiert, regiert die „Weltinsel“; und wer immer die „Weltinsel“ regiert, regiert die Welt. Zentralasien ist nach Mackinder ein wichtiger, aber nicht der essentielle Teil des „Herzlandes“.

Mackinder sah also die Beherrschung des „Herzlandes“ als Resultat der Beherrschung Osteuropas. Das hat aber wohl nur im Hinblick auf Russland/Sowjetunion und vielleicht das frühere Deutschland gegolten; für eine Seemacht war das „Herzland“ nach Mackinder ja unzugänglich. Nach Mackinder müssten eigentlich die NATO und mittelbar die USA als dominierende Macht in der NATO nach der NATO-Erweiterung um Polen und der Kooperation mit der Ukraine Eurasien beherrschen – und auch nach Spykman wäre es nicht anders.

Der amerikanische Geograph Nicholas J. Spykman, der Mackinders Analyse weiterführte, formulierte, dass wer immer das (eurasische) „Randland“ beherrscht, Eurasien regiert, und wer immer Eurasien regiert, der kontrolliert das Schicksal der Welt. Aus diesem Grund versuchte die US-Außenpolitik es zu verunmöglichen, dass die eurasische Landmasse eine dominierende Macht in Europa und im Fernen Osten beherbergt; insbesondere sollte sie eine feindliche, totalitäre Nation daran hindern, politische oder militärische Kontrolle wesentlicher Teile der eurasischen „Randländer“ (einschließlich Zentralasiens) zu errichten.

Das seinerzeitige sowjetische Engagement in Afghanistan durch die Unterstützung des pro-sowjetischen Regimes gegen die verschiedenen rebellischen Fraktionen kann als ein Versuch der Kontrolle über einen wesentlichen Teil des „Randlands“ gesehen werden. Die geographische Basis für diesen Versuch war natürlich Zentralasien.

2.4. Aktuelle geopolitische Ableitungen: Zentralasien

Die Kontrolle über Zentralasien ist in einem gewissen Ausmaß noch immer von geopolitischer Bedeutung, obwohl die Notwendigkeit für eine weiterdauernde westliche Ausrichtung auf das eurasische „Herzland“ abgenommen hat, und zwar aufgrund der (wieder)erlangten Unabhängigkeit vieler Länder von Russland, so dass das „Herzland“ nicht länger unter der Dominanz einer Hegemonialmacht ist. Auf längere Sicht könnte die geopolitische Bedeutung dieses Gebietes aber wieder steigen, weil Zentralasien (einschließlich Afghanistan) und die Region Kaspisches Meer Konkurrenzgebiet um Einfluss mehrerer größerer Mächte und Regionalmächte sind: Russland hat seinen „Hinterhof“ nicht alleine kontrollieren können; China wirbt um Einfluss in Zentralasien und baut seine Kooperation mit den dortigen Ländern (teilweise gemeinsam mit Russland) aus; die Türkei und der Iran engagieren sich in Zentralasien und im Transkaukasus; Pakistan hat seine Einflussphären; Indien kooperiert mit Russland hinsichtlich Zentralasien und nach den Anschlägen des 11. September 2001 haben die USA sich dort festgesetzt.

Nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion und dem Entstehen neuer unabhängiger Staaten beziehen sich wichtige wirtschaftliche und strategische Überlegungen auf diese geographische Region. Erdöl- und Gasressourcen, an denen außer Russland sowohl US-amerikanische als auch europäische Unternehmen und China Interesse haben – die Schätzungen gehen von 10 bis 30 Prozent der Vorkommen im Golf –, wie auch die Pipelines für den Transport sind hochpolitisch, weil dieses Gebiet noch immer ein Machtvakuum ist und sich im Prozess einer neuen politischen und kulturellen Orientierung befindet, aber auch weil dieses Gebiet – außer von Russland und China – von der Türkei, dem Irak, dem Iran und Afghanistan umgrenzt wird. Diese Länder sind für die USA und für Europa von strategischer Bedeutung und stellen potenzielle oder tatsächliche (Afghanistan) Krisenherde dar. Zuletzt gilt Zentralasien auch als das Gebiet der Auseinandersetzung mit radikalen islamistischen Strömungen sowie zur Bekämpfung terroristischer Organisationen und transnationaler Kriminalität. Amerika hat Interesse daran, die Abhängigkeit der zentralasiatischen und transkaukasischen Staaten von Russland zu reduzieren, und es hat sich im Zuge des Krieges gegen die Taliban Afghanistans mit (kleinen) militärischen Basen in der Region festgesetzt.

Die heute für die globale „balance of power“ wohl entscheidenden strategischen Dreiecke sind die in das fernöstliche zwischen den USA, China und Japan und das euroatlantische zwischen den USA, der EU und Russland. Die kritische Verbindungslage zwischen beiden ist die lange russisch-chinesische Landgrenze und Zentralasien. Deshalb ist Zentralasien für Russland eine Region, derentwegen es Gegengewichte gegen die USA zu bilden versuchen wird, die jedenfalls auch China und Indien betreffen und so die Triangelbeziehungen beeinflussen können. Ohne geopolitische Theorien überbewerten zu wollen, muss die potenzielle geopolitische Bedeutung Zentralasiens als geopolitisches Spielfeld in Betracht gezogen werden. Die Machtstrukturen in diesem Gebiet werden Auswirkungen haben, die über die Region hinausreichen und exemplarisch im Zusammenhang mit der NATO-Erweiterung dargestellt werden sollen.

2.5. Ein Exempel zur Aktualität der Geopolitik: Die NATO-Erweiterung und westlicher Einfluss in Zentralasien

Mit der ersten NATO-Osterweiterung um die zentraleuropäischen Länder Polen, Tschechien und Ungarn und der zweiten um die baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen, die Balkanländer Bulgarien und Rumänien sowie die zentraleuropäischen Länder Slowakei und Slowenien gibt es in dem so genannten Krisengürtel von der Ostsee zum Schwarzen Meer eine „westliche“ Ordnungskomponente. Sie bedeutet ein erweitertes Engagement der USA in der europäischen Sicherheitspolitik und eine weitere Ausdehnung ihres Einflussbereichs.

Russlands zukünftige Einflusszone wird – neben den aktuellen Machtprojektionsmöglichkeiten – von den objektiv gegebenen geostrategischen Möglichkeiten bestimmt werden, das heißt von dem Raum, den ihm der Westen zur Gestaltung seiner Einflussmöglichkeiten überlässt. Das hängt also einerseits von der NATO-Erweiterung ab und andererseits von den Gegebenheiten in Zentralasien.

Eine intensive Verfolgung von US-Interessen mit Eliminierung Russlands aus der Wirtschaft in der Region Zentralasien/Kaspisches Meer und die gleichzeitige zweite NATO-Osterweiterung mit sensitiven Ländern wie Rumänien könnten in Russland das Gefühl einer Einkreisungspolitik und damit die Tendenz zu imperialistischer und aggressiver Politik Russlands verstärken. Das Resultat könnte sein, dass Russland eine langfristige strategische Kooperation mit China sucht, auf Länder in der GUS (einschließlich Ukraine) Druck ausübt und versuchen wird, antiwestliche Koalitionen in Asien und Afrika zu bilden.

Wenn die USA durch die Stärkung ihrer Führungsrolle in der NATO, durch die Festigung ihrer Kontrolle über Europa und durch die Vorherrschaft in der Region Westpazifik wirklich eine unipolare Strategie globaler Hegemonie anstreben, dann streben sie auch nach einer Politik der Einhegung, Einschränkung und Schwächung Russlands. Um bei Letzterem erfolgreich zu sein, tragen die NATO-Erweiterung, die Unterstützung für die ukrainische Unabhängigkeit und die Versuche bei, in die (ehemals) „verbotene Zone“ der Länder der ehemaligen Sowjetunion, etwa die baltischen Länder und Zentralasien, ökonomisch und politisch einzudringen und ihren Einfluss auszudehnen, alles Maßnahmen, um Russlands Raum für strategisches Überleben auf das Minimum schrumpfen zu lassen. Der grundlegende strategische Widerspruch von „containment“ und „anti-containment“ ist schwer zu überwinden, was eigentlich zu einem langfristigen Faktor in der Beschränkung der Beziehungen zwischen Russland und den USA werden muss – ungeachtet der aktuellen Westorientierung Russlands (2001, 2002). Und warum sollten die Amerikaner Russland nicht schwächen – Schritt für Schritt natürlich, gleichsam scheinbarweise auf eine nicht feindselig wirkende Art? Bisher hat Russland weder die Absicht noch die Fähigkeit zur Konfrontation mit den USA. Und zu einer späteren Zeit, nach einem möglichen russischen Wiedererstarken, hat es in dem dann weiter eingeschränkten Rahmen nicht genügend Potenzial, um die USA ernsthaft herauszufordern.

Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen russischen und chinesischen Versuchen in der Machtpolitik. Moskau, Hauptgegner der USA im Kalten Krieg, versucht – wenn nicht unbedingt eine totale strategische Äquivalenz – zumindest die formale Anerkennung des Status einer Großmacht zu erreichen; die Basis dafür sind seine noch existierenden nuklearen Arsenale. Es versucht, Gegenpositionen in manchen Teilen der Welt (insbesondere im Nahen Osten) einzunehmen, um wieder eine dominierende Rolle zu spielen; sein Ziel ist es, Gegengewichte zu den USA zu schaffen. Im Fall von China ist eine solche Politik nicht unbedingt antagonistisch, sondern kann als eine kooperative Form des Machtgleichgewichts angesehen werden – nicht gegen die USA, sondern gegenüber den USA. Durch ein gewisses Maß an Kooperation wird China von den USA gleichsam

der Status einer regionalen Großmacht zuerkannt und eine Einflussosphäre zugestanden, ohne dass deswegen die Ambitionen im Hinblick auf die Rolle einer globalen Großmacht aufgegeben würden.

2.6. Geopolitisches Denken der Gegenwart: Die Eurasien-Strategie Brzezinskis und Einwände dazu

Zbigniew Brzezinski (A Geostrategy for Eurasia. In: Foreign Affairs, Sept./Oct. 1997) ging 1997 davon aus, dass Amerika als die einzige globale Supermacht eine umfassende Strategie für Eurasien entwickeln müsse. Eurasien ist nämlich der axiale Superkontinent der Welt, der 75 Prozent der Bevölkerung und 75 Prozent der Energieressourcen aufweist. Die sechs größten Volkswirtschaften und Länder mit den größten Militärausgaben nach den USA liegen hier. In Eurasien befinden sich die Aspiranten für regionale Hegemonie, nämlich China und Indien, und hier sind naturgemäß die möglichen politischen und ökonomischen Herausforderer für die amerikanische Vorherrschaft. Diese zu erhalten ist der Sinn und Zweck der Eurasien-Strategie der USA. Die Strategie muss deshalb den derzeit herrschenden geopolitischen Pluralismus in Eurasien konsolidieren und gleichsam verewigen. Es gilt eine Koalition zu verhindern, die Amerika feindlich gesonnen ist und eine Vormachtstellung herausfordern kann. Deshalb ist von den USA ein trans-eurasisches Sicherheitssystem anzustreben, in dem – selbstverständlich unter amerikanischer Führung – die USA und ihre strategisch kompatiblen Partner eine gemeinsame Verantwortung für ein praktisch globales System haben.

Amerikas Status als erste Weltmacht wird innerhalb der nächsten Generation wohl nicht angefochten werden. Kein Staat kann Amerika in den vier wesentlichen Dimensionen der Macht herausfordern, nämlich in militärischer, ökonomischer, technologischer und kultureller Hinsicht. Es gilt für die USA, die Machtposition auf längere Sicht zu festigen.

Nach Brzezinski übt eine Macht, die Eurasien dominiert, damit Einfluss auf zwei der drei wirtschaftlich produktivsten Regionen der Welt, nämlich Westeuropa und Ostasien aus. (Die dritte ist Amerika selbst.) Eine solche Macht würde automatisch den Mittleren Osten und Afrika kontrollieren. Deshalb kann es nicht mehr länger eine Politik für Europa und eine andere für Asien geben, sondern nur eine gemeinsame, die gesamte eurasische Landmasse umfassende Strategie. Brzezinski sieht fünf große Akteure, die außer den USA selbst alle am eurasischen Superkontinent liegen. Einmal Europa am westlichen Rand, das von Frankreich und Deutschland dominiert wird. Der östliche Rand hat China als Drehpunkt. Dazu kommen Russland und Japan.

Europa ist der demokratische Brückenkopf für die USA. Über die NATO übt Amerika politischen Einfluss und militärische Macht am europäischen Festland aus. Da die europäischen Nationen immer noch sehr abhängig vom Schutz der USA sind, ist jede Ausdehnung des europäischen Bereiches zugleich eine Ausdehnung des amerikanischen Einflusses. (Europa ist hier offenbar im Sinne von EU und NATO-Europa zu verstehen.) Ein größeres Europa (EU) dehnt den amerikanischen Einfluss aus, ohne dass dabei gleichzeitig ein politisch so stark integriertes Europa entstünde, dass es Amerika in geopolitischer Hinsicht herausfordern würde, insbesondere etwa im Hinblick auf den Einfluss auf den Mittleren Osten. Ein politisch definiertes Europa ist auch wesentlich für den Einbezug Russlands in ein System der globalen Kooperation.

Umgekehrt hängt natürlich die Einflussmöglichkeit der USA beziehungsweise seine Möglichkeit, in Eurasien Macht auszuüben, von den engen transatlantischen Beziehungen ab. Die USA müssen deshalb mit Deutschland und Frankreich kooperieren, damit ein politisch wirksames Europa entsteht, das mit den Vereinigten Staaten verbunden bleibt. Dazu muss die Führung in der NATO in gewissem Maße geteilt werden, konkret sollten Frankreichs Rolle sowie die Rolle der Europäer überhaupt hinsichtlich

Afrikas und des Mittleren Ostens stärker akzeptiert werden. Zur Vermeidung der wachsenden ökonomischen Rivalität zwischen der EU und den USA wäre nach Brzezinski ein Freihandelsübereinkommen zweckmäßig beziehungsweise notwendig.

Russland muss in einen größeren Rahmen der europäischen Kooperation einbezogen werden; gleichzeitig gilt es aber, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion in ihrer Unabhängigkeit zu unterstützen. Genau genommen bildet eigentlich der große Bereich der ehemaligen Sowjetunion zwischen einem sich ausdehnenden Europa und einem an Macht gewinnenden China ein politisches schwarzes Loch beziehungsweise ein Machtvakuum, bis sich Russland selbst als ein postimperialer Staat definieren wird. Insbesondere der Raum Zentralasien wird ein Bereich von Konflikten und Rivalitäten der größeren Mächte sein. Langzeitig gesehen wird Russlands Rolle in Eurasien weitgehend von seiner Selbstdefinition abhängen. Obwohl sowohl Europa als auch China ihren regionalen Einflussbereich ausgedehnt haben, verbleibt Russland doch flächenmäßig das mit Abstand größte Land der Welt. Russland fällt aber auch in ökonomischer Hinsicht zurück, wie etwa hinter China. Es müsste ihm deshalb sehr viel daran gelegen sein, der Modernisierung des Landes den Vorzug gegenüber Bemühungen zu geben, wieder den Status einer Großmacht oder Supermacht zu erlangen. Die faktische Einbeziehung Russlands in die NATO- und EU-Strukturen über den neuen NATO-Russland-Rat und über die Integration in die G7 (nunmehr G8) sollte Russland eigentlich ermutigen, sich stärker in die Kooperation mit Europa zu begeben.

Der östliche Anker eines neuen trans-eurasischen Sicherheitssystems ist China. In zwei Jahrzehnten (1997 so geschrieben) könnte sich China als eine globale militärische Macht qualifizieren, sofern die Wirtschaftsentwicklung und die innenpolitische Entwicklung gedeihlich sind. Deshalb wird eine faktische Einflussphäre Chinas wahrscheinlich ein Teil der eurasischen Zukunft sein. Diese muss aber nicht so exklusiv und politisch dominant angelegt sein wie die der Sowjetunion im früheren Osteuropa, sondern kann dies wesentlich lockerer sein, indem die kleineren beziehungsweise schwächeren Staaten innerhalb dieser Einflusszone auf die Interessen und Gesichtspunkte der dominanten Macht Rücksicht nehmen beziehungsweise antizipierend reagieren.

China wird ein überragender Machtstatus in Ost- und eventuell auch in Südostasien zugestanden. Aber auch China braucht die USA im Sinne eurasischer Stabilität. Die USA sind eigentlich der natürliche Verbündete Chinas, denn anders als Japan und Russland haben die USA keine territorialen Interessen in der Region. Wenn die chinesische Regionalmacht in einen größeren Rahmen der Kooperation einbezogen wird, so ist das für Amerika ein bedeutender strategischer Beitrag, ebenbürtig dem Europas und wesentlich bedeutsamer als der Japans zur Sicherung der eurasischen Stabilität. Ein großes Arrangement mit China kann aber durch eine Krise hinsichtlich Taiwan gestört werden, was ein großes Risiko für die asiatische Stabilität darstellt. Daraus lässt sich ableiten, dass in der amerikanischen Chinapolitik Taiwan deutlich zurückgestuft und den guten Beziehungen zu China der Vorrang gegeben werden sollte.

Indien wurde damals (1997) eigentlich nur eine wichtige Funktion für die Stabilität in Südasien, aber nicht darüber hinausreichend, zugestanden.

Durch ein neu sich herausbildendes Netz von multinationalen Organisationen (regierungsunabhängig und oft transnationalen Charakters) wird bereits ein informelles Weltsystem geschaffen, das an sich schon einer institutionalisierten und engeren globalen Zusammenarbeit entgegenkommt (Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Weinheim, Berlin 1997).

Soweit Brzezinskis geopolitisch begründete Eurasien-Strategie. Wenn man sie durchdenkt, wird man unschwer zum Ergebnis kommen, dass hinter vielen politischen Entscheidungen und Orientierungen geopolitische Überlegungen großer Mächte stecken. Diese konkurrieren mit ideellen und ideologischen beziehungsweise emotionalen Bewertungen. Am Beispiel Taiwan, das heißt, ob die USA beziehungsweise wie weit sie Taiwan gegenüber Festlandchina unterstützen und damit die Beziehungen zu China stärker oder weniger belasten sollen, lässt sich das gut ersehen: Es ist ein ständiger Wettstreit der Denkschulen der USA und der Präsidentenberater zwischen den beiden Auffassungen, entweder dem demokratischen, US-orientierten und De-facto-Verbündeten „westliches“ Taiwan den Vorzug zu geben, es in eine Containment-Politik gegen China einzubeziehen (auch aus ideologischen Wertungen und militärstrategischen Überlegungen), oder dem kommunistischen China – etwa im Sinne Brzezinskis Eurasien-Strategie (im Sinne geopolitischer Überlegungen zur Machtbalance) – Vorrang einzuräumen.

Zu Brzezinskis Eurasien-Strategie selbst ist anzumerken, dass bei aller Beachtung der Bedeutung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen (beziehungsweise gar einer strategischen Beziehung dieser Länder) auch die Rolle Japans als eines demokratischen und wirtschaftlich wie technologisch höchstentwickelten Landes stärker beachtet werden müsste, und zwar als eines wichtigen globalen Partners der USA. Alleine der Umstand, mit Japan einen vor dem asiatischen Festland gelegenen Verbündeten zu haben, ist von überragender strategischer Bedeutung. Ein Relativieren der Rolle Japans liefe auf ein Aufgeben einer Containment-Politik im Bereich Ostasien hinaus, insbesondere dann, wenn auch die Rolle Taiwans herabgestuft wird.

Samuel P. Huntington sieht die Möglichkeiten einer Kooperation des Westens mit China skeptischer. „Das Fehlen kultureller Verwandtschaft zwischen dem Westen und China macht einen bewaffneten Konflikt nicht zur Gewissheit, aber wahrscheinlicher“ (Kampf der Kulturen. Hamburg 1997). Fast hundert Jahre lang haben die USA versucht, das Entstehen einer beherrschenden Macht in Asien zu verhindern. Nachdem Japan niedergezwungen wurde, ist China als dominierende Regionalmacht entstanden. Nach Huntington sind die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten darüber, wie das künftige Machtgleichgewicht in Asien aussehen soll, die eigentliche Ursache des amerikanisch-chinesischen Konfliktes. Man nimmt auch an, dass sich in Ermangelung eines klaren Beweises amerikanischer Entschlossenheit hinsichtlich der Situation in Ostasien Japan voraussichtlich eines Tages China anpassen wird.

Huntington meint ja, dass die Zukunft des Friedens und der Zivilisation davon abhängt, dass die führenden Politiker und Intellektuellen der großen Weltkulturen einander verstehen und miteinander kooperieren können. Immerhin reichen die verschiedenen kulturellen Verwurzelungen auf unserem Globus tief in die Geschichte und in das Unbewusste der Menschen hinein. Dass aber verschiedene Kulturen sich derart aneinander reiben, dass daraus die großen Kriege der Zukunft entstehen werden, wird in der politikwissenschaftlichen Literatur überwiegend bestritten. Zweifelsohne bewirkt der Aufstieg Chinas als Regionalmacht Rivalitäten mit den Vereinigten Staaten, und der unterschiedliche kulturelle Hintergrund ist diesen Rivalitäten eher förderlich als relativierend. Aber diese Rivalität hat es auch zwischen zwei kulturell nicht so unterschiedlichen Ländern wie zwischen China und Japan gegeben.

Christoph Bertram meint in seiner Besprechung von Samuel Huntingtons Buch über den „Kampf der Kulturen“, dass die unterschiedlichen Kulturen zweifellos Menschen und Gesellschaften prägen. Sie seien aber in aller Regel nicht der Anlass für große Konflikte oder gar Kriege. Macht sei, auch wenn sie anders verbrämt sein mag, weltlich, die Konkurrenz um Einfluss, auch wenn sie kulturell daher kommt, Konkurrenz um weltliche Vorteile. Macht und Rivalität folgen nicht dem Muster eines

Kampfes der Kulturen. (Christoph Bertram: Auf der Suche nach dem neuen Feind. In: Die Zeit, 6.12.1996) Bertram meint, dass hinter Huntingtons These vom Kampf der Kulturen im Grunde die Sehnsucht nach einem Koordinatensystem internationaler Macht sei, das so klar berechenbar wäre wie das des Kalten Krieges. Dabei wird gerne vergessen, dass diese Berechenbarkeit auch damals nicht vorgegeben war, sondern sich erst allmählich und allzu oft durch Konfrontationen herauschälte. Manche der damaligen Kriege erscheinen nur in der Rückschau als berechenbar. Das vermeintlich so stabile System der atomaren Abschreckung funktionierte auch deshalb so gut, weil wir Glück gehabt haben.

3. Weltordnungsmodelle nach dem Kalten Krieg

Zahlreiche Autoren und Analytiker haben sich nach der strategischen Wende von 1989 (Fall der Berliner Mauer, Auflösung des Warschauer Paktes) beziehungsweise 1991 (Ende der Sowjetunion) und dem Ende der Ost-West-Konfrontation mit der neuen Situation befasst. Das bipolare System war passé; es bezeichnete die Situation, in der die beiden Lager des Westen und des Ostens einander gegenüberstanden und sich auf eine offene Auseinandersetzung – auch in militärischer Hinsicht – vorbereitet haben. Der Konflikt zwischen den Lagern war ein ideologischer, ein politischer, ein ökonomischer, ein sozial-kultureller und ein militärischer.

Der Kalte Krieg war ein Konfrontationszustand zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich einerseits und der Sowjetunion (UdSSR) andererseits. Zwischen den großen Nuklearmächten USA und UdSSR bezeichnet der Ausdruck „Kalter Krieg“ den Machtkonflikt unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Konfliktes; es war ein militärischer Pattzustand erreicht, der auf der Grundlage der gegenseitigen nuklearen Abschreckungsfähigkeit beruhte. Voraussetzung der wechselseitigen Abschreckungsfähigkeit war die Zweitschlagfähigkeit sowohl der USA als auch der UdSSR, also die Fähigkeit, nach einem schweren nuklearen Schlag der Gegenseite auf das eigene Territorium selbst noch zu einem Gegenschlag fähig zu sein, der auch das Territorium des Gegners weitgehend zerstören hätte können. Der Atomkrieg war also nicht gewinnbar, sondern hätte die gegenseitige Vernichtung bedeutet. Deshalb war er logischerweise auch nicht führbar, weil sinnlos.

Der Ost-West-Konflikt war ein Systemgegensatz von freiheitlicher Demokratie einerseits und kommunistischer Ideologie und Zwangsherrschaft andererseits. Die Sowjetunion hielt sich nicht an die vereinbarten Grundsätze über die Befreiung der europäischen Staaten, sondern „kassierte“ die meisten Staaten Osteuropas und machte sie zu ihren Satelliten. Stalin erklärte 1947, dass es künftig zwei Lager geben werde und Politik im Weltmaßstab nicht nur eine machtpolitisch-militärische sowie ökonomische Auseinandersetzung sei, sondern dass es künftig eine ideologische Bipolarität geben werde, deren Hauptvertreter die USA und die UdSSR seien. 1949 kam es zur Gründung der NATO unter Führung der USA und 1955 zur Gründung des Warschauer Paktes (Warschauer Vertragsorganisation) unter Führung der Sowjetunion; letztere wurde am 1. Juli 1991 aufgelöst. In der Ära des Ost-West-Konfliktes gab es Phasen von Ansätzen zur Entspannung, aber auch von Zuspitzungen von Krisen (z.B. Berliner Blockade 1948/49, Kuba-Krise 1962). Die Erkenntnis, dass eine Konfliktsituation wie die Kuba-Krise zum Nuklearkrieg führen könnte, veranlassten die USA und die UdSSR zu einer Neuordnung ihrer Beziehungen im Sinne einer Verringerung des Konfrontationsrisikos. Es kam zu einer Reihe von Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und zur Rüstungsbegrenzung. Einen Höhepunkt der Entspannung bedeutete die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte 1975, doch gab es danach wieder Rückfälle in das alte Konfrontationsmuster, wie nach der Invasion der Sowjetunion in Afghanistan 1979 sowie durch die Ankündigung der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) durch US-Präsident Reagan im Jahre 1983.

Der Hauptschauplatz der Auseinandersetzung war Europa. Hier standen einander – abgesehen von einigen kleinen neutralen oder paktfreien Ländern – zwei große und geschlossene Militärpakte gegenüber. Die Ost-West-Konfrontation beschränkte sich aber nicht auf Europa, sondern zog auch viele andere Länder in Asien, Afrika und Amerika in ihren Bann. Zahlreiche Länder waren in einem Bündnis oder im Einflussbereich der USA oder der Sowjetunion oder eines ihrer Verbündeten. Von den damals großen Mächten hatte sich lediglich China aus dem Ost-West-Konflikt insofern herausgelöst, als es sich aus der Vorherrschaft Moskaus befreite und einen eigenständigen Kurs

steuerte. Man spricht dennoch von einem bipolaren System, weil die Hauptkonzentration eben auf der Auseinandersetzung West gegen Ost lag, die von China kaum beeinflusst werden konnte. Es war zwar zeitweilig umworbener Gesprächspartner der beiden Supermächte und es hätte im Falle eines Krieges eine gewisse Rolle gespielt, ob China gegen die Sowjetunion vorgegangen wäre. Im Hinblick auf das gewaltige sowjetische Nuklearpotenzial war dies allerdings unrealistisch.

Bipolarität steht dafür, dass es mit den USA und der UdSSR zwei überlegene Supermächte im militärischen Bereich gab. Der Abstand zu den anderen Mächten war gewaltig. Auch die Weltmacht Großbritannien zu Ende des Zweiten Weltkrieges schrumpfte im Vergleich zu diesen Militärpotenzialen zu einer Mittelmacht zusammen; Frankreich konnte seinen Großmachtstatus nicht wieder erlangen und die ehemaligen Großmächte Deutschland und Japan waren als besiegte Mächte politisch und militärisch in die neue Ordnung eingebunden. Chinas Militärpotenzial war in strategischer Hinsicht im Vergleich zur Sowjetunion oder zu den USA bedeutungslos. Dasselbe galt für Indien in noch höherem Ausmaße.

Der Ost-West-Konflikt beherrschte also tatsächlich das Weltgeschehen. Dazu kam der Nord-Süd-Konflikt, eine sich insbesondere seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts verstärkende Auseinandersetzung zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Ländern der Dritten und Vierten Welt (also der besonders unterentwickelten Länder). Die Entwicklungsländer sahen ihre strukturellen und wirtschaftlichen Probleme in den Spätfolgen ihrer Kolonialisierung begründet. Es ging um den Abbau ihrer ökonomischen Abhängigkeit von den Industrienationen in der Ersten (westlichen) und Zweiten (kommunistischen) Welt. Aktuelle Diskussionen, die bis heute anhalten, sind die Fragen der Festlegung fairer Rohstoffpreise, eines angemessenen Umschuldungsprogramms und einer qualitativen und quantitativen Verbesserung der Entwicklungshilfe für die Entwicklungsländer.

Während der Nord-Süd-Konflikt noch andauert, aber doch in die Form eines Nord-Süd-Dialoges gewandelt ist, ist die Ost-West-Konfrontation durch den Wegfall der Sowjetunion und den Bedeutungsverlust Russlands als internationaler Faktor weitgehend verschwunden. Es gibt nur noch die Supermacht USA, und sie ist es nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch politisch, ökonomisch und technologisch. Wie kann man den heutigen Zustand der Welt in macht- und sicherheitspolitischer Hinsicht beschreiben, da doch die Siegerordnung des Zweiten Weltkrieges verschwunden ist? In der Folge werden dazu die Beurteilungen namhafter Strategen erläutert und kommentiert.

3.1. „A New World Order“

Das Ende des Kalten Krieges in den Jahren 1989/90 veranlasste viele politische Kommentatoren zu der Einschätzung, dass nunmehr eine „neue Ordnung“ die vorangegangene „alte Ordnung“ ablösen werde. Die Regierung des damaligen US-Präsidenten George H.W. Bush (Vater von George W. Bush) griff dieses Schlagwort („A New World Order“) auf und erarbeitete daran anschließend eine Neukonzeption der amerikanischen Weltpolitik. Das erste Mal dürfte der Begriff am 4. September 1990 von US-Außenminister James Baker in einer Rede verwendet worden sein, in der dieser den amerikanischen Führungsanspruch unterstrich. Am 11. September 1990 hielt Präsident Bush vor beiden Häusern des Kongresses im Zuge der amerikanischen Reaktion auf die irakische Aggression gegen Kuwait eine Grundsatzrede, in der unter anderem die Kernsätze fielen: „A new partnership of nations has begun ... A new world order ... stronger in the pursuit of justice and more secure in the quest of peace ... where the rule of law supplants the rule of the jungle. A world in which nations recognize the shared responsibility ... and the strong respect for the rights of the weak“.

Ursache und Hintergrund für den Neuentwurf der amerikanischen Weltpolitik war die Notwendigkeit, sich auf die neuen internationalen Gegebenheiten einzustellen. Die an die Politikeraussagen anschließende wissenschaftliche Diskussion spiegelte die zum Teil überaus optimistischen Hoffnungen und Erwartungen der damaligen Zeit wieder (Vgl. Francis Fukuyama: The End of History and the lost Man. New York).

Nach dem (siegreichen) Ende des Krieges gegen den Irak stellte Bush in einer Ansprache an den Kongress am 5. März 1991 fest, der Golfkrieg wäre der „first test“ dieser „new world coming into view, a world in which there is a real prospect of a new world order“. In verschiedenen Ansprachen skizzierte Präsident Bush die Grundlinien dieser „New World Order“, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

- statt Konfliktaustragung friedliche Streitbeilegung,
- eine internationale Solidarität gegen Aggression,
- eine Reduktion der Atom- und anderer Massenvernichtungswaffen und
- eine „gerechte Behandlung aller Völker“.

Später kam es zu weiteren Präzisierungen, die sich aus dem Golfkonflikt ergaben oder als Teil einer höheren Ordnung zu sehen waren, darunter:

- Einsatz militärischer Mittel (nur) gegen internationale Rechtsbrecher beziehungsweise zur Verteidigung des eigenen Territoriums,
- Änderungen des politischen Systems nur im Einklang mit den Grundsätzen des internationalen Rechts, Einhaltung der Menschenrechte und so weiter.

Dem schlossen sich Positionen an, die sich aus der amerikanischen Weltsicht ergeben: Die USA sind und bleiben die führende Macht in der Welt, Vorrang für den Freihandel und das Einhalten der Regeln des General Agreement on Tariffs and Trades (GATT).

Im Sinne von Präsident Bush sollte eine dem entsprechende Sicherheitspolitik im bilateralen und multilateralen Konsens durchgeführt werden, sei es durch die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates, sei es durch die NATO oder durch die KSZE. Damit bewegte sich Präsident Bush durchaus im Rahmen der UN-Charta. Unverkennbare historische Analogien brachten den US-Präsidenten dabei in die Nähe des Internationalismus von Woodrow Wilson und Franklin D. Roosevelt.

So gesehen war die Vision einer neuen Weltordnung ebenso wenig neu wie die Formulierung des amerikanischen Führungsanspruchs. Bush selbst hat dies auch nie behauptet. Vielmehr hat er zur Rechtfertigung seines politischen Handelns immer wieder historisch argumentiert und dabei vor allem auf die Erfahrungen zweier Weltkriege verwiesen.

In beiden Weltkriegen hatten die Vereinigten Staaten militärisch interveniert, beide Weltkriege sind von den USA militärisch entschieden worden, jedesmal wurde die Intervention in Übersee auch mit moralischen Kategorien legitimiert.

Neben dem Golfkrieg war vor allem die Intervention im Nordirak zur Unterstützung der humanitären Hilfe für die Kurden (Operation „Provide Comfort“, ab 1991) Beispiel dieser moralisch legitimierten Intervention, ebenso die von Präsident Bush Ende 1992 initiierte „Unified Task Force“ (Operation „Restore Hope“) zur Unterstützung der humanitären Hilfe in Somalia.

Verknüpft mit diesen Vorstellungen war auch eine stärkere Rolle der Vereinten Nationen, wie sie von Präsident Bush ebenso wie von seinem Nachfolger Bill Clinton immer wieder betont wurde und

auch durchaus den Erwartungen führender Mitarbeiter im UN-HQ entsprach (etwa Sir Brian Urquhart: die UNO müssten mehr sein als die „sheriff's posse“).

Durch die nachfolgende Entwicklung im internationalen (unglückliches Agieren des neuen Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali, Scheitern der UN-Operation in Somalia) wie im nationalen Bereich (Erfolge der „neuen Republikaner“ ab 1992, Absage an den „Interventionismus“ und an die US-Rolle eines „Globo-Cop“) geriet allerdings die Vorstellung der „New World Order“ ab etwa 1993 zunehmend in Misskredit, obwohl das weitere Agieren der USA durchaus diesem Konzept entsprach (z.B. Eingreifen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina ab 1994) – nicht allerdings hinsichtlich der künftigen Rolle Europas.

Europa wurde im Kontext der „Neuen Weltordnung“ eine Schlüsselrolle als „Stabilitätsfaktor [auch] außerhalb seiner Grenzen“ zudedacht. Daraus ergebe sich eine europäisch-amerikanische Interessensparallelität, die, so Präsident Bush, zur „grundlegenden Logik des Atlantischen Bündnisses [führe], die Amerika in Europa verankert“. Die Geschichte dieses Jahrhunderts lehre, dass das „Schicksal und die Interessen der Vereinigten Staaten nicht von denen Europas getrennt werden können“.

Kritiker der von Bush verkündeten Vision einer „Neuen Weltordnung“ haben mit Blick auf die gegenwärtigen regionalen Konflikte, den Auflösungsprozess des ehemaligen sowjetischen Imperiums, die Verwerfungen in der Weltwirtschaft und Probleme der unterentwickelten Länder von einer „globalen Unordnung“ gesprochen. So heißt beispielsweise der von der National Defense University herausgegebene Band über internationale Polizeieinsätze „Policing the New World Disorder“.

Zum Teil wurde die Idee der „Neuen Weltordnung“ als völlig statisches Modell missverstanden, als verbindliche Blaupause für die Gestaltung des internationalen Systems. Das Konzept der „Neuen Weltordnung“ sollte aber als dynamischer Prozess begriffen werden: „Die Suche nach einer neuen Weltordnung ist teilweise eine Herausforderung, um die Gefahren der Unordnung zu zügeln“, so Präsident Bush. Dass sich die Grundprinzipien der „Neuen Weltordnung“ am amerikanischen Demokratiemodell orientieren, ist aus US-Sicht aber selbstverständlich.

Weitere Kritiker zielten auf die erklärte Absicht des US-Präsidenten, überall in der Welt den Demokratisierungsprozess zu verteidigen und zu fördern und den frei zum Ausdruck gekommenen Willen der Völker zu unterstützen. Dies könnte, so die Skeptiker, den Westen veranlassen, eine Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu forcieren.

Aus internationaler Sicht wurde die „Neue Weltordnung“ als Rechtfertigung zur Durchsetzung von US-Machtansprüchen teils heftig kritisiert. Auch am Ende der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts war die internationale Kritik an der von Präsident Bush initiierten „Neuen Weltordnung“ keinesfalls verstummt. Im April 1997 unterzeichneten die Staatsoberhäupter Chinas und Russlands, Jiang Zemin und Boris Jelzin, im Moskauer Kreml eine Deklaration gegen eine neue Weltordnung, die nach dem Ende des Kalten Krieges nur noch von einer Supermacht dominiert werde. „Wer alleine diktieren will, zerrt uns dauernd in eine monopolare Welt, wir aber wollen Multipolarität“, heißt es in der gemeinsamen russisch-chinesischen Erklärung.

Eine neue Weltordnung im Sinne des US-Präsidenten Bush Senior ist noch nicht entstanden und auch nicht im Werden. Es gibt auch kein stabiles System der internationalen Sicherheitskooperation. Die internationale Sicherheit ist aus dem Umbruch 1989/91 nicht gestärkt hervorgegangen.

3.2. Übergangsphase an der Zeitenwende

Nach Werner Weidenfeld befinden wir uns (1999/2000) in einer Übergangsphase beziehungsweise stehen wir an einer Zeitenwende. (Werner Weidenfeld: Abschied von Metternich. Gedanken zur Zukunft internationaler Politik. In: Internationale Politik, 12/1999) Die Auswirkungen des Endes der seinerzeitigen bipolaren Weltordnung sind noch nicht im vollen Umfang erfasst. Die Situation verleitet dazu, für die Analyse internationaler Politik von alten nationalstaatlichen Machtkategorien geprägte Erklärungsraster heranzuziehen. Aber die heute zu beobachtenden Machtkonstellationen unterscheiden sich in ihrer Logik von den alten Denkformen, in denen man in der Zeit von Metternich bis heute kalkuliert hat. Es vollzieht sich der Abschied vom metternichschen Modell internationaler Ordnung, denn die spezifischen Merkmale regionaler und globaler Entwicklung lassen sich dadurch nicht mehr erklären, wie zum Beispiel die Reichweite und der Nutzen unilateralen Handelns in einer vernetzten Welt zunehmend in Frage zu stellen ist.

Wir befinden uns in einer Übergangsphase, in der internationale Politik unter dem Einfluss von neuer Interdependenz und altem Nationalstaat steht. Doch der Nationalstaat verliert zunehmend an Bedeutung als autonomer und eigenständiger Akteur, nicht jedoch als Bezugspunkt des kollektiven Bewusstseins.

Der Aufbruch in eine neue Ära internationaler Politik konfrontiert die internationale Staatengemeinschaft mit dringenden Problemen: Entsolidarisierung, nationalistische Überhitzung, ethnische Aggression und Kriege auf etlichen Kontinenten. So steht die internationale Politik unter neuartigem Erklärungsdruck. In dieser Zeitenwende, an der wir stehen, muss sich ein neues Verständnis durchsetzen, um die internationale Politik auch weiterhin in die Lage zu versetzen, Konflikte zu lösen. Die politischen Verflechtungen und die wirtschaftliche Globalisierung schränken dabei die eigenständigen Entwicklungs- und Transformationschancen von Nationalstaaten erheblich ein. Ohne Außenunterstützung kann praktisch kein Staat mehr seine Entwicklungspotenziale angemessen ausschöpfen. Deshalb müssen die Staaten einerseits die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten mit ausländischen Partnern und internationalen Organisationen nutzen. Andererseits aber gilt, dass die Möglichkeit einer Einflussnahme von außen (also einer nicht erwünschten) begrenzt ist. Entwicklungs- und Transformationsprozesse können von außen zwar verstärkt oder beschleunigt, aber nicht angestoßen werden. So sind zum Beispiel die Möglichkeiten der Beeinflussung der Entwicklung in Russland von außen her immer wieder gewaltig überschätzt worden. Bedeutsame Transformationsversuche von außen mobilisieren starke Widerstände und sind deshalb kaum effektiv.

Die künftige Entwicklung forciert das Zusammenleben bisher getrennter Welten. Die Trennung von Staatenwelt, Wirtschaftswelt und Gesellschaftswelt wird zunehmend aufgehoben und daraus entstehen neue Synergie- und Konfliktpotenziale.

3.3. Weltordnung durch Machtbalance nach Kissinger

Für Henry A. Kissinger (Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik. Deutsche Übersetzung von Matthias Vogel u.a. Berlin 1994) gab es nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation bereits ein multipolares internationales System. Die Machtzentren sind die USA, die EU, Russland, China, Japan und Indien.

Die Nationen bleiben das Zentrum der internationalen Politik, sie werden weiterhin ihre eigenen Interessen verfolgen und nach eigenen Prinzipien leben (wie dies neben den Amerikanern ja auch die Europäer immer wieder darzustellen versuchen). Für Kissinger ähnelt die Staatenwelt des kommenden

21. Jahrhunderts dem europäischen System des 18. und 19. Jahrhunderts. Zwar haben die USA eine Vormachtsstellung, die auch gefestigt ist, aber angesichts vieler neuer Machtzentren ist ihre Fähigkeit gesunken, die Welt nach ihrem Willen zu formen.

Basierend auf der – ja nicht neuen – Erkenntnis, dass Nationen keine Ideale, sondern höchstens Interessen haben, stellte Kissinger fest, dass sie eher die Konkurrenz als die Kooperation gepflegt haben. Es erschien ihm auch gewiss, dass das in der Zukunft so bleiben wird, denn es lässt wenig darauf schließen, dass diese uralten Verhaltensweisen sich in den kommenden Jahrzehnten ändern werden.

Die neue Weltordnung sah Kissinger 1994 zusammengesetzt aus „ethnischen Splintern aufgelöster Reiche“, „postkolonialen Nationen“ und „Staaten kontinentalen Typs“ und eben vielen (neuen) Machtzentren. Deshalb stellt sich zwingend die Frage, wie man die Sicherung der internationalen Stabilität garantieren könne. Die Ausbreitung der Demokratie scheint als Garant des friedlichen Zusammenlebens dabei nicht unbedingt ausreichend verlässlich. Die Schaffung einer neuen Ordnung ist Voraussetzung dafür, dass Krisen und Kriege künftig besser begrenzt oder gar vermieden und gleichzeitig Wohlstand und Frieden gefördert werden können. Deshalb sei es die Aufgabe Amerikas und seiner Außenpolitik, ein stabiles Kräftegleichgewicht zu errichten. Die Erhaltung und Osterweiterung der NATO seien am ehesten Garant der Machtbalance im 21. Jahrhundert. Es ist eigentlich logisch, dass Kissinger die künftige Weltordnung unter dem Aspekt des Machtgleichgewichtes beziehungsweise der Machtbalance sieht, wenn er meint, dass die heutige Staatenwelt der des 18. und 19. Jahrhunderts in Europa ähnelt. Die aus den Erfahrungen des Westfälischen Friedens 1648 entwickelte Vorstellung von einem Gleichgewicht der Mächte diene allerdings der Verhinderung des Aufstieges von Hegemonialmächten. Machtgleichgewichtspolitik hat aber in den vergangenen Jahrhunderten weder die Entwicklung von Hegemonialmächten noch den Ausbruch zahlreicher Kriege, darunter der beiden großen Weltkriege, verhindern können.

3.4. Pentagonalstruktur der Weltordnung nach Brzezinski

Die fünf großen Spieler der Welt sind nach Zbigniew Brzezinski (A Geostategy for Eurasia. In: Foreign Affairs, Sept./Oct. 1997) die USA, die Europäische Union, Russland, China und Japan. Amerikas Status als überragende Macht wird zwar nach Brzezinski in der kommenden Generation von einem einzelnen Herausforderer nicht in Frage gestellt werden können. Kein Staat kann es in den vier Schlüsseldimensionen der Macht, nämlich dem Militär, der Wirtschaft, der Technologie und der Kultur mit den USA aufnehmen. Aber es gibt für ihn auch noch andere mächtige Akteure, und die USA müssen ihre Politik darauf einrichten, die Beziehungen mit diesen Staaten so auszurichten beziehungsweise die Beziehungen der anderen zueinander so mitzugestalten, dass sich keine Herausforderer oder Koalitionen von Herausforderern für die USA bilden, die ihre Vorherrschaft gefährden können. Die USA müssen den Superkontinent Eurasien beziehungsweise die Entwicklung dort mehr oder weniger beherrschen, denn eine Macht, die Eurasien dominiert, hat bedeutenden Einfluss auf zwei der drei großen Wirtschaftsregionen der Welt, nämlich Westeuropa und Ostasien. Deshalb brauchen die USA eine gemeinsame Strategie für Europa und Asien und nicht etwa – wie bislang – eine eigene Europastrategie und eine eigene Asienstrategie. Eurasien mit drei Viertel der Weltbevölkerung und der weltweiten Energieressourcen übertrifft als Machtpotenzial sogar die USA. China und Indien sind dabei in wirtschaftlicher und ökonomischer Hinsicht potenzielle Herausforderer hinsichtlich der amerikanischen Vormachtstellung. Für die USA ist deshalb eine Einbindung Russlands in die westlichen Strukturen bedeutsam. Europa bleibt der „demokratische Brückenkopf“, mit dem man zu einer kooperativen Politik hinsichtlich der eurasischen Strategie kommen muss. Die Rolle Japans ist

die eines Partners der USA, aber nicht als Allianz gegenüber China aufzufassen. China gilt überhaupt die besondere Aufmerksamkeit, weil es der östliche Anker einer Stabilitätspolitik ist.

Fraglich ist allerdings auch für Brzezinski (Macht und Moral. Neue Werte für die Weltpolitik. Hamburg 1994), wie stark der westliche Gestaltungswille noch vorhanden ist. Er sieht sogar den Gestaltungswillen amerikanischer Weltpolitik angesichts des „permissiven Überflusses“ der pluralistischen Gesellschaften entschwinden. Für ihn sind Macht ohne Moral und Machtpolitik ohne Legitimation nicht denkbar. Wenn es nicht gelänge, eine Idee von weltpolitischer Relevanz in den Mittelpunkt amerikanischer Außenpolitik zu stellen, würden die USA als einzige Weltmacht ebenso untergehen wie frühere Imperien. Deshalb hält er die Internationalisierung der amerikanischen Werte für erforderlich, damit aus Macht Autorität wird, die Ressourcen schont und für die Bildung von Allianzen und Koalitionen taugt. Für Brzezinski bringt unter all den möglichen Weltakteuren der Zukunft lediglich Europa die entsprechenden Wertemuster und Ordnungsvorstellungen mit sich.

Von den fünf Spielern beziehungsweise Akteuren Brzezinskis bleiben in der Beurteilung Lothar Rühls (Die strategische Lage zum Jahreswechsel. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 1/1998) eigentlich nur die USA über. Weder die EU, noch Russland oder Japan sind strategische Mächte. Russland ist trotz seines Atompotenzials und seiner großen konventionellen Streitkräfte in Europa keine reale Großmacht mehr. Es ist vielmehr der größte Unsicherheitsfaktor in Europa aufgrund seiner inneren Schwäche, des „Exports“ von Kriminalität, der Unsicherheit betreffend die Kontrolle seines Nuklearpotenziales und seiner Raketentechnologie und der diesbezüglichen Weiterverbreitung von Know-how. Die EU ist noch längst nicht zu einer internationalen Aktionseinheit zusammengewachsen und auch militärisch ohne strategische Handlungsfähigkeit. Rühl schätzte damals die operativen Kapazitäten der Europäer in der Höhe von zehn Prozent der USA. Die EU ist keine politische globale Großmacht und sie ist keine strategische Militär-Großmacht. Die EU ist lediglich eine wirtschaftliche Großmacht, aber hinsichtlich strategischer Ressourcen (wie der Einfuhr von Rohstoffen und Energie) sehr verwundbar und auch exportmäßig krisenanfällig.

Japan ist keine strategisch eigenständige politische Größe in globaler Hinsicht und kann kaum aus eigener Handlungsfähigkeit zur internationalen Sicherheit beitragen. Es ist sicherheitspolitisch von den USA abhängig und steht unter deren Schirm der „erweiterten Abschreckung“. Japan bewegte sich in den letzten Jahren sehr vorsichtig in Richtung einer aktiveren Sicherheitspolitik. Aber die strategischen Entscheidungen, die notwendig wären, um eine global wirksame Großmacht zu werden, sind bisher nicht gefallen; dazu würden eine ozeangängige Flotte mit Flugzeugträgern sowie Fernaufklärungsmittel und Raketenabwehrsysteme zählen.

China ist eine regionale Großmacht und bedingt auch eine globale Großmacht. Letzteres resultiert daraus, dass Asien – und insbesondere Ost- und Südostasien – der derzeit und in absehbarer Zukunft geopolitisch relevanteste Raum ist. Die USA konzentrieren sich machtpolitisch zunehmend auf diesen Raum und zahlreiche US-Sicherheitspolitiker sehen in China den großen Rivalen der nahen Zukunft. China versucht Machtverschiebungen zu seinen Gunsten herbeizuführen und der amerikanischen Eindämmungspolitik entgegenzuwirken. Es ist der eindrucksvollste Gegner der führenden amerikanischen Weltmachtstellung und versucht in diesem Sinne mit regionalen Mächten (Russland, Indien), die eigentlich Rivalen Chinas sind, zu kooperieren.

Die einzige vollständige Weltmacht sind derzeit die USA. Aber auch die USA haben nur begrenzte Ressourcen, selbst im militärischen Bereich. Sie können bereits seit 1999 nicht mehr gleichzeitig zwei große regionale Kriege auf verschiedenen Schauplätzen führen und sie könnten heute ohne Mobilmachung nicht mehr jene Truppendislozierungen durchführen wie im Zweiten Golfkrieg (1991). Die singuläre Weltmacht USA ist trotz ihrer strategischen Überlegenheit und dem militärischen

Löwenanteil an modernen Waffen bei größeren ordnungspolitischen Aktivitäten von ihren Verbündeten abhängig. In Anbetracht dieser relativen Abhängigkeit von kleineren und weniger mächtigen Staaten wurde sogar die Frage aufgeworfen, ob die USA eigentlich noch eine Prädominanz in der NATO beziehungsweise eine Hegemonie über Europa haben und ob sie (ohne europäische Unterstützung) künftig noch imstande sein werden, ihre überseeische Dominanz auf anderen Kontinenten zu verteidigen.

3.5. Stabilitätspolitik nach Rühl

Lothar Rühl (Die strategische Lage zum Jahreswechsel. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 1/1998) ging 1998 von einer globalen Situation aus, die durch zwei strategische Dreiecke bestimmt wird. Das eine bezieht sich auf den Fernen Osten und besteht aus den USA, China und Japan, das andere aus den USA, der EU und Russland und bestimmt die transatlantisch-eurasische Situation. Die beiden strategischen Dreiecke – so Rühl 1998 – werden sich ineinander schieben und eine neue Konstellation der Balance of Power bilden. Die beiden strategischen Dreiecke sind durch eine besondere Verknüpfung gekennzeichnet: Die kritischen Verbindungsräume zwischen ihnen sind die lange Landgrenze zwischen China und Russland, der sich verselbstständigende Ferne Osten Russlands und Zentralasien, als geopolitisch interessanter Raum zwischen Russland, China und Südasien gelegen.

Für Russland entsteht in dieser Situation eine Zweifrontenlage, einmal gegenüber dem Komplex EU/NATO und andererseits gegenüber China. Es wird deshalb versucht, mit Indien, China und dem Iran Gegengewichte gegen die zu erwartende Erweiterung der NATO zu haben. Weiters würde es versuchen, seinen Einfluss im Baltikum zu erhalten, ebenfalls den am Balkan beziehungsweise diesen sogar auszubauen, sowie die Nahostpolitik mitzubestimmen. Für Russland ist eine blockfreie Ostsee-Schwarzmeer-Region als eine Art Pufferzone gegenüber der NATO erstrebenswert. (Die 2002 beschlossene zweite NATO-Osterweiterung hat diese Absicht freilich zunichte gemacht.) Dadurch hätte es sich wenigstens das Vorfeld im Norden und Osten Polens erhalten, einen militärischen Vorposten in Weißrussland aufstellen und die Ukraine in Schach halten können. Als neue strategische Begrenzungslinie gegenüber dem westlichen Einfluss waren also offenbar die Grenzen Polens, der Slowakei und Ungarns auserselbstständigend worden.

Diese Sicht der Dinge beruht auf einer Situation, die deutlich vor den Beschlüssen zur zweiten Osterweiterung der NATO lag und auch vor dem Luftkrieg gegen Serbien um das Kosovo. Der Meinungsumschwung in Richtung rascher und großzügiger Erweiterung der NATO konnte damals schwerlich vorausgesehen werden.

Russland muss unter dem Druck der Ereignisse die Reduzierung seines Einflusses im Baltikum zur Kenntnis nehmen, und ebenso am Balkan. Hingegen hat es nach wie vor konsequent versucht, die Nahost-Politik mitzubestimmen. Es betreibt eine Außenpolitik mit Pflege der Beziehungen sowohl zum Irak als auch zum Iran. Die Pufferzone gegenüber der NATO aber konnte Russland nicht aufrecht erhalten. Die Versuche zur Bildung eines Gegengewichtes mit Indien und China sind dagegen nach wie vor gegeben. Der freundlichere und verständnisvollere Ton Putins gegenüber den USA darf darüber nicht hinwegtäuschen. Kooperation mit den USA bedeutet nicht die Anerkennung ihrer absoluten Weltmachtstellung, sondern es gibt eine pragmatische Anpassung an die derzeit nicht zu ändernde Situation, nämlich die der US-Vormachtstellung.

Nach Rühl kam bereits 1998 neben den USA auch China eine globale Bedeutung zu. Ein Konzept gemeinsamer Sicherheit auf Gegenseitigkeit dieser beiden Mächte wäre der Rückhalt für eine neue globale Ordnung. Dies gilt insbesondere für den ostasiatischen Bereich beziehungsweise die

Großregion Asien-Pazifik, die für die künftige globale Entwicklung von zentraler Bedeutung ist. Die amerikanisch-japanische Kooperation würde dazu nicht ausreichen, weil sich Japan sicherheitspolitisch (freiwillig) von den USA abhängig gemacht hat. Das amerikanisch-japanische Bündnis ist ein mehr oder weniger einseitiger Schutz der USA für Japan und es ist außerdem im Hinblick darauf, dass Japan einseitige Handelsvorteile gegenüber den USA zu erreichen sucht, auch politisch sehr krisenanfällig.

Rühl gab 1998 der amerikanisch-chinesischen Kooperation auch gute Chancen, haben nach seiner Meinung doch die beiden Mächte kompatible nationale Interessen sowohl in ökonomischer als auch strategischer Hinsicht (Öffnung Chinas für den US-Handel, Kapitalinvestitionen der USA in China, Technologietransfer). Andere Autoren wie etwa Kay Möller, sehen das allerdings anders. Eine dauerhafte Verständigung über regionale Stabilität zwischen den USA und China könne nach Rühl dem gesamten asiatisch-pazifischen Raum einen strategischen Rahmen geben. Dies insbesondere auch deshalb, weil die amerikanisch-chinesischen Beziehungen nicht von deren jeweiligen Beziehungen zu Russland abhängen.

3.6. Gefahr für die Souveränität der Staaten

Nach Auffassung verschiedener „nicht-westlicher“ Analytiker haben die USA und Großbritannien ein neues System kreiert, das auf einem sich selbst zugesprochenen Recht auf Gewaltanwendung basiert. Es umgeht die Vereinten Nationen (und deren Gewaltverbot) und die OSZE, es missachtet das internationale Recht und nimmt sich heraus, in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen. Das Konzept der Souveränität der Staaten erodiert. Und die NATO ist das Zentrum dieses Systems. Ein enger Zirkel von auserwählten Nationen beansprucht das Recht, deren Ideen den anderen aufzuzwingen (vgl. etwa Boris Kazantsev: NATO: Obvious Bias to the Use of Force. In: International Affairs, 4/1999).

Weil sich der Westen im Luftkrieg gegen Serbien um das Kosovo 1999 de facto selbst ein Mandat zur Intervention gegeben hat, ist tatsächlich eine Debatte über die Souveränität der Staaten entstanden. Es sind neue Tatsachen geschaffen worden und im Hinblick auf erwartbare künftige Szenarien, die eine Intervention rechtfertigen oder gar erfordern würden, ist das Thema der Intervention ohne UN-Mandat weiterhin auf der Agenda.

Die Behauptung, dass durch diese Selbstmandatierung zur Intervention die Souveränität der Staaten entscheidend verletzt und das internationale Recht ausgehebelt wird, hinkt aber bis zu einem gewissen Grad, insbesondere dann, wenn es um die Herrschaft des Rechtes geht und im Interventionsgebiet Rechtsverletzungen zur Regel werden. Hier kann man genauso gut argumentieren, dass etwa den Grund- und Menschenrechten wieder Geltung verschafft werden soll, weil die Vereinten Nationen dies nicht können. Es gilt schließlich auch zu bedenken, dass sich die tatsächlichen massiven Rechtsverletzungen in Südosteuropa ja in Folge von zwischenstaatlichen Kriegen und Sezessionskriegen ereignet haben. Im Falle des Kosovo gilt es, die seinerzeitige serbische Absicht der kulturellen Marginalisierung der Kosovo-Albaner (– vielleicht sogar ihre weitestgehende Vertreibung) gegen die Missachtung einer formalen Norm, nämlich des Gewaltverbotes der Vereinten Nationen, durch eine Militärintervention abzuwägen. Wenn die Bewertung nämlich danach geht, wer sich das Recht nimmt, seine Ideen den anderen aufzuzwingen – und zwar mit Gewalt –, so hat der Westen hier ebenso eine historisch beachtliche Tradition aufzuweisen wie Russland. In der jüngsten Geschichte ist die Missachtung der Souveränität in Europa fast nur durch den sowjetischen Imperialismus erfolgt. Ein internationales Rechtssystem, das grobe Menschenrechtsverletzungen, Genozide und so weiter zulässt, ist letztlich aber ein unbefriedigendes und auch unbrauchbares System.

3.7. Unipolare oder multipolare Welt

Samuel Huntington (The Lonely Superpower. In: Foreign Affairs, Mar./Apr. 1999; deutsch: Die einsame Supermacht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1999) spricht dann von einem unipolaren System, wenn es nur eine Supermacht und keine bedeutenden Großmächte, sondern nur viele kleinere Mächte gibt; von einem multipolaren System dann, wenn mehrere Großmächte von vergleichbarer Stärke vorhanden sind, die abwechselnd zusammenarbeiten oder miteinander konkurrieren. Wir haben derzeit weder ein unipolares noch ein multipolares System, sondern eine Mischung aus einem uni- und multipolaren System mit einer Supermacht und mehreren Großmächten. Die anderen Großmächte sind zwar nicht von vergleichbarer Stärke wie die Supermacht USA, aber diese benötigen zur Lösung internationaler Fragen regelmäßig die Mitwirkung anderer Großmächte beziehungsweise ein Bündnis. Gegen die Seemacht USA hingegen geht wenig.

Huntington bezeichnet die USA als die einzige Supermacht, die ihre Interessen global vertreten kann. Daneben sieht er eine ganze Reihe großer (oder primärer) Regionalmächte, die eine Vormachtsstellung in bestimmten Regionen ausüben, aber nicht zur globalen Interessensdurchsetzung im Stande sind. Dazu zählen China und teilweise auch Japan im Fernen Osten, Russland in Eurasien, Indien in Südasien, der Iran in Südwestasien, Brasilien in Lateinamerika, Nigeria in Zentral- und Westafrika, Südafrika im südlichen Teil Afrikas sowie die deutsch-französische Achse in Europa. Sekundäre Regionalmächte hingegen sind solche, die sich oft an die Supermacht halten, weil diese die Vorherrschaft der großen Regionalmächte beschränken kann und weil ihre Interessen häufig mit denen der großen Regionalmächte kollidieren. Als sekundäre Regionalmächte sieht Huntington folgende: Großbritannien hinsichtlich der deutsch-französischen Achse, die Ukraine hinsichtlich Russland, Japan hinsichtlich China, Südkorea hinsichtlich Japan, Pakistan hinsichtlich Indien, Saudi-Arabien hinsichtlich des Irans und Argentinien hinsichtlich Brasilien. Diese Beschreibung ist also daran orientiert, welche große Regionalmacht eine sekundäre Regionalmacht an ihrer Rollenentwicklung hindert. Japan hat hier eine nicht eindeutige Stellung einmal als große Regionalmacht dann auch wieder als sekundäre Regionalmacht.

Diese Darstellung ist meines Erachtens zutreffend. Die regionalen Großmächte wünschen sich ein multipolares System, damit sie ihre Interessen einseitig (oder auch kollektiv) besser wahrnehmen können. Durch das Welthegeemoniebestreben der USA fühlen sie sich bedroht. So ist eigentlich mit dem derzeitigen System niemand zufrieden, weder die USA, die das unipolare System nicht durchsetzen können, noch die regionalen Großmächte, die sich dennoch von der Supermacht immer wieder behindert sehen. Das derzeitige System spornt aber einzelne Großmächte dazu an, ein multipolares System durchzusetzen; insbesondere bei China ist dies sehr stark erkennbar. Auch in Russland war diese Einstellung lange Zeit maßgeblich; wenngleich sie unter der pragmatischen Regierung Putins derzeit zurückgedrängt scheint, so sind die mehrfachen Versuche zur Erklärung einer strategischen Partnerschaft zwischen China und Russland ebenso gegeben wie die Reaktivierung der guten indisch-russischen Beziehungen, die auf die Stärkung eines multipolaren Systems abzielen. Der frühere russische Außenminister Primakow und dann auch der frühere russische Präsident Jelzin haben seinerzeit zum Beispiel ein strategisches Dreieck Russland–China–Indien vorgeschlagen. Es wären solche Bündnisse gegen die USA, die ein unipolares System definitiv verhindern beziehungsweise ein multipolares System entscheidend stärken würden. Die verschiedenen Großmächte haben zwar wohl gemeinsame Interessen gegen die amerikanische Vorherrschaft, aber sie weisen doch zu viele Unterschiede auf, um wirklich zu einem Aktionsbündnis gegen die USA zusammenzufinden. Unter den Großmächten gibt es Rivalitäten und Eifersüchte, und insbesondere haben die vorher genannten sekundären Regionalmächte kein Interesse an einer Koalition gegen die Supermacht, weil sie ja dann den regionalen Großmächten noch stärker ausgeliefert wären. So gesehen ist derzeit also noch nicht

abzuschätzen, wie die Vorherrschaftsstellung der USA in absehbarer Zeit entscheidend reduziert werden könnte. Das wird wohl erst mit einem Niedergang der USA-Macht selbst der Fall sein.

Die deutsch-französischen Koalition mag hinsichtlich ihrer Bedeutung etwas überzeichnet worden sein, abgesehen davon, dass der deutsch-französische Motor nicht mehr so recht funktioniert, seit Deutschland mit der Kanzlerschaft Schröders seit 1998 wesentlich mehr nationales Selbstbewusstsein als vorher demonstrierte und Frankreich seine Rolle als „natürlicher“ Führer in der deutsch-französischen Partnerschaft dabei verlor.

Die gemeinsamen Interessen gegen die USA sind allerdings geradezu weltweit vorhanden. In ihrer Absicht zur Gestaltung der Weltordnung sind die USA im Grunde genommen mit einigen wenigen Verbündeten wie etwa Großbritannien oder Australien oft weitgehend isoliert. Nicht nur Chinesen, Russen oder Inder, sondern auch fast die gesamte muslimische Welt, die meisten Afrikaner und auch die Lateinamerikaner sowie weitere asiatische Staaten beziehungsweise Völker betrachten sich durch die USA beziehungsweise ihre imperialistische Politik eingeengt. Der Nährboden für eine spätere Allianz gegen die amerikanische Vorherrschaft ist also durchaus gegeben. Die Anschläge in New York und Washington vom 11. September 2001 haben die antiamerikanische (oder zumindest amerikaskleptische) Stimmung nicht reduziert; der Krieg gegen den internationalen Terrorismus hat diese Stimmung – teilweise gegen jede Logik – oft noch verstärkt.

Die USA scheinen tatsächlich nach dem Muster, wie es Huntington beschrieben hat, zu reagieren (Kooperation mit sekundären Regionalmächten). So haben die USA gegen das aufsteigende China (Ausbau seiner strategischen militärischen Möglichkeiten) die militärische Kooperation mit Japan verstärkt. Sie bemühen sich um enge Beziehungen zur Ukraine im Sinne einer Begrenzung der russischen Einflussmöglichkeiten. Sie haben ihre Beziehungen zu Argentinien intensiviert, um die führende Rolle Brasiliens in Südamerika zu dämpfen. Sie kooperieren sehr eng mit Saudi-Arabien, um die Vormachtsstellung des Iran im Persischen Golf zu schwächen. Sogar die bevorzugte Behandlung Großbritanniens kann man dahingehend interpretieren, dass die USA sowohl das sich integrierende Europa als auch insbesondere die deutsch-französische Achse relativieren wollten. Ob dieses Muster aber auch für die Zukunft gelten wird, wird sich erst noch zu erweisen haben. Die USA waren wohl auch aus ähnlichen Erwägungen (wegen der hegemonialen Rolle Indiens in Südasiens) ein Verbündeter Pakistans, das seinerseits wieder mit dem amerikanischen Rivalen China verbündet war. Die Unterstützung Pakistans zur Schwächung Indiens war auch im Hinblick auf dessen strategische Partnerschaft mit der Sowjetunion zu sehen.

In den letzten Jahren gab es eine deutliche Annäherung Amerikas zu Indien. Und auch Indien hat sich – ohne seine Beziehungen zu Russland zu vernachlässigen (das ja heute de facto, weil zu schwach, kein strategischer Rivale der USA mehr ist) – den USA stark genähert. Für die USA geht es heute wohl um eine Eindämmung des chinesischen Einflusses, und Indien scheint eine wichtige Rolle dabei zu spielen, also einen diesbezüglich ähnlichen Platz wie Japan einzunehmen. Indien wird dabei aber wohl kaum die Rolle eines amerikanischen Erfüllungsgehilfen spielen. Indien wird als selbstbewusstes Land sehr konsequent seine eigenen Interessen verfolgen; diese werden aber hinsichtlich China mit denen der USA häufig übereinstimmen; außerdem sind die USA ein interessanter Kooperationspartner und die Zusammenarbeit mit den USA eröffnet mehr Gestaltungsmöglichkeiten als die mit Russland.

Das von Huntington beschriebene Muster wird künftig nur noch bedingt gelten können. Denn die USA werden ihrerseits nicht nur periphere regionale Mächte, sondern auch regionale Großmächte (wie Indien) in ein Bündnissystem einzubeziehen versuchen. Das ist vor einer Situation zu sehen, in der die USA China tatsächlich als Haupttrivalen und Herausforderer für ihre Weltmachtstellung betrachten. Es geht um die Eindämmung des Rivalen. Die Zuerkennung einer unbegrenzten Führungsstellung Indiens

in Südasien ist in diesem Zusammenhang von den USA leicht in Kauf zu nehmen, wenn sich Indien in eine Koalition zur Eindämmung Chinas einbindet, was sich ja auch aus der indischen Interessenslage ergibt.

Dieses Beispiel legt auch dar, dass eine Koalition der größeren Regionalmächte gegen die USA zur Begrenzung ihres Einflusses keineswegs eine logische Konsequenz des Strebens nach einer multipolaren Weltordnung ist.

Der Aufstieg Indiens zu einer über die Region hinaus wirksamen Großmacht und das Heranwachsen Chinas zu einer – zumindest begrenzt wirksamen – globalen Macht beziehungsweise zu einem Herausforderer der amerikanischen Weltmachtstellung bewirken bereits eine andere Konstellation als das von Huntington beschriebene Mischsystem unipolar/multipolar. Es ist auch kein bipolares System, in dem einander zwei etwa gleichwertige Supermächte gegenüberstehen (und auch ihre Koalitionen beherrschen). Es ist vielmehr ein quasi-multipolares System, weil durch die herausgehobene Stellung einer zweiten Halb-Weltmacht im Verein mit mehreren regionalen Großmächten beziehungsweise Großmächten überregionaler Bedeutung ein gleichsam multipolar wirkendes System entsteht, in dem sich die Dominanz durch die Bildung von Koalitionen der Großmächte ergibt.

Die Ende der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts dargelegten Vorstellungen von der Möglichkeit der Ablösung der amerikanischen Weltmacht sind meines Erachtens deshalb dahingehend zu revidieren. Diese bestanden ja darin, dass eine Koalition gegen die amerikanische Vorherrschaft im Prinzip möglich ist, aber noch einige Zeit brauchen wird, um auch Wirklichkeit zu werden. Die Amerikaner sind nämlich im Stande, durch ihre Politik der bevorzugten Behandlung der für sie interessanten Länder genug Anreize zu schaffen, damit diese nicht in eine antiamerikanische Koalition eingebunden werden.

Die Ablehnung der amerikanischen Hegemonie ist nicht immer eine dramatische, sondern einfach nur eine latente; es gibt keine realistische amerikanische Bedrohung für die Masse der Länder der Welt, sondern eben amerikanische Einflüsse, sei dies im Bereich kulturell-zivilisatorischer Auswirkungen (American Way of Life) oder durch ihren finanzpolitisch und handelspolitisch bestimmten Imperialismus. Dagegen bilden sich zwar Abneigungen, aber noch lange nicht Koalitionen mit spezifischer Zielrichtung zur Reduzierung der amerikanischen Dominanz.

Die USA haben aber die Tendenz, sich in allen Weltgegenden dann einzumischen, wenn sie ihre Interessen gefährdet sehen. Da sie alleine nicht die ausreichenden Ressourcen für eine Vielzahl umfassender Engagements haben, werden sie dazu immer wieder Verbündete brauchen und ihre Politik in der nächsten Zeit wohl daraufhin abstimmen, wie amerikanische Interessenswahrung am besten möglich erscheint. Die gegebene Situation, in der zwar kaum etwas gegen Amerika geht, die USA selbst aber global auch nur begrenzte Wirkungsmöglichkeiten haben, müsste eigentlich ein Abrücken von der häufig in den USA gegebenen Vorstellung bewirken, dass sie eine Art heilbringende Weltmacht sind und sich der Rest der Welt an ihren Wertmaßstäben zu orientieren hat. Es mag durchaus sein, dass auch die Ereignisse des 11. Septembers 2001 einen Bewusstseinswandel in den USA einleiten und man erkennt, dass amerikanische Politikentscheidungen keineswegs weltweit akzeptiert werden und die Überlegenheit amerikanischer Moral nicht anerkannt ist.

Wie weit bei der Bildung künftiger Koalitionen die Wechselwirkungen von Politik und kulturellem Hintergrund eine besondere Bedeutung spielen, ist schwierig zu beurteilen. Einerseits gibt es zweifellos eine kulturell-zivilisatorische Basis zwischen den USA und Europa. Diese legt es eigentlich nahe, gewisse gemeinsame Interessen und Werte global zu vertreten. Dennoch ist die Entwicklung der letzten Jahre auf transatlantische Disharmonie ausgerichtet und gerade die Politik nach dem 11.

September 2001 hat nicht zu einem wirklichen Zusammenrücken der USA und der Europäer geführt, sondern die unterschiedlichen Betrachtungen deutlicher werden lassen. Auch wenn eine gemeinsame Interessensbasis gegeben ist (oder scheint) und diese durch kulturell-zivilisatorische Gemeinsamkeiten unterstützt wird, so bedeutet das noch keineswegs logischerweise ein gemeinsames Auftreten und eine stabile dauerhafte Koalition gegen andere Interessen.

Die USA sind als Führungsmacht des freien Westens im Sinne ethisch-moralischer oder wertmäßiger Vorstellungen nicht mehr uneingeschränkt akzeptiert. Im Falle einer – derzeit freilich noch nicht ersichtlichen – ernststen Bedrohung Europas könnte sich das allenfalls zu Gunsten Amerikas ändern. Uneingeschränkte westliche Führungsmacht sind die USA lediglich noch in sicherheitspolitischer beziehungsweise militärischer Hinsicht.

Das amerikanische Bemühen zur Verbesserung der Beziehungen mit Indien im Sinne seiner vorgeplanten Eindämmungspolitik gegenüber China zeigt auch, dass zivilisatorische Unterschiede einer Koalitionsbildung nicht entgegenstehen müssen. (Was auch aus der beinahe schon traditionellen russisch-indischen strategischen Beziehung abgeleitet werden konnte.) Es ist keinesfalls zwingend anzunehmen, dass die existenten Konfrontationslinien zwischen den Zivilisations- und Kulturkreisen – deren Bedeutung generell nicht minimiert werden sollte – zu Konfrontationen zwischen den einzelnen zivilisatorischen Führungsmächten führen müssen oder Koalitionen zwischen verschiedenen Zivilisationen verhindern oder auch nur beeinträchtigen werden. Diese auf die großen Mächte bezogene Feststellung respektive Beurteilung schließt keineswegs aus, dass die zahlreich gegebenen Risiken aus ethnisch und kulturell aufgeladenen Konfliktformationen sich zu Zivilisationskriegen ausweiten könnten (– weil auch die Führungsmächte innerhalb großer Zivilisations- oder Kulturkreise die Konflikteskalation nicht immer kontrollieren werden können).

4. Die sicherheitspolitische Lage

4.1. Die globale sicherheitspolitische Lage*

Das allgemein prägende Charakteristikum der aktuellen sicherheitspolitischen Lage bildet eine abnehmende Berechenbarkeit ihrer Entwicklung. Die Zahl staatlicher und nichtstaatlicher, grenzüberschreitend handelnder Akteure mit teilweise bedeutendem Gewicht und Wirkung in den verschiedensten Politikbereichen einer globalisierten Welt ist erheblich angestiegen. Darüber hinaus kommt es zur Herausbildung neuer Machtzentren regionaler oder sachlicher Bedeutung (sowohl im Bereich der Wirtschaft und der technologischen Entwicklung als auch militärisch). Diese dynamischen Entwicklungen erzeugen auch neue wechselseitige sicherheitspolitische Abhängigkeiten. Die durch Machtbalance zwischen den Supermächten und nukleare Abschreckung erreichte Stabilität wurde von durch staatliche Macht zunehmend weniger kontrollierbaren Prozessen abgelöst. Die wesentlichsten globalen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen nach dem Ende des Kalten Krieges können wie folgt beschrieben werden:

- In der Weltpolitik macht sich – trotz der besonderen Stellung der USA – eine Tendenz zur Regionalisierung und Multipolarität bemerkbar. Die bipolare Konstellation der Weltpolitik wurde und wird zunehmend abgelöst durch neue strukturbestimmende regionale Zusammenschlüsse unterschiedlichster Bedeutung wie die Europäische Union (EU), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN), den Gemeinsamen Südamerikanischen Markt (MERCOSUR), die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA), die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die Islamische Weltbewegung (OIC) oder die Asiatisch-Pazifische Zusammenarbeit (APEC). Die Multipolarisierung zeigt sich darüber hinaus im Entstehen und im Aufstieg neuer Regionalmächte. Diese regionalen Mächte versuchen nach der Auflösung der bipolaren Ordnung im Sinne traditionellen Machtdenkens ihr Potenzial (wie Bevölkerung, Territorium, Wirtschaftskraft, Streitkräfte) zum Ausbau der eigenen Position in Richtung einer regionalen Vormachtstellung zu nutzen, so etwa Indien, Nigeria oder Brasilien. Dies berührt sowohl die Souveränität kleinerer Staaten in der jeweiligen Region als auch die Interessen von Akteuren außerhalb der Region und birgt Konfliktpotenzial.
- Die sicherheitspolitisch relevanten Akteure nehmen zu:
 - durch die Vermehrung der Zahl der Staaten mit unterschiedlicher territorialer Größe, politischer Bedeutung, wirtschaftlicher Fähigkeit oder militärischer Macht,
 - durch das Anwachsen der Zahl internationaler Organisationen,
 - durch das rasante Ansteigen der Zahl und Bedeutung transnationaler gesellschaftlicher Akteure (Nichtregierungsorganisationen/NGOs), die unter anderem in den Handlungsfeldern globaler Umweltschutz, Entwicklungsarbeit, Menschenrechte und humanitäre Hilfe aktiv tätig sind, und
 - durch die Vermehrung der Zahl und Bedeutung nicht staatlich kontrollierter, aber transnational wirksamer Akteure, die eigenständige wirtschaftliche, religiöse oder ideologische Interessen unter Umständen auch mit Gewaltmitteleinsatz verfolgen.
- Diese Vielzahl mehr oder weniger eigenständiger Akteure und die sich aus deren unterschiedlichen Beziehungen ergebenden Konstellationen haben die einschlägigen Entwicklungen praktisch unüberblickbar gemacht. Durch den Wegfall der Bindewirkungen der bipolaren Weltordnung aus

* Dieser Abschnitt ist (teilweise überarbeitet) weitgehend dem Analyseteil für eine Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin einer Expertengruppe der österreichischen Bundesregierung vom Jänner 2001 entnommen, an der der Autor maßgeblich mitgewirkt hat.

der Zeit der Ost-West-Konfrontation und die oftmals nicht ausreichende Stabilisierungsfähigkeit von regionalen sicherheitspolitischen Organisationen wird die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen den einzelnen Akteuren und damit die globale Entwicklung längerfristig nicht mehr vorhersehbar. Diese Umstände sind gemeinsam mit der nicht ausreichend wirksamen Politik der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und von ballistischen Raketen zu sehen; die Anzahl der Staaten, die Massenvernichtungswaffen und geeignete Trägersysteme besitzen, nimmt zu.

- Der Prozess der Globalisierung beschleunigt sich, insbesondere durch die fortschreitende Herausbildung und Verdichtung globaler Marktprozesse, globaler Kommunikationsinfrastruktur, universeller Leitbilder und Grundwerte, global vernetzter Wissenschaft und Forschung, globaler Verrechtlichungsprozesse sowie durch die Entstehung globaler Akteursnetzwerke. Im Zuge der Globalisierung entstehen und vernetzen sich neue, nichtstaatliche Machtträger, der Spielraum für autonomes staatliches Handeln im klassischen Sinn wird dadurch eingeschränkt beziehungsweise verlagert sich auf neue Handlungsfelder wie zum Beispiel strategisches Informationsmanagement. Die Staaten müssen sich auf diese neuen Rahmenbedingungen einstellen. Nur hochentwickelte Staaten beziehungsweise Staatenzusammenschlüsse werden diese Herausforderungen bewältigen können. Im Allgemeinen steigt der Stellenwert der Wirtschaft gegenüber dem Militärischen für die Gestaltung der internationalen Beziehungen.
- In einer immer stärker verflochtenen Welt hängt die „nationale Sicherheit“ in erheblichem Ausmaß vom regionalen Stabilitätsrahmen ab, und die „regionale Sicherheit“ ist beeinflusst von der „globalen Sicherheit“. Grenzüberschreitende Risiken, transnationale Abhängigkeiten und neue technologische Entwicklungen sowie die zunehmende Verwundbarkeit moderner Gesellschaften führen dazu, dass Stabilitäts- und Instabilitätszonen nicht ohne wechselseitige Einwirkungen nebeneinander bestehen können. Es kommt unvermeidlich auch zu einem Übergreifen von Instabilität in stabile Regionen. Räumliche Entfernung zu Konfliktherden stellt in verschiedener Hinsicht seit langem keinen ausreichenden Schutz mehr dar.
- Traditionelle Dimensionen und Inhalte von Macht haben sich verändert. Insbesondere in den westlichen Industriestaaten sind es die technologisch-wissenschaftlichen Grundlagen, die industrielle und finanzielle Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft, die Fähigkeit zur Durchsetzung eigener Rechts- und Wertevorstellungen sowie die Steuerung von Wissen und Information, welche die Machtstellung eines Staates bestimmen.
- Die Informations- und Kommunikationstechnologie hat innerhalb der Sicherheitspolitik eine eigenständige Bedeutung erhalten, weil sie alle anderen sicherheitspolitischen Dimensionen miteinander verknüpft und damit zu einem eigenständigen Macht- und Gestaltungsfaktor wird.
- Mit Ausnahme weniger abgeschotteter Bereiche ist die weltweite Vernetzung der Informations- und Kommunikationstechnik Realität geworden. Durch den stark sinkenden finanziellen und technologischen Aufwand wird allen interessierten Nutzern unabhängig von ihrer Machtposition der Zugang zu strategisch bedeutsamer Information ermöglicht. Dies zwingt Staaten, Informationstechnik sowohl passiv – zum Schutz vor externer Beeinträchtigung eigener Handlungen – wie aktiv – als Mittel der Machtprojektion – zur Umsetzung und Wahrung ihrer Interessen zu nutzen.
- Die enormen Entwicklungsprobleme der weniger entwickelten Staaten, deren Einwohner den Großteil der Weltbevölkerung ausmachen, bergen Konfliktpotenziale, die ohne entsprechendes Konfliktmanagement zu vielfältigen, in ihrer Intensität und Auswirkung noch nicht vorhersehbaren Konfliktkonstellationen und Konfliktaustragungen führen werden. Generell wächst die Bevölkerung in den weniger entwickelten Ländern wesentlich schneller als deren Wirtschaft. Diese demografische Entwicklung, verbunden mit zunehmender Ressourcenverknappung (etwa bei

Wasser), Misswirtschaft und überregional wirkenden Umweltschäden, führt zu einer Verschlechterung der Lebensgrundlagen in diesen Ländern. Zerfall der staatlichen Ordnung und regionale zwischenstaatliche sowie innerstaatliche Konflikte können die Folge sein. Insgesamt erhöht sich der Migrationsdruck auf die entwickelten Länder.

- Ein besonderes Risikopotenzial birgt die Tatsache, dass alle diese Prozesse durch die Verfügbarkeit neuer Mittel, insbesondere moderner Waffensysteme, eine neue Qualität und Dimension erfahren haben. Vor allem die hochentwickelte Informationstechnologie, die Weiterverbreitung von zum Teil sehr einfach und billig herzustellenden Massenvernichtungswaffen und weit reichenden Trägersystemen sowie die noch nicht abzuschätzenden modernsten gentechnologischen Entwicklungen eröffnen unberechenbaren Regimen und nichtstaatlichen Akteuren wie etwa terroristischen Bewegungen, Gruppierungen der organisierten Kriminalität, Sekten, aber auch Einzeltätern, völlig neue Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Ziele. Diesen Gefahren können Staaten nur noch im internationalen Verbund begegnen.
- Die Anzahl der bewaffneten Konflikte ist hoch geblieben. Unmittelbare negative Wirkungen dieser großteils innerstaatlichen Konflikte auch auf stabilere Staaten der Region sind unter anderem erzwungene Massenmigration und die Störung des internationalen Wirtschaftsverkehrs. Darüber hinaus können diese primär innerstaatlichen Konflikte, die durch eigene „Bürgerkriegsökonomien“ in Form von Waffen-, Drogen- und Menschenhandel finanziert werden, auch mittelbare destabilisierende Auswirkungen auf benachbarte Gesellschaften und Staaten haben. Diese Entwicklung führt zu einer zunehmenden internationalen Interventionsbereitschaft, um solche Konfliktregionen auch unter Einsatz militärischer Zwangsmittel wieder zu stabilisieren.

Weitere Stichworte zum Thema globale sicherheitspolitische Herausforderungen sind:

- politische Fragmentierungsphänomene verbunden mit einer Erosion staatlicher Handlungs- und Ordnungsfähigkeit,
- totalitäre Ideologien und fundamentalistische Religionen,
- Proliferation von Massenvernichtungswaffen,
- destabilisierende Rüstungsentwicklung und
- international agierende organisierte Kriminalität.

Von grundsätzlicher Relevanz für die weitere Entwicklung der Staatenwelt und der internationalen Beziehungen werden

- die Bevölkerungsentwicklung,
- die Energie- und Ressourcenverteilung,
- die Ernährungsprobleme,
- die Umweltschäden und
- die Migrationsprobleme

beziehungsweise die in diesen Problembereichen bestehenden Zusammenhänge und Bedingtheiten sein.

4.2. Die gewohnte Sicht der Rolle der großen Mächte USA, Russland und China*

Die USA sind heute die einzig verbliebene Weltmacht. Sie können ihre nationalen Interessen weltweit wahrnehmen und gegebenenfalls auch militärisch durchsetzen. Eine starke Volkswirtschaft, die führende Position in den Bereichen Forschung und Entwicklung, der Vorsprung in vielen Bereichen der Hochtechnologie sowie ein überlegenes Militärpotenzial – verbunden mit einer hohen politischen Handlungsbereitschaft – bilden die Grundlage der US-amerikanischen Vormachtstellung. Besonders wichtige sicherheitspolitische Zielsetzungen der USA sind die Gewährleistung eines freien Zugangs zu strategischen Rohstoffen, die Sicherung offener Märkte für ihre Wirtschaft sowie die Aufrechterhaltung bestehender Allianzen. Darüber hinaus treten die USA für die weltweite Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten ein. Diese Interessen bestimmen auch ihr Engagement in den verschiedenen Weltregionen. Dabei ist eine zunehmende Tendenz zu einem nötigenfalls auch unilateralen Vorgehen festzustellen. Unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges kam es aus Sicht der USA auf Grund des Zerfalles des ehemaligen Hauptkonkurrenten – des Warschauer Paktes – sowie wegen des erkennbaren Aufstiegs Chinas zu einer (regionalen) Großmacht zu einer raschen Verschiebung des Stellenwertes der Regionen zugunsten des pazifischen Raumes. Dieser Prozess hat sich nunmehr verlangsamt und auf einem Niveau stabilisiert, das ein weiteres – auch militärisches – Engagement in Europa rechtfertigt, wenngleich die künftige militärisch-machtpolitische Orientierung der USA hauptsächlich auf den ostasiatisch-pazifischen Raum ausgerichtet sein dürfte.

Mit der Rolle der Weltmacht verknüpfen die USA allerdings nicht zwangsläufig jene einer globalen Ordnungsmacht. Die USA streben im Sinne eines „Burden sharing“ an, dass regionale Akteure (mit den USA verbündete Regionalmächte oder von den USA geführte Bündnisse) künftig mehr materielle Verantwortung für die regionale Stabilisierung übernehmen. Gleichzeitig soll der Machtzuwachs von unberechenbaren oder den USA feindselig gegenüberstehenden Staaten zu Regionalmächten verhindert werden. Mit dieser Forderung nach Lastenteilung verbinden die USA nicht notwendigerweise die Bereitschaft zu mehr Machtteilung. (Zur weiteren Entwicklung diesbezüglich siehe das Kapitel 12.)

Russland ist nach wie vor eine militärische Großmacht, insbesondere wegen der Verfügung über interkontinental einsetzbare Nuklearwaffen. Der Großteil der politischen Eliten und Teile der Gesellschaft sehen sich noch immer einem Machtanspruch verpflichtet, der auf der seinerzeitigen Weltmachttrolle der Sowjetunion beruht und aufgrund weitverbreiteten geopolitischen Denkens eine besondere Rolle Russlands nicht nur im eurasischen Bereich, sondern überhaupt als großer globaler Akteur sieht. Angesichts des Zustandes seiner Wirtschaft, des Zerfalls seiner Streitkräfte und der inneren Unordnung ist es freilich fraglich, wie lange die Fiktion eines solchen Anspruches als globaler Akteur noch aufrechterhalten werden kann. Jedenfalls hat Russland seine dem realistischen Zustand entsprechende neue Rolle im internationalen System bisher noch nicht beziehungsweise eingenommen. Eine längerfristige Rolle einer europäischen und asiatischen Großmacht ist dem Lande, das sich auch nach schweren Schlägen in seiner Geschichte immer wieder relativ rasch erholt hat, durchaus zuzutrauen. Offen ist sowohl die innere Entwicklung des Landes, ob sich also Russland zu einem so genannten normalen Land westlicher Vorstellungen entwickelt oder aber sich doch autoritäre Tendenzen durchsetzen werden, als auch die mittel- bis längerfristige Orientierung des Landes.

Entgegen mancher Rhetorik empfinden auch Russlands Eliten die Grenzen gegenüber Europa als die einzig wirklich sicheren; Europa ist auch der größte Vermittler von Technologie sowie Management-

* Dieser Abschnitt entspricht weitgehend einer Arbeitsversion für den Analyseteil für eine Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin einer Expertengruppe der österreichischen Bundesregierung vom Jänner 2001, an der der Autor maßgeblich mitgewirkt hat; Stand August 2001.

Know-how und Investor. Hingegen häufen sich im südlichen und südöstlichen Bereich die Krisensituationen für den territorialen Weiterbestand des Landes. Die strategische Beziehung zu China beruht mehr auf einer gemeinsamen Ablehnung einer amerikanisch dominierten Welt als auf ausreichender Basis gemeinsamer Interessen.

Strategische Parität kann Russland gegenüber den USA aber heute nicht mehr einfordern, und so besteht die Möglichkeit für eine herausragende Rolle in den internationalen Beziehungen insbesondere in einer gegen die USA gerichteten Außen- und Bündnispolitik. Antiwestliche, insbesondere antiamerikanische Rhetorik könnte deshalb noch lange auf der Tagesordnung russischer Politik stehen. Die Kooperation mit größeren regionalen Mächten in Asien, insbesondere mit China und Indien, scheint deshalb ebenfalls zumindest mittelfristig eine realistische Variante der russischen Außenpolitik zu sein. Diese politischen Gestaltungsmöglichkeiten werden ihrerseits die Beziehungen Russlands zu den Ländern Europas beziehungsweise zur Europäischen Union, aber auch zur NATO weitgehend bestimmen. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass die an sich auch für Russland sinnvollen und zielführenden Verbesserungen seiner Beziehungen zu Europa unter Bedachtnahme auf ihre Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der globalen Politik nicht nur nicht optimal ausgeschöpft, sondern sogar bewusst vernachlässigt werden könnten.

China stellt einen stetig an Einfluss gewinnenden Machtfaktor im asiatisch-pazifischen Raum dar, gekennzeichnet von einem nach wie vor anhaltenden Bevölkerungswachstum, einem kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufschwung und einer langfristig angelegten Modernisierung seiner Streitkräfte. Durch diese Entwicklungen wird China zunehmend zu regionaler Machtprojektion fähig. Wegen der starken Stellung der Zentralmacht dürften die ethnisch-religiös beziehungsweise wirtschaftlich bedingten internen Spannungen nicht zu eruptiven Entwicklungen führen. Der sich aber immer stärker entwickelnde Widerspruch zwischen kapitalistischer Wirtschaftspolitik und kommunistisch-autoritärer Gesellschaftspolitik ist dagegen unübersehbar. Die zentralen sicherheitspolitischen Zielsetzungen Chinas sind die Einnahme und der Ausbau einer Hegemoniestellung im ostpazifischen Raum und langfristig gesehen die Herstellung eines strategischen Gleichgewichts mit den USA.

Die Rolle Chinas und seine Ambitionen in Ost- und Südostasien sowie seine strategischen Beziehungen (etwa zu Russland) stehen im Interessensgegensatz zu anderen Mächten beziehungsweise haben die Tendenz der Entwicklung in eine solche Richtung. Das betrifft nicht nur verschiedene mittlere und kleinere Staaten in Asien, sondern auch die großen asiatischen Mächte wie Japan und Indien und insbesondere die USA. Chinesische Politik beeinflusst deshalb die globale Entwicklung im hohen Maße, was wiederum Rückwirkungen auf Europa und die Handlungsmöglichkeiten und Beziehungen der Europäischen Union in der Wahrnehmung ihrer Interessen zumindest im eurasischen Bereich hat.

4.3. Anmerkungen zum sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel in Europa

Die mit dem Ende des Kalten Krieges eingetretenen Veränderungen der weltpolitischen Situation haben auch zu einem grundlegenden Wandel der europäischen Sicherheitspolitik geführt. Die aktuellen strategischen Bedingungen enthalten sowohl neue Chancen als auch neue Risiken. Die allgemeinen Rahmenbedingungen der Sicherheitspolitik Europas werden durch folgende Entwicklungen bestimmt:

- Die bipolare Ordnung mit einer relativ beständigen und daher überschaubaren Macht- und Bedrohungskonstellation wurde von einer neuen Unübersichtlichkeit der Weltpolitik und neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen abgelöst. Die neue sicherheitspolitische Konstellation ist daher von jener der vergangenen fünfzig Jahre grundlegend verschieden.

- An der Spitze der positiven Veränderungen steht, dass durch das Scheitern des Kommunismus erstmals eine ganz Europa und darüber hinaus umfassende Durchsetzung beziehungsweise Festigung und Absicherung von Freiheit und Demokratie möglich geworden ist. Diese neue sicherheitspolitische Ordnung ist noch im Werden; sie soll auf den Prinzipien der Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Staaten beruhen und von einem Bekenntnis zu gemeinsamen Grundsätzen und Werten bestimmt sein. Die neuen weitreichenden Möglichkeiten zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit werden vor allem von den in EU, NATO und OSZE kooperierenden Staaten wahrgenommen.
- Die weltpolitischen Entwicklungen der letzten zehn Jahre haben aber auch zu neuen Instabilitäten geführt. Zwar ist die Gefahr eines unter Umständen nuklear geführten Großkrieges geschwunden, an ihre Stelle sind aber neue sicherheitspolitische Gefahren und Risiken getreten, die sich in einer Vielzahl kleiner und mittlerer Konflikte manifestieren. Insbesondere das Entstehen einer Vielzahl neuer sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher Akteure, die nicht in die traditionelle Politikordnung eingegliedert sind, trotzdem aber eigenständige Interessen verfolgen, führt zu einer unberechenbaren und nur schwer kontrollierbaren Entwicklung. Das macht auch die Vorhersehbarkeit neuer Konflikte überaus schwierig.
- Ausgebrochene, latent vorhandene oder neu entstehende Konflikte sind nicht mehr im Rahmen einer bipolaren Konfliktkonstellation kontrollierbar und haben daher eine größere Eigendynamik. Die Eskalation von Konflikten ist heute wahrscheinlicher als früher. Deshalb ist die primäre Orientierung einer zeitgemäßen Sicherheitspolitik nicht mehr an der Bedrohung orientiert, sondern an der Fragestellung, durch welche politische Gestaltungsmaßnahmen Bedrohungen erst gar nicht entstehen. Sie beruht auf der Gestaltung einer vorteilhaften Umfeldsituation, der präventiven Beeinflussung des Entstehens von Risiken und Bedrohungen sowie auf der gemeinsam mit Partnern vorgenommenen Reduzierung eigener Verwundbarkeiten.
- Die Abwehr äußerer Bedrohungen bezog sich bisher insbesondere auf die Form der klassischen Landesverteidigung. Auf Grund der neuen Abhängigkeiten und der grenzüberschreitenden Bedrohungs- und Risikozusammenhänge sowie wegen des zunehmend an Bedeutung gewinnenden europäischen Solidaritätsprinzips sind heute alle Staaten gut beraten, jenen sicherheitspolitisch relevanten Vorgängen Aufmerksamkeit und Engagement zu widmen, die sich in einiger Entfernung von den eigenen Grenzen abspielen.
- Über die Gewährleistung der Sicherheit des Staates und des Staatsvolkes in seiner Gesamtheit hinaus sind die individuelle Sicherheit und der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zunehmend Bestandteil eines umfassenden Sicherheitsverständnisses geworden.

4.4. Der asiatisch-pazifische Raum im Zentrum aller strategischen Überlegungen

Die asiatisch-pazifische Region hat genügend Konfliktfelder, die auch globale Verwerfungen im politischen und wirtschaftlichen Bereich hervorrufen können. Die Bedeutung dieser Region ist sowohl in wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht in letzter Zeit gestiegen und wird voraussichtlich weiter steigen. Änderungen in der asiatisch-pazifischen Situation sind deshalb von besonderer Bedeutung für die Weltpolitik. Die Erhaltung der Stabilität dort selbst ist aber ungleich schwieriger zu bewerkstelligen als in Europa, fehlt es doch an einem multinationalen System der so genannten „Interlocking Institutions“, wie wir sie in Europa haben. Es gibt dort auch keine regionale Sicherheitsorganisation analog der NATO, die in Europa alleine durch ihre Existenz Sicherheit gewährleistet und vor Angriffskriegen abschreckt. Geprägt wird die Sicherheitsstruktur der Region (nach dem zumindest vorläufigen Ausscheiden Russlands als mitbestimmende Großmacht im asiatisch-pazifischen Raum) vor allem durch zwei Faktoren: einmal durch das Engagement der USA und ihr

bilaterales Netzwerk von Bündnissen und Kooperationen und zum anderen durch China und seine Ambitionen, als Ordnungsfaktor in Ostasien stärker hervorzutreten. Die Annäherungen der Vereinigten Staaten an die Volksrepublik China führen deshalb zu Unbehagen sowohl bei Japan als auch bei den kleineren Ländern in der Region, denn – obwohl die USA nicht überall beliebt sind – die politischen Eliten sind sich darüber im Klaren, dass dem chinesischen Expansionismus am besten durch die Präsenz der USA Einhalt geboten werden kann.

Fest steht, dass China durch den Abtritt der Sowjetunion als politischer und militärischer Faktor im ostasiatisch-pazifischen Bereich automatisch eine Aufwertung in seiner Rolle als regionaler Akteur erfährt.

Um eine Ordnungsmachtrolle zu spielen, müssen die USA auch das Geschehen in Asien dominieren können, wozu sie militärische Basen nahe den Krisenherden benötigen, um ihre Kampftruppen entsprechend versorgen zu können. Diese Militärbasen können heute von ballistischen Trägersystemen verschiedener Länder angegriffen und zerstört werden. Darin besteht die Achillesferse der amerikanischen Militärpräsenz in Asien, denn mehrere Länder haben die realistische Fähigkeit, die USA vor Interventionen in Asien abzuschrecken weil sie im Stande sein werden, amerikanische Basen zu zerstören und damit die Aufmarschfähigkeit der USA entscheidend zu reduzieren. Außerdem können möglicherweise in absehbarer Zeit einzelne Länder den USA – im Falle einer Intervention – mit Vergeltungsschlägen mit Massenvernichtungswaffen auf US-Territorium drohen.

4.4.1. Die strategische Situation in Ostasien

Das alte strategische Dreieck China–USA–Sowjetunion – als Ergebnis des bipolaren Antagonismus – ist nicht mehr von entscheidender Bedeutung für die Situation in Ostasien, wenngleich es nach wie vor Einfluss auf die Region ausübt. Aber im 21. Jahrhundert wird die asiatisch-pazifische Region von den drei großen Akteuren China, USA und Japan dominiert werden. Nach einer chinesischen Beurteilung wird die Evolution der Beziehungen zwischen diesen drei Ländern auch eine führende Rolle beim Übergang zu einer multipolaren Struktur der Region spielen, weil sie die internationalen Beziehungen der Region (und global) weiterentwickeln werden.

Die jeweiligen bilateralen Beziehungen innerhalb des Dreieckes haben auch Auswirkungen auf die jeweils anderen bilateralen Beziehungen. Sollten also zwei Länder ihre bilateralen Beziehungen auf Kosten eines dritten verbessern wollen, dann wird der Verbindungsmechanismus zwischen den dreien unterminiert und die trilaterale Beziehung wird instabil oder gar antagonistisch.

4.4.2. Die Beziehungen zwischen den USA und China

Die US-chinesischen bilateralen Beziehungen stehen unter dem Motto: Engagement versus Eindämmung. Nach dem Ende der US-sowjetischen Konfrontation und dem Ende des chinesisch-sowjetischen Konfliktes änderten sich die Natur und der Charakter der US-chinesischen Beziehungen. Die Gegnerschaft der beiden Länder zur Sowjetunion bewirkte nämlich so etwas wie eine strategische Koordination. Mit dem Wegfall des gemeinsamen Interesses an der strategischen Opposition gegen die Sowjets haben die wechselseitigen bilateralen Beziehungen mehr Gewicht; neben gemeinsamen Interessen fallen die Gegensätze stärker ins Gewicht als früher. Die Beziehungen sind widersprüchlich: Einerseits gibt es eine große Interessensgleichheit im ökonomischen Bereich, hinsichtlich Handel, Strategie und Sicherheitsfragen; die beiden Länder brauchen sich eigentlich gegenseitig, und das ist die Basis, dass man Kompromisse macht und die Kooperation sucht. Chinas Öffnung und Reformen haben die ökonomischen Aspekte interessanter gemacht. Chinas wachsender Einfluss, regional und global, ist

auch für die USA ein wichtiger Faktor in politischen Angelegenheiten. Andererseits aber betreiben die USA eine Eindämmungspolitik gegenüber China und bauen die Beziehungen zu ihren Alliierten Japan, Südkorea und Australien aus und erwägen sogar, bei der Errichtung eines Theater-Missile-Defense (TMD)-Systems Taiwan in dieses einzubeziehen, was von China als Einmischung in die inneren Angelegenheiten betrachtet wird. China findet – wohl nicht ganz zu Unrecht – auch die Absicht zur Errichtung eines nationalen amerikanischen Raketenabwehrsystems (National Missile Defense – NMD) als gegen sich gerichtet; dieses System würde (wenn es funktioniert) die Abschreckungsfähigkeit der kleinen strategischen Atomstreitkräfte Chinas beeinträchtigen oder gar neutralisieren. Die enorme Asymmetrie in der technischen Ausstattung der Streitkräfte Chinas und der USA käme damit voll zum Tragen.

Für China kommt hinsichtlich eines TMD-Systems der USA in Ostasien noch das Taiwan-Problem dazu. Der faktisch selbstständige Staat, von China als abtrünnige Provinz betrachtet, soll irgendwann ins chinesische Reich heimgeholt werden. Die Politik der Einschüchterung Taiwans beziehungsweise der Ausbau der militärischen Fähigkeiten, Taiwan zu erobern, würden durch den Aufbau eines TMD-Systems für Ostasien (zum Schutz Japans und der US-Truppen) wegen der Möglichkeit des Einbezuges Taiwans in dieses einen argen Rückschlag erfahren. Unter dem US-Raketenschirm wäre die Selbstständigkeit Taiwans aber kaum noch zu revidieren. Gerade ein auf Dauer selbstständiges Taiwan als Verbündeter der USA würde den hegemonialen Radius Chinas entscheidend begrenzen.

Die USA betreiben nach chinesischer Sicht Weltpolitik im Sinne von Ausweitung ihrer eigenen politischen und ökonomischen Ordnung; hinter den Anliegen der Demokratisierung und Globalisierung stehe das Ziel, die Welt den amerikanischen Interessen zu erschließen. China wiederum ist auf politische Abschottung bei gleichzeitiger ökonomischer Öffnung bedacht. Aus dieser Konstellation müssen Widersprüche erwachsen, die sich angesichts der übermächtigen Position der USA nur auflösen können, wenn die Volksrepublik China den Weg einer politischen Öffnung des Landes einschlägt und dabei das Risiko des Staatszerfalles einginge. Der Widerspruch zwischen ökonomischer Kooperation und politischem Gegenmachtstreben ist eine Konstante der Beziehungen zwischen den USA und China.

Bezeichnete man die Beziehungen zu China unter Clinton als strategische Partnerschaft, so betrachtet man sie nun als strategische Konkurrenz. Letzteres ist nur eine realistischere Beschreibung, denn die USA haben seit langem die militärische Zusammenarbeit mit ostasiatischen Staaten intensiviert. China sieht sich dadurch einer Einkreisung durch die USA ausgesetzt, wozu zuletzt auch die schon unter Clinton eingeleitete Verbesserung der amerikanisch-indischen Beziehungen passt. Die Einbeziehung Taiwans – und im Zusammenhang damit auch ein stärkeres amerikanisches Engagement für die Erhaltung seiner Selbstständigkeit und allenfalls gar seine Verteidigung – ist letztlich nur konsequent, denn die USA wollen Südost- und Ostasien in ihr Einflussgebiet integrieren, wogegen der chinesischen Führung die Ausweitung des eigenen Einflusses in der Region als einzige Möglichkeit erscheint, der Einkreisung durch die USA zu entgehen.

Aus chinesischer Sicht ist die chinesisch-amerikanische Beziehung von zentraler Bedeutung für die anderen bilateralen Beziehungen innerhalb des strategischen Dreiecks China–USA–Japan. Sie betreffen direkt die chinesisch-japanischen Beziehungen. Entwickeln sich nämlich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen gut und normal, so entwickeln sich auch die chinesisch-japanischen Beziehungen und die US-japanischen Beziehungen befriedigend. Wenn sich jedoch erstere schlecht entwickeln, dann hat das gegenüber Japan eine sehr problematische Auswirkung. Japan stünde dann nämlich vor der Wahl, entweder die USA gegen China zu unterstützen (aber das stört wiederum die japanisch-chinesischen Beziehungen sehr und ist eigentlich gegen die eigenen japanischen

ökonomischen und politischen Interessen gerichtet), oder sich China anzunähern, aber dann werden sich die Beziehungen zu den USA verschlechtern, was sich Japan auch nicht ohne weiteres leisten kann.

4.4.3. Die Beziehungen zwischen China und Japan

Chinas Reformen und Modernisierungen benötigen langfristig eine stabile und friedliche Umwelt, sodass es logisch ist, dass es eine friedliche und kooperative Partnerschaft zu Japan sucht, jedenfalls so, wie China eine kooperative Partnerschaft sieht. Das Problem besteht nun darin, dass Japan – aus chinesischer Sicht – nach dem Ende des Kalten Krieges auf der Basis seiner Wirtschaftsmacht versucht, auch eine politische Macht zu werden. Dazu will es zuerst regionalen Einfluss erlangen und später dann auch global wirksam sein. Japan seinerseits müsste auch an stabilen Beziehungen mit einem immer mächtiger werdenden China interessiert sein. Die Entwicklung der Beziehungen wird davon abhängen, ob offene Fragen zu potenziellen Konflikten zufriedenstellend (– für China!) behandelt werden können. Dazu gehören historische Fragen, offene Territorialfragen und die Taiwanfrage, also das Verhalten Japans gegenüber Taiwan als eine innerchinesische Angelegenheit.

Die USA wollen keine besonders gute Beziehung zwischen diesen beiden Ländern, damit Japan nicht bessere Beziehungen zu China hat als die USA selbst. Die US-japanischen Beziehungen würden also bei zu guten japanisch-chinesischen Beziehungen beeinträchtigt werden.

4.4.4. Die Beziehungen zwischen den USA und Japan

Die Allianz der USA mit Japan spielt sicherheitspolitisch eine dominante Rolle in der asiatisch-pazifischen Region und dient den USA zur Aufrechterhaltung ihrer Rolle als asiatische Ordnungsmacht. Beide Länder sehen China als gefährlichste der potenziellen Bedrohungen, und das ist auch das Fundament dieser Allianz. Das überdeckt nur die Kontradiktionen in dieser Beziehung, beseitigt sie aber nicht: nämlich die US-Dominanz und die Kontrolle über Japan. Unter bestimmten Umständen können diese Kontradiktionen auch tragend werden, jedenfalls möchte Japan die US-Kontrolle abbauen oder ganz abschütteln.

Ein spezielles Problem für China ist die Möglichkeit, dass die japanisch-amerikanische Allianz Taiwan in ihren Schutzbereich einbezieht; das würde die politischen Handlungsmöglichkeiten Chinas gegenüber Taiwan arg beschränken und die Unabhängigkeitsbestrebungen der „abtrünnigen Provinz“ stärken.

4.4.5. Die Nützlichkeit des Status quo für die USA

Die Interessensidentität der drei Länder im strategischen Dreieck ist das Fundament für ihre Kooperation und ihre Koordination und damit die Voraussetzung für stabile Beziehungen. Alle sind eigentlich an der Stabilität und einer friedlichen Situation – insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen – interessiert. Die USA scheinen am stärksten an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert zu sein. Sie wollen ein starkes, aber nicht ein zu starkes Japan. Sie wollen ein Bündnis mit den Japanern, aber ein von ihnen dominiertes, und sie wollen ein stärkeres Engagement der Japaner – politisch und militärisch –, aber doch in Grenzen, die die USA selbst festlegen.

Die USA akzeptieren China als eine regionale Macht, aber sie wollen China keine Geltung als Weltmacht zugestehen. Auch China akzeptiert die USA notgedrungener Weise, aber es will den USA nicht die Rolle einer einzigartigen Weltmacht und nicht diese Dominanz im ostasiatischem Raum zugestehen, die sie noch immer haben.

Ob die derzeitige Machtbalance aufrechterhalten bleibt, wird in hohem Maße von der Weiterentwicklung Japans abhängen, davon, ob dieses Land tatsächlich, wie chinesische aber auch andere Analytiker beurteilen, eine stärkere Rolle in der internationalen Politik sucht, ob es vielleicht tatsächlich eine global wirksame Macht werden will. Sehr viel wird davon abhängen, wie weit sich Japan immer noch auf den militärischen Schutz der USA verlassen zu können glaubt. Glaubt es das nämlich nicht, so würde es wohl zu einer Aufrüstung Japans kommen, die die derzeitige Balance im ostasiatischen Bereich dramatisch verändern würde. Und was dann passiert, kann wohl niemand voraussagen. (Japan könnte – wenn es wollte – nach Beurteilung von Analytikern aufgrund seiner finanziellen und technischen Möglichkeiten in kurzer Zeit zur zweitstärksten konventionellen und zur drittstärksten Nuklearmacht aufsteigen.)

Unterschiedlich sind aber bei aller derzeitigen Stabilität der Situation die strategischen Ziele. Die USA suchen eine hegemonistische Position in der Region (und in der ganzen Welt), sie wollen eine Ordnung errichten, die sie kontrollieren und dominieren können. Japan wiederum möchte die Restriktionen aus den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges abschütteln und die eigene Einfluss- und Aktivitätssphäre erweitern, eine regionale und letztlich eine globale Macht werden. China akzeptiert die US-Hegemonie nicht und ist gegen eine Intensivierung der militärischen Allianz zwischen den USA und Japan. Diese Unterschiede hinsichtlich der Erwartungen in die regionale und globale Ordnung werden natürlich Konflikte verursachen.

Um ihre Rolle als balancierende und ausgleichende Macht hinsichtlich der unterschiedlichen Interessen in der Region weiterspielen und eine führende Rolle beibehalten zu können, ist es für die USA wichtig, ihre sicherheitspolitischen Beziehungen mit Japan, Südkorea und Australien aufrechtzuerhalten und auszubauen. Die Allianz mit Japan ist der Eckstein der amerikanischen Sicherheitsstrategie für Ostasien. Bei allen Problemen hinsichtlich der amerikanisch-japanischen Beziehungen und dem japanischen Wunsch, der amerikanischen Vorherrschaft zu entschlüpfen, werden die Japaner ihre Partnerschaft mit den USA wohl doch fortsetzen, jedenfalls solange die USA ihre Rolle als dominierende Weltmacht beibehalten. Diese Allianz bestimmt die Sicherheitsstruktur der asiatisch-pazifischen Region und ist für beide Länder vorteilhaft. Aber der Ausbau der Einflussosphäre durch diese Allianz ist nach chinesischer Lesart gegen die Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen der heutigen Zeit gerichtet, die ja in Richtung einer multipolaren Welt gehen, die nach chinesischen Vorstellungen auf gleichen und gerechten Beziehungen beruhen müssen. Letzteres bedeutet, dass die USA die Einflussmöglichkeiten Chinas nicht beeinträchtigen dürfen. So gesehen ist die japanisch-amerikanische Allianz kein Stabilisierungsfaktor in langfristiger Hinsicht, weil sie ja einen überholten Zustand stabilisieren möchte, der sich – nach chinesischen Auffassungen – auf die Dauer nicht halten lassen wird.

4.4.6. Perspektiven

Dass sich eine multipolare Weltordnung durchsetzen wird, ist ein Stehsatz in chinesischen politischen Abhandlungen. Eine Reihe regionaler Mächte wird unabhängige Politik betreiben können und die Vorherrschaftsrolle der USA, basierend auf ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht, ist demnach nur ein vorübergehendes Phänomen. Es ist derzeit aber nicht zu ersehen, dass die wirtschaftliche Macht der USA im Schwinden wäre; was die militärische Macht anlangt, so scheinen die USA den anderen Ländern aufgrund ihres größer werdenden Vorsprunges im technologischen Bereich davonzuziehen. Die Basis für die Aufrechterhaltung der führenden Rolle der USA, die sich gerade in einer für die ganze Welt so wichtigen Region wie Ostasien auch engagieren werden, ist also

gegeben. Ob die USA das auch tun oder nicht, das hängt mehr von innenpolitischen Entscheidungen als von der Begrenztheit ihrer Möglichkeiten ab.

Die chinesische Führung ihrerseits weiß, dass sie, um stärkeren Einfluss in Ost- und Südostasien zu erreichen und ihre Ziele durchzusetzen, letztlich auch der entsprechenden militärischen Stärke bedarf. Diese wird sie nur bei einer guten Entwicklung ihrer Wirtschaft erreichen, um sich – abgesehen von der Massenarmee – auch moderne Streitkräfte leisten zu können. Wie weit die chinesischen Ansprüche letztlich (falls sie auch mit militärischer Stärke untermauert werden könnten) tatsächlich reichen, ist freilich ungewiss. Klar ist, dass sie das gesamte südchinesische Meer als Einflussbereich und die erdölreichen Territorialgewässer der Spratly-Inseln als ihr Hoheitsgebiet betrachten. Anzunehmen ist auch, dass sie im ostchinesischen Meer die Vorherrschaft erringen wollen. Dieses aber ist der zentrale Bereich, grenzen dort doch Japan (mit dem US-Stützpunkt Okinawa) und Taiwan an die chinesische Interessenssphäre. Ob man langfristig auch Territorien des russischen Fernen Ostens, die China im 18. Jahrhundert aufgrund der so genannten „ungleichen Verträge“ verloren hat, und vielleicht die Mongolei im Visier hat, bleibt heute freilich noch reine Spekulation.

Die eigentlichen Gegner Chinas, nämlich die USA und Russland, sind zugleich auch – zumindest derzeit – begrenzte strategische Partner. Russland zu fürchten, ist aus chinesischer Sicht derzeit nicht nötig; russischer Expansionismus scheint jedenfalls gebannt. Moskau ist als Waffenlieferant für Peking wichtig. Die übermächtige Position der USA wiederum wird vorläufig zur Kenntnis genommen und gleichzeitig versucht, sie allmählich zurückzudrängen. Besondere Aufmerksamkeit aber wird jedenfalls Japan geschenkt, das China natürlich nicht direkt bedroht, aber ein potenzieller regionaler Konkurrent ist, dessen zukünftige Entwicklung mit einer gewissen Sorge durchdacht wird.

Militärisch gesehen wird China auf absehbare Zeit nicht im Stande sein, einen Waffengang gegen die USA zu führen – es sei denn als Verzweiflungstat einer nicht mehr berechenbaren Führung. Die chinesischen Streitkräfte können einem internationalen Vergleich hinsichtlich ihrer Ausrüstung nicht standhalten. Auch als Nuklearmacht ist China in strategischer Hinsicht klein geblieben. Im Hinblick auf das Raketenabwehr-Programm der USA ist China freilich herausgefordert, sein strategisches Nuklearpotenzial zu modernisieren und auszubauen, um eine Abschreckungsfähigkeit zu erhalten und damit weiterhin als globaler Akteur anerkannt zu sein, dies insbesondere auch im Hinblick auf die neue Atommacht Indien, der man deutlich überlegen zu bleiben gedenkt. Aufgrund der neuen Atommacht Indien und der möglichen substantiellen Verbesserung der indisch-amerikanischen Beziehungen kann sich in den nächsten Jahren eine gänzlich neue strategische Situation in Asien ergeben.

4.5. Die Veränderung der asiatischen und eurasischen strategischen Situation durch die neue globale Großmachtrolle Indiens

In der Zeit des Kalten Krieges beherrschte das strategische Dreieck zwischen den USA, der Sowjetunion und China weitgehend die Politik Asiens; es bildete den Rahmen, an dem sich die Politik der übrigen Länder zu orientieren hatte. Die Rivalität dieser drei Großmächte beeinflusste die Entwicklung der Beziehungen der anderen Länder zueinander, die Entwicklung der Konflikte und sogar die innenpolitischen Verhältnisse in vielen Ländern dieser Großregion. Mit dem Zerfall der Sowjetunion hat sich dieser Rahmen aufgelöst, und viele sehen heute China als jene Macht, die versucht, sich eine Vormachtstellung nicht nur in Ostasien, sondern für den gesamten Kontinent aufzubauen. Mittlerweile zeichnet sich allerdings ein neues strategisches Dreieck ab, wobei Indien die Rolle der Sowjetunion übernehmen könnte.

Zur gestiegenen Bedeutung Indiens haben einmal seine eigenen Ambitionen beigetragen; es hat sich als Atommacht etabliert und ist faktisch schon als eine solche anerkannt (wenngleich neben Pakistan, dem allerdings nicht zugetraut wird, ähnlich hohe Kapazitäten wie Indien in den nächsten Jahren zu entwickeln beziehungsweise einsatzbereit zu machen). Indien hat seine internationalen Beziehungen mit den wichtigen Ländern im asiatisch-pazifischen Bereich ausgebaut, darunter insbesondere mit Japan, Vietnam, Indonesien und Malaysia. Zum anderen wuchs die Bedeutung Indiens auch durch die neue Politik der USA, die in einer deutlichen Abwendung von Pakistan und einer Zuwendung zu Indien besteht. Der Besuch Präsident Clintons in Indien im März 2000 war ein sichtbares Zeichen der geänderten US-Strategie. Dabei spielt sicher die langfristige Perspektive eine Rolle, dass sowohl für die USA als auch für Indien ein in Zukunft militärisch und wirtschaftlich stärkeres China expansionistische Bestrebungen entwickeln könnte.

4.5.1. Zur strategischen Situation Indiens

Der Ausbau der Beziehungen Indiens mit Ländern wie Japan, Vietnam und sogar mit Burma/Myanmar (zu dem es besonders schlechte Beziehungen gab, das aber andererseits unter gestiegenem chinesischem Einfluss stand) kann auch als Darstellung eines lockeren Gegengewichtes zu China gesehen werden, aber der aktuelle Hauptfeind ist China derzeit nicht. Der aktuelle Hauptfeind bleibt selbstverständlich Pakistan; mit ihm hat Indien drei Kriege geführt. Auch danach gab es Stellvertreterkriege in Form massiver Unterstützung von Guerillas in Kaschmir durch die Pakistani und den Einsatz von Terrormitteln wie Bombenanschläge und Flugzeugentführungen. Schließlich kann auch ein nuklearer Schlagabtausch der beiden Staaten für die Zukunft nicht völlig ausgeschlossen werden.

Indien hat in den letzten Jahren gewaltig aufgerüstet und zwar vor allem im konventionellen Bereich, um gegenüber Pakistan in einer konventionellen Kriegsführung stärker dazustehen, weil im Kargil-Grenzkrieg 1999 verschiedene Mängel der indischen Armee offenkundig wurden. Indien ist Pakistan heute konventionell klar überlegen, allerdings nicht annähernd in dem Ausmaß, wie es die Bevölkerung von über einer Milliarde zu etwa 150 Millionen – also fast sieben zu eins für Indien – ist. Man kann die konventionelle Überlegenheit mit etwa zwei zu eins angeben und im selben Maße dürfte auch die künftige Überlegenheit bei nuklearen Waffen zu erwarten sein. Indien ist jedenfalls im Begriffe, seine konventionelle Überlegenheit gegenüber Pakistan auszubauen.

Die Verbesserung der indisch-amerikanischen Beziehungen muss daher – zumindest kurzfristig betrachtet – aus indischer Sicht vor allem dazu dienen, die pakistanisch-amerikanischen Beziehungen zu reduzieren, wobei die innenpolitische Entwicklung in Pakistan das Ihre dazu beitrug (Militärherrschaft, Islamisierung; die USA haben Pakistan auch verdächtigt, religiösen Terrorismus zu unterstützen). Wegen der neuerlichen großen Bedeutung Pakistans für die USA im Krieg gegen die Taliban Afghanistans und generell im Krieg gegen den internationalen Terrorismus wurden zwar viele amerikanische Vorbehalte relativiert; eine langfristige Verbesserung der US-pakistanischen Beziehungen bis zum alten bündnisartigen Niveau, das zumindest indirekt gegen Indien gerichtet war, kann allerdings nicht erwartet werden. (Siehe dazu den Abschnitt 5.3.)

Langfristig gesehen ist der strategische Herausforderer Indiens aber China, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, technologisch und militärisch. Indien sieht seine strategischen Interessen vom Arabischen Meer beziehungsweise Persischen Golf bis zum südchinesischen Meer; es plant als eine im Wachstum begriffene Seemacht gemeinsame Übungen mit Vietnam, Japan, Südkorea, Indonesien und Singapur. So gesehen ist es verständlich, von Indien und den USA als „natürliche Partner“ zu sprechen.

4.5.2. Die Beziehungen zwischen den USA und Indien

Für die politischen Beobachter war jedenfalls durch die Reise Clintons im März 2000 der Eindruck einer Neuausrichtung der amerikanischen Südasienpolitik entstanden, die einen eindeutigen Vorzug Indiens gegenüber Pakistan erkennen ließ und die von der Administration Bush jr. fortgesetzt wurde. Nach Jahrzehnten von Misstrauen, Fehlkalkulationen und verpassten Gelegenheiten sei es an der Zeit, zwischen der ältesten (USA) und der größten (Indien) Demokratie der Welt eine starke und kooperative strategische Partnerschaft zu beginnen, meinte die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright. Die seit Ende des Kalten Krieges einsetzende Annäherung der beiden Länder schien durch die Atomtests Indiens vom Mai 1998 allerdings wieder gefährdet. Washington hat damals Sanktionen gegen Indien verhängt, gleichzeitig jedoch den Dialog zu einer realistischen Einschätzung der Sicherheitsinteressen beider Länder weitergeführt. Die USA haben den Umstand eines nuklearen Indiens schließlich als eine Realität hingenommen, etwa nach dem Motto, dass der Aufbau eines atomaren Schutzschirmes aus der Sicht Indiens gerechtfertigt erscheine, nicht aber aus der Sicht Washingtons.

Indien, das auf einer glaubwürdigen minimalen Abschreckung besteht, hat seine Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen über seinen Beitritt zum Atomteststoppabkommen erklärt und auch Kontrollvereinbarungen für nukleare Exporte und die Beendigung der Produktion spaltbaren Materials in Aussicht gestellt. Mehr kann die USA nicht erwarten, denn der Verzicht auf die bereits vorhandenen beziehungsweise sich in Entwicklung befindlichen Atomwaffen ist unrealistisch.

In Indien wiederum gibt es eine traditionelle Reserviertheit der politischen Eliten gegenüber den USA. Man argwöhnt, dass die USA eigentlich kein Interesse an einem starken Indien haben könnten, und manche indische Kritik an der neuen strategischen Beziehung geht dahin, dass Indien am Ende nur der Juniorpartner der USA sein könne und nicht als gleichberechtigter Partner dastehen werde. Das offizielle Indien habe die Beziehung trotz der Großmachtallüren nur aus der regionalen Perspektive gesehen, nämlich aus dem einengenden Blickwinkel des indisch-pakistanischen Verhältnisses. Außerdem ist die Frage offen, wie sich dies mit der traditionellen indischen Blockfreiheit verträgt, die ja jahrzehntelang eine Konstante in der indischen Außenpolitik war.

Die US-Administration Bush jr. setzt hinsichtlich ihrer Asienpolitik auf eine eindeutige Priorität für Japan, das wieder als der wichtigste Verbündete in Asien erscheint. Die Bush-Administration hat auch eine deutlich kritischere Einstellung gegenüber China als die Clintons; China wird von den USA nicht mehr als Partner, sondern als strategischer Herausforderer betrachtet. Letztlich ist die Politik gegenüber China – nicht zuletzt wegen des US-Krieges gegen den internationalen Terrorismus – wieder sehr pragmatisch, allerdings keineswegs partnerschaftlich geworden. Es bleibt aber ein zumindest zukünftiger Rivale. Deshalb ist es für Amerika wichtig, ein mögliches Gegengewicht an Chinas Südwestflanke aufzubauen.

Die faktische Akzeptanz der indischen Stellung als Nuklearmacht durch die USA wurde von Indien auch „belohnt“, indem die ambitionierten Raketenabwehrpläne der Regierung Bush von der indischen Regierung geradezu enthusiastisch begrüßt wurden. Auch Indien sieht die strategische Veränderung so, dass von der Politik der gegenseitigen Abschreckung abgegangen und gemeinsam mit nuklearer Abrüstung der Schutz vor nuklearbestückten Raketen in den Vordergrund treten sollte. Die Amerikaner ihrerseits haben von ihrer „nuclearhypocrisy“ Abstand genommen. Beide Länder haben gemeinsam langfristige Bedenken gegenüber China. Indien begrüßt die strategischen Ambitionen der USA und es ist bereit, hinsichtlich der Nichtweiterverbreitung von Nuklearmaterial und Raketentechnologie eingebunden zu werden. Darüber hinaus hat Indien das Potenzial für eine beherrschende Rolle im

Bereich des Indischen Ozeans, der für die Versorgung Ostasiens als Schifffahrtsroute von strategischer Bedeutung ist.

Dass Indien aber keine alles dominierende US-Weltmacht will, dürfte auch klar sein. Es möchte vielmehr im Konzert der Großen mitspielen und strebt einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Die Voraussetzungen einer strategischen Kooperation sind jedenfalls gegeben. Indien ist als die Großmacht Südasiens etwa auf denselben Rang wie China, Russland, Japan und die Europäische Union als Gesprächspartner für die Amerikaner aufgestiegen.

4.5.3. Geostrategische Reflexionen

Dass Japan für die USA prinzipiell ein idealer Partner in der Sicherheitspolitik ist, steht außer Frage. Gerade weil es (zumindest noch) keine strategischen Ambitionen verfolgt, aber doch allmählich Bereitschaft signalisiert, sich sicherheitspolitisch in der Region stärker zu engagieren, zeigt Japan derzeit eine Art Gefolgschaft, wie sie im Sinne der Amerikaner ist. Die Auffassungen darüber, ob die USA in Asien als Hauptverbündeten eine Seemacht wie eine vorgelagerte Inselgruppe (Japan) oder eine große Landmacht (das wäre Indien) bräuchte, gehen in der amerikanischen Diskussion auseinander. Die Zukunft der amerikanischen Machtpolitik in Asien muss aber nicht in der Alternative Japan oder Indien bestehen, sondern wird wahrscheinlich beide Länder als bevorzugte Partner und quasi als Verbündete erfassen.

Indien hat viele Orientierungen in seinen internationalen Beziehungen, die auf seinen nationalen Interessen basieren. Es wird sich schwerlich zum Handlanger fremder Interessen machen lassen. Es wurde aber im Rahmen einer auf Asien bezogenen Machtpolitik ein Schlüsselland. Das strategische Ziel Indiens ist es, in den Rang einer bedeutenden Macht beziehungsweise Weltmacht aufzusteigen. Dazu bedarf es nationaler Stärke und der Förderung der regionalen und internationalen Kooperation, um in globalen Sicherheitsfragen eine bedeutsame Rolle zu spielen.

4.5.4. Indien – Russland – China – Japan – USA

Aus der chinesischen sicherheitspolitischen Literatur kann man ersehen, dass China die Zeichen der Zeit erkannt hat und an guten Beziehungen zu Indien in hohem Maße interessiert und gewillt ist, Indien und seine Großmachtambitionen positiv zu sehen sowie Indien als Nuklearmacht zu akzeptieren. Wie weit das auch eine längerfristige Auswirkung auf die Beziehung Chinas zu Pakistan haben wird, bleibt freilich offen. China würde sich einer wichtigen Spielkarte entledigen, wenn es Pakistan (den Feind Indiens) einfach fallen ließe.

Trotz des Ausbaues der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten – die wegen der dominierenden Rolle der USA in den internationalen Beziehungen und wegen des Erfordernisses amerikanischer Investitionen und Technologietransfers zur Entwicklung der indischen Wirtschaft von hohem Stellenwert wären – hat Indien seine Beziehungen zu Russland wieder neu belebt. Indien und Russland haben eine langfristige strategische Partnerschaft, die auf vielen gemeinsamen Interessen und gleichen Beurteilungen basiert (und sich letztlich auch im hohen Anteil sowjetischer beziehungsweise russischer Ausrüstung der indischen Streitkräfte niederschlägt).

Durch die strategische Partnerschaft bemühen sich beide Staaten, die alte Freundschaft der – beiderseitigen – Annäherung an die USA nicht zu opfern. Darüber hinaus soll der Welt klargemacht werden, dass die gemeinsamen geo- und regionalpolitischen sowie wirtschaftlichen und technischen Interessen noch immer konvergieren.

Die strategische Bedeutung dieser Beziehung ist allerdings geschwunden. Die strategische Partnerschaft hat nicht dieselbe Bedeutung wie die frühere Achse Sowjetunion-Indien. Zwar treten beide Länder für eine multipolare Welt ein, stehen dem Konzept der so genannten humanitären Intervention ablehnend gegenüber, betonen die Bedeutung der Souveränität der einzelnen Staaten, und Russland unterstützt darüber hinaus die Kandidatur Indiens für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Auch bekennen sich beide Staaten zur Bedeutung multinationaler Staaten, sind gegen separatistische Bestrebungen und verneinen, dass die territoriale Integrität solcher Staaten von entscheidender Bedeutung für die regionale Stabilität ist und auch Bedeutung im globalen Rahmen hat. Aber die beiden großen Gestalter der Machtentwicklung in Asien, USA und China, werfen ihren Schatten auf die indisch-russischen Beziehungen.

Russland, das ja auch eine so genannte strategische Partnerschaft mit China unterhält, deren Gehalt allerdings nicht viel mehr als die gemeinsame Ablehnung der globalen US-Vorherrschaft ist, muss das den Indern erst noch schmackhaft machen. Freilich würden Russland, Indien und China zusammen das Gerüst für eine stabile Sicherheitsstruktur Asiens abgeben. Man erinnert sich, dass schon der frühere russische Präsident Boris N. Jelzin von einer strategischen Beziehung (Dreieck) Russland, China und Indien gesprochen hat. Indien hat allerdings auch seine Beziehungen zu den USA entwickelt, und die USA und Indien gemeinsam könnten die Entwicklung der Machtlinien Asiens heute wohl entscheidender beeinflussen als eine indisch-russische Achse. Eine russisch-indisch-chinesische Machtfiguration wird es wohl nicht sobald (oder gar nie) geben.

So gesehen ist eher zu erwarten, dass die amerikanische Option für Indien von größerer Bedeutung sein wird. Auch Russland pflegt ja seine Kontakte zum Westen, freilich in der Art eines Spielers beziehungsweise Akteurs, der gleichzeitig versucht, möglichst viel Einflussbereich in Europa, im Kaukasus und in Zentralasien zu erhalten. Die Annäherung an die USA muss also die russisch-indischen Beziehungen nicht entscheidend stören, zumal diese ja in ihrer Bedeutung gegenüber der Zeit des Kalten Krieges deutlich abgewertet sind. Die Einbeziehung Chinas in ein Machtdreieck mit Russland und Indien erscheint auch deshalb wenig realistisch, weil China den Bilateralismus pflegt und sich darin als ein starker Partner sieht, wogegen es bei multilateralen Arrangements an Bedeutung einbüßen würde. Auch geben verschiedene Analytiker der strategischen Beziehung Russland–China keine lange Lebensdauer, weil es langfristig mehr Interessensgegensätze geben wird als die derzeit gemeinsamen Interessen (die Rolle der USA zu beschränken, den Einfluss des Islam zu reduzieren und die territoriale Integrität der beiden Vielvölkerstaaten Russland und China wechselseitig zu respektieren).

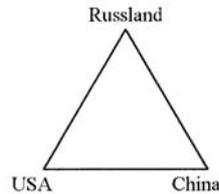
Klar scheint aber jedenfalls, dass Indien selbst ein größerer Akteur geworden ist und dass sich seine Rolle noch verfestigen wird. In naher Zukunft wird die Machtbalance in Asien, die aktuell von der chinesisch-amerikanischen Rivalität dominiert wird, vom Verhalten Indiens entscheidend mitbeeinflusst. Längerfristig wird die künftige Rolle Japans zu beachten sein, ob Japan ein politisch und vielleicht auch militärisch wieder stärker engagiertes Land werden wird. Beachtet werden muss auch, ob und wie schnell Russland sich erholen und auch im Fernen Osten wieder eine Rolle von zumindest regionaler Bedeutung spielen kann.

Indiens „Eintritt“ in die Gruppe der maßgeblichen Akteure in der – bereits heute und künftig – maßgeblichen strategischen Region Asien/Pazifik hat bedeutsame Auswirkungen auf die Übersichtlichkeit über die Gestaltungsmöglichkeiten in dieser Großregion. Man kann das sehr gut am Anwachsen der Zahl „strategischer Dreiecke“ darstellen. Strategische Dreiecke sollen hier darlegen, dass die (bilateralen) Beziehungen großer (größerer) Mächte zueinander auch von den jeweiligen bilateralen Beziehungen zu einer dritten Macht beeinflusst werden. Trilateral soll besagen, dass die

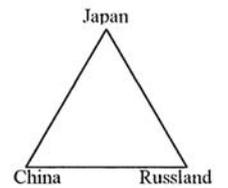
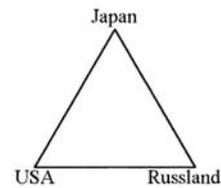
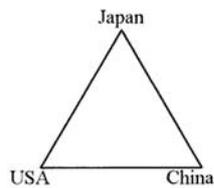
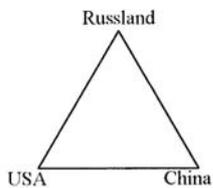
Beziehungen von A zu B auch die von B zu C und die von C zu A mitbeeinflussen. Es gibt umso mehr solcher Dreiecke, je mehr relevante Akteure vorhanden sind.

4.5.5 Strategische Dreiecke

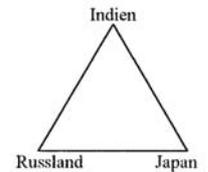
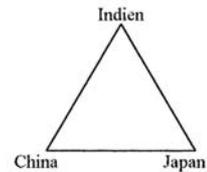
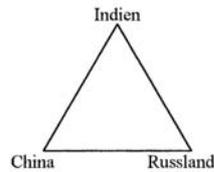
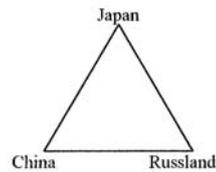
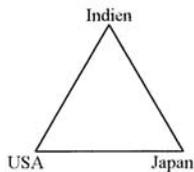
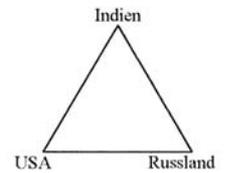
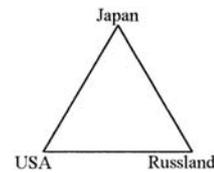
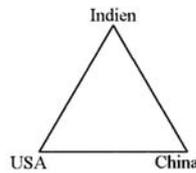
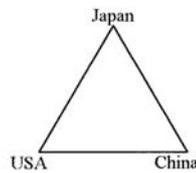
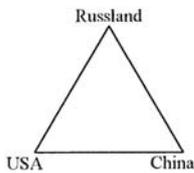
3 Akteure: USA – China – Russland. Es gibt nur ein strategisches Dreieck.



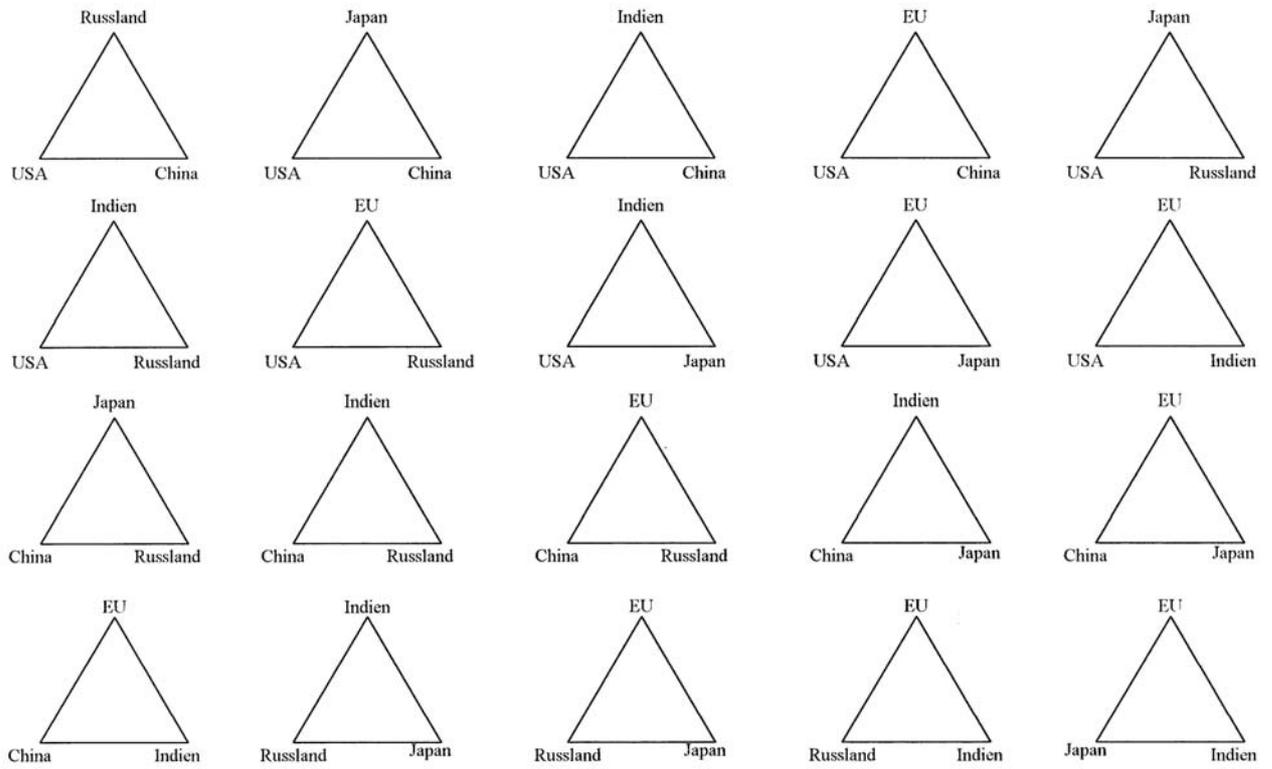
4 Akteure: USA – China – Russland – Japan. Ergibt vier strategische Dreiecke.



5 Akteure: USA – China – Russland – Japan – Indien. Das ergibt zehn strategische Dreiecke.



6 Akteure: USA – China – Russland – Japan – Indien – EU. 20 strategische Dreiecke ergeben sich.



7 Akteure würden 35 strategische Dreiecke bedeuten.

8 Akteure ergeben 56 strategische Dreiecke.

4.6. Russland und der Westen heute

In der ersten Phase nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, nach der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Zerfall der Sowjetunion, haben die russischen Eliten die gesunkene Bedeutung ihres Landes und seine Abdankung als Supermacht nur höchst unwillig zur Kenntnis genommen. Sie konnten vor allem den Zugewinn der USA an Einfluss nicht akzeptieren, nicht verwinden. Konkrete Streitpunkte waren und sind die Osterweiterung der NATO und der Umstand, dass Moskau seinen Verbündeten Serbien 1999 nicht vor der Allianz schützen konnte. Nach der vorherrschenden Moskauer Meinung steht die westliche „Expansion“ im völligen Widerspruch zu einem unausgesprochenen Geschäft, das den Kalten Krieg beendet hatte: Die Sowjetunion dankt zwar ab, aber dafür baut der Westen seinen Einflussbereich nicht aus.

Absolut unannehmbar für Moskau ist die sogenannte unipolare Welt mit einer (angeblichen) „absoluten Dominanz“ der USA; sie gilt als prinzipielle Bedrohung. Russland fürchtet seine Marginalisierung in der Weltpolitik. Auch die zunehmende technologisch-ökonomische Asymmetrie hat strategische Folgewirkungen.

Moskaus Politik versuchte diesen Entwicklungen mit Multilateralismus und der Stärkung der Rolle der UNO und der OSZE zu begegnen. Zudem wurde die Idee eines „strategischen Dreiecks“ zwischen Russland, China und Indien als Gegengewicht zur amerikanischen Weltmachtrolle entwickelt (zuerst schon 1993 durch den damaligen Präsidenten Jelzin und dann wieder 1998 durch den damaligen Außenminister und späteren Ministerpräsidenten Primakow). Diese Konstellation erscheint allerdings praktisch chancenlos, da Peking und New Delhi zwar gleichermaßen wichtige Kunden der russischen Rüstungsindustrie, aber nicht gut aufeinander zu sprechen sind. Russland sah sich – widerwillig – gezwungen, sich den Entwicklungen anzupassen, über die es die Kontrolle verloren hatte. Aber die alte Rhetorik gegen die Vormachtstellung der USA und für den Status Russlands als globale Großmacht war geblieben. Äußerungen russische Politiker machen auch immer wieder klar, dass Moskau sein nach wie vor gewaltiges Atompotenzial als Mittel der Außenpolitik (und nicht nur zur Abschreckung) betrachtet. Gleichzeitig ist in Russland sehr viel von der „Gefahr aus dem Süden“ – und konkret dem „Wahhabismus“ (dieser Begriff wird meist gegenüber „Fundamentalismus“ bevorzugt, weil er den engen russischen Verbündeten Iran ausklammert und auf Saudi-Arabien verweist) – die Rede. Vor allem aber glaubt sich Russland durch „Separatismus und Terrorismus“ in Tschetschenien bedroht. Darauf möchte Moskau reagieren – mit Auswirkungen bis hin zur Militärreform.

In dieser Situation einer allmählichen Anpassung Russlands an die neuen Gegebenheiten und der Beibehaltung der alten Rhetorik stellte Präsident Putin einen realistischen Zustand her. Die Anpassung war bereits vor Putin in Gang gesetzt worden, aber er akzeptierte sie: Die Asymmetrie in den russisch-amerikanischen Beziehungen ist eine Tatsache, aber „keine Tragödie“. Putins Wende bestand in der Erkenntnis dieser Asymmetrie und darin, das nationale Interesse festzustellen. Dieses bestand in der Modernisierung des Landes – und dazu braucht es den Westen als Kapitalgeber und Technologietransferpartner. Obwohl die von Putins „prowestlichem Kurs“ überraschten russischen Eliten murrten, trugen sie ihn schließlich mit, da der Präsident seine starke öffentliche Unterstützung nicht verlor. Das Jahr 2001 markiert den unilateralen und (wie viele Autoren meinen) endgültigen Rückzug Moskaus von der (verbliebenen) Rivalität mit den USA beziehungsweise auch aus russischer Sicht das Ende der Supermachtbeziehungen. Bereits 2000 hatte es Grundsatzentscheidungen für eine Neuausrichtung der russischen Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik gegeben. Die Ereignisse des 11. September 2001 und der Kampf gegen den Terrorismus danach haben das beschleunigt und zementiert. Das bedeutete in der Praxis unter anderem

das Aufgeben der nuklearen Gleichheit mit den USA und die Reduzierung der strategischen Nuklearstreitkräfte. Früher wollte man ja die strategische Parität erhalten, und so war noch 1997 vorgesehen, 80 bis 90 Prozent der Investitionen für das Militär den strategischen Nuklearstreitkräften zukommen zu lassen. Diese Summe reichte trotzdem nicht aus; die konventionellen Streitkräfte aber verfielen dabei. Weiters wurde die Schließung der Außenposten in Kuba (Abhörstation) und Vietnam (Marinebasis Cam Ranh) – auch bereits vor dem 11. September 2001 – aus finanziellen Gründen eingeleitet. Offiziell geht Russland nach wie vor nicht von einer „atomstrategischen Parität“ mit den USA ab, weil man glaubt, es seinem Status als Großmacht schuldig zu sein; die Praxis spricht freilich eine andere Sprache.

Putin hat auch den Krieg der USA gegen die Taliban in Afghanistan unterstützt, obwohl große Teile der russischen Eliten sehr skeptisch gegenüber dem Vorgehen der USA waren. Dies verstärkte sich noch durch den Aufbau einer westlichen Militärpräsenz im ehemals sowjetischen Mittelasien. Die Entsendung von amerikanischen Militärberatern nach Georgien im Frühjahr 2002 wurde in Russland scharf kritisiert, und im Sommer 2002 stießen russische Politiker mit Putin an der Spitze immer wieder Kriegsdrohungen gegen Georgien aus, weil dieses tschetschenische Rebellen unterstütze. Tatsache aber ist, dass Russland die Präsenz und den Einfluss der Amerikaner in Zentralasien akzeptiert. Dieser Umstand wurde als ein Abrücken von der alten Betrachtung gesehen, dass der postsowjetische Raum ein exklusives strategisches Einflussgebiet Russlands ist.

Die Kündigung des Anti-Balistic-Missile (ABM)-Vertrages zur Begrenzung der strategischen Raketenabwehr wurde seitens Russland (mit Bedauern, aber doch) hingenommen; es gab keine Androhung von Maßnahmen dagegen oder gar – wie von der westlichen Diplomatie über die Jahre hinweg notorisch behauptet – die Ankündigung von Aufrüstungsplänen. Im Gegenteil kam es zur Vollendung der Abrüstungsgespräche zwischen Russland und den USA im Bereich strategischer Atomraketen und Sprengköpfe (Vertrag vom Mai 2002 in Moskau). Auch wurde die Erweiterung der NATO um kritische Länder wie die baltischen Staaten und Rumänien ohne viel diplomatischen Streit hingenommen. Die zweite Osterweiterung der NATO wurde zwar nicht in dem Sinne akzeptiert, wie zahlreiche westliche Kommentatoren Ende November 2002 meinten, dass nämlich Russland die Erweiterung der NATO nichts ausmache. Aber da man nichts dagegen machen kann, nimmt man es hin und verzichtet auf eine anti-amerikanische oder anti-westliche Rhetorik gegen die Erweiterung, aus der letztlich ja nur die eigene Machtlosigkeit erkennbar wäre.

Obwohl Russland den umfassenden Zugang zu den USA sucht, so bleiben doch in den bilateralen Beziehungen sicherheitspolitische Fragen im Zentrum der neuen Agenda. Russland bleibt ein interessanter Partner für die USA hinsichtlich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologien sowie hinsichtlich der regionalen Instabilitätsprobleme Asiens. Außerdem bietet sich Russland als künftiger Energiepartner an, was im Hinblick auf die problematische Situation im Nahen und Mittleren Osten auch für die USA eines Tages hinsichtlich der Erdölimporte bedeutsam werden kann. Russland wiederum braucht die amerikanische Unterstützung, um als Marktwirtschaft behandelt zu werden und der Welthandelsorganisation beizutreten. So wird Russland mehr oder weniger zu einem Freund der USA – aber nicht zum Gefolgsmann! Es macht weiterhin seine eigene Politik, zum Beispiel hinsichtlich des Irak und des Iran oder gegenüber Nordkorea. Trotzdem schreitet die amerikanisch-russische Kooperation in der Sicherheitspolitik voran und erscheint beiderseits vorteilhaft. Russland ist in gewisser Weise in das geopolitische, strategische und auf Energie bezogene Kalkül Amerikas einbezogen. Russland erscheint als nützlich und das wertet Europa als amerikanischen Partner weiterhin ab. Der sicherheitspolitische Platz und der Einfluss Europas in der Weltpolitik hängen heute nicht mehr nur von der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik (GASP)

beziehungsweise der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ab, sondern auch von der konkreten sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den USA und Russland.

Man spricht vom Ende des speziellen russischen „dritten Weges“ in Politik, Wirtschaft, gesellschaftlichen Werten und so weiter. Russland ist im Wesentlichen europäisch. Es hat sein eurasisches Empire verloren, es ist als eurasisches Reich nur noch Vergangenheit. Aus dem eurasischen Russland könnte in Zukunft ein euro-pazifisches Russland werden, was auch seiner geopolitischen Position als zwischen West- und Mitteleuropa einerseits und dem nordamerikanischen Kontinent andererseits gelegen entspräche. Russland empfindet sein Unbehagen heute wegen der Veränderungen des militärischen, ökonomischen und demokratischen Kräftegleichgewichtes weniger im Westen als im Osten. Die „chinesische Gefahr“ ist aus russischer Sicht dabei nicht so sehr eine Bedrohungsvorstellung, sondern der Umstand (und das Bewusstsein), dass China eine stärkere Macht geworden ist als Russland (sieht man von strategischen Nuklearwaffen ab).

Russland sucht deshalb die Integration mit (und nicht in) Europa. Es wird mit der EU eine Freihandelszone, eine Energiepartnerschaft (Erdöl- und Erdgasexporte) und einen politischen Konsultationsmechanismus mit gegenseitigen Vereinbarungen auf dem Gebiet der Sicherheit anstreben. In ferner Zukunft scheint eine Assoziation möglicherweise eine Mitgliedschaft in den nächsten 20 Jahren sicher noch nicht. Die Interessenskonflikte zwischen Russland und der EU hinsichtlich Einfluss und wirtschaftlicher Kontrolle insbesondere in Weißrussland, in der Ukraine und in Moldau (Moldawien) werden die sich entwickelnden guten Beziehungen nicht ernsthaft trüben. Für Russland hat heute gute Nachbarschaft Priorität in seiner Außenpolitik.

Ob man bei der pragmatischen Politik Russlands derzeit von einer pro-westlichen Politik sprechen kann, ist allerdings fraglich. Denn es geht darum, dass die russische Interessenswahrnehmung zwangsläufig die „Freundschaft“ zu den weit stärkeren USA verlangt. Aber man kann sagen, dass sie nicht mehr anti-westlich wirkt beziehungsweise erscheint.

Die Außenpolitik Russlands war früher durch die „strategische Überdehnung“ (der Begriff stammt von Paul Kennedy: *The Rise and Fall of Great Powers*. New York 1987. Deutsch: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*. Frankfurt am Main 1989) auf der Suche nach einer Weltmachtrolle beziehungsweise beim Versuch der Erhaltung derselben eine Belastung für den Wohlstand der Nation. Jetzt soll sie ein Mittel für den Wohlstand werden, ein Mittel zur Erneuerung und Entwicklung.

5. Die strategische Situation nach dem 11. September 2001

Die Anschläge des 11. September 2001 stellen noch nicht die neue Dimension des Terrorismus dar, wie sie Walter Laqueur in den siebziger Jahren beschrieben hat, nämlich die Möglichkeit, dass der Terrorismus in Zukunft tatsächlich eine ernsthafte Bedrohung für die Menschheit darstellen wird: Wenn nämlich die Waffen der „super-violence“ – außer Kernwaffen auch biologische und chemische Kampfstoffe – es eines Tages auch kleinen Gruppen ermöglichen werden, ganze Städte oder Länder zu erpressen (Walter Laqueur: Terrorismus – Wurzeln und Wirkungen. In: Meyers Enzyklopädisches Lexikon. Band 23, Mannheim 1978). Diese neue Form des Terrorismus wäre nicht nur geeignet, große Schäden und menschliches Leid anzurichten, wie dies am 11. September in New York und Washington geschah, sondern auch die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen zu beeinträchtigen oder teilweise sogar auszuschalten.

Der 11. September 2001 hat einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass der internationale Terrorismus zu einer ernsten sicherheitspolitischen Herausforderung werden kann. Terroristische Bedrohungsszenarien größerer Art wurden von einer abstrakten Gefahr zu einer realen Bedrohung.

Dass mit dem 11. September ein neues Zeitalter begonnen hat, dürfte auch übertrieben sein. Vielleicht – was nicht zu hoffen ist – wurde eine neue sicherheitspolitische Ära insofern eingeleitet, als es sich möglicherweise beim 11. September um einen der ersten Vorläufer der neuen Dimension des Terrors handelt, was dann wirklich eine in vielfacher Hinsicht veränderte Welt bedeuten würde. Die Anschläge vom 11. September hatten auch keine nachhaltigen Auswirkungen, was dann der Fall hätte sein können, wenn eine Serie weiterer Terroranschläge zur Verunsicherung der westlichen Gesellschaft beigetragen hätte (– was allerdings immer noch kommen kann). Dies hätte die leichte wirtschaftliche Rezession in Amerika, Asien und Westeuropa, die es ja bereits vor dem 11. September gab, verstärken können. Mit dem spektakulären Krieg gegen die Taliban und weltweit gesetzten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung haben die USA aber keine pessimistische Stimmung aufkommen lassen und es ermöglicht, dass es bereits Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung und des Aufschwunges gab.

5.1. Eine neue strategische Ära?

Ist mit dem 11. September 2001 eine neue strategische Ära angebrochen, die die Welt ähnlich stark und anhaltend prägt wie der Kalte Krieg (so z.B. der Direktor des IISS, Chipman, am 18.10.2001 bei der Vorstellung von „Military Balance 2001/2002“)? Die Begründung für diese Überlegung war, dass die USA einen neuen Feind haben; statt Russland oder China ist das der Terrorismus. Die USA werden ein Hyper-Engagement in die Weltpolitik einbringen. (Anmerkung: Der Kampf gegen den Terrorismus ist allerdings schon länger ein Hauptbestandteil amerikanischer Außenpolitik; Stichwort „Schurkenstaaten“.)

Eine andere Argumentation in diese Richtung besagt, dass der 11. September die Träume von einem multipolaren Gleichgewicht vorläufig zerschlagen habe. Die USA haben sich als die einzige Supermacht bestätigt, sie führen ihren Krieg praktisch alleine. Russland, China oder auch Frankreich hätten die Suprematie der monopolaren Weltmacht anerkannt. Nach dem 11. September bauen die USA ihre globale Dominanz auf militärtechnischer Ebene noch weiter aus und auch ideologisch stehen sie als Bekämpfer des Terrorismus im Zenit.

Dass mit dem 11. September ein neues weltpolitisches Kapitel begonnen habe, wurde (leichtfertig) auch aus der verfrühten Beurteilung verschiedener Entwicklungen und Prozesse abgeleitet. Dazu gehörten insbesondere

- die Annäherung Russlands an die USA und die NATO,
- die Entspannung zwischen den USA und China,
- die (nur kurzfristig wirksame) Neubelebung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses,
- die Abkehr weiterer Schurkenstaaten vom Staatsterrorismus und
- der sich anzubahnen scheinende Ausgleich zwischen Indien und Pakistan.

Schon einige Monate nach den Ereignissen des 11. September konnte man aber feststellen, dass diese Entwicklungen nicht immer so verlaufen sind. Wären diese Prozesse vom 11. September ausgelöst worden und wären sie dann tatsächlich entsprechend weiterverlaufen, so hätten sie insgesamt tatsächlich zu einer wesentlichen Veränderung der strategischen Situation beigetragen. Dem war aber nicht so.

Tatsächlich ist durch den 11. September 2001 keine grundlegende oder wesentliche Veränderung der strategischen Lage eingetreten. Einige Prozesse beziehungsweise Entwicklungen haben durch diese Ereignisse eine Beschleunigung erfahren. Aus der Kooperation verschiedener Länder mit den USA werden sich da und dort Entwicklungen ergeben, die sonst vielleicht nicht so verlaufen wären. Im Wesentlichen aber haben sich bereits erkennbare Tendenzen bestätigt und manche Dispositionen sind klarer als in der Zeit vor den Anschlägen.

Die internationalen Beziehungen entwickeln sich immer weiter. Sie entwickeln sich selbstverständlich auch nach den Ereignissen des 11. September weiter und die Koalition gegen den Terrorismus und die gestiegene Kooperationsbereitschaft einzelner Länder werden ihre Auswirkungen auf die Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen haben. So gesehen ist es klar, dass die Ereignisse des 11. September Einfluss auf die Weiterentwicklung der strategischen Situation haben. Aber sie brachten keine grundlegende Veränderung.

Für manche Beobachter hat der Schock des 11. September den Eindruck vermittelt, dass die Welt nun im Kampf gegen den Terrorismus enger zusammenrücken werde. Eine solche kurze Phase ist auch durchaus denkbar, insbesondere dann, wenn die neue Dimension des Terrorismus auftauchte. Aber auch dann wohl nur kurz und begrenzt, bis eben wieder die individuellen Interessen durchschlagen. In einer solchen Phase sind wir noch nicht; es ist nicht zu ersehen, dass nach dem 11. September die Welt wirklich enger zusammengerückt wäre. Es gab vielmehr einen solchen Anschein, und gerade das Mitmachen einzelner schwieriger oder besonders wichtiger Länder im so genannten Kampf gegen den Terrorismus erwies sich als Suche nach eigenen Vorteilen, nicht als internationale Solidarität.

Im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus werden sich weitere Veränderungen ergeben, wenn sich aufgrund der Ziele und des Verhaltens der USA die Interessensbasis einzelner Länder neu zur Bewertung stellt.

5.1.1. Die Situation nach dem 11. September 2001

Eine Reihe von Entwicklungen und Veränderungen, wie sie nach dem 11. September voreilig vorausgesagt wurden, ist nicht eingetreten. So haben sich insbesondere die Beziehungen der USA zu China nicht prinzipiell verbessert. Zwar hat sich der Ton geändert, aber die Interessensgegensätze hinsichtlich Taiwans, der Frage der Nationalen Raketenabwehr der USA und eines TMD-Systems für Ostasien sind davon unberührt geblieben, und umgekehrt haben sich die USA ihre Kritik an der Menschenrechtssituation in China nicht völlig versagt.

Ebenso wenig hat sich die Situation zwischen Indien und Pakistan entspannt, die Spannungen haben vielmehr zugenommen. Indien versucht, die Verwicklungen Pakistans in terroristische Netzwerke

auszunutzen und seinen Nachbarn an den Pranger zu stellen. Der Konflikt um Kaschmir ist einer Lösung in keiner Weise näher gebracht worden.

Die US-Politik gegen „problematische“ Staaten hat sich entgegen den ersten Eindrücken nicht grundlegend verändert. So ist insbesondere die Einschätzung des Iran durch die USA inzwischen wieder dieselbe wie vor dem 11. September.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist nicht in einen Friedensprozess eingemündet, sondern im Gegenteil eskaliert und erscheint in dieser Phase unlösbar.

Trotz der emotionalen Kritik, dass die US-Regierung sich zu sehr auf Raketenabwehr und zu wenig auf Terrorismusbekämpfung konzentriert habe, blieb die US-Regierung bei ihren Plänen zur Raketenabwehr und hat auch am 12. Dezember 2001 bekannt gegeben, dass der bilaterale ABM-Vertrag aus 1972 (zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der strategischen Raketenabwehr) gekündigt wird. Die Reaktionen Russlands und auch Chinas zur Kündigung des ABM-Vertrages waren dabei milde im Vergleich zur früheren Rhetorik vor dem 11. September.

Die Hoffnung Bin Ladins, dass der Krieg in Afghanistan Millionen von Muslimen radikalieren würde, ging nicht in Erfüllung. Wohl aber haben die Spannungen in Israel und Palästina sich weiterhin verschärft und Palästina rückte noch stärker als zuvor in das Interesse der Weltöffentlichkeit, wobei die schlechte Situation der Palästinenser sehr oft gleichsam als Hauptursache des globalen Terrorismus angesehen wird.

Ob der Antiamerikanismus weltweit stieg, kann schwer beantwortet werden. Sicher aber ist, dass es in mehreren Ländern einen klar erkennbaren Antiamerikanismus gibt und die Stimmung nach dem 11. September sich stark amerikafeindlich zeigte, was auch durch Meinungsumfragen bestätigt wird. Trotz aller Sympathiebeweise dürfte die amerikaskleptische Haltung in Europa nach dem 11. September nicht zurückgegangen sein, weil man die USA als überheblich betrachtet.

5.2. Die Koalition gegen den Terrorismus

Es gab und gibt eine grundlegende Willensübereinstimmung, dass der Terrorismus bekämpft werden muss und die USA – als Opfer der Anschläge des 11. September 2001 – in ihrem Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen seien. Die USA haben in dieser unverbindlichen „Koalition gegen den Terrorismus“ die Führungsrolle übernommen. Sie arrangieren sich bilateral mit verschiedenen Staaten, um dadurch ihre Kriegsführungsmöglichkeiten – wie in Afghanistan – oder Ordnungsaufgaben durchführen oder vorbereiten zu können. Die Beiträge der Länder dazu waren sehr unterschiedlich.

Die Koalition gegen den Terrorismus ist von Haus aus auf Zerfall ausgerichtet, denn sie ist ein reines Zweckbündnis mit vielen Heucheleien. Sie ist nicht ein Aktionsverband, sondern eher ein Stillhalteverein. Die Koalition gegen den Terror hat als verbindende Gemeinsamkeit nicht mehr als eine oberflächliche Übereinstimmung in der Notwendigkeit der Bekämpfung des Terrorismus. Voraussetzung dafür, dass diese große Koalition gegen den Terrorismus überhaupt existiert, ist der Umstand, dass es einen großen Spielraum hinsichtlich der Beurteilung dessen gibt, was Terrorismus ist und was nicht. Die Meinungen darüber, was Terrorismus ist und was Freiheitskampf beziehungsweise welcher Terrorismus legitim ist und welcher verbrecherisch, gehen weit auseinander; weiters auch darüber, was im Kampf gegen den Terrorismus erlaubt ist und was nicht (Beachtung der Menschenrechte). Deshalb dürfte schon bald bezweifelt werden, dass es tatsächlich auf längere Sicht eine große weltweite Koalition in einem umfassenden Kampf gegen den Terrorismus geben wird. In verschiedenen Ländern Afrikas und Asiens (und nicht nur in islamischen) hat der Antiamerikanismus durch die Katastrophen in New York und Washington keinerlei Einbruch erfahren.

Bei der Beurteilung dessen, was Terror ist und was nicht, wird gerne mit verschiedenen Maßstäben gemessen. Aber auch unabhängig davon erscheint es nicht realistisch, jede Form des Terrors gleich zu behandeln oder gleich zu beurteilen. Terror ist im Prinzip eine asymmetrische Form der Kriegsführung, um – zumindest in vielen Formen – zu einem bestimmten Ziel und Erfolg zu gelangen. Solchen Terror hat es schon lange gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Eine differenziertere Betrachtung und Beurteilung der einzelnen Erscheinungsformen des Terrors wäre jedenfalls im Sinne einer globalen Antiterrorstrategie unbedingt nötig.

5.2.1. Motive der Partnerschaft im Kampf gegen den Terrorismus

5.2.1.1. Russland

Die russische Motivation war zumindest zweifach. Zum einen legte Russland den USA praktisch ein Bündnisangebot vor, womit die Erwartung der Anerkennung einer Sonderstellung Russlands verbunden war; sogar die gemeinsame Festlegung der Grundlinien eines neuen „Weltsystems der kollektiven Sicherheit“ war erwartet worden. Zum anderen war natürlich auch die Tschetschenienpolitik Russlands mitentscheidend. Die Solidarität Russlands mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus hatte auch die Einbeziehung des Krieges in Tschetschenien in diesen Kampf zum Ziel – und damit die Legitimierung der brutalen russischen Tschetschenienpolitik. In diesem Sinne passen die Nachrichten, dass Al-Kaida-Kämpfer aus Afghanistan nach Georgien geflohen seien und sich dort im Süden Tschetscheniens gemeinsam mit tschetschenischen Guerillas aufhalten sollen.

Tatsächlich hat sich die wechselseitige Kritik zwischen den USA und Russland nach dem 11. September verändert. Sie ist maßvoller geworden, sowohl was die Kritik an der russischen Tschetschenienpolitik und den dortigen Menschenrechtsverletzungen anlangt, als auch hinsichtlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und anderem mehr. (Gar nicht zu reden von den Methoden gegenüber regierungskritischen Medien.) Aber auch Russlands Kritik an den USA, etwa am Projekt der amerikanischen Raketenabwehr oder an der NATO-Erweiterung, ist besonnen und maßvoll ausgefallen. Das fällt durchaus ins Auge, wenn man bedenkt, dass noch im August 2001 Putin Nordkoreas Diktator Kim Jong Il empfing, Castro besuchte und die freundschaftlichen Beziehungen zum Irak pflegte sowie Libyens Staatschef Gaddafi einlud. Das heißt noch nicht, dass sich diese Politik tatsächlich ändern wird, aber der maßvolle Ton ist auffällig.

5.2.1.2. China

Auch für China ist es von prinzipiellem Interesse, dass seine Unterdrückungspolitik in Xinjiang als Teil des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus dargestellt werden kann. Man erwartet sich Akzeptanz für diesen Kampf zur Unterdrückung der Unabhängigkeitsbestrebungen und erreicht damit, dass Xinjiang ohne nennenswerte Kritik weiterhin dem Staatsterror Chinas ausgesetzt bleibt. (Wobei anzumerken ist, dass China den Terrorismus beziehungsweise die Aufstandsbewegung trotz deren in den letzten Jahren zunehmender Intensität ganz gut im Griff zu haben scheint.)

Für China geht es aber auch um die Wiedererlangung der Parität mit den USA, wie sie in der Ära Clinton praktisch gegeben war und nun in der Ära Bush einem rauerem Kurs gewichen ist.

Obwohl laut Medienberichten die terroristischen Anschläge vom 11. September in China eher Genugtuung als Betroffenheit hervorgerufen haben, kam es zu einer Vielzahl unklarer Solidaritätsbezeugungen mit den USA, wonach sich die chinesische Führung dann wieder sehr frühzeitig, wenngleich vorsichtig, vom Antiterrorkurs der USA abzusetzen begann. Nach dem

Einsetzen der Militärschläge in Afghanistan wurden diese von der kommunistischen Führung zwar begrüßt, allerdings mit größter Zurückhaltung, und es wurde darauf hingewiesen, dass der Friede in Afghanistan rasch wieder hergestellt werden sollte. China will sich zwar als ein zuverlässiger Partner der wirtschaftlich großen Nationen darstellen. Eine massive Intervention Amerikas in Zentralasien wollte man aber nicht, weil man befürchtete, dass die dort mühsam entstandene Balance des Einflusses zwischen Russland, China, Pakistan und dem Iran zugunsten des Westens gestört würde. Auch kann es dem Reich der Mitte nicht gleichgültig sein, ob es als bisher bedeutendster Verbündeter Pakistans durch das nunmehr stärkere Engagement der USA dort an Einfluss verliert und dass die USA vielleicht gar eine dauerhafte Position in Zentralasien einnehmen wollen.

Andererseits bedeutet aber das Engagement der USA im Krieg gegen den Terrorismus, dass ihre Konzentration von Ostasien (und von Taiwan) etwas abgelenkt wird. So könnte China vielleicht auch hinsichtlich der Taiwan-Frage aus dem Krieg gegen den Terrorismus Profit ziehen, weil die USA hinsichtlich Schikanen gegenüber Taiwan vielleicht vorsichtiger reagieren würden. China könnte auch im Dreiecksverhältnis mit den USA und Japan Terrain gut machen und versuchen, den Ausbau der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den USA und Japan zu bremsen. Die Töne aus Peking klingen deshalb weniger heftig und die chinesische Reaktion auf die Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA im Dezember 2001 – beziehungsweise betreffend die (behaupteten) negativen Auswirkungen derselben – fiel im Vergleich zu früherer Kritik sehr milde aus.

5.2.1.3. Die zentralasiatischen Staaten

Der Krieg gegen den Terror wertet die Stellung der autoritären Regime Zentralasiens auf und schafft die Möglichkeit der Darlegung der eigenen Terrorismusbekämpfung als eine solche im Rahmen des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus. So konnte etwa Usbekistans Präsident Islam Kamirow die USA davon überzeugen, dass die „Islamische Bewegung Usbekistans“ als Teil von Bin Ladins Terrornetz einzustufen und militärisch zu bekämpfen sei. Nach Bombardierung ihrer Lager in Nordafghanistan scheinen die Guerilla tatsächlich stark geschwächt zu sein. Diese Gruppe führt von Tadschikistan aus einen Guerillakrieg gegen die usbekischen Sicherheitskräfte. Das Kamirow-Regime geht aber auch gegen nichtgewalttätige Protestbewegungen Unzufriedener mit blindwütiger Repression vor (vgl. NZZ, 17.1.2002). Die Kooperation mit den USA einschließlich der amerikanischen Truppenpräsenz in Usbekistan macht sich darüber hinaus durch US-Hilfsversprechen bezahlt und erlaubt auch eine Emanzipation von der alten Hegemonialmacht Russland. Diese Darstellung gilt generell für den zentralasiatischen Bereich.

5.3. Erkenntnisse aus dem 11. September 2001 beziehungsweise dem Kampf gegen den Terror

5.3.1. Kräftige Lebenszeichen der Nationalstaaten

Durch die Globalisierung, die Ära der transnationalen Kapital- und Kommunikationsströme, die staatlich nicht kontrollierten Finanzströme und Investitionen wurden – so eine oft anzutreffende Darlegung – die Fundamente des Nationalstaates unterspült. Aber nach dem 11. September hat es sich gezeigt, dass der Nationalstaat Akteur ist und nicht etwa die EU oder die NATO.

Man könnte auch argumentieren, dass die Staaten begriffen haben, dass der globale Terror die Vorherrschaft der Staaten bedroht. Immerhin hat der 11. September Symbole der mächtigsten Macht der Welt, der USA, zum Einsturz gebracht.

Ganz offensichtlich war, dass die NATO als solche im Kampf gegen den Terrorismus nicht gebraucht wurde. Dies, obwohl sie zum ersten Mal seit 52 Jahren ihrer Bündnisgeschichte aus Anlass der Terrorakte des 11. September den Bündnisfall erklärte. Die EU beziehungsweise ihre Repräsentanten spielten eine Nebenrolle. Die Macht ist in die Hauptstädte zurückgeflossen. Das Motto bei den Europäern war Kooperation, nicht Integration. Insbesondere die größeren europäischen Länder haben bilateral mit den USA kooperiert: Großbritannien, Frankreich und Deutschland versuchten, sich einzeln als Verbündete den USA zu empfehlen.

5.3.2. Der Unilateralismus der USA

Die Frage war, ob die USA nach den Ereignissen des 11. September und im Hinblick auf die Bildung einer großen Koalition gegen den Terror lieber auf gemeinsames Handeln mit ihren Partnern und den internationalen Organisationen eingeschworen würden, oder ob sie sich bald wieder „rückfällig“ dem großmächtigen Alleingängertum verschreiben würden. Es hat sich gezeigt, dass sich die USA nur bedingt multilateral verhalten; sie bedienen sich der Foren der UNO und der NATO nur zur Legitimation ihrer Aktionen, nicht aber zur Kooperation. Die USA verlassen sich nur auf sich selbst. Die Multilateralität im Krieg gegen den Terror war nur eine scheinbare, indem zwar eine breite Koalition aufgebaut wurde, die Vereinbarungen aber mit den einzelnen Partnerländern immer bilateral getroffen wurden.

5.3.3. Die Solidarität mit den USA

Trotz aller – echter oder vorgeschützter – Solidaritätsbeteuerungen mit den USA hat sich ein weltweit vorhandener latenter oder offen dargelegter Antiamerikanismus gezeigt. Dieser beschränkt sich nicht nur auf Entwicklungsländer und insbesondere muslimische Länder, sondern ist auch in den Industrieländern anzutreffen. Hier manifestiert er sich in der Form, dass man zwar Solidarität mit den USA zeigt, die Terrorakte auch glaubwürdig verurteilt, gleichzeitig aber ein gewisses Verständnis dafür hat, dass es Terrorakte gibt. Der Grund für dieses Verständnis liegt im Verhalten der USA, denen die Schuld an vielen Entwicklungen der Welt zugeschrieben wird, insbesondere auch dahingehend, dass sie ihre Möglichkeiten zu einer Beeinflussung Israels zu einem echten Friedensprozess mit den Palästinensern nicht ausreichend nützen.

5.3.4. Beschleunigte und verstärkte Entwicklungen

Einige Entwicklungen von globaler Bedeutung haben sich durch die Ereignisse des 11. September beschleunigt. Dazu zählen die Weiterentwicklung der Beziehungen Russlands zum Westen und zur NATO, die verteidigungspolitische Entwicklung in Japan und das weitere Ansteigen der Bedeutung der Türkei für die US-Politik.

Die Annäherung von Präsident Bush an Präsident Putin geht bereits auf deren erstes Treffen im Juni 2001 (mit übertriebenen Freundschaftsbezeugungen) zurück. Der 11. September hat die positive Entwicklung der amerikanisch-russischen Beziehungen dann beschleunigt. Putin erklärte am Abend des 11. September seine Solidarität mit den USA. Immerhin haben die USA und Russland nun im Krieg gegen den Terror so eng zusammengearbeitet wie nicht mehr seit dem Zweiten Weltkrieg. Putin hat (scheinbar) die Rolle eines Juniorpartners eingenommen und die Stationierung von US-Truppen in Zentralasien akzeptiert, dadurch innenpolitische Kritik geerntet und mit außenpolitischen Stereotypen gebrochen (diese waren: Russland ist eine ebenbürtige Großmacht; Russland stellt seine Bedeutung unter Beweis, indem es in der Außenpolitik den USA Schwierigkeiten macht; Zentralasien gehört zum

russischen Hinterhof). Ob dieser „Honeymoon“ von langer Dauer sein wird angesichts unveränderter Interessensgegensätze in vielen Fragen, hängt wohl auch davon ab, wie lange Russland als Teil der Koalition gegen den Terror gebraucht wird.

In Russland gab es Erwartungen einer „Belohnung“ für Putins kooperativen Westkurs, der auf gewaltigen russischen Selbstüberschätzungen beruhte. Und im Westen gab es eine Reihe von Fehleinschätzungen über die „historische Wende“. Darauf wird näher einzugehen sein. Festgehalten werden kann aber, dass es sich bei der Verbesserung der russisch-amerikanischen Beziehungen nicht um eine mit dem 11. September direkt zusammenhängende Angelegenheit handelt, sondern um die Weiterentwicklung beziehungsweise Beschleunigung eines bereits in Gang gebrachten Verfahrens. Dessen Zukunft bleibt ungewiss.

Die Beziehungen zwischen den USA und Japan haben nach dem Ende der Administration Clinton, die Japan zuweilen im Hinblick auf die chinesische Karte etwas links liegen ließ, eine markante Verbesserung erfahren. China wird nämlich wegen seines entschlossenen Vordringens nach Südostasien und ins Südchinesische Meer wieder verstärkt als strategischer Rivale der USA empfunden und damit auch als eine Herausforderung für die amerikanisch-japanische Allianz. In diesem Kontext hat Japan seine verteidigungspolitische Rolle seit 1997 weiterentwickelt. Das war nicht nur amerikanischer Wunsch hinsichtlich des amerikanisch-japanischen Verteidigungsbündnisses, sondern auch im Interesse der japanischen Eliten, die sich einem stärkeren politischen Engagement des Landes nicht mehr verschlossen zeigen. Japan wollte sich im Zusammenhang mit dem 11. September auch als ein verlässlicher Partner der USA erweisen und hat deshalb eine rasche Weiterentwicklung seiner verteidigungspolitischen Aufgaben vorgenommen, wie sie sonst nicht beziehungsweise nicht annähernd so rasch denkbar gewesen wären. Schon im Oktober 2001 wurde ein Gesetz verabschiedet, das den japanischen Selbstverteidigungskräften eine Art Hintergrundunterstützung für die Amerikaner im Kampf gegen den Terror erlaubt. Am 9. November 2001 kam es erstmals zur Entsendung von Kriegsschiffen gleichsam auf einen Kriegsschauplatz. Die Ausweitung der japanischen Verteidigungsanstrengungen wirkt sich in dieser Phase des Kampfes gegen den Terror nicht aus. Aber in Zukunft und bei späteren Konfliktszenarien kann die jetzige Vorgangsweise richtunggebend gewesen sein und zu einem stärkeren Engagement Japans im internationalen Konfliktmanagement führen.

Für Japan ergeben sich aufgrund seines finanziellen Einsatzes und seines massiven Engagements beim Aufbau Afghanistans neue Optionen für seine Eurasienpolitik. Zentralasien steht im Visier der japanischen Wirtschaft. Generell wird durch diese Entwicklung die japanische Position begünstigt, sich auch politisch stärker als bisher in Asien zu engagieren und dem wachsenden Einfluss Chinas entgegenzuwirken.

Aus dieser – so ferne sie anhält – stärkeren Rolle Japans ergeben sich auch Auswirkungen auf das Verhältnis zu China beziehungsweise dessen Einflussmöglichkeiten in Ost- und Südostasien.

Die Bedeutung der Türkei für die US-Politik ist im Gefolge der Entwicklungen nach dem 11. September weiter angestiegen. Die Türkei hat stets sowohl vor der islamistischen Gefahr gewarnt als auch die Bekämpfung (ihres) Terrorismus betont. Sie passt geographisch exakt in die US-Politik zur Bekämpfung des Terrorismus beziehungsweise der „Achse des Bösen“ wegen der gemeinsamen Grenzen mit dem Irak und dem Iran, der Nähe zu Afghanistan und Zentralasien (einschließlich der amerikanischen Politik über die Führung von Erdöl- und Erdgasleitungen) und der strategischen Beziehung mit Israel. Das macht Ankara (derzeit) zum wichtigsten Verbündeten der USA. Fraglich ist allerdings, welche Formen und Ausmaße im Kampf gegen „das Böse“ für die Türkei zumutbar sind, liegen Konflikte mit dem Iran und dem Irak doch keineswegs im nationalen Interesse der Türken.

Nach dem 11. September hat sich über Afghanistan auch wieder ein Chance der Türkei für eine Fortsetzung oder Wiederaufnahme der (pantürkischen) Zentralasienpolitik ergeben. Die Türkei will sich durchaus in Afghanistan engagieren, um sich künftig wieder in der turksprachigen Region Eurasiens behaupten zu können. Die Türkei will dort eine aktivere Rolle spielen, kraft begrenzter Ressourcen fragt sich allerdings nur wie.

5.3.5. Die Veränderung wichtiger internationaler Beziehungen

Pakistan war in der ersten Phase des Krieges in Afghanistan bis zur Zerschlagung des Taliban-Regimes der wichtigste Partner der USA und wurde so plötzlich vom Pariastaat zum Verbündeten der USA. Nicht nur die USA, auch die Westeuropäer haben den selbsternannten Präsidenten Pervez Musharaf hofiert und zu seinem Mitwirken in der Koalition gegen den Terror beglückwünscht. Musharaf hat die Chance erkannt, aus dem Paria-Status herauszutreten. Er wurde effektiv aufgewertet und sogar als guter Freund der USA gelobt. Diese Aufwertung ergab sich aus der geographischen Situation, weil ohne Mitwirkung Pakistans die Kriegsführung der USA in Afghanistan praktisch verunmöglicht worden wäre. Politisch gesehen ist diese Aufwertung wohl berechtigt, denn Pakistan hat in seiner Mitwirkung im US-Kampf gegen den Terrorismus seine Afghanistan- und Zentralasienpolitik einer totalen Revision unterziehen müssen. Aus dem Förderer der Taliban und dem Gegner der Nordallianz wurde der Verbündete der Talibanbekämpfer. Es verlor dabei seinen bis dahin bestimmenden Einfluss auf und in Afghanistan. Die Kooperation ist in Pakistan selbst teilweise auf heftige Kritik gestoßen, und es war nicht sicher, ob Musharaf sich halten werde können. Letztlich hat er sich aber – so weit derzeit ersichtlich ist – souverän durchgesetzt. Der strategische Beitrag Pakistans im Kampf gegen den Terrorismus hat zu einer günstigen Vereinbarung über die Auslandsschulden geführt; mit dem Pariser Klub konnte im Dezember 2001 eine weit in die Zukunft reichende Umschuldung erreicht werden.

Eine Rechnung Pakistans ist aber nicht aufgegangen: Die Hoffnung, durch seine Unterstützung der USA seine traditionelle Kaschmir-Politik retten zu können. Pakistan will die Internationalisierung des Konfliktes, der mehrere Aspekte hat: Einmal gibt es eine UNO-Resolution, wonach in Kaschmir eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des geteilten Landes zu Pakistan oder Indien erfolgen sollte. Zum anderen unterstützen pakistanische Gruppen Aufständische und Terroristen in Kaschmir; es gibt auch staatliche Stellen, die diese Gruppen direkt oder indirekt unterstützen. Je nach Auslegung unterstützt Pakistan also einen Freiheitskampf von Kaschmiris oder aber Terrororganisationen. Indien wird jedoch nicht bereit sein, Pakistan ein Dialogangebot zu machen. Es meint, dass die Antiterrorresolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen aus 2001 wichtiger ist als die UNO-Resolution von 1948 über ein Plebiszit in Kaschmir.

Nunmehr, nach Etablierung einer neuen politischen Ordnung für Afghanistan, wird die Bedeutung Pakistans für die USA nachlassen beziehungsweise irgendwann gar weitestgehend dahinschmelzen – so ferne die neue Ordnung Afghanistans sich als stabil erweisen sollte. Eine gewisse Anerkennung des Regimes wird aber wohl verbleiben. Die geopolitische Bedeutung der amerikanisch-pakistanischen Partnerschaft liegt darin, dass die qualitative Verbesserung der Beziehungen Pakistans mit den USA und dem Westen eine andere Entwicklung wieder etwas abgebremst hat, nämlich die gedeihliche Weiterentwicklung der indisch-amerikanischen Beziehungen. Indien erwies sich ganz einfach im Vergleich zu Pakistan in der ersten Phase des Krieges gegen den Terror als weniger wichtig. So waren dann auch die indisch-amerikanischen Beziehungen durch die neue Rolle Pakistans anfangs ein wenig getrübt. Denn die Überraschung in Indien war groß: Man glaubte nach dem 11. September, dass die Terror-Spurensuche die USA über Afghanistan nach Pakistan als Unterstützer und Förderer der Taliban

führen würde. Das eilfertige Bündnisangebot Indiens (das mit Rücksicht auf den auch in Indien vorhandenen Antiamerikanismus materiell gesehen gar nicht so großartig war) erschien den USA nicht als besonders wichtig. Pakistan wurde zum zentralen Verbündeten im Krieg gegen den Terror. Erst das Selbstmordattentat vom 1. Oktober in Srinagar und das auf das indische Parlament vom 13. Dezember 2001 änderte die Situation wiederum. Indien konnte sich als Terroropfer darstellen, wobei Pakistan als Basisland des Terrors zu vermuten war.

Ende 2001 war die strategische Nützlichkeit Pakistans für die USA bereits weitgehend erschöpft. Die Maßnahmen gegen den Terror in Kaschmir beziehungsweise generell Pakistans Maßnahmen gegen extremistische Gruppen begannen auch für die USA wieder Bedeutung zu gewinnen. Indien schlachtet Pakistans Involvierung in den Kaschmir-Terror und anderes mehr aus und demonstrierte dies dem Westen bis hin zur Kriegsvorbereitung im Zusammenhang mit den letzten Eskalationen.

6. Strategische Faktoren für die Sicherheitspolitik

6.1. Strategische Faktoren mit sicherheitspolitischer Implikation

6.1.1. Das Bevölkerungswachstum und seine Folgen

Das anhaltende Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern und der prognostizierte gleichzeitige Bevölkerungsrückgang in den meisten europäischen Industrieländern so wie in Japan wird zu Machtverschiebungen, zur Veränderung der internationalen Beziehungen führen. (Darauf wird in Abschnitt 6.2. eingegangen.)

Starkes Bevölkerungswachstum in den meisten Entwicklungsländern unterhöhlt die soziale und politische Stabilität in diesen Ländern und führt zu einem verstärkten Migrationsdruck. Dieser verstärkte Migrationsdruck wird wiederum zu Unterhöhung der sozialen und politischen Stabilität in den Einwanderungsländern führen, weil sowohl Integrationsfähigkeit als auch Integrationsbereitschaft sowohl der Einwanderer als auch der ansässigen Bevölkerung aufgrund der oft sehr starken sozialen und kulturellen Unterschiede der Einwanderer begrenzt sein werden.

Das Bevölkerungswachstum wird jedenfalls die Umweltprobleme verschärfen; die Ankurbelung der Produktion in den Entwicklungsländern wird nicht mit umweltpolitischen Fortschritten kombiniert sein. Das Bevölkerungswachstum verschärft auch die Probleme der Ressourcenknappheit. Dabei ist insbesondere auf die einzelnen Regionen, die bereits heute unter akuter Wasserknappheit leiden, sowie die Problematik der gerechten und sinnvollen Verteilung des Wassers hinzuweisen.

Dass die Bevölkerungsexplosion die Ernährungsprobleme verschärfen wird, bedarf keinerlei weiteren Erklärung. Die ständig erforderliche Steigerung der Produktion von Lebensmitteln wird wiederum die Umweltprobleme entsprechend verschärfen, ohne eine völlig ausreichende Nahrungsmittelproduktion und Verteilung sicherstellen zu können.

Die im Dezember 2000 vorgestellte amerikanische Studie „Global Trends 2015“ (Eine global strategische Lagebewertung des National Intelligence Council) kommt zum Ergebnis, dass Wasserknappheit zu Konflikten zwischen den betroffenen Staaten führen kann, während die bis 2015 um 50 Prozent steigende Nachfrage an Energie befriedigt werden könne, da 80 Prozent des Erdöls und 95 Prozent des Erdgases noch unberührt im Boden lagern.

Umweltprobleme beziehungsweise Umweltbeeinträchtigungen (wie die dramatische Reduzierung der Regenwälder, Verstädterung und Verwüstungserscheinungen, Übersäuerung der Böden, Übernutzung von Fließ- und Grundwasser, Abfallentsorgungsprobleme, Zerstörung oder Beeinträchtigung von Landstrichen durch chemische Belastung und Luftverschmutzung usw. sowie auch die Befürchtung einer menschenverursachten Klimaerwärmung) bedeuten nicht nur Schädigungen der Umwelt, sondern werden auch zunehmend Störungen in den internationalen Beziehungen verursachen. Länder, die von Umweltschäden, die von anderen verursacht werden, betroffen sind, werden die Abstellung und Wiedergutmachung solcher Schäden fordern. (Das kleine Beispiel des Atomkraftwerkes Temelin in der Tschechischen Republik beziehungsweise die vehemente emotionale Politik Österreichs gegen Tschechien und die Überlegungen, den EU-Beitritt dieses Landes wegen des

AKW zu verhindern, deuten die Möglichkeiten künftiger Konflikte an.) Schädigung der Umwelt kann zu einer ernststen Konfliktursache in diesem Jahrhundert werden.

Hinsichtlich der bestehenden und weiter wachsenden Umweltprobleme gilt es festzustellen, ob nicht vielleicht die Lösungskapazitäten mangelhaft sind. Seit Beginn der industriellen Revolution wurden ganze Ökosysteme vernichtet und die Regelkreisläufe auf dem Planeten gestört. Es gibt Befürchtungen, dass die „Betriebsweise“ des Systems Erde gefährdet werden könnte (Hans-Joachim Schellnhuber, Benno Pilardeaux: Den globalen Wandel durch globale Strukturpolitik gestalten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52/1999). Der globale Wandel, charakterisiert durch die globale Umweltransformation, das Wachstum der Weltbevölkerung, die Änderungen des Lebensstils in weiten Teilen der Welt und die ökonomische Globalisierung bringen nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. Aber dazu müsste die Staatengemeinschaft sich mit den Problemen eingehend auseinandersetzen, was sie bisher nur unzureichend tut. (Z.B. Umsetzung der beim so genannten Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 vereinbarten Maßnahmen der „Agenda 21“.) Auch wäre es erforderlich, die Ressourcen der Erde im Rahmen einer globalen Strukturpolitik sinnvoller zu nutzen. Wie aber eine solche „planetarische Raumordnung“ gestaltet und umgesetzt werden könnte, darüber gibt es bisher nur einzelne Denkanstöße.

6.1.2. Das Abhandenkommen von Staatsmacht und die Fragmentierung von Staaten

Der Nationalstaat verliert zwar derzeit nicht – so wie vielfach noch vor kurzem erwartet – an prinzipieller Bedeutung als Träger und Akteur der Sicherheitspolitik. Gerade die Ereignisse nach dem 11. September 2001 haben deutlich gemacht, dass die Staaten und nicht internationale Organisationen die eigentlichen Akteure sind. Aber die Wirkungsmöglichkeiten der Staaten werden generell durch verschiedene Entwicklungen deutlich reduziert.

So ist festzustellen, dass bereits seit Jahrzehnten durch staatlich unkontrollierbare private Finanzströme und die Politik der internationalen Konzerne die Gestaltungsmöglichkeiten der Staaten reduziert werden. Zuletzt, das heißt nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Machtsystems, hat sich durch den Abbau der Grenzbarrieren und durch die technologischen Veränderungen und Kostensenkungen in den Bereichen Kommunikation und Transport ein noch nie dagewesenes Ausmaß an Transaktionen zwischen den Gesellschaften in Form von Handel, Investitionen, finanziellen Transfers, Bewegung von Personen, freiem Fluss von Informationen sowie von ideellem und religiösem Gedankengut entwickelt, was zur Einschränkung nationaler staatlicher Handlungsfähigkeit führt. Dazu kommt die Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die eine mitgestaltende Rolle beanspruchen, ohne ihrerseits allerdings demokratisch legitimiert oder kontrollierbar zu sein. Schließlich ist die organisierte internationale Kriminalität ein Faktor, der die Staatsmacht nicht nur herausfordert, sondern auch in gewissem Maße beeinträchtigt. In speziellen Fällen kam es zu einem Verlust des Macht- und Waffenmonopols des Staates. Der Zerfall der Staatsmacht würde in manchen Fällen zu einem Vakuum führen, das der organisierten Kriminalität aber auch terroristischen Organisationen gute Wirkungsmöglichkeiten beziehungsweise eine Basis für ihre Tätigkeit ermöglicht.

Sezessions- und Autonomiebestrebungen sind zu einem beständigen Faktor der Weiterentwicklung der Staatenwelt geworden. Aus Machtpolitik resultierende oder von Kolonialmächten gezogene Grenzen berücksichtigen in vielen Fällen nicht das Bedürfnis der Menschen nach eigener Bestimmung ihrer Zugehörigkeit zu Staaten oder ihrer Rolle in solchen. Sezessions- und Unabhängigkeitsbestrebungen waren nach 1989 bereits in mehreren Fällen erfolgreich und haben die Anzahl der Staaten erhöht.

Autonomiebestrebungen oder etwa die Anerkennung und auch der Ausbau von Minderheitenrechten, die Anerkennung religiöser Unterschiede oder die Anerkennung als zusätzliches Staatsvolk zu den Titularnationen sind Faktoren, die auf die Entwicklung vieler Staaten Einfluss haben werden. Da zahlreiche Staaten noch von der Überlegung der Beherrschung eines Territoriums ausgehen, neigen sie nicht zum Zugestehen von Autonomie und Sonderrechten. Man befürchtet, dadurch (aber auch durch Einführung föderalistischer Strukturen) dem späteren Staatsverfall Vorschub zu leisten. Die Bekämpfung von Autonomiebestrebungen, die Verweigerung von kollektiven Minderheitsrechten kosten diese Staaten jedoch viel Energie und stören ihre Entwicklung.

6.1.3. Globalisierung und Regionalisierung

Die Globalisierung im Bereich der Ökonomie sowie des Informations- und Kommunikationswesens hat nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation zu einer stärkeren Vernetzung der Welt geführt. Marktwirtschaft und Freihandel sind fast auf der ganzen Welt gegeben. Gleichsam als Schutz gegen die Auswirkungen der Globalisierung kommt es aber auch zum Ausbau regionaler Zusammenschlüsse, und zwar mit durchaus positiven Wirkungen, weil diese Zusammenschlüsse die Kooperation in den Regionen fördern (ASEAN, Mercosur, NAFTA).

Die Entwicklungsmöglichkeiten zeigen auch Chancen auf. Eine robuste Weltwirtschaft, gekoppelt mit größerer internationaler Kooperation, könnte bewaffnete Konflikte reduzieren und helfen, Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auszugleichen, die Armut zu bekämpfen und die Wasserverteilung kooperativer zu gestalten. Es ist aber auch möglich, dass die Globalisierung die Welt noch stärker in die Gruppen der Wohlhabenden und der Armen teilen wird, wobei letzteren ihre Situation durch die Globalisierung stärker bewusst wird, was stärkere Frustration erzeugt und zusätzlich Spannungen bewirkt.

6.1.4. Entwicklungsprobleme

Die Fortschritte in den Entwicklungsländern im Sinne technischer Entwicklung und der Erreichung eines westlichen Lebensstandards sind sehr unterschiedlich. Bereits vor 200 Jahren wurde von Thomas Robert Malthus das so genannte „Verelendungsgesetz“ entworfen, das einen gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, abnehmender Nahrungsmittelproduktion, Hungersnöten und Kriegen herstellt. Kern seiner These ist, dass Armut nicht alleine Folge zu vieler Kinder ist, sondern zugleich eine wesentliche Ursache dafür bildet, dass zu viele Kinder geboren werden und dass Entwicklungsstrategien, die nur auf Geburtenkontrolle abzielen aber nicht auf Armutsverringerung, deshalb zum Scheitern verurteilt sein müssen. Familienplanung, Geburtenkontrolle, „Empowerment“ und „Gender“ (der Frau stehe die volle und selbstverantwortliche Kontrolle über ihre Fruchtbarkeit und die Verbesserung ihrer sozialen und kulturellen Chancen zu) sowie die Frage des „Entitlements“ (das Recht auf Gesundheit, Bildung und garantierte Rechtsansprüche) gewinnen immer mehr an Bedeutung. In vielen Ländern bleiben die Entwicklungsprobleme aber im großen Maß bestehen und es gibt nur begrenzte Hoffnungen auf eine rasche und positive Entwicklung. Durch die Bevölkerungsexplosion in diesen Ländern werden die Möglichkeiten, im eigenen Lande zu Wohlstand und lebenswerten Bedingungen zu gelangen, noch geringer und der Migrationsdruck steigt.

6.1.5. Ideologische Strömungen

Die ideologischen Strömungen, oft kombiniert mit religiös- beeinflusstem Verhalten verschiedener Akteure, (Stichworte: Islam, Hinduismus, antiwestliche Stimmungen, asiatische Werte, Nationalismus) und Huntingtons Warnungen vor einem Dominieren der Konflikte zwischen den Zivilisationen in diesem Jahrhundert dürfen durchaus ernst genommen werden. Über Rhetorik hinausgehende westliche Politik zur Vermeidung solcher Kulturkonflikte ist aber kaum zu erkennen; bislang dominiert eine Politik des Ignorierens von zivilisatorischen Konfliktpotenzialen nach dem Motto, „selbstvollziehende“ Prophezeiungen (negativer Art) zu vermeiden.

Westliche Wertvorstellungen und auch die Geltung des von westlichen Gedankengut dominierten Völkerrechtes sind zunehmend weniger akzeptiert. Es gibt unterschiedliche Beurteilungen von Werten als Basis einer Weltordnung. Universelle Weltordnungsvorstellungen werden weniger realistisch.

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation hat sich ein Prinzip des Vorrangs der Menschenrechte vor der Anerkennung der absoluten Souveränität der Staaten durchgesetzt. Es findet seinen Ausdruck in verschiedenen so genannten humanitären Interventionen, die zwar im Widerspruch zur geltenden Völkerrechtsordnung stehen, jedoch eine relativ hohe Akzeptanz zumindest in der westlichen Staatenwelt genießen.

Wenn sich dieses Prinzip im Westen durchsetzt beziehungsweise halten kann, so führt das zu einer weitgehenden Veränderung der Weltordnung, weil nicht nur – wie bisher – autoritäre Staaten nach Belieben und Möglichkeit in die Angelegenheiten anderer Staaten eingreifen könnten, sondern auch demokratische Staaten sich verstärkt dazu in der Lage sehen werden. Letztlich ist das System der UNO, das die Aufgaben der Friedenswahrung und der Durchsetzung des Gewaltverbotes in den internationalen Beziehungen nur ausnahmsweise durchsetzen konnte, herausgefordert.

6.1.6. Demokratisierungstendenzen

Durch die Ausbildung von Mittelschichten in den Entwicklungsländern, die Durchsetzung westlicher Werte in Osteuropa und im Sinne westlicher Wertvorstellungen positive Entwicklungen in verschiedenen Ländern Ostasiens gab es im letzten Jahrzehnt ein deutliches Ansteigen der Anzahl jener Länder, die man als Demokratien bezeichnen kann. Mittel- bis längerfristig wird das Ansteigen der Zahl der Demokratien positive Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen haben und sollte konfliktmindernd wirken.

Nach wie vor aber ist im Großteil der Entwicklungsländer der demokratische Entwicklungsprozess mühsam, manchmal rückläufig. (Noch immer sind etwa zwei Drittel der Mitgliedsländer der UNO von Diktatoren oder autoritären Regimen beherrscht.) Mit einem weltweiten Sieg der Demokratie darf jedenfalls nicht so schnell gerechnet werden. Auch bringt die Ungewissheit über die weitere Entwicklung in besonders großen Ländern der Erde Unwägbarkeiten, sodass etwa die Entwicklung Ostasiens wegen der Bedeutung Chinas noch nicht vorausgesagt werden kann.

6.2. Machtverschiebung und Konflikthanreicherung durch Bevölkerungsentwicklung

Verschiedene Prognosen über die Entwicklung der Weltbevölkerung nehmen an, dass die Weltbevölkerung von (im Jahre 2000) etwa 6,1 Milliarden bis zum Jahr 2050 auf 9 bis über 9,5 Milliarden wachsen wird und dass die Wachstumsgrenze (also ein Null-Prozent-Wachstum) in rund 100 Jahren, also etwa 2100 mit dann einer Gesamtweltbevölkerung zwischen 10 und 14 Milliarden

erreicht sein wird (Manfred Wöhlcke: Konsequenzen des globalen Bevölkerungswachstums für die internationale Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/1999). Die einzelnen Prognosen weichen voneinander ab und haben auch selbst verschiedene Annahmen im Sinne einer niedrigen, mittleren oder maximalen Entwicklung. (Prognose der Weltbank 1994–95; Population Reference Bureau, World Population Data Sheet 1999; United Nations, World Population Prospects 1998; UN Long-Range-World-Population-Projections 1950 bis 2150, New York 1992.) Trotz teilweise erheblicher Abweichungen der Prognosedaten von einander werden aber einheitliche Trends festgestellt. In allen Weltregionen außerhalb Europas wird die Bevölkerung erheblich zunehmen. Am stärksten wird der geschätzte Bevölkerungszuwachs in Afrika sein, aber auch Asien und der Nahe Osten werden besonders große Bevölkerungszuwächse aufweisen.

Geschätzte und vorausberechnete Weltbevölkerung nach den wichtigsten Annahmenverlängerungen 1990 bis 2150 (in Millionen)			
durchschnittliche Geburtenzahl je Frau			
Jahr	niedrige Variante 1,7	mittlere Variante 2,2	hohe Variante 2,3
2000	6093	6261	6420
2025	7591	8504	9444
2050	7813	10 019	12 506
2075	7082	10 841	15 708
2100	6009	11 186	19 156
2125	5071	11 390	23 191
2150	4299	11 543	28 025

Quellen: Höhn 1994; UN Long-Range World Population Projections 1950–2150, New York 1999.

Auch die Verbreitung von AIDS hat kaum etwas geändert. Nach UNAIDS (Joint United Nations Program on HIV/AIDS) leben weltweit heute rund 36,1 Millionen Menschen mit HIV oder AIDS. 21,8 Millionen Menschen sind bereits an den Folgen von AIDS gestorben, darunter 4,3 Millionen Kinder. Allein im Jahr 2000 wurden 5,3 Millionen Menschen mit HIV infiziert und die Zahlen steigen weiter an. Solange die Zahl der schwer betroffenen Länder nicht erheblich steigt, wird AIDS künftig das Wachstum der Weltbevölkerung kaum stoppen. Sollte sich aber das tödliche Virus auch in anderen Gesellschaften außerhalb Afrikas aus den Risikogruppen heraus epidemisch ausbreiten und dies etwa in bevölkerungsreichen Staaten wie Indien geschehen, dann wären allerdings die Prognosen zur Entwicklung der Weltbevölkerung stark revisionsbedürftig. (Ralf E. Ulrich: Explosion der Weltbevölkerung oder Implosion. In: Internationale Politik, 12/2000) In einigen von jetzt besonders stark betroffenen afrikanischen Ländern wie Südafrika, Botswana und Simbabwe wird sich das Bevölkerungswachstum schon bald auf Null verringern oder es steht diesen Ländern sogar ein Bevölkerungsrückgang bevor. Auf die gesamtafrikanische Bevölkerungsentwicklung wird das aber vorläufig zumindest nur relativ geringen Einfluss haben.

Es ist anzunehmen, dass sich der Anteil der Industrieländer an der Weltbevölkerung von 33 Prozent im Jahr 1950 und etwa 22 Prozent im Jahr 1995 auf rund 17 Prozent im Jahr 2025 reduzieren wird.

Tabelle: Weltbevölkerungsprojektionen nach Regionen 1995–2150 (in Millionen)

	1995	2000	2050	2100	2150
Welt	5692	6114	9578	10 958	11 401
Entwicklungsländer	4448	4842	8222	9589	10 013
Industrieländer	1245	1273	1367	1379	1399
<i>nach Kontinenten</i>					
Afrika	719	821	1999	2643	2827
Asien	3443	3703	5638	6289	6509
Lateinamerika	475	512	804	883	906
Nordamerika	295	309	374	384	388
Europa	731	737	721	714	726
Ozeanien	29	31	42	45	46

Quelle: Herwig Birg, Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren. München 1996 (Primärdaten: Weltbank 1994–1995, mittlere Variante).

Der Anteil der Bevölkerung Europas an der Weltbevölkerung wird von (1999) rund zwölf Prozent bis zum Jahre 2050 auf etwa sieben Prozent zurückgehen; der Anteil Deutschlands an der Weltbevölkerung wird von 3,4 Prozent im Jahr 1900 über 1,4 Prozent im Jahre 2000 auf etwa 0,8 Prozent im Jahre 2050 sinken (Josef Schmid: Der harte Faktor der Weltveränderung: Die demographischen Entwicklungen bis zum Jahre 2050. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/1999). Der Rückgang des Bevölkerungsanteils Europas ist auch in der Reihung der größeren Mitgliedsländern der EU in der prognostizierten Weltbevölkerungsstatistik zu ersehen. Im Jahre 1954 belegten die Länder Deutschland (damals BRD und DDR zusammen), das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, Italien und Frankreich die Ränge 7, 9, 11 und 12 in der Bevölkerungsstatistik der Welt. Im Jahre 2000 waren dies die Ränge 12, 20, 22 und 21. Für das Jahr 2025 sind die Ränge 19, 23, 27 und 22 prognostiziert und für das Jahr 2050 die Ränge 23, 28, 27 und 41. Das im Jahr 2050 einwohnermäßig größte Land der EU, Deutschland, wird nach diesen Prognosen nicht nur ganz deutlich hinter Länder wie Äthiopien, die Philippinen, Vietnam oder Ägypten zurückfallen sondern auch hinter Myanmar, Uganda oder Afghanistan. Italien wird sogar hinter Länder wie Malaysia, Nepal und Madagaskar zurückfallen.

Innerhalb der Europäischen Union wird sich die Bevölkerung (und damit auch die Stärkeverhältnisse) vor allem zugunsten Frankreichs und Großbritanniens sowie zu Lasten Deutschlands und insbesondere zu Lasten Italiens verändern. Das derzeitige Bevölkerungsverhältnis Deutschland zu Frankreich von 1,4 : 1 wird sich auf 1,1 : 1 verändern, das von Frankreich zu Italien von derzeit etwa 1 : 1 auf 1,5 : 1. Die derzeit herausragende Stellung Deutschlands wird also auf diesen Prognosen bis 2050 stark reduziert und Italien wird aus der Gruppe der großen Länder der EU herausfallen. Auch die Bevölkerung Russlands wird sinken. Das derzeitige Bevölkerungsverhältnis von Frankreich und Russland von etwa 60 zu 145 Millionen (1 : 2,4) wird sich auf etwa 65 zu 127 Millionen (und damit zum Verhältnis 1 : 1,9) verändern. Aufgrund der relativ guten Bevölkerungsentwicklung Frankreichs und des Vereinigten Königreiches von derzeit je rund 60 auf 65

beziehungsweise 64 Millionen und der relativ geringen Reduzierung der Bevölkerung Deutschlands von derzeit 82 auf etwa 73 Millionen würde Russland mit seinen dann nur noch 127 Millionen Einwohnern nicht mehr als so gigantisches Reich erscheinen.

Wie drastisch die Bevölkerungsentwicklung zu Ungunsten Europas sein wird, soll an einigen Beispielen (Quelle: Eigene Berechnungen.) exemplarisch dargestellt werden:

Deutschland – Philippinen:

1954	2000	2050
71 zu 21 Mio.	80 zu 82 Mio.	73 zu 140 Mio.
(1 : 3,3+)	(1 : 1+)	(~1 : 2)

Deutschland – Pakistan + Bangladesch

1954	2000	2050
71 zu 80 Mio.	82 zu 279 Mio.	73 zu 496 Mio.
(1 : 1,1+)	(1 : 3,4)	(1 : ~7)

Besonders veranschaulichend mag der Vergleich der Bevölkerung zwischen **Italien** und seiner ehemaligen Kolonie **Äthiopien** sein:

1954	2000	2050
48 zu 14 Mio.	59 zu 64 Mio.	42 zu 188 Mio.
(3,4 : 1)	(1 : ~1,1)	(1 : 4,5)

Das Bevölkerungsverhältnis von 3,4 : 1 verändert sich in einem Jahrhundert zu 1 : 4,5.

Schließlich noch das Verhältnis zwischen dem **Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland** und der **Türkei**:

1954	2000	2050
51 zu 23 Mio.	60 zu 65 Mio.	64 zu 101 Mio.
(2,1 : 1)	(1 : ~1,1)	(1 : ~1,6)

Die Türkei wäre im Fall ihres EU-Beitrittes in absehbarer Zeit eindeutig das bevölkerungsreichste Land der EU.

Vor einigen Jahren und vor der Aufnahme von Myanmar und Vietnam waren die Europäische Union und ASEAN ungefähr von gleich großer Bevölkerung. Derzeit stellt sich die Bevölkerung des ASEAN mit etwa 508 und die der EU mit 377 Millionen dar. Im Jahre 2025 wird sich dieses Verhältnis auf rund 715 zu 378 verschieben und im Jahre 2050 auf etwa 836 zu 353 Millionen (2,4 : 1).

Im Jahre 2000 waren die Vereinigten Staaten von Amerika mit 275 Millionen deutlich kleiner als die EU mit 377 Millionen Einwohnern. Im Jahre 2050 werden den Prognosen zufolge die USA die EU

aber mit etwa 404 Millionen Einwohnern (gegenüber 353 dann der EU) überholt haben. Auch Nigeria wird mit 303 Millionen Einwohnern der EU schon ziemlich nahe kommen. Bangladesch und Pakistan werden mit zusammen 495 Millionen Einwohnern im Jahre 2050 bereits weit größer sein als die ganze EU. Die drei ABC-Staaten Südamerikas (Argentinien, Brasilien, Chile) werden mit 321 Millionen Einwohnern der EU sehr nahe kommen. (Die Bevölkerung der EU im Jahre 2050 ist auf die heutigen Mitglieder bezogen.)

Zum Abschluss noch eine Veranschaulichung der unterschiedlichen Entwicklung dargestellt an den Kleinstaaten **Österreich** und **Liberia**:

1950	2000	2050
6,9 zu 0,8 Mio.	8,1 zu 3,2 Mio.	7,7 zu 10 Mio.
(8,6 : 1)	(~2,6 : 1)	(1 : 1,3)

6.2.1. Veränderungen der geopolitischen Situation durch Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsgröße ist eine unter mehreren Komponenten von Macht. Die Bevölkerungszunahme in den Entwicklungsländern wird deshalb auch zu einer Änderung der Gewichtung zwischen der nördlichen und der südlichen Hemisphäre führen. Im Jahre 2025 werden 16 Staaten mehr als 100 Millionen Einwohner haben, darunter aber nur zwei hoch entwickelte Industrieländer, nämlich die USA und Japan. (Manfred Wöhlcke, a.a.O.) Verschiedene Entwicklungsländer haben sich bereits mit modernen Rüstungsgütern versehen oder sind im Begriffe dies zu tun. Viele Länder sind auch bereits selbst imstande, ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen sowie andere Rüstungsgüter selbst oder in Kooperation miteinander herzustellen.

Der Prozess, dass die bevölkerungsreichen Länder – insbesondere in Asien – zu relevanten wirtschaftlichen Partnern und zu Konkurrenten der Industrieländer werden, größeres Gewicht in den internationalen Organisationen beanspruchen, ja sogar einen globalen Mitgestaltungsanspruch erheben und den Einfluss des Westens zurückdrängen, wird sich wohl fortsetzen.

Gleichzeitig nimmt die Möglichkeit des Westens zur Gestaltung der Verhältnisse in den Ländern der Dritten Welt deutlich ab. Die demographische Entwicklung hat entscheidende Auswirkungen darauf, dass der globale Ordnungsanspruch des Westens immer mehr infrage gestellt wird. Die vorhin dargestellten Beispiele der Entwicklung der Bevölkerungszahlen in verschiedenen europäischen und asiatischen Ländern verdeutlichen dies. Die Bevölkerung in großen Ländern, ausgestattet mit einem neuen Selbstbewusstsein, wird die Machtansprüche beziehungsweise die Rolle inzwischen kleiner gewordener europäischer Länder und auch der im Vergleich zu China und Indien relativ kleinen USA nicht mehr akzeptieren. Die Bevölkerungsentwicklung wird also die Hierarchie des internationalen Systems verändern. Die „Rangordnung“ der Staaten wird eine andere werden.

6.2.2. Probleme der Entwicklungsländer

Die Bevölkerungsentwicklung in fast allen Entwicklungsländern wird die Probleme weiterhin verschärfen. Möglicherweise werden sich die Lebensbedingungen – insbesondere für die sozial schwachen Schichten – in diesen Ländern noch weiter verschlechtern. Die chaotische Verstädterung und die damit verbundene Slumbildung – Städte wie Bombay, Djakarta, Mexiko City oder Manila vervierfachen ihre Einwohnerzahl innerhalb der letzten drei Jahrzehnte – verschlechtern weiterhin die Ordnungsmöglichkeiten der Staaten, fördert Kriminalität, soziale Probleme und bewirkt Hoffnungslosigkeit für ganze Generationen. Als Beispiel sind Marginal- und Hüttenvierteln zu nennen,

Siedlungstypen an der Peripherie großer Städte, in denen die Bevölkerung am Existenzminimum lebt. Die hohe Bevölkerungsdichte und die fortschreitende Landschaftszerstörung führen zu einem psychisch belastenden Gefühl der Enge (Dichtestress), aus dem aggressives Verhalten, Apathie und Resignation resultieren. Hier entsteht ein enormes sicherheitspolitisches Gefahrenpotenzial. Trotz aller Fortschritte in der Landwirtschaft werden auch zusätzliche Ernährungssicherungsprobleme auftreten. Die erhöhte Nachfrage nach Nahrungsmitteln aufgrund steigender Bevölkerungszahlen lässt die Ernährungssicherung und die Ressourcenknappheit eine zentrale Rolle spielen. Nach dem UN-Bevölkerungsbericht 2001 sind weltweit etwa 800 Millionen Menschen chronisch unterernährt und für etwa zwei Milliarden ist die Ernährung nicht gesichert. Auch zeigt die Altersstruktur in den unterentwickelten Ländern die gesellschaftspolitischen Probleme auf. Je ärmer eine Gesellschaft ist, desto höher ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren. Besonders ist dies bei Ländern mit einer hohen Anzahl AIDS-infizierter Personen zu beobachten. Eine Gesellschaft, die einen zu hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen hat, kämpft mit dem Problem, nur unzureichende Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten zu können, das wiederum führt zu Unzufriedenheit und Instabilität in der Gesellschaft selbst. Die explosive Bevölkerungszunahme wird deshalb in vielen Entwicklungsländern zu einer Gefährdung der politischen Stabilität führen, vorhandene Konfliktpotenziale verschärfen oder neu schaffen.

6.2.3. Migrationsprobleme

Als Folge des Bevölkerungswachstums wird der Migrationsdruck in den Entwicklungsländern immer stärker. Es ist zu erwarten, dass die Migrationsströme in den nächsten Jahrzehnten deutlich größer werden als die bisherigen. Die illegale Migration der Gegenwart ist möglicherweise nur ein Vorläufer späterer massenhafter Migrationsbewegungen. Durch diese Migrationsströme werden relativ große Minderheiten in den Aufnahmeländern entstehen, wobei nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Migranten grundsätzlich auch weitgehend assimiliert werden können, wenn sie aus einer extrem andersartigen soziokulturellen Welt stammen. Die bereits ersichtlichen Tendenzen zur Herausbildung von Subkulturen und Ghettos zur Erhaltung der kulturellen Identität der Einwanderer können zunehmen, und statt eines Schmelztiegels entstehen dann segmentierte multikulturelle Gesellschaften, in denen die ethnische beziehungsweise kulturelle Zugehörigkeit häufig mit der sozialen Schichtung zusammenfällt, was wiederum zu erheblichen Spannungen und Konflikten in der Kombination ethnisch-sozialer Gegensätzlichkeiten führen kann. Legale und illegale Einwanderung wird in mehr als fünfzig Ländern dazu führen, dass bis 2015 mehr als 15 Prozent der Bevölkerung Einwanderer sind. Diese Zahlen werden substantiell weiter wachsen, das wird soziale und politische Spannungen verstärken und vielleicht auch zum Wechsel nationaler Identität führen. Bereits heute spricht man von der Lateinamerikanisierung und Asianisierung Nordamerikas und von der Afrikanisierung und Islamisierung Europas.

Es ist nicht ersichtlich, dass die herrschende Politik Europas Konzepte oder Visionen für eine Bewältigung der dabei heranstehenden Probleme hat. Der Bevölkerungsdruck auf Europa wird unvermindert anhalten. Das Einwanderungspotenzial liegt in fremdkulturellen Kontinenten und ist in dem zu erwartenden Umfang nicht in eine Hochtechnologiegesellschaft zu integrieren. Europa hat wenig Erfahrung in der Assimilation von Einwanderern aus unterschiedlichen oder fremden Kulturen. Und viele Einwanderer wollen gar nicht assimiliert werden. Mit den heutigen Möglichkeiten von Reisen und der Kommunikation kann man zum Beispiel ein Türke bleiben, obwohl man dauernd (und bereits in zweiter Generation) in Deutschland lebt. Zumindest teilweise werden die Einwanderer nicht europäisch werden wollen, nicht ihre Sprache aufgeben und auf ihre Gewohnheiten verzichten. Sie werden vielmehr zwei Identitäten haben. Auf der anderen Seite wird im Report der

Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen vom März 2000 eine „Ersatzmigration“ vorgeschlagen, welche die demographischen Lücken der meisten Industrienationen aufgrund rückläufiger Geburtenzahlen und einer kopflastigen Alterspyramide schließen könnte.

Die Bevölkerungsexplosion und der Migrationsdruck beziehungsweise die Migrationsbewegungen führen zur Konflikthanreicherung in den Ländern der Bevölkerungsexplosion und in den Einwanderungsländern. Als Einwanderungsländer kommen dabei nicht nur die hochentwickelten Industriestaaten in Frage, sondern auch die etwas höher entwickelten Länder. Alle Kategorien von Ländern hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung werden daher von der Bevölkerungsentwicklung betroffen sein. Lediglich Länder, die imstande und willens sind, sich von der Migrationsbewegung abzuschirmen, (vielleicht Japan?) werden von den sozial-ethnischen Spannungen wenig oder nicht direkt betroffen sein.

Eine besondere Problematik für den Westen, konkret für Europa, kann dabei der Umstand sein, dass die heimische Bevölkerung ihrerseits in der Fähigkeit und Bereitschaft zur Integration von Einwanderern überfordert sein kann. Große Einwanderungen können zu einer fremdenfeindlichen Haltung führen und in der Folge zur Infragestellung von Grundwerten und Prinzipien der westlichen Gesellschaften, was letztlich sogar eine Erosion des westlichen Grundwertverständnisses bewirken kann.

6.2.4. Verschärfung des Nord-Süd-Konfliktes und Steigerung des Konfliktpotenziales der Entwicklungsländer untereinander

Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern und fortschreitende Globalisierung fördern Interessenkollisionen. Dazu kommen die Probleme der Verfügbarkeit von knappen Ressourcen, Probleme der Ernährungssicherung, Zugriffsmöglichkeiten beziehungsweise Kauffähigkeit für Energiestoffe, in Teilen der Welt die Knappheit von Wasser sowie durch die Bevölkerungsexplosion bewirkte Verschärfung verschiedener Umweltprobleme. Dies wird nicht nur zur Verschärfung des „traditionellen“ Nord-Süd-Konfliktes, sondern auch zu vermehrten Konflikten zwischen einzelnen Entwicklungsländern führen.

6.2.5. Globaler Wandel durch Umwelttransformation und Bevölkerungswachstum

Die Störung ganzer Ökosysteme und Regelkreisläufe kann wie gesagt die gesamte „Betriebsweise“ des Systems Erde gefährden. Diese Veränderungen sind eng verknüpft mit dem Wachstum der Weltbevölkerung, mit dem weiter anwachsenden Nord-Süd-Gefälle und mit der ökonomischen Globalisierung. Mit diesem globalen Wandel sind zwar Lebenschancen, insbesondere aber hohe Risiken assoziiert. So gesehen bräuchten wir eine „globale Strukturpolitik“, was manchmal angedacht wird, aber eher im Sinne bürokratischer Lösungen der internationalen Organisationen. Sinnvolle Konzepte, wie die wichtigsten Herausforderungen unserer nahen Zukunft gelöst werden können, sind noch nicht bekannt. So sind zum Beispiel die Vorstellungen der Studie „Global Public Goods“ des UNO-Entwicklungsprogramms UNDP, das auf bürokratische Lösungen setzt statt darauf, durch ein System von Anreizen Wettbewerb und Marktdisziplin als Problemlöser zu aktivieren, und das eine „faire und gerechte Beteiligung“ aller Betroffenen an öffentlichen Gütern anstrebt und damit umfassende Umverteilungsmechanismen voraussetzt, unrealistisch.

Heute wird der größte Teil der globalen Umweltprobleme durch die Industrieländer verursacht. Wenn man vom „ökologischen Fußabdruck“ (Johannisburg 2002) spricht, so meint man, dass ein Kind, das in einem Industrieland geboren wird, mehr zur Umweltverschmutzung und Ressourcenknappheit

beitragen wird, als 30 bis 50 Kinder in einem unterentwickelten Land. Der „ökologische Fußabdruck“ der Industrieländer drückt sich also viel tiefer ein. Eine der Ursachen ist jedenfalls im Verbrauch zu sehen. Weltweit entfallen 98,7 Prozent des privaten Verbrauchs auf die reichsten Länder, in denen aber nur 1/5 der Weltbevölkerung lebt. Demgegenüber stehen nur 1,3 Prozent des privaten Verbrauchs in den „ärmsten“ Ländern. Ähnlich stellt sich die Situation bei der Kohlendioxid-Emission dar. Im Jahre 1995 hat das Fünftel der Weltbevölkerung mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an organischen Brennstoffen 63 Prozent der gesamten Kohlendioxid-Emission erzeugt.

Die Determinanten für die Umweltbelastung sind die Bevölkerungsdichte, das Konsumverhalten und die eingesetzte Technik. Das heißt, je mehr Menschen auf einem Gebiet leben, desto mehr konsumieren sie, desto größer werden der Verbrauch und der damit entstehende Abfall, und je umweltschädlicher die von ihnen angewandte Technik ist, desto größer auch die Umweltbelastung.

Die Entwicklungsländer „holen hierbei aber auf“ und werden in absehbarer Zeit ihrerseits den Großteil der Probleme selbst verursachen. Zunächst werden die hochentwickelten Industrieländer bezogen auf die Bevölkerung immer noch die größten Umweltverschmutzer sein, aufgrund der gewaltigen Bevölkerungszunahme in den Entwicklungsländern werden diese aber in Zukunft tatsächlich die Masse der Umweltschäden verursachen. Das heißt, die Umweltprobleme, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung stehen wie Frischwassermangel und Verschmutzung, Ausbreitung von Umweltgiften, Degradierung der Bodenressourcen, Rückgang der Biodiversität, Verwüstung und Zerstörung von Wäldern, Verödung und Verkarstung ganzer Landstriche und vieles andere mehr, werden verschärft werden.

Die Demographische Entwicklung und die Umweltprobleme stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang und belasten die Ökologie der Erde zunehmend. Tatsache ist, dass bereits heute 25 Millionen Menschen aufgrund von Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit auf der Flucht sind (Weltbevölkerungsbericht 2001). Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die weltweite Umweltzerstörung und Ressourcenplünderung – trotz verschiedener Anstrengungen auf diesem Sektor – gestoppt werden könnten, lediglich gewisse Teilerfolge sind zu erzielen. Die Staatengemeinschaft erweist sich bereits heute als unfähig, eine Ordnungspolitik in diesen Bereichen zu gestalten. Wenn dies also schon heute nicht möglich ist, so wird die Verdoppelung der Weltbevölkerung bis zum Ende dieses Jahrhunderts (bei gleichzeitig progressiv steigenden Ressourcenzugriffen der Entwicklungsländer) eine bedrohliche Situation bringen, in der zahlreiche Konflikte vorprogrammiert sind, zum Beispiel Konflikte über die Nutzung des Wassers, über Acker- und Weideland, über die Nutzung der Fischbestände und insbesondere über strategische Ressourcen sowie Energieträger.

Die unbedingt nötige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Übersäuerung der Böden erhöhen und ihre Regenerierfähigkeit mindern, denn eine immer höher ansteigende Bevölkerungszahl braucht immer mehr Nahrungsmittel. Um im Jahre 2025 die Weltbevölkerung von dann voraussichtlich acht Milliarden ernähren zu können, muss (laut UN-Bevölkerungsbericht 2001) die weltweite Produktion von Nahrungsmitteln verdoppelt und darüber hinaus auch die Verteilung erheblich verbessert werden. Zur Ernährung einer Person bedarf es einer bestimmten Minimalfläche. Multipliziert mit der Anzahl der Menschen auf dieser Welt, ergibt sich auf Grund des Bevölkerungsanstieges ein „super-exponziell“ wachsender Bedarf an landwirtschaftlicher Nutzfläche. Diese wird zum Beispiel durch Brandrodung der Regenwälder gewonnen. Wenn die Entwaldung mit der heutigen Geschwindigkeit anhält, werden die letzten bedeutenden Regenwälder in 50 Jahren gerodet sein. Dadurch werden die Regenerationsfähigkeit der Biosphäre generell und die Qualität der Atmosphäre gemindert. Die weitere Zerstörung der Urwälder, die Verschiebung der Vegetationszonen (z.B. durch Verwüstung) oder die zerstörerische Wirkung extremer Wetterlagen (Orkane, Sturmfluten

und lange Dürreperioden) werden langfristige beziehungsweise grundsätzliche für die Lebensbedingungen relevante Probleme mit sich bringen.

Umweltprobleme und ökologische Devastierungen können auch den Migrationsdruck erhöhen (Umweltflüchtlinge). Die Nutzung beziehungsweise Teilung kollektiver Güter (wie z.B. Wasser) führt unweigerlich zu Verteilungskonflikten, wenn die Ansprüche größer sind als die verfügbare Menge. In 10 bis 15 Jahren werden rund drei Milliarden Menschen in Ländern mit Wasserproblemen leben, meistens in Afrika, dem Nahen Osten, Südasien und im nördlichen China. Mehr als 30 Länder auf der Welt erhalten mehr als ein Drittel ihres Wassers aus Bereichen außerhalb ihrer Grenzen. Wasserknappheit kann deshalb zu Konflikten zwischen den betroffenen Staaten führen.

Fazit: Westliche Sicherheitspolitik muss also davon ausgehen, dass sich die sicherheitspolitischen Gewichte durch die laufende demographische Entwicklung verschieben. Gefährdungen der westlichen Sicherheit oder Bedrohungen für diese werden daher primär von den Entwicklungsproblemen, den Migrationsbewegungen sowie den Konflikten zwischen Ländern der verschiedenen Entwicklungszonen ausgehen.

Bislang hat westliche Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik sich nicht als ein geeignetes Instrumentarium erwiesen, um die „Dritte Welt“ entsprechend weiterzuentwickeln. Insbesondere hat sie keine Dämpfung des Bevölkerungswachstums bewirken können.

6.3. Direkt-sicherheitspolitische Faktoren der strategischen Entwicklung

6.3.1. Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Die Politik zur Verhinderung der Verbreitung von ABC-Waffen hat in vielen Fällen ebenso versagt wie die Versuche, die Verbreitung von Technologie zur Herstellung ballistischer Raketen zu verhindern. Es gibt bereits sieben offizielle Atommächte sowie einen weiteren Staat, der mit Sicherheit Atomwaffen besitzt, und eine weitere Anzahl von Ländern, die im Begriffe sind, Atomwaffen herzustellen. Dazu kommen einige hochentwickelte Industriestaaten, die imstande wären, unverzüglich mit der Produktion von Atomwaffen zu beginnen.

Ebenso ist die Zahl von Ländern, die ballistische Raketen besitzen und solche weiterentwickeln, gestiegen. Derzeit besitzen mindestens zehn Länder Raketen mit Reichweiten von über 1500 Kilometern. Sieben weitere Länder besitzen Raketen mit kürzerer Reichweite. Die Entwicklung von ballistischen Raketen mit größeren Reichweiten macht in mehreren Ländern Fortschritte. Es ist damit zu rechnen, dass in einigen Jahren etwa fünfundzwanzig Länder Massenvernichtungswaffen und die für den Transport erforderlichen Trägersysteme einsatzreif besitzen werden.

Die Zunahme der Nuklearmächte (einschließlich der potenziellen Verfügbarkeit von Nuklearwaffen in einer Anzahl weiterer Staaten, darunter solcher unter der Führung unberechenbarer Regime) hat die klassische „Logik der Abschreckung“, das Wissen um die eigene Vernichtung im Falle eines nuklearen Ersteinsatzes, entwertet. Dieser Umstand und die Proliferation und Weiterentwicklung biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen sowie ihrer Trägermittel bewirken ein tendenziell höheres Risiko, dass regionale Konflikte unter (begrenztem) Einsatz von Massenvernichtungsmitteln ausgetragen werden können.

6.3.2. Das Ende des europäisch-amerikanischen militärtechnologischen Monopols in der Militärtechnologie

In der jüngeren Geschichte hat es erst einmal eine Situation gegeben, in der ein asiatischer Staat über hochentwickelte Militärtechnologie, den Europäern oder den USA völlig ebenbürtig, verfügt hat. Das war Japan in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, das zum Beispiel über Flugzeugträger und Langstreckenbomber verfügte. Mit der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg hat der Westen dann sein Monopol im militärtechnologischen Bereich wieder zurückerhalten, allerdings nur ganz kurzfristig, bis die damalige Sowjetunion über Nuklearwaffen, Raketen und Satelliten verfügte. Heute wird Russland nicht mehr als Feind des Westens erachtet und seine militärtechnologischen Möglichkeiten werden aufgrund der schlechten Wirtschaftssituation abnehmen. Trotzdem bleibt Russland ein militärtechnologisch hochstehendes Land.

Der Westen, also im Wesentlichen die USA und Europa inklusive Russland, verfügen aber heute auch nicht mehr über ein strategisch-militärtechnologisches Monopol. Insbesondere China hat sich ein großes Arsenal an Raketen, darunter auch einige Interkontinentalraketen, zugelegt und baut ein militärstrategisches Arsenal auf. Dazu kommen auch noch andere Länder, die sich wie Indien und Pakistan in den Besitz von Atomwaffen und ballistischen Raketen gebracht haben oder bringen. Neben den USA, Russland, Großbritannien und Frankreich sind heute China, Indien und Pakistan sowie Israel Atommächte. Nordkorea, dem Irak und dem Iran wird zugetraut, in einigen Jahren über Atomwaffen zu verfügen; Libyen – und nach einigen Einschätzungen auch Syrien – bemühen sich darum. (Südafrika und Argentinien haben ihre diesbezüglichen Bemühungen aufgegeben.) Verschiedene Länder könnten, wenn sie wollten, in kürzester Zeit Atommächte werden; darunter Japan in extrem kurzer Zeit. Die neuen Atommächte und die potenziellen befinden sich überwiegend in Asien.

Laut Pentagon sind 28 Staaten in der Lage, ballistische Raketen abzuschießen. Auch hier sind die meisten Raketenbesitzer asiatische Staaten. Laut IISS sind aber bisher nur 14 Länder auch Produzenten ballistischer Raketen (USA, Russland, Frankreich, China, Taiwan, Irak, Iran, Nordkorea, Südkorea, Indien, Pakistan, Ägypten, Israel und Argentinien). Die Mehrheit ist asiatisch.

Die USA sind zwar militärtechnologisch weit überlegen und auch dabei, diesen Vorsprung noch auszubauen, aber das ändert nichts daran, dass auch immer mehr andere Länder über Nuklearwaffen, Langstreckenbomber, Cruise Missiles, ballistische Raketen und anderes mehr verfügen. Die Wirkungsmöglichkeiten des Westens gegenüber anderen Ländern werden daher entscheidend beeinträchtigt sein. Militärinterventionen wie der Zweite Golfkrieg gegen den Irak (zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Kuwait) oder wie der Luftkrieg gegen Serbien (aus humanitären Gründen zur Verhinderung der Marginalisierung der Albaner im Kosovo) werden in Zukunft vielleicht nicht mehr möglich sein. Zu viele Länder besitzen Massenvernichtungswaffen und militärische Hochtechnologie, um damit einer Interventionsmacht oder deren Verbündeten Vergeltungsschläge androhen zu können. Das bedeutet, dass die Militärdoktrinen entsprechend weiterentwickelt werden müssen. Neben der Entwicklung modernerer Kriegsführungsmöglichkeiten werden dabei Systeme zur Abwehr ballistischer Raketen, aber auch nukleare Vergeltungsschläge mehr oder weniger zwangsläufig in den Militärdoktrinen einen größeren Stellenwert erhalten.

Die vorher dargestellten Umstände werden auch die in den USA ohnedies weit verbreitete tiefe Skepsis gegenüber der Wirksamkeit von Rüstungskontrollvereinbarungen stärken (– weil die Nonproliferation trotz großer amerikanisch-europäischer Bemühungen praktisch gescheitert ist). Dazu muss konstatiert werden, dass absoluter Schutz durch Vorbeugung oder Abwehrmaßnahmen – sei es wegen möglicherweise nur unzulänglicher Raketenabwehr oder wegen der Schwierigkeit der Verhinderung von Terroranschlägen – nicht möglich ist. Da es amerikanischem Verständnis entspricht

– zumindest in weiten Kreisen –, die eigene Sicherheit nicht vom Wohlverhalten eines Gegners abhängig zu machen, bleibt aus einem solchen Sicherheitsdenken heraus eigentlich nur noch die Maßnahme der Prävention gegenüber potenziellen Angreifern beziehungsweise Erpressern – sowie die umfassende Vergeltung. Diese Schlussfolgerung hat sich jüngst in Form der US-Sicherheitsstrategie vom September 2002 eindrücklich bestätigt.

6.3.3. Konfliktpotenziale

Weltweit gibt es Dutzende ernst zu nehmender Konfliktpotenziale, sowohl innerhalb von Staaten als auch zwischenstaatlicher Art. Neben ethnischen und religiösen Spannungen und Konflikten geht es um die Sicherung von Ressourcen und Einflussbereichen und um offene Territorialfragen.

Weltweit gesehen ist aufgrund der zahlreichen offenen und verdeckten Konfliktpotenziale und der eingeschränkten Funktionsfähigkeit des Systems kollektiver Sicherheit der UNO weiterhin mit zahlreichen bewaffneten Konflikten und Kriegen zu rechnen. Es muss mit allen Formen konventioneller und subkonventioneller Kriegsführung gerechnet werden.

Laut „Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung“ (AKUF) in Hamburg gab es 1999 weltweit 35 Kriege und bewaffnete Konflikte und gemäß UN-Statistik mehr als 50 Millionen Flüchtlinge und Intern-Vertriebene, davon 6,2 Millionen in Europa. Nach Angaben des „China Institute for International Strategic Studies“ (Cheng Feng: *Retrospects and Prospects of the International Strategic Situation*. In: *International Strategic Studies*, 1/1997, S. 10ff.) gab es 1991 - das ist aus chinesischer Sicht wegen des Zerfalles der Sowjetunion das Ende des Kalten Krieges - global insgesamt 29 regionale Kriege und bewaffnete Konflikte, davon 7 in diesem Jahr neu ausgebrochene, 1992 gab es 30, davon 12 neue, 1993: 34, davon 13 neue, 1994: 38, davon 15 neue, 1995: 46, davon 11 neue und 1996 mit 29, davon 4 neue, ein erstmaliges Absinken der Anzahl. Die methodisch unterschiedliche Erfassung des SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) zählt nach SIPRI-Yearbook 1998 folgende Anzahl von größeren bewaffneten Konflikten auf: 1989: 32, 1990: 31, 1991 und 1992 je 29, 1993: 27, 1995: 25, 1996 und 1997 je 24. In weiten Teilen der Welt fehlen sicherheits- und vertrauensbildende Institutionen wie etwa die OSZE (so in Ost- und Südostasien, in Südostasien, im Nahen und Mittleren Osten).

6.3.4. Die destabilisierende Rüstungsentwicklung in Teilen der Welt

In mehreren Teilen der Welt sind beachtliche Aufrüstungsbemühungen festzustellen. Dem stand und steht eine Abrüstung der Streitkräfte Europas gegenüber. Neben der Verschiebung politischer und wirtschaftlicher Macht, konkret von Europa nach Ost- und Südostasien, ist auch eine Verschiebung militärischer Macht in diese Richtung festzustellen.

Nach der Größe der stehenden Streitkräfte (die natürlich nur ein Indikator für militärische Macht sind) war im Jahr 2000 das EU-Land mit den stärksten Streitkräften, Frankreich, weltweit an zwanzigster Stelle; Italien folgte an zweiundzwanzigster, Deutschland an dreiundzwanzigster und Großbritannien an fünfundzwanzigster Stelle. Die Mannschaftsstärke der Streitkräfte des Iran oder von Vietnam ist jeweils ungefähr so groß wie die von Frankreich und Großbritannien zusammen. Nordkorea und Südkorea hätten zusammen fast so viele Soldaten wie die gesamte EU.

Tabelle: Stehende Streitkräfte

Verfügbare Streitkräfte 2000, ohne Mobilmachung, ohne Reserven und ohne paramilitärische Kräfte. (Die EU-Mitglieder sind mit * gekennzeichnet.)

1.	China	2 810 000
2.	Russland	1 520 000
3.	USA	1 366 000
4.	Indien	1 303 000
5.	Nordkorea	1 055 000
6.	Südkorea	683 000
7.	Pakistan	612 000
8.	Türkei	610 000
9.	Iran	513 000
10.	Vietnam	484 000
11.	Irak	429 000
12.	Taiwan	370 000
13.	Äthiopien	353 000
14.	Myanmar	344 000
15.	Japan	337 000
16.	Syrien	316 000
17.	Ukraine	304 000
18.	Thailand	301 000
19.	Indonesien	297 000
20.	Frankreich *	294 000
21.	Brasilien	288 000
22.	Italien *	250 000
23.	Deutschland *	221 000
24.	Polen	217 000
25.	UK *	212 000
26.	Rumänien	207 000
27.	Saudi-Arabien	202 000
28.	Eritrea	200 000

Quelle: IISS Military Balance 2001/2002

6.3.5. Neue Machtverhältnisse durch moderne Kriegsführung

Die Militärintervention in entfernten Konfliktgebieten ist eine prioritäre Aufgabe der Sicherheitspolitik geworden. Sie erfordert andere militärische Fähigkeiten als die traditionelle Territorialverteidigung. Modernste Präzisionswaffen, Fernaufklärung durch Satelliten, moderne Kommunikations- und Führungssysteme und die Fähigkeit zu raschem Transport von Truppen und Material über lange Distanzen sind die bekannten Stichworte dafür. Darüber hinaus verändert sich die Kriegsführung auch generell: Die Militarisierung des Weltalls (Waffenplattformen für Raketen im All, Laserkanonen) ist im Versuchsstadium; unbemannte Aufklärungsflugkörper gibt es bereits; unbemannte Kampfflugzeuge und Kampfroboter sind im Planungs- und Entwicklungsstadium; Marschflugkörper werden verfeinert und künftig im Masseneinsatz zur Verfügung stehen; ballistische Raketen werden verbessert; kleine Atomwaffen mit begrenzter Schadenswirkung werden geplant, um die Abschreckungsfähigkeit, die realistische Androhung ihres Einsatzes, zu erhöhen; das Gefechtsfeld zu Lande und zu Wasser werden Raketenwaffen und gesteuerte Präzisionsmunition beherrschen und so weiter.

Die USA haben sich bereits einen enormen Vorsprung in der modernen Kriegsführung geschaffen und sind dabei, diesen auszubauen. Welche Stellung Russland in den nächsten Jahrzehnten diesbezüglich haben wird, ist aufgrund seiner finanziellen Probleme eine offene Frage. Einzelne Länder, darunter wahrscheinlich Japan, werden vermutlich gewisse Anstrengungen unternehmen, um im Bereich der modernen Kriegsführung nicht allzu weit hinter die USA zurückzufallen. Die Industrieländer Westeuropas sind derzeit nicht gewillt, solches zu tun. Ob es hier ein Umdenken gibt und sie den Abstand zu den USA etwas verringern werden, ist ebenfalls eine offene Frage.

Die Möglichkeiten der Einflussnahme der Staaten in Konflikt- und Krisensituationen wird von ihrer Verfügung über moderne Kriegsführungsmittel abhängen (– sowie von der Einschätzung darüber, ob sie zu deren Einsatz im Ernstfall auch bereit wären). Politische Stärke resultiert in Ernstfällen aus der militärischen Stärke im Hinblick auf die Fähigkeit und Bereitschaft, diese in Krisen- und Konfliktgebieten auch einzusetzen.

6.3.6. Die hohe Verwundbarkeit moderner Dienstleistungs- und Industriestaaten

Das Vordringen der „Dritten Industriellen Revolution“, nämlich der Kommunikations- und Informationstechniken, betrifft alle Länder der Welt.

Einerseits ergibt sich eine hohe Verwundbarkeit moderner Dienstleistungsstaaten (Information Warfare Cyber-War) und der Wirtschaft (z.B. Abhängigkeiten der Ölzufuhr), was besondere Vorkehrungen der hochentwickelten Industrie- und Dienstleistungsstaaten auf diesem Sektor erfordert. Andererseits haben auch kleine und arme Länder und einzelne Gruppen die Möglichkeit, modernste Informations- und Kommunikationstechnologien zu nutzen. Sie können sich dadurch besondere Möglichkeiten der Schädigung moderner Staaten aneignen, ohne selbst gleichartige Verwundbarkeiten zu bieten. Damit bieten sich so genannten Problemstaaten gute Möglichkeiten einer asymmetrischen Kriegsführung gegenüber vernetzten und versorgungsabhängigen Gesellschaften.

Ein richtiges Schreckensszenario – aber durchaus vorstellbar – sind Massenvernichtungswaffen, im Besitz von Terroristen: Sie geben dem Terrorismus eine neue Qualität im Sinne von Schädigungs- und Zerstörungsmöglichkeiten sowie auch der Erpressungsmöglichkeit.

7. Die Vereinten Nationen als Verantwortliche für den Weltfrieden

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen,

künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern,

und für die diese Zwecke

Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern –

haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.

Dementsprechend haben unsere Regierungen durch ihre in der Stadt San Francisco versammelten Vertreter, deren Vollmachten vorgelegt und in guter und gehöriger Form befunden wurden, diese Charta der Vereinten Nationen angenommen und errichten hiermit eine internationale Organisation, die den Namen ‚Vereinte Nationen‘ führen soll.“

Präambel der Charta der Vereinten Nationen (VN)
beziehungsweise United Nations (UNO)

Am 26. Juni 1945 unterzeichneten 51 Staaten die „Charta der Vereinten Nationen“, auf die man sich am 25. April 1945 in der Gründerversammlung festgelegt hatte. Derzeit hat die UNO 190 Mitgliedsländer, zuletzt erfolgte die Aufnahme von Ost-Timor am 27. September 2002 und am 10. September 2002 die der Schweiz. Nicht unter den Mitgliedern sind unter anderem der Vatikanstaat, die Republik China (Taiwan), die Demokratische Arabische Republik Sahara und die Türkische Republik Nordzypern.

Die Charta definiert die UNO als Organisation, die zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf allen Gebieten beitragen soll. Sie ist ein äußerst komplexes System vieler teilweiser autonomer Unterorganisationen; es ist deshalb schwierig, eine exakte Auflistung aller UNO-Aktivitäten durchzuführen.

Die UNO-Grundsatzprinzipien sind Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, humanitäre Angelegenheiten, ökonomische und soziale Entwicklung sowie Völkerrecht. Eines der Ziele der UNO war die Dekolonisation. Zur Aufrechterhaltung der Grundsatzprinzipien arbeiten viele Spezialorgane, Programme und Sonderorganisationen teilweise auch themenübergreifend zusammen. Hier soll der Bereich Frieden und Sicherheit kurz dargestellt werden.

7.1. Das UN-Prinzip Friedenswahrung und Sicherheit

Eine der wichtigsten Aufgaben der UNO ist die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit. Das betrifft alle Arten von Kriegen und Konflikten, seien sie militärischen, ethnischen, ökonomischen oder sozialen Ursprungs. Die Generalversammlung, der Sicherheitsrat, der Generalsekretär und seine Vertreter sind die wichtigsten Organe in diesem Bereich. Die wichtigsten Mittel zur Erreichung der Ziele „Frieden und Sicherheit“ sind vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung.

Die Friedensbemühungen der UNO umfassen Conflict Prevention und Peace-Making (Diplomatische Maßnahmen zur Konfliktverhinderung, Verhinderung von Eskalationen, Verhandlungen, friedliche Streitbeilegung gemäß Kapitel VI der Charta, Überwachungsmaßnahmen und Inspektionen), Peace-Enforcement beziehungsweise Friedenserzwingung (Militärische Aktionen gemäß Artikel 42 der Charta der Vereinten Nationen und – zumindest theoretisch – Gewaltanwendung zur Beendigung eines Konflikts), Peace-Keeping beziehungsweise Friedenserhaltung (Einsatz von internationalen Friedenstruppen gemäß Kapitel VI und VII der Charta der Vereinten Nationen, Beobachtungsmaßnahmen), Sanktionen nach Artikel 41 der UN-Charta (Handels- und Waffenembargo, Abbruch diplomatischer Beziehungen, Unterbrechung von Verkehrsbeziehungen einschließlich Telekommunikation), Peace-Building beziehungsweise Friedenskonsolidierung (Aufbau tragfähiger politischer Strukturen, Überwachung der Menschenrechte und Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung) und Humanitarian Operations beziehungsweise humanitäre Einsätze (z.B. Einsätze bei Natur- und Hungerkatastrophen).

Die Aufgabe des Sicherheitsrates ist es, geeignete Maßnahmen zur Erhaltung des Weltfriedens zu beschließen und Missionen zu entsenden. Im Auftrag der UNO könnten aber auch Regionalorganisationen (wie die OSZE) oder Zweckbündnisse (wie die „Coalition of the Willing“ zur Befreiung Kuwaits) eingesetzt werden.

Bei der vorbeugenden Diplomatie könnten UN-Truppen als vorbeugende Maßnahme entsendet und entmilitarisierte Zonen eingerichtet werden. Bei der Friedensschaffung könnten (– so die Theorie) zur Friedensdurchsetzung speziell ausgebildete ständig abrufbereite bewaffnete UN-Truppen (die es – leider – gar nicht gibt) herangezogen werden, die notfalls auch mit militärischer Gewalt für Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens sorgen (sollten). Bei der Friedenssicherung werden Beobachtermissionen, UN-Truppen zur Untersuchung von Grenzverletzungen, Beobachter für Wahlen, Überwachung von Waffenstillständen, Polizeiaufgaben und Sicherung humanitärer Aufgaben herangezogen. Bei der Friedenskonsolidierung nach einem bewaffneten Konflikt würden UN-Missionen die Aufgabe der Entwaffnung übernehmen, an der Herstellung der öffentlichen Ruhe, an Minenräumungen, am Schutz der Menschenrechte mitwirken und vieles andere mehr.

Die Satzungen der Vereinten Nationen (SVN) verbieten die Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen. Was immer auch Gewalt ist, man ist sich einig, dass jede Waffengewalt geächtet ist, nicht aber politischer und wirtschaftlicher Druck. Zur Absicherung dieses Gewaltverbotes wurde in den SVN (Kapitel VII) ein System kollektiver Sicherheit geschaffen, das insbesondere auf Abwehrmaßnahmen gegen Friedensstörer gerichtet ist. Das Sanktionsorgan ist der Sicherheitsrat (SR), der die Gewaltanwendung gegen Friedensbrecher anordnen oder dazu ermächtigen kann. Juristisch gesehen bestehen somit aufgrund des UN-Systems ein umfassendes Gewaltverbot in militärischer Hinsicht und ein Potenzial von Sanktionen gegen die Staaten, die das Gewaltverbot in den

internationalen Beziehungen missachten. Das geht so weit, dass die Mitglieder der UNO (theoretisch) verpflichtet sind, sich an Zwangsmaßnahmen gegen den Friedensbrecher zu beteiligen. (Diese Verpflichtung hat 1955 zum Beispiel zu heftigen Diskussionen darüber geführt, ob Österreich als dauernd neutraler Staat überhaupt der UNO beitreten kann.) Soweit die Theorie.

7.2. Die Idee der kollektiven Sicherheit

Unter dem Begriff „Kollektive Sicherheit“ versteht man allgemein eine auf Völkerrecht (vertraglicher Vereinbarung) beruhende internationale Ordnung, deren Schutz einer internationalen Staatenorganisation übertragen ist, wobei die individuelle Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen den einzelnen Staaten (außer im Falle der Verteidigung gegen Aggressoren) untersagt, die Gewaltanwendung vielmehr der Staatenorganisation selbst im Sinne der Bewahrung oder Wiederherstellung von Frieden und geordneten Verhältnissen übertragen ist. In der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion wird darunter ein System verstanden, in dem im Rahmen einer weitgehend allumfassenden Zugehörigkeit von Staaten auf globaler oder auf regionaler Ebene die individuelle Gewaltanwendung verhindert werden soll, indem der Friedensbrecher durch gemeinsames Verhalten der anderen am Friedensbruch gehindert oder für diesen bestraft wird.

In gewisser Hinsicht kann das System kollektiver Sicherheit als der Versuch angesehen werden, einen Ersatz für das (verloren gegangene) Machtgleichgewicht (balance of power) des Großmächtesystems des 19. Jahrhunderts zu finden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde versucht, ein System kollektiver Sicherheit im Völkerbund zu institutionalisieren. Trotz kleinerer Erfolge bei Streitigkeiten unter Kleinstaaten scheiterte es letztlich vollständig am Verhalten der Großmächte. Bei der Gründung der Vereinten Nationen hatte man ein verbessertes System kollektiver Sicherheit organisieren wollen. Man vermeinte, dass der Umstand, dass der Völkerbund keine Zwangsgewalt hatte und militärische Aktionen nicht anordnen konnte, ein entscheidender Mangel gewesen sei. Deshalb sollte der Sicherheitsrat auch militärische Zwangsmaßnahmen ergreifen können, indem die UN-Mitglieder verpflichtet sind, dem Sicherheitsrat Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, indem weiters ein Generalstabsausschuss zur Führung der Streitkräfte vorgesehen war und indem schließlich das („naturegegebene“) Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung nur so lange gelten sollte, bis der Sicherheitsrat entsprechende Maßnahmen trifft. Damit er sich durchsetzen kann, gehören dem Sicherheitsrat neben jeweils zeitlich befristet von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern die damaligen Großmächte (USA, UdSSR, Großbritannien, China und Frankreich) als Ständige Mitglieder an, denen ein Vetorecht in allen Entscheidungen zugebilligt wurde. (Gerade das Vetorecht der fünf Ständigen Mitglieder hat die Konsensfindung letztlich aber entscheidend erschwert.) Der Sicherheitsrat der VN, dem die Hauptverantwortung für die Verfahren zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zufällt, hat in Fällen der Friedensgefährdung und der bereits eingetretenen Verletzung der Friedenspflicht durch Friedensbruch oder Aggression die Befugnis, zwingende Anordnungen zu treffen, an die die Mitglieder gebunden sind. Er kann auch militärische Maßnahmen ergreifen, und die Mitglieder sind rechtlich verpflichtet, den VN über Verlangen des Sicherheitsrates militärische Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Soweit die Theorie, die davon ausging, dass jeder Staat ein hinlängliches Interesse daran haben müsste, einem Aggressor entgegenzutreten und jedenfalls keinen Aggressor zu unterstützen, um die internationale Ordnung aufrechtzuerhalten. Man ging also davon aus, dass der Sicherheitsrat im Ernstfall entsprechende Zwangsmaßnahmen beschließen würde. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass das allgemeine Interesse an der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung bei den im Sicherheitsrat vertretenen Mächten nicht ausreichend vorhanden und insbesondere dort relativiert ist,

wo eigenes Engagement erforderlich wäre. Dazu kommt noch der Umstand, dass die internationale Ordnung nicht gleichmäßig anerkannt ist und teilweise als ungerecht empfunden wird.

Hinsichtlich der Möglichkeit des Funktionierens eines solchen Sicherheitssystems gilt es auch zu bedenken, dass die dafür verantwortliche Staatenorganisation Vereinte Nationen keine eigenständig handlungsfähige Institution mit eigener Autorität aufgrund von Souveränitätsübertragungen der Mitglieder an sie ist, sondern, dass sie eben nur einen von den Mitgliedern abgeleiteten Willen hat. Eben darin aber besteht das Dilemma internationaler Organisationen, denn die Übertragung des Schutzes der kollektiven Sicherheitsordnung an eine (universelle oder regionale) Staatenorganisation ohne Eigenbestimmung im Sinne einer den Mitgliedern übergeordneten Willensbildung hat eine entscheidende Voraussetzung für ihr Funktionieren: Es ist immer der gemeinsame Handlungswille der Mitglieder – zumindest der Großmächte – im Sinne der Zielsetzungen der kollektiven Sicherheit erforderlich. Eine solche Erwartung in der Wirklichkeit des Zusammenlebens der Staaten ist aber – von Ausnahmesituationen abgesehen – unrealistisch. Ohne diesen gemeinsamen Handlungswillen bleiben die zur Setzung der Maßnahmen berufenen Organe (Sicherheitsrat, Generalstabsausschuss) entweder inaktiv oder setzen nur unzureichende (Alibi-)Maßnahmen. So teilt das kollektive Sicherheitssystem der VN weitgehend das Schicksal des Völkerbundes: Es funktioniert in Krisen- und Konfliktsituationen zu oft nicht und ist in vielen Fällen unfähig zur Vermeidung der Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen.

So bestechend einfach das Konzept der kollektiven Sicherheit ist – die Teilnehmer verpflichten sich, die Integrität der anderen Mitglieder zu respektieren, auf Gewalt zu verzichten und im Aggressionsfall dem Angegriffenen zu Hilfe zu eilen, um den status quo ante wiederherzustellen –, so basiert seine Logik doch auf Prämissen, die in einer Welt souveräner Staaten unrealistisch sind. Wie sollte in jedem Falle ein Konsens (zumindest einhellig) darüber zustande kommen, ob eine Aggression vorliegt, wer der Aggressor ist, ob der Angegriffene beistandswürdig ist, welche Machtmittel eingesetzt werden sollen beziehungsweise welche angemessen sind, wer wie viele Truppen zur Verfügung stellt und wer wie viel Kosten trägt? Werden die einen sich an den Maßnahmen beteiligen, obwohl ein anderer Teil „aussteigt“ und werden die einen dann die Anteile und Kosten der anderen übernehmen (würden sich also quasi Gutmütige finden, die die Last alleine übernehmen)? Aber ist es dann noch ein kollektives System, wenn einige die Last übernehmen? Das müssten aber die Mächtigsten sein, weil nur diese über genügend Machtmittel verfügen; warum aber sollten die Mächtigsten, die auch alleine stark sind, die kollektiven Lasten übernehmen, außer im Falle ihrer Führerschaft im System – und dann wohl zu ihren Bedingungen, was unter anderem hieße, dass sie Maßnahmen dann setzen, wenn sie es wollen (z.B. die USA im Kuwait-Irak-Krieg). Wenn es aber nicht immer, nicht für und gegen alle wirkt, dann ist ein kollektives Sicherheitssystem reine Spekulation; es kann nationale Sicherheitspolitik nicht ersetzen und gibt den Kleinen keine Sicherheitsgarantie.

7.3. Die UNO ist als Konfliktlöser oft überfordert

Der Luftkrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Kosovo-Konflikt 1998/99 hat demonstriert, dass auch der Westen die Vereinten Nationen nicht als Hauptverantwortlichen für die Sicherheitspolitik ansieht. Zwar bedauern insbesondere Russland und China – und zuweilen auch Frankreich –, dass die Herrschaft der UNO beziehungsweise ihres Sicherheitsrates (SR) durch den Ordnungsanspruch der von den USA gelenkten NATO ersetzt wurde, zumindest für Europa. (Dabei muss dieser Ordnungsanspruch insofern relativiert werden, als der Kosovo-Krieg dargelegt hat, wie wenig strapazierfähig die NATO ist, da es nur mit großer Anstrengung gelang, wenigstens alle größeren Länder bei der Stange zu halten.)

Im Kosovo-Konflikt hat die NATO (über US-Initiative) beschlossen, Militäroperationen aus eigener Autorität, also ohne UN-Mandat durchzuführen. Und nach monatelangem Zögern hat sie dann auch die – hinsichtlich ihrer politischen Wirkung umstritten – Militärschläge begonnen. Damit ist ein Präzedenzfall gesetzt worden, zumal auch die EU (und damit praktisch der Westen) den Militärschlägen ohne UN-Erlaubnis zugestimmt hat. Man sprach von einer humanitären Intervention, weil ihre Zielsetzung insbesondere darin bestand, die kulturelle Marginalisierung und Vertreibung der Kosovo-Albaner zu verhindern.

Für die USA war das eine notwendige Neuorientierung. Die NATO muss sich auf die aktuellen und vorhersehbaren sicherheitspolitischen Herausforderungen einstellen. Die Amerikaner haben eine andere, umfassendere Bedrohungspersonifikation als viele Europäer, die sich häufig mit Kirchturmpolitik beschäftigen und denen die EU oft schon zu „schwierig“ erscheint; globales Denken ist der Masse der europäischen Politiker fremd. Für die USA aber galt es, den Versuch zu unternehmen, die NATO zum globalen Instrument US-europäischer Interessenswahrnehmung in der Sicherheitspolitik zu machen. Ein Mandat der UNO für militärische Interventionen, die einen Eingriff in die Souveränität eines Staates bedeuten, ist im Regelfall aber unrealistisch. Also muss man sich die Autorität selbst geben; es sollen nicht China oder Russland darüber entscheiden, ob zum Beispiel eine humanitäre Intervention erfolgen soll beziehungsweise darf.

Wenn sich die USA oder die NATO das Recht auf Gewaltanwendung herausnehmen, so kann man zwar damit rechnen, dass es sich um gerechtfertigt erscheinende Anlässe handeln wird – zumindest aus westlicher Sicht. Aber welche Argumente bleiben dann noch, wenn auch Russland oder China einseitige Gewaltanwendung für sich in Anspruch nehmen?

Obwohl die NATO – trotz ihres strategischen Konzepts von 1999 – letztlich nicht geeignet sein dürfte, über die Funktion des Verteidigungsbündnisses hinaus Krisen- und Konfliktmanagement zu betreiben, weil einige europäische Länder davor zurückschrecken, so bleibt doch der Präzedenzfall bestehen und die USA haben ihn als sinnvoll und erfolgreich in Erinnerung behalten. Die nationale Sicherheitsstrategie der USA von 2002 hat diesen Ansatz weiterentwickelt: Die USA behalten sich das Recht vor, präventive Militäraktionen (ohne UN-Sanktionierung) durchzuführen, wenn sie ihre nationale Sicherheit ernstlich bedroht sehen. (Siehe dazu Abschnitt 11.6.) Russland hat – bislang ohne doktrinaire Festlegung – ein dementsprechendes Recht im Hinblick auf den Tschetschenien-Konflikt gegenüber Georgien geltend gemacht.

Tatsache ist, dass die UNO nicht imstande war, ein Regime zu entwickeln, das die internationale Gewaltanwendung regelmäßig verhindert hat. Gleichzeitig ergibt sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zusätzlicher Handlungsbedarf: Durch den Wegfall der damaligen konfliktthemmenden Faktoren des bipolaren Blocksystems mit der Unterdrückung der Eskalation lokaler Kriege und der nuklearen Abschreckung zwischen berechenbaren Supermächten kam und kommt es seither häufiger zum Ausbruch von (zum Teil damals niedergehaltenen) Konflikten.

Die Eskalation von lokalen Konflikten ist bereits ein Hauptproblem globaler Sicherheitspolitik. Dadurch werden immer wieder im Sinne der Eskalationsvermeidung und der Erhaltung regionaler Stabilität (– und fallweise vielleicht auch aus wirklich humanitären Gründen) Maßnahmen bis hin zur militärischen Gewaltandrohung und militärischen Intervention zur Beendigung von Konflikten erforderlich sein.

Die heutige UNO wird das wie bisher schon deshalb nicht immer beziehungsweise nicht schnell genug können, weil sie Ausdruck der unmittelbaren Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg ist. Heute gilt aber weder die Ordnung noch das Denken von Jalta, wonach nichts gegen den Willen der

damaligen Großmächte USA, Sowjetunion (Russland), Großbritannien, China und Frankreich geschehen sollte.

Eine besondere Problematik besteht hinsichtlich Interventionen gegen den Willen eines Staates. So kam zum Beispiel keine Intervention bei den Massenmorden in Burundi („schleichender Völkermord“) und bei der Ermordung von fast einer Million Menschen in Ruanda zustande. Abgesehen davon, dass dem Sicherheitsrat in diesem Fall und in den anderen ähnlichen Fällen (z.B. im Fall Kosovo) der politische Wille zum Eingreifen fehlte und manchmal auch zu wenige Länder bereit sind, Truppen für gefährliche Einsätze zu stellen, fehlen auch eindeutige rechtliche Voraussetzungen für Interventionen in interne Angelegenheiten eines Staates (wie z.B. bei einem Sezessionskrieg, bei massiven Menschenrechtsverletzungen oder Völkermord). Denn das Souveränitätsprinzip des Artikel 2 der UN-Charta ist nahezu sakrosankt und schließt das Eingreifen in solchen Fällen aus, die ausschließlich in die interne Jurisdiktion eines der Mitgliedsstaaten fallen. Nur wenn der Sicherheitsrat die Lage in einem Land als konkrete Bedrohung des zwischenstaatlichen Friedens ansieht, kann er – gestützt auf die Artikel 39 bis 42 der UN-Charta – intervenieren beziehungsweise internationale Aktionen unternehmen. Die vorher genannten Situationen stellten aber objektiv regelmäßig keine Gefahr für den Weltfrieden dar.

Fazit: Das System der Kollektiven Sicherheit der UN bleibt in der Praxis weit hinter seinen satzungsgemäß vorgesehenen Möglichkeiten zurück; die Vereinten Nationen haben die Möglichkeit der gewaltsamen Intervention zur Friedenssicherung zu selten ausgenutzt und deshalb ist die Abschreckung potenzieller Aggressoren nicht gegeben. Ernst-Otto Czempiel (Die Reform der UNO. Möglichkeiten und Missverständnisse. München 1994) hat daraus abgeleitet, dass die Kollektive Sicherheit ein „Mythos“ sei, der niemals funktioniert hat und auch gar nicht funktionieren kann.

Die großen Leistungen des UNO-Systems sollen durch diese Feststellungen und Überlegungen nicht geschmälert werden. Die UNO und ihre Organisationen sind unverzichtbar als globales Forum, das nicht nur der Aussprache und rhetorischen Auseinandersetzung dient, sondern auch Träger von Vorhaben und Debatten zur Lösung von Zukunftsproblemen (z.B. Weltklima) oder aktueller Probleme (etwa Flüchtlingshilfe, Entwicklungsprobleme, Bildungs- und Sozialfragen) ist. Wer weiß, wie viele bewaffnete Konflikte die UNO allein durch ihre Existenz und ihr Wirken schon am Ausbrechen verhindert hat? Auch gab es bereits viele Erfolge von UN-Friedensmissionen (z.B. in El Salvador, Kambodscha, Mosambik oder Namibia). Zeitweise gab es gleichzeitig bis zu 19 UN-Friedensmissionen.

Trotz vielfältiger Leistungen, die das UN-System nicht nur im humanitären, sozialen, wirtschafts-, kultur-, umwelt- und entwicklungspolitischen Bereich (wie z.B. die Fonds und Programme des UN-Entwicklungsprogramms, das Welternährungsprogramm oder die Klimarahmenkonvention von Kioto), sondern auch in der Sicherheitspolitik erbracht hat (Peace-Keeping-Operations, Friedensverhandlungen, Hilfestellungen im Abrüstungsbereich u.a.m.), bleibt der Erfolg des Systems der Kollektiven Sicherheit sehr beschränkt. Zwar gab es einige Ermächtigungen des SR der UNO zur Gewaltanwendung im Sinne humanitärer Interventionen in innerstaatlichen Konflikten (Somalia, Haiti, Ruanda, Bosnien sowie ex post Liberia und Sierra Leone). Hinsichtlich internationaler Konflikte ist die Bilanz aber ernüchternd: 1950 zur Abwehr eines Angriffes Nordkoreas auf Südkorea und 1990 zur Befreiung des vom Irak besetzten Kuwait. In den meisten anderen bewaffneten Konflikten und Kriegen seit 1945 hat sich der SR nicht zu solidarischer Handlung im Sinne kollektiver Sicherheit aufraffen können.

8. Entwicklung und Funktion der KSZE/OSZE

Anfang der siebziger Jahre war der Kalte Krieg auf seinem Höhepunkt angelangt. Misstrauen und Rivalität der Supermächte dominierten die sicherheitspolitische Situation. Die Fronten waren verhärtet, Wettrüsten und atomare Abschreckung prägten das weltpolitische Bild. In dieser Situation wurde ein neues multilaterales Forum für Dialog und Verhandlung für Ost und West gesucht, um den Platz für eine unverkrampfte Entspannungspolitik zu finden und einen neuen Sicherheitsbegriff zu kreieren: Sicherheit nicht nur als politisch-militärische Ruhe, Frieden nicht nur noch als Abwesenheit von Krieg. Auch andere Dimensionen wie Ökologie, Ökonomie, Entspannung und Abrüstung sowie Gleichgewicht der Kräfte sollten in dieses System des Dialoges einbezogen werden. Ein mögliches Modell schien eine „institutionalisierte Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit“ in Europa (KSZE) zu sein.

Bereits seit 1954 hatten die UdSSR und ihre Verbündeten regelmäßige Initiativen für eine „europäische Sicherheitskonferenz“ eingebracht, besonders nach dem Prager Frühling und der Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR. Der Westen, der eigene Konzepte zur Gestaltung der Ost-Westbeziehungen hatte, willigte nur zögernd ein, denn parallel dazu fanden Gespräche zum „Gegenseitigen und ausgewogenen Truppenabbau in Europa“ zwischen den Militärallianzen statt. 1973 wurden die Schlussempfehlungen der Helsinki-Konsultationen, das „Blaue Buch“, angenommen und dieses prägte die Arbeit zur Schlussakte 1975. Nach einigen Konferenzen wurde schließlich am 1. August 1975 in Helsinki die Schlussakte verabschiedet. (Teilnehmer waren die 16 NATO-Staaten, sieben Warschauer-Pakt-Staaten, vier neutrale Staaten, vier paktungebundene Staaten, sowie die Kleinstaaten Liechtenstein, Monaco, San Marino und der Heilige Stuhl.)

Der sowjetische Grundgedanke war, die Anerkennung der politischen Situation in Europa durch den Westen zu erzielen und langfristig die transatlantischen Beziehungen Westeuropas zu zerstören. Vordergründig schien die UdSSR auch Erfolg zu haben. In der Schlussakte wurde die territoriale Integrität aller Teilnehmerstaaten, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Unveränderbarkeit der bestehenden Grenzen festgehalten; jedoch entwickelte sich der Dialog weiter und es entstand eine Eigendynamik, welche die UdSSR in der Folge nicht mehr kontrollieren konnte (z.B. Menschenrechte: Gründung der Charta 77).

Die Schlussakte von Helsinki 1975 war eingeteilt in 3 Körbe: I. Sicherheit, II. Wirtschaftliche und sonstige Zusammenarbeit und III. Menschliche Dimension.

Die zehn Prinzipien aus dem ersten Kapitel der Schlussakte – dem „Dekalog“ – lauteten:

1. Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innenwohnenden Rechte,
2. Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt,
3. Unverletzlichkeit der Grenzen,
4. Territoriale Integrität der Staaten,
5. Friedliche Regelung von Streitfällen,
6. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten,
7. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions-, oder Überzeugungsfreiheit,
8. Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker,
9. Zusammenarbeit zwischen Staaten und
10. Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtung nach Treu und Glauben.

Es könnte behauptet werden, dass das 6. Prinzip, das der Nichteinmischung, ein Verhandlungserfolg des Ostens war, die „Menschliche Dimension“ (Korb III) im Gegenzug ein Erfolg des Westens. Die Schlussakte stellt eine Sammlung von politisch verbindlichen Grundsätzen des Verhaltens der Staaten untereinander und gegenüber ihren eigenen Bürgern dar. Neben dem sicherheitspolitischen Aspekt wurden aber auch andere Dimensionen wie wirtschaftliche Entwicklung, Umweltfragen, kulturelle Angelegenheiten, Menschenrechte (Rechte und Pflichten der Individuen) und Grundrechte eingebracht.

1990 wurde in Paris die „Charta für ein neues Europa“ deklariert. (Schaffung permanenter Institutionen, Reaktion auf neue politische Konstellationen. Am Rande der Konferenz wurde der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) geschlossen.) 1992 erklärte sich die KSZE in Helsinki zur „regionalen Abmachung gemäß Kapitel VIII der UNO-Charta“.

Der Zusammenbruch der UdSSR veränderte die politische Situation völlig, und unter dem Motto „Herausforderung des Wandels“ wurden weitere Institutionen geschaffen und die bestehende Struktur erneuert. Das Instrument der Missionen beschreibt deutlich den neuen und aktiveren Charakter der KSZE. Es wurden ein Hochkommissar und ein Generalsekretär für nationale Minderheiten eingesetzt, ein Konfliktverhütungszentrum gegründet und eine Änderung der Konsensregel beschlossen („Konsens minus eins“).

1994 wurde die KSZE in die OSZE, zur „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ umgewandelt. In der Folge wurde ein „Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Fragen der Sicherheit“ erstellt, 1995 ein eigener Vergleichs- und Schiedsgerichtshof geschaffen, eine Charta zur Europäischen Sicherheit („Plattform für kooperative Sicherheit“: bessere Zusammenarbeit von Internationalen Organisationen, „React“: Schaffung einer schnellen zivilen Eingreiftruppe; 1999) erklärt und 2001 ein Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet.

Die OSZE ist eine regionale Abmachung im Sinne des Kapitels VIII der Charta der Vereinten Nationen und als solche ein Hauptinstrument für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge für Europa. Die OSZE verfolgt einen einheitlichen Sicherheitsansatz, der zugleich umfassend und kooperativ ist: Umfassend, weil er drei Dimensionen der Sicherheit berücksichtigt: die menschliche, die politisch-militärische und die ökonomisch/ökologische. Sie befasst sich mit Fragen wie Rüstungskontrolle, vorbeugende Diplomatie, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, Menschenrechte, Demokratisierung sowie Wirtschafts- und Umweltfragen. Kooperativ, da alle an den OSZE-Aktivitäten Beteiligten gleichberechtigt und nicht vertraglich gebunden sind, wodurch die nach dem Konsensprinzip gefassten Beschlüsse politisch, jedoch nicht rechtlich bindend sind.

OSZE-Dokumente schaffen – von einigen Ausnahmen abgesehen – keine unmittelbaren völkerrechtlichen Verpflichtungen, sondern lediglich politische Absichtserklärungen. Manche Dokumente bekräftigen Normen und Grundsätze des Völkergewohnheitsrechtes. (Im Gegensatz dazu der Europarat, der auf einem völkerrechtlichen Vertrag beruht.) OSZE-Vertragsverletzungen können auf die Tagesordnung gesetzt werden, und politische Konsequenzen sind daraus zu ziehen.

Die militärische Dimension der OSZE besagt, dass sie sich als „Anker“ der konventionellen Rüstungskontrolle und militärischen Transparenz in Europa versteht. Das „Forum für Sicherheitskooperation“ ist das Organ zur Kontrolle der Einhaltung des differenzierten OSZE-Instrumentariums zur Rüstungskontrolle und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sowie der konzeptionellen Weiterentwicklung. (Wichtige Verträge: der KSE-Vertrag, das Wiener Dokument 1999, der Vertrag über den offenen Himmel, der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen

Fragen der Sicherheit, das Dokument über „Kleinwaffen und leichte Waffen“ und die Umsetzung der Rüstungskontrollbestimmungen von Dayton 1995.)

Aus den Spezialorganen der OSZE sind aus sicherheitspolitischer Sicht das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR; Sitz in Warschau; es organisiert Wahlbeobachtungsmissionen, Entwicklung neuer Wahl- und Menschenrechtsinstitutionen, technische Hilfe für nationale Rechtsinstitutionen, Ausbildung von Wahlbeobachtern), der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (Frühwarnung und Beratungen bei Spannungen und Problemen in Minderheitenkonflikten), das Forum für Sicherheitskooperation (FSK; Fragen der kooperativen Sicherheits- und Rüstungskontrolle im Wiener Forum für Sicherheitskooperation) und das Konfliktverhütungszentrum (in Wien, erstellt Sachverständigengutachten, Verwaltungsdienstleistungen, die sich auf den Bereich Sicherheit beziehen; Missionen werden organisiert und es wird an Missionen teilgenommen, welche die Sicherheitslage in bestimmten Ländern bewerten sollen, u.a.m.) zu nennen.

OSZE-Missionen sollen den Ausbruch und die Eskalation von Konflikten vermeiden helfen, nachträglich zur Konfliktbereinigung beitragen und den Konfliktparteien helfen, eine Lösung zu finden. Die Mandate zu Missionen werden im Einvernehmen mit den Gastländern verabschiedet.

Die Beschlüsse der politischen Organe werden im Konsensprinzip gefasst. Konsens bedeutet aber nicht Einstimmigkeit; es müssen nicht alle Staaten ausdrücklich zustimmen, es reicht auch, wenn kein Staat einen Einwand geltend macht. Abweichungen vom Konsensprinzip sind die Regelungen „Konsens minus eins und Konsens minus zwei“. Bei groben Vertragsverletzungen können Sanktionen ohne die Zustimmung des betroffenen Staates verhängt werden. (Beispiel ist der Ausschluss Jugoslawiens, das 2000 wieder in die OSZE aufgenommen wurde.) Einerseits bringt das Konsensprinzip einen langwierigen Verhandlungsverlauf mit sich und ist schwerfällig, andererseits werden die Interessen der einzelnen Staaten mehr geschützt.

Der OSZE gehören alle (!) Staaten Europas (inklusive Andorra, Liechtenstein, Monaco, San Marino und dem Heiligen Stuhl) an, weiters die ehemaligen außereuropäischen Gliedstaaten der Sowjetunion (Armenien, Aserbajdschan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) sowie die USA, Kanada und die Türkei. Sie ist eine vollständige Regionalorganisation, die auch die gesamte NATO erfasst. Neben den umfassenden Aufgabenstellungen, die über die Sicherheitspolitik hinausreichen, stellt sie auch ein umfassendes Gesprächs- und Teilnehmerforum dar. Ihre wichtigsten Aufgaben, Krisenprävention und Friedenskonsolidierung, sind hochpolitischer Natur und bedeuten Einwirkung auf die innenpolitischen Dimensionen souveräner Staaten. Das verlangt ein hohes Maß an Legitimität – und das ist *das* Problem der OSZE, denn die Übertragung politischer Kompetenzen durch die Teilnehmerstaaten an die Organisation hält sich in engen Grenzen. Infolgedessen steht die OSZE vor einem doppelten Legitimationsproblem: Sie muss nicht nur immer wieder jene „Eingriffe in die inneren Angelegenheiten“ von Staaten legitimieren, die einen Gutteil ihres komparativen Vorteils ausmachen, sondern darüber hinaus fortlaufend ihre Existenzberechtigung als Organisation beweisen.

Trotzdem sind die Leistungen der OSZE beachtlich. Sie ist in zahlreichen Teilnehmerstaaten vor Ort aktiv (insbesondere am Balkan, im Kaukasus und in Zentralasien) und wirkt zum Beispiel in Bosnien und Herzegowina entscheidend beim Aufbau der staatlichen Strukturen mit. Abgesehen von den historischen Verdiensten im Bereich Vertrauensbildung, Entspannung und Rüstungsbegrenzung ist heute neben den Bemühungen um Konfliktprävention insbesondere die Nacharbeit nach (provisorischen) Konfliktlösungen zur Friedenskonsolidierung die wohl größte Herausforderung.

Die OSZE leistet Beiträge zur Erkennung von Krisen- und Konfliktpotenzialen. Sie war und ist darin immer wieder erfolgreich. (Wobei man Erfolge schwer messen kann: Welche konfliktverhindernde Wirkung hat z.B. das erfolgreiche Einwirken der OSZE auf einen baltischen Staat zu einer nationalen Gesetzgebung, mit der die grundrechtliche Stellung der russischen Minderheit verbessert wird?) Die OSZE hat für Europa mehr sicherheitspolitische Leistungen erbracht als irgend ein anderes Institut zuvor. In einer Welt souveräner Staaten hat sie aber in ihren Wirkungsmöglichkeiten dort ihre Grenzen, wo die Kooperationsbereitschaft von Staaten nicht mehr gegeben ist. Das ist auch der Fall, wenn die Interessen größerer oder problematischer Länder, auf die wenig internationaler Druck ausgeübt werden kann, betroffen sind.

Die alten Funktionen der OSZE im Sinne von Vertrauensbildung und Förderung der Zusammenarbeit wurden in letzter Zeit teilweise von der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat der NATO übernommen; die NATO vermittelt gerade den ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR auch das Gefühl effektiver Sicherheit. Das kann die OSZE als Kooperationsinstitution souveräner Staaten natürlich nicht. Sie ersetzt nationale Sicherheitspolitik und Bündnispolitik nicht, aber sie trägt zu einer besseren Sicherheitssituation bei.

9. Die strategische Rolle der EU

Die Europäische Union strahlt materiellen Vorteil, nicht machtbewusste Bedrohlichkeit aus und sie wird von anderen Mächten nicht als Rivale verstanden. (Christoph Bertram, Die Zeit, 8.6.2000.) Anstatt sie zu fürchten, drängen die meisten anderen europäischen Länder auf die Aufnahme in die EU. Die USA ermuntern die EU zu ihrer Erweiterung, ja drängen sie sogar und möchten insbesondere auch die Türkei als Mitglied der EU sehen. Und auch Russland, das Angst vor der NATO-Erweiterung hat, begrüßt die Erweiterung der Europäischen Union bis an seine Grenzen. Daraus müsste man wohl den Schluss ziehen, dass die EU nicht als Machtfaktor angesehen wird, denn wäre das der Fall, dann hätte Russland die gleiche Sorge mit der EU-Erweiterung wie mit der NATO-Erweiterung, und die Amerikaner würden darin eine machtpolitische Rivalität sehen und versuchen, die Erweiterung zu begrenzen.

Wird die EU als Machtfaktor unterschätzt? Immerhin ist sie ja im Begriffe, sich auch einen militärischen Arm in Form der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zuzulegen. Die Eingreiftruppe der EU ist allerdings noch nicht aufgestellt, und bis zur Befähigung zu selbständigen gefährlichen Kampfeinsätzen wird noch einige Zeit vergehen; fraglich ist auch, ob es zu solchen Entscheidungen – für den Fall des effektiven Erfordernisses – überhaupt kommen wird oder ob solche Einsätze nicht doch auch künftig der NATO vorbehalten sein werden.

Aber ist die Wirtschaftsmacht EU nicht auch unabhängig von ihren militärischen Ressourcen ein Machtfaktor, da doch nach dem Ende des Kalten Krieges die wirtschaftlichen Faktoren gegenüber den militärischen weiter an Bedeutung gewonnen haben? Die EU ist immerhin *der* Akteur im internationalen Handel (Außenhandel ist Unionssache) und sie stellt mit dem Euro die zweitwichtigste Währung der Welt. Ist sie damit nicht automatisch auch in der Außenpolitik ein Faktor? Einerseits erzeugt die Union nämlich in manchen Bereichen eine gemeinsame Außenpolitik, und umgekehrt erfährt auch die nationale Außenpolitik der Mitgliedstaaten durch die Union eine größere Wirkung.

Aber trotz allem Erreichten in dieser Mischung aus Staatenbund und Bundesstaat, die die EU darstellt und die mit den Schengen-Vereinbarungen auch über eine gemeinsame Außengrenze verfügt, trotz des zweifellos gegebenen internationalen Einflusses erscheint die EU anderen nicht als eine Macht. Sie hat keine geopolitische Identität. Die Art der Behandlung einer höchstrangigen EU-Delegation im Frühjahr 2002 durch die israelischen Behörden haben diese Einschätzung der EU als Nichtmachtfaktor ebenso bestätigt wie die Ereignisse nach dem 11. September 2001: Die größeren Mitglieder der EU haben sich gegenüber den USA einzeln als Partner im Kampf gegen den Terrorismus dargestellt – oder darzustellen versucht. Die EU selbst ist als sicherheitspolitischer Faktor kaum in Erscheinung getreten.

Der derzeit wohl bedeutendste Inhalt der Außenpolitik der EU ist die Politik der Erweiterung selbst. Und die Länder, die mit dem Beitritt in die Union einen Teil ihrer Souveränität aufgeben, betrachten sich dabei nicht als Verlierer, sondern als Gewinner. Für die Reformländer des ehemaligen Osteuropa ist die Mitgliedschaft in der EU neben der Erwartung wirtschaftlicher Vorteile wohl auch so etwas wie die Aufnahme in den „westlichen“ Club, also die Anerkennung von Gleichwertigkeit – und somit eine Prestigefrage. Durch die Politik der Erweiterung erscheint sowohl die EU als auch deren Außenpolitik als sehr dynamisch. Die Perspektive der Mitgliedschaft in der EU wirkt – ebenso wie die in der NATO – auch positiv auf die Entwicklung der Beitrittskandidaten im Sinne europäischer Ordnungsvorstellungen. Die EU verlangt von ihren Kandidaten die Regelung von Grenzproblemen, den Schutz von Minderheitenrechten, den Ausbau des Rechtsstaates (insbesondere die Beachtung der

Menschenrechte), die Bekämpfung von Korruption und mafiosen Organisationen und so weiter, was nicht nur für die innere Entwicklung, sondern auch für die internationalen Beziehungen von Vorteil ist.

9.1. Die EU als Faktor der Sicherheitspolitik

Die EU wird zu Recht als ein epochales Friedensprojekt bezeichnet, das auf eine Vertiefung und geografische Erweiterung der europäischen Integration abzielt. Um künftige Kriege zwischen ihnen unmöglich zu machen, haben sechs westeuropäische Staaten im Jahr 1951 mit der Integration ihrer Kohle- und Stahlindustrie begonnen (EGKS) und sieben Jahre später eine Wirtschaftsgemeinschaft gegründet (EWG, EURATOM). Mit dem Vertrag von Maastricht wurde 1992 die auf drei Säulen beruhende Europäische Union geschaffen (Europäische Gemeinschaft, EGKS und EURATOM; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – GASP); polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen). Die EU versteht sich als eine Gemeinschaft zur solidarischen Sicherung von Frieden, Menschenrechten und Grundfreiheiten, rechtsstaatlicher Demokratie und Wohlstand; sie ist gewillt, auch über ihre Grenzen hinaus für diese Prinzipien und für Stabilität einzutreten. Die Union umfasst unter anderem einen Binnenmarkt, eine Währungsunion, eine Reihe gemeinsamer Politiken (von der Außenhandels- bis zur Umweltpolitik) und hat eine Unionsbürgerschaft eingeführt.

Eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die eine gemeinsame Verteidigungspolitik einschließt, ist im Entstehen. Im Rahmen der GASP werden Gemeinsame Standpunkte, Gemeinsame Aktionen und Gemeinsame Strategien beschlossen. Die EU sichert nicht nur die Stabilität und Prosperität ihrer Mitgliedsstaaten, sie ist nunmehr auch gewillt, außerhalb der Union zu Verhütung von Konflikten und zur Bewältigung von Krisen beizutragen.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll die Wirksamkeit der GASP erhöhen und die EU dazu befähigen, „humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“ eigenständig durchzuführen. Diese so genannten Petersberg-Missionen, die 1992 zunächst von der Westeuropäischen Union (WEU) beschlossen wurden, sind Instrumente der Krisenbewältigung. Kollektive Verteidigung zählt derzeit nicht zu den Zielen der ESVP, wenngleich Artikel 17(1) des EU-Vertrages in der Fassung von Amsterdam die Perspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigung aufzeigt („falls der Europäische Rat dies beschließt“). EU-Beistandsgarantien standen in der Vergangenheit bereits zur Diskussion, sie haben aber nicht die Zustimmung aller EU-Staaten gefunden.

Um in Zukunft Krisen autonom bewältigen zu können, erhielt die EU in einem ersten Schritt entsprechende Strukturen der ESVP (ein Politisches- und Sicherheitskomitee, ein Militärkomitee und einen Militärstab), die laufend sicherheitspolitische Beratungen und im Falle einer Krise rasche Entscheidungen ermöglichen sollen. Bis 2003 soll die EU glaubwürdige militärische Fähigkeiten haben (rund 60 000 Soldaten, die binnen 60 Tagen einsetzbar sind und für Operationen von bis zu einjähriger Dauer zur Verfügung stehen). Bis zur Schaffung eigener strategischer Mittel und Fähigkeiten wird die EU bei militärischem Krisenmanagement auf solche der NATO angewiesen sein.

Die ESVP wird zwar immer wieder als ein besonders herausforderndes Vorhaben dargestellt, objektiv gesehen ist es aber kein anspruchsvolles militärisches Projekt für eine Staatengruppe in der Größenordnung der EU. Es ist lediglich für die EU ein anspruchsvolles Projekt, weil sie im militärischen Bereich klare Defizite aufweist; darüber hinaus ist die Sinnhaftigkeit einer parallelen Eingreiftruppe zu den NATO-Streitkräften nach wie vor strittig.

Die Errichtung einer schnellen Eingreiftruppe (Krisenreaktionstruppe) von 50 000 bis 60 000 Soldaten bedeutet in der Praxis, dass eine Verfügungstruppe von 150 000 bis 180 000 Mann vorhanden sein muss (– weil jeweils ein Turnus im Einsatz steht, ein Turnus in Bereitstellung zur Ablösung und der dritte Turnus in der Erholungspause nach dem Einsatz). Da die Streitkräfte der Mitgliedsländer der EU insgesamt etwa 1,8 Millionen Soldaten (ohne Reserven) umfassen, erscheint die Aufgabenstellung zur Aufstellung der schnellen Eingreiftruppe in Korpsstärke nicht als große Herausforderung. Jedoch hat der Umstrukturierungsprozess der europäischen Streitkräfte von der alten Hauptaufgabe Territorialverteidigung zur neuen der Krisen- und Konfliktbewältigung erst zaghafte eingesetzt. Außerdem fehlt es den Europäern weitgehend an den Mitteln der modernen Kriegsführung (insbesondere Fernaufklärung) und an strategischen Transportkapazitäten. Erst wegen dieser Mängel ist dieser Streitkräfteumfang mit moderner Ausrüstung für die schnelle Eingreiftruppe eine ambitionierte Aufgabe beziehungsweise eine Herausforderung und wird als eine gewaltige Leistungsanforderung dargestellt, die sie eigentlich für eine so große und wirtschaftlich potente Organisation nicht sein sollte. Die Europäer in der EU mit 376 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von etwa acht Trillionen US-Dollar (gegenüber 276 Mio. Einwohnern der USA mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 9,2 Trillionen US-Dollar) haben gemeinsame Verteidigungshaushalte von nur 58,4 Prozent desjenigen der USA, aber eine Truppenstärke von 131 Prozent der USA; ihre operativen Fähigkeiten betragen nach Beurteilungen von Experten aber weniger als 20 Prozent der amerikanischen. Im Sinne modernster Kampfführung sind die Einsatzmöglichkeiten der europäischen Streitkräfte noch wesentlich geringer, weil sie – wie namhafte Analytiker zutreffend ausführen – die militärtechnische Revolution weitgehend verschlafen haben.

Zusätzlich zu den militärischen Fähigkeiten hat der Europäische Rat von Helsinki auch beschlossen, die nicht-militärischen Fähigkeiten der EU bei der internationalen Krisenbewältigung zu stärken. Zu diesem Zweck wurde ein Komitee für ziviles Krisenmanagement eingesetzt, um die verschiedenen nicht-militärischen Ressourcen, die der Union und ihren Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehen, zu koordinieren und ihre Wirksamkeit zu erhöhen.

Die EU hat eine wichtige Funktion bei der Gewährleistung der nicht-militärischen Sicherheit, insbesondere gegen das organisierte Verbrechen, den Terrorismus und den internationalen Drogenhandel. Der 1999 angekündigte „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ soll folgende tragende Elemente umfassen: gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik (Partnerschaft mit den Herkunftsländern), gemeinsames europäisches Asylsystem (Steuerung der Migrationsströme), europäischer Rechtsraum (besserer Zugang zum Recht, gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen, größere Konvergenz im Bereich des Zivilrechts), unionsweite Kriminalitätsbekämpfung (Kriminalitätsverhütung auf Ebene der Union, Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung, Sondermaßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche) sowie stärker koordiniertes außenpolitisches Handeln.

Auf den Punkt gebracht kann man die wesentliche sicherheitspolitische Funktion der EU folgendermaßen beschreiben: Die sicherheitspolitische Bedeutung der Europäischen Union liegt insbesondere im Umstand, dass anstelle der Konkurrenz der wichtigsten europäischen Länder eine Kooperation miteinander stattfindet. Die Staaten bilden keine Koalitionen gegeneinander, sondern stellen gleichsam selbst eine Koalition dar. Sie verhindern die Herausbildung von Hegemonialmächten, und die EU als Gesamtheit mildert auch die hegemoniale Stellung der USA weitgehend ab; ohne EU wären die USA wohl eine alles dominierende Hegemonialmacht über Europa und würden sich vielleicht dabei noch in ernster Konkurrenz oder in Konfliktsituationen mit Ländern wie zum Beispiel Frankreich befinden. Die EU gibt sogar Frankreich einen gewissen Rückhalt und ein erhöhtes Selbstbewusstsein, das eine bessere Koexistenz mit den USA ermöglicht.

Durch verschiedene Politiken der EU (z.B. den Barcelona-Prozess) wird auch der Versuch zur Stabilisierung und Zivilisierung von an Europa grenzenden Ländern unternommen. Freilich kommt die weitgehende Deckungsgleichheit von EU und NATO-Europa sicherheitspolitisch stabilisierend hinzu. Es ist das Potenzial der NATO (und dabei insbesondere das der USA), das andere Militärpotenziale hinsichtlich ihrer operativen Möglichkeiten gegenüber Europa derzeit als nicht relevant erscheinen lässt.

9.2. Anspruch und Wirklichkeit der EU-Sicherheitspolitik

Die EU hat sogar ihre sicherheitspolitischen Interessen artikuliert. Sie sind im Artikel 11 Absatz 1 des EU-Vertrages festgehalten und umfassen folgende Ziele:

- die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der Union im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen,
- die Stärkung der Sicherheit der Union in allen ihren Formen,
- die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und den Zielen der Charta von Paris, einschließlich derjenigen, welche die Außengrenzen betreffen,
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und
- die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Zwischen den nationalen Sicherheitsinteressen der Mitgliedstaaten und den Gesamtinteressen der EU besteht eine wechselseitige Abhängigkeit. Diese drückt sich darin aus, dass die Mitgliedstaaten ihre sicherheitspolitischen Interessen und Ziele nicht im Alleingang realisieren können und daher auf die Solidarität der europäischen Partner angewiesen sind, und dass andererseits die Europäische Union bei der Entwicklung und Geltendmachung ihrer Interessen auf die Solidarisierung und Beiträge der Mitgliedstaaten angewiesen ist. Tatsächlich fehlen den Europäern für eine effiziente GASP das ausreichende Bewusstsein über die (sowohl objektiv feststellbaren als auch formal festgestellten) gemeinsamen europäischen Interessen und der Wille, diese zu verfolgen. Gerade bei einzelnen größeren Mitgliedern der EU (– aber auch bei mehreren kleinen) lässt sich nach wie vor eine konsequente Verfolgung der kurzfristigen nationalen Interessen unter Außerachtlassung der längerfristig wesentlicheren gesamteuropäischen Interessen feststellen.

Vernünftigerweise müsste die Sicherheitspolitik der Mitgliedsländer eigentlich Bestandteil einer europäischen Sicherheitspolitik sein beziehungsweise von dieser abgeleitet werden. Eine europäische Sicherheitspolitik gibt es aber nur in sehr bescheidenen Ansätzen, weshalb nationale Politiken daraus nicht ableitbar sind. Die Mitgliedsländer können aber – wie es die Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin Österreichs aus 2001 tut – von einer objektiv erkennbaren gesamteuropäischen Interessenslage ausgehen und ihre Sicherheitspolitik danach konzipieren. Auch wenn einzelne Länder das tun, so wird daraus dennoch keine europäische Sicherheitspolitik, weil die Mitgliedsländer davor zurückscheuen, Souveränitätsrechte in der Sicherheitspolitik an die Union zu übergeben. Die Sicherheitspolitik bleibt damit letztlich reine Regierungskooperation und auf den jeweiligen Anlassfall bezogen.

Eine zwar so definierte gemeinsame Interessenslage, die aber nicht als eine übergeordnete empfunden wird und jederzeit kurzfristige und kurzsichtige nur-nationale Interessenswahrnehmung zulässt, ist

noch weit entfernt vom Bewusstsein gemeinsamer (übergeordneter) Interessen, die letztlich auch wahrgenommen werden müssten.

9.3. Geopolitische und geostrategische Aspekte der EU-Erweiterung

9.3.1. Die EU-Erweiterung und die europäische Stabilität

Die zentrale sicherheitspolitische Frage hinsichtlich der EU-Erweiterung ist, welche Auswirkungen eine große und rasche Erweiterung auf die Stabilität Europas hat. Die zweite Frage ist die, wie sich die Erweiterung auf die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und die Handlungsfähigkeit der GASP auswirkt.

Generell wird behauptet, dass eine größere EU einen größeren stabilen und befriedeten Bereich in Europa mit sich bringe. Die EU bildet ja tatsächlich eine Zone der Stabilität in Europa; durch deren Erweiterung wird diese pazifizierte stabile Zone ebenfalls erweitert und dadurch auch die Ausstrahlungswirkung. Funktioniert die EU aber nach der großen Erweiterung deutlich schlechter als jetzt und sinkt die Homogenität der EU, so kann sie weniger stabil werden und auch weniger Stabilität ausstrahlen. Auch wird ihre Fähigkeit zur Weiterentwicklung der GASP wohl noch geringer werden. Die Verfestigung der EU und insbesondere die Herausbildung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik könnten durch die Erweiterung beeinträchtigt werden. Die große Erweiterung der EU lässt erwarten, dass die Handlungsfähigkeit der EU-Institutionen beeinträchtigt und die Weiterentwicklung der GASP noch länger auf sich warten lassen wird. Eine weniger handlungsfähige EU erscheint als weniger stabil und hat daher auch weniger Stabilitätsausstrahlung.

Kann oder wird die EU aber nicht trotz dieser erwartbaren Schwächung weiterhin ein Stabilitätsrahmen für Europa bleiben? Und ist es nicht aus längerfristigen Aspekten erforderlich, den EU-Raum und damit den Stabilitätsraum zu erweitern, solange die Voraussetzungen dafür – so wie heute – geradezu optimal sind? Niemand stört nämlich diesen Prozess der EU-Erweiterung ernsthaft. Für diese vorherige Überlegung sprechen mehrere Umstände, jedenfalls aber die Tatsache, dass im Rahmen der Vorbereitung der mitteleuropäischen Länder auf die EU-Mitgliedschaft eine Reihe von Konflikten entschärft werden konnte und verschiedene Formen von regionaler Kooperation die gutnachbarlichen Beziehungen gefördert haben. Zu erwähnen ist dabei auch die Festlegung von Minderheitenrechten in mehreren Ländern. (Zu beachten ist dabei allerdings, dass auch die Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft hier einen Zwang auf die mittel- und osteuropäischen Länder zu friedlicher Koexistenz ausgeübt hat; für manche Autoren ist der Aspekt der NATO-Mitgliedschaft dabei wichtiger als die Option der EU-Mitgliedschaft.)

9.3.2. Die politisch-strategische Bedeutung der EU-Erweiterung

Die große EU-Erweiterung wird die politisch-strategische Situation in Europa noch einmal grundlegend verändern. Die große Erweiterung wird das Gebiet zwischen Baltikum und Balkan erfassen, jenes strategische Zwischenfeld zwischen den europäischen Großmächten, das immer wieder Aufmarschgebiet der großen Mächte gewesen ist und Anlass für große Konflikte und Kriege gegeben hat.

Mit der geplanten Erweiterung und mit der Perspektive einer späteren EU- (– und NATO-) Mitgliedschaft für weitere Länder am Balkan wird auch ein entscheidender und vielleicht nicht mehr rückgängig zu machender Prozess der Europäisierung des Balkans eingeleitet. Die Integration der Regionen in Zwischenlage wie dem Baltikum und Mittelosteuropas sowie der Krisenregion

Südosteuropa in die europäische Stabilitätszone eröffnet zwar – wie vorhin schon dargelegt – auch die Gefahr, dass zusätzliche Probleme in die Gemeinschaft eingebracht werden und die Interessenslage innerhalb der Gemeinschaft noch stärker verkompliziert wird. Pessimistisch gesehen kann dies durchaus zur ernststen Beschädigung der Handlungsfähigkeit der Union führen. Optimistisch gesehen ergibt sich aber eine wahrhaft epochale strategische Chance, diese Regionen in einen Stabilitätsrahmen einzubinden und damit eine europäische Friedensordnung von größtmöglichem Ausmaß zu schaffen.

Die große EU-Erweiterung wird einen entscheidenden Beitrag zur Einbindung der mittel- und osteuropäischen Länder in die westliche Staatenwelt leisten. Gemeinsam mit der NATO-Mitgliedschaft wird sie diese überwiegend kleinen Staaten aus der Position eines strategischen Zwischenfeldes zwischen Großmächten oder Machtblöcken herausführen und damit die europäische Situation berechenbarer und – auf längere Sicht gesehen – noch stabiler machen als bisher. Dem Einflussbereich Russlands beziehungsweise der Möglichkeit einer russischen Hegemonialstellung in späteren Jahren des wiedererstarteten Russlands wird durch die Osterweiterung der EU ein Riegel vorgeschoben. Lediglich die Ukraine kommt – zumindest vorübergehend – in eine prekäre Situation und könnte die Rolle eines neuen Zwischenfeldes zwischen dem EU-NATO-Bereich einerseits und Russland andererseits einnehmen. Mit einer lückenlosen Nord-Süd-Grenze zwischen der EU einerseits, Russland, Weißrussland und der Ukraine andererseits würde sich in absehbarer Zeit sogar die weitere Frage der Integration auch dieser Länder stellen.

9.3.3. Die sicherheitspolitische Beurteilung der EU-Erweiterung

Sicherheitspolitisch gesehen ergeben sich noch zusätzliche positive Aspekte der EU-Erweiterung. Zu den Aufgaben der Union wird künftig verstärkt die Terrorismus-Bekämpfung, die Korruptionsbekämpfung und die Luftraumverteidigung gegen ballistische Raketen aus dem afrikanisch-asiatischen Raum zählen. Die Einbindung der mittel- und osteuropäischen Länder wird dabei die Gestaltungsmöglichkeiten der Union erhöhen.

Die große EU-Erweiterung wird die EU in direkte Nachbarschaft mit Problemgebieten führen. Serbien und Montenegro werden ebenso EU-Nachbarn werden wie Weißrussland und die Ukraine, vielleicht auch Moldawien. Ethnische Konflikte, Separationsbewegungen, mangelhafte demokratische Entwicklung beziehungsweise die Gefahr des Scheiterns des Transformationsprozesses, grenzüberschreitende Kriminalität, unkontrollierte Migration und Schmuggel sind die Stichworte für die noch existierenden europäischen Problemgebiete. Die EU wird dann stärker als bisher mit diesen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert werden. Sie wird deshalb auch stärker als bisher gefordert sein, sich nicht nur als Wirtschaftsmacht und als Stabilitätsfaktor, sondern auch als außen- und verteidigungspolitischer Akteur zu profilieren. (Werner Weidenfeld [Hg.]: *Jenseits der EU-Erweiterung*. Strategiepapier für die Bertelsmann-Stiftung 2001.)

So gesehen bietet die große Erweiterung der EU auch eine große Chance zur Etablierung einer beinahe umfassenden Friedensordnung für Europa. Voraussetzung dafür ist nur, dass die EU die Erweiterung auch institutionell beziehungsweise im Bereich ihrer Handlungsfähigkeit verkräften kann, dass sie also nicht an der großen Erweiterung Schaden nimmt oder gar scheitert. Was eine strategische Überdehnung ist, das zeigt sich erst im Nachhinein.

9.3.4. Alternativen zur EU-Erweiterung

Die sicherheitspolitische Beurteilung der EU-Erweiterung kommt zur Einschätzung, dass die Auswirkungen auf die Stabilität und auf die Weiterentwicklung der GASP negativ sein müssen,

obwohl sie unter geopolitischen und geostrategischen Aspekten Chancen auf eine langfristige europäische Friedensordnung eröffnet. Eine umfassende Bewertung erfordert aber auch den Einbezug der Fragestellung, ob die EU ohne Erweiterung relativ rasch zu geeigneten Reformen, größerer Handlungsfähigkeit und einer diesen Namen verdienenden GASP, vielleicht sogar zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gelangen würde.

Auch dafür sind aber keine hinreichenden Anzeichen zu sehen. Die Institutionenreform ist bei den letzten EU-Gipfeln nicht viel weitergekommen, und ob der Verfassungskonvent zu tatsächlich umgesetzten essentiellen Maßnahmen führt, bleibt abzuwarten. Es fehlt auch noch an der Bereitschaft der Mitglieder, auf nationale Eigenständigkeit in der GASP zu verzichten, und es ist keine Absicht zur Vergemeinschaftung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu ersehen. Nicht einmal der Wille zur Erhöhung der Verteidigungsanstrengungen ist vorhanden, um den Abstand zu den USA in Grenzen zu halten. Nur Rhetorik ist reichlich vorhanden. So kann man durchaus begründet vermuten, dass die Union vielleicht schon zu groß geworden ist, um eine verfestigte Gemeinschaft zu werden, die einen eigenständigen internationalen Akteur darstellen könnte. Vielleicht hätte das schon die Sechsergemeinschaft versuchen müssen. Auch sind die heutigen Rahmenbedingungen – nämlich das relativ friedliche und stabile Europa, das wiederum die Krisen und Konflikte in seinem unmittelbaren Umfeld weitgehend ignoriert – ganz einfach nicht „zwingend“ genug, um den Mitgliedsländern eine verfestigte Gemeinschaft schmackhaft zu machen.

Fazit: Mit oder ohne Erweiterung sind die Chancen für eine wirkliche GASP und für eine verfestigtere, außenpolitisch handlungsfähige EU, die einen staatsartigen Charakter entwickelt, nach derzeitiger Beurteilungslage nicht gut. Durch die Erweiterung wird das ohnedies wenig wahrscheinliche noch unwahrscheinlicher.

Die geostrategischen und globalpolitischen Vorteile der Erweiterung der EU liegen auf der Hand: Die Erweiterung ist langfristig das richtige Konzept für eine dauerhafte Friedensordnung Europas. Sie ist nicht optimal angelegt worden. Aber deshalb auf sie zu verzichten, könnte sich als strategischer Fehler erweisen, der Europa große Probleme einhandeln würde. Denn wir müssen bedenken, welche Auswirkungen der Verzicht auf die große Erweiterungsrunde brächte. Die Hoffnungen der Beitrittskandidaten wären zerstört, sie würden sich von Europa ausgegrenzt fühlen, und Europaskepsis, sogar Europafeindlichkeit mit nationalistischen Auswüchsen wären zu erwarten. Die politische Landkarte Europas könnte ernsthafte Verwerfungen bekommen und das friedliche Nebeneinander wäre nicht mehr gesichert.

10. Funktion und Zukunft der NATO und die Rolle Russlands

10.1. Die Funktion der NATO

10.1.1. Traditionelle Funktionen

Die NATO war in erster Linie als ein Bündnis kollektiver Selbstverteidigung konzipiert worden. In der Zeit des Ost-West-Konfliktes diente sie als nordamerikanisch-westeuropäisches Bündnis der Verteidigungsfähigkeit des freien Europas gegen die Sowjetunion, wobei die USA die Hauptlast der Verteidigungsanstrengungen zu tragen hatten und die glaubhafte atomare Abschreckungsfähigkeit bewirkten. Die eigentliche Aufgabe war die der Abschreckung der Sowjets vor Abenteuern, die einen „Dritten Weltkrieg“ auslösen hätten können.

Als ein rein militärisches Bündnis kann man sie aber nur in ihrer allerersten Phase von 1949 bis 1955 bezeichnen. Seither hat sie sich zu einer politischen Organisation entwickelt, deren zivile Komponente in mancher Hinsicht ebenso bedeutsam ist wie die militärische. Die NATO förderte schon früh in vielfältiger Weise die Zusammenarbeit ihrer Mitglieder; die Themenpalette reichte etwa bis hin zum Umweltschutz.

Die ursprüngliche politische Funktion der NATO war die Begrenzung des sowjetischen Einflussbereiches in Europa oder die Verhinderung eines weiteren Vormarsches der Sowjetunion. Es ist zweifelhaft, ob die westeuropäischen Staaten alleine dazu im Stande gewesen wären. Zwar waren die Westeuropäer insgesamt nach der Bevölkerung und insbesondere nach der Wirtschaftskraft sowie dem technologischen Entwicklungsstand der Sowjetunion deutlich überlegen. Aber es fehlte der Wille zum gemeinsamen Handeln; die europäischen Westmächte waren noch dem Großmachtdenken verhaftet; sie dachten an Gleichgewichts- und Bündnispolitik, nicht nur gegen die Sowjets, sondern auch gegeneinander. Die NATO hat hier eine gravierende Veränderung gebracht, denn sie hat Hegemonialkämpfe unter den europäischen Mächten oder gar kontroverse Allianzbildungen Einzelner von ihnen gegen andere verhindert, gleichsam die westeuropäischen Länder voreinander geschützt.

Die USA hatten großes Interesse daran, dass die Sowjets ihren Einflussbereich in Europa nicht weiter ausdehnen konnten, und formten so dieses Bündnis, das unter anderem die Entstehung weiterer Atomkräfte in Europa (außer Großbritannien und Frankreich) verhinderte, den europäischen Verbündeten aber doch ein gewisses Maß an Mitsprache über die atomare Planung durch die NATO vermittelte.

Durch die Einbindung Deutschlands wurde eine eigenständige Rolle dieses Landes verhindert. Die enge Bindung der Briten an die USA trug ein Übriges dazu bei, dass es nicht zu innereuropäischen Allianzbildungen kommen konnte. Der Versuch Frankreichs, Sonderwege zu gehen, weil es die Dominanz der USA in Europa nicht akzeptierte, blieb sohin begrenzt. Und eben in Konsequenz dieser Einbindung der Briten und Deutschen blieben, schon geographisch gesehen, einfach zu wenige Spielmöglichkeiten für eine Machtpolitik in (West-)Europa übrig.

Dabei war die öffentliche Meinung in den USA – trotz des amerikanischen Interesses an der Begrenzung des sowjetischen Einflusses auf Europa – von einem Dauerengagement am alten Kontinent keineswegs einhellig begeistert. Gründe dafür lagen nicht nur in den hohen Kosten, sondern vor allem auch in der Sorge, in europäische Streitigkeiten hineingezogen und dadurch vielleicht wieder in einen Krieg verwickelt zu werden; denn nichts anderes als Involvierung in (unnötige) Kriege bedeutete europäische Politik in den Augen vieler Amerikaner.

Die Vorbereitung der NATO auf die konventionelle und nukleare Kriegsführung erbrachte jene abschreckende Wirkung, auf der die Stabilität in der Zeit des Kalten Krieges beruhte; sie war nur durch das große Engagement der USA in Europa gegeben, da im Hinblick auf das atomare Patt auch für die Sowjets ein Angriff auf Westeuropa aus Eigeninteresse nicht in Frage kam und der Krieg letztlich als nicht führbar, weil nicht gewinnbar, erachtet wurde.

So hatte die NATO – im Verein mit der Vorgängerorganisation der EU, die ihrerseits diese Entwicklung wohl den durch die Existenz der NATO geschaffenen Bedingungen in Westeuropa verdankt, – eine Zone friedlicher Kooperation in Westeuropa schaffen können.

10.1.2. Die NATO nach dem Kalten Krieg

Die NATO hat eine gewisse Hegemonie der USA über Westeuropa bewirkt, Hegemonialbestrebungen der westeuropäischen Mächte unterdrückt und den Hegemonialbereich der Sowjetunion in Europa begrenzt. Möglicherweise konnte dieser Zusammenhalt der westlichen Mächte – als Basis der Militärallianz, die das Sowjetimperium in Schach hielt, – nur unter dem Aspekt der gesamthaften Bedrohung des Westens, also der nicht nur militärischen und politischen, sondern auch ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderung seitens der kommunistischen Sowjetunion erreicht werden. Nach dem Wegfall dieser umfassenden Bedrohung ist auch das Bedürfnis nach der Sicherung des Zusammenhalts der westeuropäischen Länder deutlich schwächer geworden.

Das militärische Erbe der NATO in Europa ist im Bereich der Kommandostrukturen, der Infrastrukturen, der Erfahrungen und Kenntnisse hinsichtlich Zusammenarbeit, Standardisierung und Homogenisierung weltweit immer noch einmalig.

Da nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation die Hauptfunktion als Verteidigungsbündnis abhanden gekommen zu sein schien, stellte sich nach 1989 die Sinnfrage oder zumindest die Frage nach der Weiterentwicklung. Solange die NATO weiter existiert, verhindert sie den Rückfall in die vollständige Renationalisierung der Sicherheitspolitik der Westeuropäer und erschwert die Machtpolitik im gesamten europäischen Raum, insbesondere weil sie mit dem wiedervereinigten Deutschland jene europäische Macht einbindet, die sowohl wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung als auch hinsichtlich der geographischen Lage wahrscheinlich als einziges westeuropäisches Land eine effektive Macht- und Bündnispolitik in Osteuropa betreiben hätte können.

Die NATO stellte auch nach 1989/91 eine gewisse militärische Rückversicherung für ihre Mitglieder dar und bietet die Basis für eine allfällige Rückkehr stärkerer US-Kräfte nach Europa für den Fall einer Änderung der Lage. Sie blieb das sicherheitspolitische Bindeglied zwischen den USA und Westeuropa und gibt den USA eine Mitwirkungsmöglichkeit in der europäischen Politik.

Mit einem neuen strategischen Konzept von 1991 reagierte die NATO sehr rasch auf die neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten. Der tiefgreifende Wandel des Sicherheitsumfeldes der NATO-Staaten hat auch eine Neubewertung der Bündnisstreitkräfte nach sich gezogen und schließlich zu umfassenden Reformen der Kommandostrukturen geführt. Weiters wurden im Kontext der Bereitstellung von Fähigkeiten und Mitteln der Allianz für europäische Zwecke im Rahmen des Krisenmanagements der WEU so genannte Alliierte Streitkräfte-Kommandos (Combined Joint Task Forces – CJTF) errichtet. Diesen CJTF sind bestimmte Hauptquartiere und Truppenteile aller Waffengattungen zugeordnet. Damit sollte die Allianz in die Lage versetzt werden, schnell auf Krisen zu reagieren und Friedensoperationen durchzuführen.

10.1.3. Die NATO als System kooperativer und kollektiver Sicherheit

Der NATO-Gipfel am 10. Jänner 1994 in Brüssel bot den Reformstaaten und den Neutralen neben einer Erweiterung der Aktivitäten des NATO-Kooperationsrates (NAKR), der 1991 als Grundstein für Dialog und Zusammenarbeit mit Nicht-NATO-Staaten ins Leben gerufen worden war, eine engere Zusammenarbeit in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen mit der Perspektive einer späteren Aufnahme in das Verteidigungsbündnis an – die Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace – PfP).

Bei der PfP handelte es sich um ein Angebot zur Erweiterung und Vertiefung der (sicherheits-) politischen und militärischen Kooperation in ganz Europa, einschließlich des Angebots der NATO, mit jedem aktiven Teilnehmer an der Partnerschaft in Konsultationen einzutreten, wenn dieser eine direkte Bedrohung seiner territorialen Integrität, politischen Unabhängigkeit oder Sicherheit sieht. Ziele der Zusammenarbeit waren Transparenz der Verteidigungshaushalte, die Förderung demokratischer Kontrolle der Verteidigungsministerien sowie gemeinsame Planung, gemeinsame militärische Übungen und Aufbau einer Fähigkeit, in Bereichen wie Friedenssicherung, Such- und Rettungsdienst sowie humanitären und anderen eventuell zu vereinbarenden Operationen mit NATO-Streitkräften zusammenzuwirken.

Die PfP diente dem „Kennenlernen“ der NATO und dem Prozess der Demokratisierung der Streitkräfte der Aufnahmewerber. So gesehen bot sie tatsächlich die Möglichkeit einer individuellen Vorbereitung zur NATO-Mitgliedschaft im Sinne allgemeiner und militärischer Eignung und spielte eine gewichtige Rolle im Prozess der NATO-Erweiterung.

Im September 1996 setzte innerhalb der Allianz ein Prozess ein, der den Ausbau und die Vertiefung der PfP zum Ziel hatte. Bei der „erweiterten“ PfP geht es vor allem um die Vertiefung und Stärkung der politischen Konsultationen sowie um die Erweiterung der operativen Rolle (Peace Support Operations) im Sinne von Konfliktverhütung, friedenserhaltenden und -durchsetzenden Einsätzen und humanitärer Hilfe. Als politischer Rahmen für die „erweiterte“ Zusammenarbeit der NATO mit den Partnerstaaten fungiert der 1997 gegründete Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR, Euro-Atlantic Partnership Council – EAPC), der den seit 1991 bestehenden Nordatlantischen Kooperationsrat (NAKR, Nordatlantic Cooperation Council – NACC) ablöste. Außer den 19 NATO-Mitgliedern umfasst die PfP (2002) 27 Partner, insgesamt somit 46 EAPC-Länder, und stellt die größte Militärkooperation der Geschichte dar.

Eine wichtige Rolle im Prozess der Entwicklung der NATO zu einem System kooperativer und kollektiver Sicherheit fällt der Zusammenarbeit mit Russland zu. Russland setzte 1995 im Rahmen des PfP-Vertragstextes einen Sonderstatus durch, der einen Anspruch auf Konsultationen/Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen der NATO-Osterweiterung zugestand. 1997 wurde in Paris die Grundakte über Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation unterzeichnet. Kernstück der Grundakte war die Schaffung eines Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rates als Forum für Konsultationen zwischen der NATO und Russland.

10.2. Die neue NATO

Die NATO hat durch ihre eigene Weiterentwicklung die sicherheitspolitische Situation Europas entscheidend geprägt. Das waren der 1991 ins Leben gerufene Nordatlantische Kooperationsrat, der 1997 vom Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat abgelöst wurde, 1994 die Partnerschaft für den Frieden, 1997 der Sicherheitsvertrag der NATO mit Russland und der kurz darauf folgende Beschluss zur

Erweiterung der NATO um Polen, die Tschechische Republik und Ungarn. Das kann man noch ergänzen durch die Charta über „besondere Partnerschaft“ mit der Ukraine 1997 und die Einleitung eines Mittelmeerdialoges mit ausgewählten Mittelmeeranrainerstaaten, was zeigt, dass sich die NATO von einem Verteidigungsbündnis mit Abschreckungswirkung längst schon zu einer Mehrzweckorganisation entwickelt hat, die über die Funktion zur Stabilität Europas hinausgehend auch sicherheitspolitische Leistungen zur Weiterentwicklung der überregionalen Sicherheitsarchitektur erbringt.

Mit dem (neuen) strategischen Konzept von 1999 wurden die Aufgabenstellungen der NATO auch offiziell erweitert. Zu den Kernfunktionen der Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit, der Rolle der NATO als Konsultationsforum für Mitglieder nach Artikel IV des Washingtoner Vertrages und insbesondere der Abschreckung und kollektiven Verteidigung (im Sinne der Artikel V und VI des Washingtoner Vertrages) kamen als weitere Kernfunktionen nun die des Krisenmanagements sowie der Partnerschaft mit Staaten der euroatlantischen Region zur Gestaltung gemeinsamer Aktionen hinzu. (Sicherheitsinteressen des Bündnisses können auch von anderen Risiken umfassender Natur wie Terrorakten, Sabotagen, organisiertem Verbrechen oder der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie der unkontrollierten Bewegung einer großen Zahl von Menschen berührt werden.)

Daneben sind auch die Aufgaben der Bekämpfung des Terrorismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen festgeschrieben. (Letzteres allerdings in recht unverbindlicher Form.) Es fragte sich aber von Anfang an, ob die NATO das richtige Instrument dazu ist – und die Ereignisse nach dem 11. September 2001 scheinen den Skeptikern diesbezüglich Recht gegeben zu haben. Die NATO stellte sich jedenfalls als eine Institution zur umfassenden Behandlung von sicherheitspolitischen Fragen dar, wobei insbesondere die Konfliktprävention und das Krisenmanagement, einschließlich militärischer Operationen zur Kriseneindämmung, hervorzuheben waren.

Mit dem Einsatz der NATO in Bosnien-Herzegowina mit dem Implementation Force (IFOR)/Stabilisation Force (SFOR)-Kontingent, der im März 1999 vollzogenen ersten Erweiterung der NATO nach Osten und dem Luftkrieg gegen Jugoslawien zur Beendigung der serbischen Terrorherrschaft im Kosovo (Allied Force) hat die NATO neue Realitäten in Europa gesetzt. Den (insbesondere von den USA ursprünglich gewünschten) Schritt zur Globalisierung hat sie aber nicht geschafft, weil der Großteil der europäischen Verbündeten ihn nicht wollte und diesbezügliche konzeptionelle Weiterentwicklungen behindert hat.

Der Vorschlag der USA zur Aufstellung einer gemeinsamen, schnell verlegbaren Eingreiftruppe für Kampfeinsätze weit außerhalb des Bündnisgebietes, die beim NATO-Gipfel in Prag im November 2002 beschlossen wurde, ist darauf ausgerichtet, dass die NATO auf die neuen Bedrohungen reagieren können muss und zwar praktisch weltweit. Diese NATO Response Force soll eine Stärke von 21 000 Mann haben, bis zum 1. Oktober 2004 aufgestellt werden, um von da an Manöver abzuhalten und 2006 voll einsatzbereit zu sein. Sie soll je nach Auftrag zusammengestellt und durch Luft- und Seestreitkräfte ergänzt werden. In fünf Tagen sollen die ersten 5000 Mann und innerhalb von 30 Tagen der Rest für Einsätze in eine feindliche Umgebung verlegt werden können und in der Lage sein, den Auftrag einen Monat lang ohne logistische Unterstützung von außen durchzuhalten. Die Truppe soll auch befähigt sein, in nuklear, chemisch oder biologisch verseuchten Gebieten zu kämpfen.

Die USA wollen die Struktur der NATO so verändern, dass diese besser und schneller auf die aufkommenden globalen Bedrohungen reagieren kann. Die Eingreiftruppe ist deshalb der (vielleicht letzte?) Versuch der USA, die NATO zu einem global wirksamen Bündnis zu machen, das auf die neuen Herausforderungen auch militärisch reagieren kann. Die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe, die die Fähigkeit hat, einer Krise entgegenzutreten, in die US-Kräfte integrierbar sind

und die darüber hinaus die technischen Fähigkeiten hat, einen wenngleich bescheidenen aber doch mehr als nur symbolischen Beitrag im internationalen militärischen Konfliktmanagement zu leisten, ist gleichsam eine Nagelprobe für die Europäer in der NATO.

Die Eingreiftruppe der NATO ist nach US-Vorstellungen getrennt von der der EU zu sehen. Sie soll eine Kampftruppe sein, wogegen man die europäische Interventionstruppe eher als eine Peace-Keeping-Force ansieht. Mit der Eingreiftruppe sollte die NATO über ein Instrument verfügen, mit dem sie kollektiv auf neue asymmetrische Bedrohungen wie Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen reagieren kann. Darunter versteht man nach der neuen amerikanischen nationalen Sicherheitsstrategie auch die präventive Kriegsführung gegen Länder, von denen (oder von terroristischen Netzwerken dort) eine realistische Bedrohung der USA oder ihrer Verbündeten und Freunde ausgehen kann.

Die Europäer haben hinsichtlich der Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten (sowohl in der NATO als auch in der EU/ESVP) bisher viel versprochen, aber wenig gehalten. So bleibt zum einen abzuwarten, was hier wirklich zu Stande kommt und zum anderen, ob die Europäer ihre Truppenteile wirklich in gefährliche Einsätze (die zu Hause natürlich unpopulär sind) schicken werden, also ob sie von der „Chance“ NATO Response Force Gebrauch machen (Chance in dem Sinne, dass die NATO eine von den USA militärisch ernst genommene Institution und damit die USA auch mittel- bis längerfristig in Europa militärisch verankert bleibt).

10.3. Die NATO-Erweiterung

Die erste Osterweiterung, zugleich die vierte Erweiterung der NATO seit der Gründung, war die erste nach der Ost-West-Konfrontation. Sie wurde 1997 beschlossen, 1999 vollzogen und betraf die ehemaligen Warschauer-Pakt-Mitglieder Polen, Tschechien und Ungarn. Sie gehört zu den wichtigsten Ereignissen in der Sicherheitspolitik seit dem Ende des so genannten Kalten Krieges. So bezeichnete zum Beispiel der sonst eher zurückhaltende damalige polnische Außenminister Bronislaw Geremek (lt. Rheinischer Merkur vom 12.3.1999) den NATO-Beitritt seines Landes als das größte Ereignis seit der Christianisierung Polens vor tausend Jahren.

Die NATO stand damals vor der schwierigen Aufgabe, die legitimen Sicherheitsinteressen der jungen Demokratien Osteuropas zur Kenntnis zu nehmen und gleichzeitig Russland nicht zu sehr herauszufordern. Außerdem sollte die NATO nicht durch zu rasche Vergrößerung in ihrer Kohärenz und militärischen Glaubwürdigkeit beeinträchtigt werden. Die Begrenzung der NATO-Erweiterung beschwor aber auch die Gefahr neuer Trennungslinien aus der Sicht jener osteuropäischen Länder, die nicht oder nicht so bald zum Kreis der Beitrittsanwärter zu zählen sind. Den abgewiesenen Ländern – insgesamt zwölf Beitrittskandidaten – ist eine Fortsetzung des Beitrittsprozesses in Aussicht gestellt worden. („Politik der offenen Tür“; die Erweiterung ist als ein permanenter Prozess zu verstehen.)

10.3.1. Die NATO-Erweiterung und Russland

Die russische Politik lief und läuft auf eine Verhinderung, Verzögerung und Begrenzung der NATO-Erweiterung hinaus. Doch Russlands Politik hat auch immer wieder Gesprächsbereitschaft signalisiert. So ist immerhin ein Dialog zwischen der NATO und Russland zustande gekommen. Russlands Argumentation zur Begründung seiner Gesprächsbereitschaft mit der NATO bestand darin, dass es die „negativen Auswirkungen der westlichen Politik zur NATO-Erweiterung minimieren“ wolle, insbesondere also die Ausdehnung der militärischen Infrastruktur der NATO, da dies unweigerlich russische militärpolitische Konsequenzen nach sich ziehen müsste. Ebenso wollte es – im

Sinne einer kooperativen Politik - eine größere Mitsprache bei Out-of-area-Operationen der NATO. Generell aber sollte die NATO nach dem Wunsch Russlands von einer militärischen zu einer politischen Organisation transformiert werden.

Bei der NATO-Osterweiterung geht es letztlich um die Festlegung neuer Einflussbereiche in Europa. Für Russland bedeutet NATO-Erweiterung eine Reduzierung des eigenen Einflussbereiches und die Verstärkung amerikanischer Führungsrolle sowie die Garantie weiterer amerikanischer Präsenz in Europa. Deshalb kommt es für Russland beim Versuch der Bestimmung eines institutionalisierten Verhältnisses zum Westen auf die damit verbundene Festlegung seiner Position als – nach eigenem Verständnis – Großmacht an. Man wollte und will die Einbindung in globale politische Entscheidungen, wobei auch die Lösung der Probleme auf dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten, in Afghanistan oder auf Zypern inkludiert sein soll; nicht zuletzt wollte man die Einbindung in die G-7, die Gruppe der führenden Industrienationen. Russland musste aber auch an einer Vereinbarung mit dem Westen interessiert sein, weil es sich sein überdimensioniertes Militär nicht mehr leisten konnte. Um die Bedenken Russlands zu mindern, kam es zu Verhandlungen über eine Reform des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE, CFE), um russischen Wünschen nach einer Neufestlegung nationaler und territorialer Obergrenzen entgegenzukommen. Allerdings hält auch Russland wegen seiner Intervention in Tschetschenien (seit September 1999) die neuen Obergrenzen nicht ein. Ebenso wurde Russland von den USA im März 1997 ein Angebot über Verhandlungen für ein neues Abkommen zur nuklearen Abrüstung (Start-III) gemacht, das Russland auch im nuklearen Rüstungsbereich entgegenkommen könnte. Weiters wurde die Aufnahme Russlands in den Kreis der führenden Industrienationen (G-8 statt G-7) offeriert und schließlich durch die Grundakte NATO-Russland und die Einrichtung des NATO-Russland-Rates eine gewisse Einbindung Moskaus in die Politik des nordatlantischen Bündnisses erzielt. Im Sinne westlicher Politik zur Stärkung der Ukraine wurde auch mit dieser zur institutionalisierten Zusammenarbeit und Partnerschaft eine Charta abgeschlossen und eine Kommission eingerichtet.

10.3.2. Strategische Perspektiven zur NATO-Osterweiterung

Bei der NATO-Erweiterung ging es um die Festlegung der neuen Machtverhältnisse in Europa, deren markanteste Punkte – solange es keine sicherheitspolitisch handlungsfähige EU gibt – der Stellenwert und die Rolle Deutschlands, die Präsenz und das Engagement der USA in Europa und die Rolle Russlands (dessen Status als Weltmacht oder nur als regionale Macht) sind. Im eigenen Interesse, den politischen Westen nach Osten zu verschieben, ist Deutschland der Promotor der Osterweiterung gewesen, während Russland diese zu verhindern beziehungsweise zu verzögern versuchte und versucht, um den Raum für eigene Wirkungsmöglichkeiten möglichst groß zu halten. Die US-Politik unterlag Schwankungen, die meist Resultate der Innenpolitik waren. Letztlich spielten aber strategische Aspekte eine entscheidende Rolle für die US-Positionen zur NATO-Erweiterung.

Ohne Osterweiterung der NATO und im Hinblick auf die naturgemäße Schwerfälligkeit des Erweiterungsprozesses der EU musste befürchtet werden, dass das Umfeld der NATO in Mittelost- und Osteuropa instabil bleiben und ein Gebiet konkurrierender Einflussphären würde. Es konnte schwerlich im NATO-Interesse liegen, dass Ostmitteleuropa eine sicherheitspolitische Grauzone blieb. Das wurde durch die bereits vollzogene und die kommende NATO-Osterweiterung verhindert. Außerdem sind die Gesprächsbeziehungen zu Russland intakt geblieben und es ist zu keinen neuen Trennungslinien in Europa gekommen.

Mittel- bis längerfristig gesehen ist die Osterweiterung der NATO auch nicht als Beeinträchtigung der russischen Interessen zu werten, sofern Russland auf dem Weg zur Demokratie bleibt, denn die

künftigen Gefahren, sowohl für Russland selbst als auch für den überwiegenden Teil der GUS und für deren enge Bindung an Russland, werden nicht von Europa ausgehen sondern wenn, dann von Ostasien. Russland wird eines Tages auf die Kooperation mit Europa angewiesen sein, um allenfalls seine Interessen außerhalb Europas zu verteidigen. Die durch die NATO-Osterweiterung erzielte Stabilität Zentraleuropas ist keine schlechte Voraussetzung für diese spätere Kooperation.

Auch wenn man mit jenen übereinstimmt, die meinen, dass der Verzicht auf die NATO-Osterweiterung eine kapitale Konzession an ein auf Expansion bedachtes russisches Sicherheitsinteresse dargestellt hätte und Russland durch die Nichterweiterung der NATO dabei unterstützt worden wäre, eine Rolle als (osteuropäische) Ordnungsmacht einzunehmen, so ist doch zu berücksichtigen, dass Russland eben nicht auf eine europäische Rolle reduziert ist, sondern aufgrund seiner Geographie eine eurasische Macht ist und bleibt. Damit hat Russland eine Spielgröße, die über nur-europäische Sicherheitsinteressen hinausgeht und konkret das Verhältnis der USA zu China und Japan betreffen kann. Europäer und Amerikaner können zu unterschiedlichen Beurteilungen der „Nützlichkeit“ Russlands gelangen. Die strategischen Beurteilungen der NATO-Erweiterung aus europäischer – und insbesondere aus mitteleuropäischer – Sicht haben zwar die gleichen Fakten zum Gegenstand wie die amerikanische Sicht, die aber eine Reihe zusätzlicher, mehr global orientierter Umstände zu berücksichtigen hat.

Eine Reaktion auf die (seinerzeit erst) geplante NATO-Erweiterung war die Vereinbarung einer so genannten strategischen Partnerschaft Russlands mit China. Es darf zwar bezweifelt werden, dass es dafür eine ausreichende gemeinsame Interessenslage gibt, aber sie ist doch Ausdruck einer Ablehnung amerikanischer Ordnungsvorstellungen durch diese beiden Länder. Wesentlich für die Weiterentwicklung der Beziehungen dieser beiden Länder wird die Politik sowohl des Westens als auch Russlands gegenüber Zentralasien sein. Die Versuche wirtschaftlicher Kontrolle über Länder im Bereich des Kaspischen Meeres und Zentralasiens durch westliche Unternehmen stehen in starkem Gegensatz zu russischen Interessen und liegen auch nicht im Interesse Chinas. China ist selbst an einer stärkeren Nutzung der Energieressourcen in Zentralasien interessiert, ohne dabei in einen direkten Interessensgegensatz zu Russland zu kommen. China ist deshalb eher daran interessiert, dass diese Länder unter russischer Kontrolle sind als unter westlicher.

Durch die NATO-Erweiterung um „kritische“ Länder wie die baltischen Staaten und Rumänien wird der russische Wirkungsbereich in der Ostsee und im Schwarzen Meer weiterhin reduziert. Die NATO-Erweiterung und eine gleichzeitige maßgebliche Ausdehnung des westlichen Einflusses in Zentralasien müssen von Russland wohl als eine Zangenbewegung gegen seine wichtigen Interessen und künftigen Entfaltungsmöglichkeiten interpretiert werden.

Außerdem schafft der NATO-Beitritt Rumäniens vollendete Tatsachen im Hinblick auf die Errichtung von Einflussbereichen in Südosteuropa beziehungsweise am Balkan zuungunsten Russlands. Des Weiteren hat er große Auswirkungen auf die Sicherheitsarchitektur im Bereich des Schwarzen Meeres und bedeutet eine völlige Veränderung der operativen Möglichkeiten in diesem Gebiet. Ähnlich bedeutsam ist für Russland der Beitritt der baltischen Länder zur NATO. Diese Länder haben eine hervorragende Bedeutung für den russischen Außenhandel und sie werden von Russland, wenn es diese Länder schon nicht direkt beherrschen kann, zumindest als ein nützliches Glacis betrachtet; darüber hinaus vermitteln die baltischen Staaten die historische Erinnerung, dass der alte russische Drang zur Beherrschung der Ostseeküsten nur über diese Länder möglich ist.

10.3.3. Von der ersten zur zweiten NATO-Osterweiterung

Vor der ersten Osterweiterung der NATO waren die strategischen Überlegungen fast ausschließlich auf Russland abgestellt. Aus eigener Sicht hatte Russland immerhin große Opfer erbracht, indem es seine Truppen und Waffen aus Mittel- und Osteuropa zurückgezogen hatte, und die Antwort der NATO darauf war die Erweiterung ihrer militärischen Allianz bis zu den Grenzen zuerst der Sowjetunion und dann Russlands. Durch die NATO-Erweiterung wird Russland seine Pufferzone entzogen und werden für Russland neue gefährliche Bedingungen geschaffen, weil es durch die NATO-Erweiterung von „feindlichen“ Kräften eingekreist wird. Auch wenn die NATO im Moment nicht aggressiv ist, so kann doch künftig eine Situation entstehen, dass Druck ausgeübt wird, um militärische Macht zu benützen oder um spezifische Ziele zu erreichen. Deshalb könnte die Situation des Kalten Krieges wiederkehren, denn Russland würde nicht zögern, seine strategischen Ziele auch außer Landes zu verteidigen (z.B. indem es Nuklearwaffen auf neue osteuropäische Mitglieder richtet oder im Abrüstungsbereich innehält). So die Überlegung am Vorabend der ersten Osterweiterung.

Eine zentrale Frage war, wie sich Russland durch die Osterweiterung der NATO verhalten wird beziehungsweise ob dieses Verhalten kalkulierbar ist. Aufgrund des von Politologen der realistischen Schule so genannten anarchischen Systems der Staatengemeinschaft, weil es keine Zentralinstanz gibt, die die Sicherheit der einzelnen Staaten gewährleisten kann, muss jeder Staat selbst für seine Sicherheit vorsorgen. Die Verteidigungsrüstung des einen wird vom anderen als potenzielle Offensivrüstung verstanden. Rüstungswettläufe sind die Folge. Nicht die Absicht des anderen zählt, sondern das, was er tun könnte. Aus dieser Logik musste Russland die NATO-Osterweiterung als bedrohlich ansehen.

Die NATO-Erweiterung hat Russland dazu herausgefordert, seinen künftigen Stellenwert beziehungsweise sein Selbstverständnis als politische und militärische Macht früher energisch zu diskutieren, als dies sonst der Fall gewesen wäre. Weil die Ressourcen des Landes in keiner Hinsicht für eine aktuelle Großmachtrolle ausreichen – wenn man vom Umstand absieht, dass das riesige Territorium Russland von sich aus eine gewisse weltweite Bedeutung verschafft –, muss Russland die Bestätigung seiner Großmachtrolle nun in der internationalen Politik suchen. Diese besteht in Gegenmaßnahmen gegenüber westlichen, vor allem amerikanischen Intentionen. Insbesondere bemüht sich Russland um Gesprächsbeziehungen mit und Einflussnahme auf verschiedene Länder, die ihrerseits im Visier des Westens beziehungsweise der USA sind. Konkret wurden die Beziehungen zum Irak und zum Iran verbessert, und Russland hat sich bemüht, die traditionell guten Beziehungen zu Indien wieder zu aktivieren. Es versucht, sich immer wieder in die westliche Nahost- und Mittelostpolitik einzumischen und sich als natürliche Gegengröße zu den USA darzustellen. Im Sinne der Begrenzung amerikanischen Einflusses ergeben sich auch Ansätze einer strategischen Kooperation mit China. Die NATO-Erweiterung hat zu diesen Entwicklungen beigetragen.

Tatsächlich hat die erste Osterweiterung der NATO die Beziehungen Russlands zur NATO weniger belastet, als angenommen worden war. Allerdings war die erste Erweiterung in geopolitischer und geostrategischer Hinsicht noch nicht so tief greifend und es wurde verschiedentlich argumentiert, dass eine zweite NATO-Osterweiterung mehr umstritten sein würde als die erste. Freilich, die Angst vor der NATO ist in Russland mehr ein politisches Instrument der Nationalisten als ein reales Gefühl. Entsprechend gering ist deshalb aber auch die Möglichkeit des Westens, diese Angst oder Aversion durch Wohlverhalten abzubauen. Die heraufbeschworene Gefahr besteht nicht in aggressiven Aktionen der NATO gegen Russland, sondern sie besteht in der Behauptung, dass sich die NATO bis zur russischen Grenze ausweiten will. Das ist das Problem. Trotz der mehrfachen Westöffnungen Russlands beziehungsweise der russischen Führung (zuletzt die Wladimir Putins im Frühjahr 2001) ist

ein Abrücken Russlands vom Widerstand gegen die NATO wegen dessen emotionaler Verankerung kurzfristig nicht zu erwarten.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wird im Westen eingehend darüber diskutiert, wie man Russland richtig behandeln soll. Ist Russland der Verlierer des Kalten Krieges? Oder ist das eigentlich die Sowjetunion? Russland hat seine Entwicklungschance und soll sie wahrnehmen.

Russische Argumente gegen die NATO-Erweiterung waren auch in den europäischen Ländern übernommen worden und teilweise sogar in den USA, wo insbesondere linke Friedenskämpfer und konservative Neo-Isolationisten häufig die russischen Sichtweisen teilten: Die NATO-Erweiterung nach Osten ist eine Expansion der NATO, sie ist eine offensive Bewegung, die Russland bedroht. Das Baltikum wurde als dem russischen Einflussbereich zugehörig angesehen.

Die Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO war durch Jahre hindurch insbesondere in der westeuropäischen Diskussion geradezu ein Tabu. Man akzeptierte ihre Zugehörigkeit zum russischen Einflussbereich, und Russland sollte durch deren Aufnahme in die NATO nicht in die Enge getrieben werden. Die baltischen Staaten haben auch keine nennenswerten militärischen Ressourcen, sie bringen also in die NATO nichts ein, wären aber andererseits erschwert oder eigentlich gar nicht zu verteidigen. Das widerspricht einmal der prinzipiellen Überlegung, dass jedes NATO-Mitglied für die eigene Verteidigung entsprechend Vorsorge leisten sollte, und brächte andererseits die NATO unter Umständen in die nicht akzeptable Problemsituation, Länder verteidigen zu müssen, die sie nicht verteidigen kann. (Dieser Argumentation liegt die Überlegung zu Grunde, dass Russland eine militärische Operation gegen die baltischen Staaten unternimmt, wenn diese der NATO beitreten wollten. Dies ist widersprüchlich mit der aus meist denselben Kreisen zu hörenden Beurteilung der Lage, wonach die west- und mitteleuropäischen Länder auf absehbare Zeit keiner militärischen Bedrohung ausgesetzt seien).

Allen skeptischen Überlegungen hinsichtlich der NATO-Erweiterung nach Osten könnte natürlich entgegengehalten werden, dass die NATO von ihrer Natur und Struktur her keine Bedrohung für ein nichtbedrohliches Russland werden kann. Es ist undenkbar, dass die NATO-Mitglieder Europas einen Beschluss zu einer Kriegsführung gegen ein nicht angreifendes Russland treffen würden. Die USA wiederum haben in ihren Jahrzehnten der Präsenz in Europa für die Erhaltung von Frieden und Stabilität auf dem Kontinent gesorgt. Warum sollten sie also ein Interesse daran haben, Frieden und Stabilität zu gefährden?

10.3.4. Der Kosovo-Krieg als Knick in den Beziehungen zwischen Russland und der NATO

Als besonders enttäuschend war es in Russland empfunden worden, dass der NATO-Russland-Grundvertrag im Hinblick auf die Kosovo-Krise nicht dazu geführt hatte, dass Russland eine entsprechende Rolle spielte und sich als gleichberechtigter Partner durchsetzen konnte. Der zentrale Vorwurf war der, dass die USA und Großbritannien ein neues System kreiert hätten, das auf einem „Recht“ zur Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen basiert, UNO und OSZE umgeht, das Völkerrecht missachtet und in die inneren Angelegenheiten der Staaten eingreift. Das Konzept der Souveränität der Staaten erodierte dabei. Das Zentrum dieses Systems war die NATO, und ein enger Zirkel von „auserwählten“ Nationen beansprucht das Recht, seine Ideen den anderen aufzuzwingen. Aber bewaffnete Macht ist nicht jenes politische Instrument, das benötigt werde, um die europäischen Probleme zu lösen und Krisen beizulegen. Vielmehr bräuchten wir dazu die Herrschaft des internationalen Rechtes und eine adäquate Rolle für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. (Anmerkung: Fast könnte man meinen, Russland seinerseits verzichtet auf die Gewaltanwendung zur Lösung seiner Probleme.)

Diese NATO, die einen Luftkrieg gegen Jugoslawien geführt hat, habe auch ihr Image eines Stabilisierungsfaktors und eines Ecksteins der europäischen Sicherheit zerstört. Und auch die NATO-Erweiterung beziehungsweise die Überlegungen zu einer nochmaligen Erweiterung tragen nach dieser Sicht nicht dazu bei, ein vereintes und stabiles Europa ohne Teilungslinien hervorzubringen.

Die NATO wolle die Effizienz der OSZE zerstören und den effizienten Gebrauch ihrer Mechanismen verhindern. Die neue NATO-Konzeption wolle die OSZE in die Funktion bringen, die Interessen der NATO im ehemals sowjetischen Territorium zu fördern und die russischen Interessen dort zu reduzieren. Die OSZE werde in eine Nische für Präventivdiplomatie abgedrängt und solle ein Vehikel werden, um die westlichen Ideen von Demokratie sowie sein politisches und soziales System – unabhängig von historischen, kulturellen und sozialen Bezügen – allen anderen Staaten überzustülpen.

Diese Situation habe eine reale Gefahr für die militärische und politische Sicherheit Russlands mit sich gebracht. Deshalb war Russland aufgerufen, sich gegen die Intentionen der NATO zu stellen und sich gegen die Begrenzung seiner Rolle in europäischen Angelegenheiten zu wehren. Freilich konnte Russland nicht zu einer Konfrontation mit dem Westen zurückkehren, weil es dadurch sich selbst als europäischer Faktor marginalisiert hätte. (So Boris Kazantsev, stellvertretender Direktor der Abteilung für europäische Kooperation im russländischen Außenministerium.)

Solche Überlegungen reflektierten natürlich den Versuch Russlands, sich nach wie vor eine Großmachtrolle zu sichern und in Zeiten der eigenen Schwäche möglichst wenig Terrain zu verlieren. Die Wahrnehmung russischer Interessen ist aus dieser Argumentation aber so eindeutig herauszulesen, dass es relativ schwer fällt, auch die analytischen Momente nachzuvollziehen. Ansprüche auf Teilnahme an der Macht und Berücksichtigung der russischen Interessen werden so eindeutig demonstriert, dass die Überlegungen hinsichtlich der Erreichung europäischer Stabilität nicht recht glaubhaft erscheinen. Und eine Stabilität nach russischen Vorstellungen hatten wir ja in der Zeit der Ost-West-Konfrontation; sie hatte die politische Unterdrückung einer ganzen Reihe von Staaten als Basis.

10.3.5. Zur Sinnhaftigkeit einer zweiten NATO-Osterweiterung

Eine allgemeine Überlegung zur NATO-Erweiterung lautete: Wenn keine realistische Bedrohung für die Sicherheit der ost- und mitteleuropäischen Ländern besteht, warum soll man die NATO dann erweitern, und wenn die Erweiterung notwendig sei als Maßnahme gegen Instabilität, wer ist es denn, der diese Instabilität bewirkt? Demgegenüber gab es die Argumentation, dass mit Blick auf die russische Geschichte man nicht mit einer dauerhaft ruhigen Situation für Russlands Nachbarn rechnen kann. Jedenfalls rechnen die Nachbarn Russlands nicht damit. Wenn man also mit der Möglichkeit einer russischen Aggression rechnen muss, dann wäre es besser, die ost- und mitteleuropäischen Länder durch die NATO dem Einflussbereich oder Zugriff Russlands in einer späteren Zeit zu entziehen. Das muss man in einer friedlichen Phase tun, weil es in der Zeit der Aggression für eine ruhige Einbeziehung neuer Mitglieder in die NATO vielleicht zu spät ist denn wer nimmt bedrohte Länder mit der Verpflichtung auf, sie dann auch zu verteidigen?

Eine andere vor der ersten Osterweiterung vorgetragene Argumentation besagte, dass die NATO durch die Ausdehnung einen zu großen zu verteidigenden Bereich erhält. Umso größer die NATO wäre, desto schwieriger wäre es, ihr Gebiet zu verteidigen. Eine solche Argumentation würde allerdings einen gleichzeitig stärker werdenden potenziellen Gegner voraussetzen. Es ist aber genau umgekehrt, dass mit der NATO-Erweiterung der potenzielle Gegner sowohl in seinen militärischen Ressourcen abnimmt als auch von seinen geostrategischen Möglichkeiten her beengt wird. NATO-Erweiterung bedeutet zugleich eine Reduzierung ihrer Angreifbarkeit. Davon zu unterscheiden ist

freilich die Frage der strategischen Überdehnung, die sich im Falle der NATO-Erweiterung auf die Handlungsfähigkeit einer zu groß gewordenen Organisation beziehen würde.

Die letztere Frage der strategischen Überdehnung beziehungsweise der Handlungsfähigkeit einer zu großen NATO wurde noch erweitert durch die Frage der militärischen Standards, die durch die Aufnahme armer Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa wohl nach unten gedrückt würden. Eine quantitative Steigerung der militärischen Ressourcen der NATO steht also der Gefahr einer qualitativen Abwertung gegenüber. Anzumerken ist dabei allerdings, dass auch die bisherigen NATO-Mitglieder in ihren militärischen Fähigkeiten unterschiedlich stark hinter den USA zurückbleiben und die wirkliche Frage der militärischen Möglichkeiten der NATO nicht durch eine Erweiterung ausgelöst wird, sondern aus den mangelnden Modernisierungsbemühungen der Alt-Mitglieder resultiert.

Nach der ersten Erweiterung bedurfte die NATO einer Art „Verdauungsphase“. Denn je nach Größe, politischer Herkunft und tatsächlicher Bündnisfähigkeit muss für eine vollständige Integration eines neuen Mitgliedes mit einem Zeitraum von drei bis zehn Jahren gerechnet werden. Die zweite Erweiterungsrunde würde – so die Meinungen am Ende des letzten Jahrzehntes – davon abhängen, wie problematisch sich die Integration der ersten drei Mitglieder aus dem Bereich des ehemaligen Warschauer Paktes gestaltet, weiters auch davon, ob die Frage der Aufnahme der Balten sich überhaupt stellt beziehungsweise welchen Widerstand Russland dagegen leistet.

Obwohl es besonders in den USA massive Bedenken gegen die erste und die zweite NATO-Erweiterung gegeben hat und gibt, hat sich gerade in den USA die Erweiterungstendenz durchgesetzt. Die Gegner waren ja sowohl manche Konservative, die durch die Erweiterung eine Verwässerung befürchteten, als auch viele Liberale, deren Besorgnis der Isolierung Russlands durch die Erweiterung galt. Da aber eben die Erweiterung der Europäischen Union als ein schwieriges Gesamtunterfangen durch eine umfassende Integration neuer Mitglieder lange Zeit braucht, bietet sich die Möglichkeit der rascheren Erweiterung der NATO an. Dabei behalten die USA das Gesetz des Handelns über die sicherheitspolitische Gestaltung Europas!

10.3.6. Die Ausgangslage zur zweiten NATO-Osterweiterung

Neun Kandidaten für die NATO-Aufnahme bereiten sich seit 1999 mit dem so genannten „Membership Action Plan“ (MAP) auf die Aufnahme in das Bündnis vor: Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Mazedonien, Rumänien, Slowenien und die Slowakei. 2002 erhielt noch Kroatien als zehntes Land den Status eines Beitrittskandidaten. Durch den MAP erfuhr die Erweiterung, die letztlich eine politische Entscheidung bleibt, eine gewisse Objektivierung. Es geht dabei um die politischen und wirtschaftlichen Reformen, um die Umstellung der Streitkräfte auf die NATO-Standards, die Bereitstellung hinreichender Mittel für die Verteidigungsausgaben, den Schutz von Geheimdokumenten und die Anpassung von Vorschriften und Gesetzen im Hinblick auf den NATO-Beitritt. Vor dem Sommer 2002 stellte sich die Situation so dar, dass Estland, Lettland und Litauen bei der Verwirklichung von militärischen und politischen Reformen bislang am besten dastanden, gefolgt von Slowenien und der Slowakei, die etwa den Stand hatten wie die beiden neuen NATO-Mitglieder Tschechische Republik und Polen vor der Erweiterung 1999. Bulgarien und Rumänien fallen aber im Vergleich zu den anderen noch weit zurück. Mazedonien und Albanien kommen für eine baldige NATO-Mitgliedschaft ganz offensichtlich noch nicht in Frage. Kroatien sollte in den Vorbereitungsprozess aufgenommen werden, also den Status eines Aufnahmewerbers erhalten.

Für die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens sprechen wiederum politische und geostrategische Gründe. Dadurch würde der westliche Einfluss am Balkan abgesichert und der Russlands praktisch

ausgeschaltet. Durch die Mitgliedschaft dieser beiden Länder gibt es keine abgelegene Position von Griechenland und der Türkei, sondern ein zusammenhängendes großes NATO-Territorium im Bereich Südosteuropa-Kleinasien. Die Schwarzmeerküste ist dann zu mehr als 50 Prozent im Besitz von NATO-Ländern.

Am NATO-Gipfel in Prag vom 21./22. November 2002 ist dann die definitive Entscheidung gefallen, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowenien und die Slowakei zum Beitritt einzuladen, der bis zum Mai 2004 vollzogen sein soll.

Der Stellenwert militärischer Eignung der Kandidaten scheint in den letzten Jahren an Gewicht verloren zu haben. Das Verhalten der USA gegenüber der NATO nach dem 11. September 2001 hat dargelegt, dass die NATO des 21. Jahrhunderts vor allem eine politische und erst in zweiter Linie eine militärische Organisation sein wird. (Gemeinsame Verteidigung und Beistandspflicht sind zur Zeit nicht aktuell.) Die USA haben mit den meisten ihrer Bündnispartner hinsichtlich deren Beteiligung an der Operation „Enduring Freedom“ bilaterale Abmachungen getroffen. Man kann darin ein Modell für die Zukunft sehen, wonach die NATO dann militärisch eine Art Baukasten wäre, aus dem von Fall zu Fall für Operationen unter amerikanischer Führung die benötigten militärischen Fähigkeiten zusammengestellt werden.

In diesem Wandel der NATO zu einer mehr politischen Organisation ist wohl auch – zumindest teilweise – die stillschweigende Akzeptanz der NATO-Erweiterung durch Russland zu erklären. Noch 1999 sprach man von einer „roten Linie“, nämlich der Grenze der ehemaligen Sowjetunion. Die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken, konkret etwa der baltischen Staaten, würde die politische Landschaft verändern. Wenn die NATO diese Linie überschreitet, dann würde sich das Verhältnis Russlands zur NATO grundsätzlich verändern und wäre eine Zusammenarbeit mit der NATO nicht mehr möglich. (So etwa der stellvertretende russische Außenminister Jevgeni Gusarow bei der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik laut FAZ vom 8.2.1999.)

Die Beziehungen der USA beziehungsweise der NATO zu Russland haben durch die erste NATO-Erweiterung tatsächlich keine ernste Beeinträchtigung erfahren. Trotz der Aufkündigung des Anti-Ballistic-Missile (ABM)-Vertrages von 1972 über die Begrenzung der strategischen Raketenabwehr hat sich durch die bilaterale Kooperation der USA mit Russland der Prozess zur weiteren Reduzierung der Nukleararsenale fortgesetzt und im Mai 2002 zu dem von Russland gewünschten Vertrag geführt, wonach bis 2012 die strategischen Atomwaffen auf zirka ein Drittel des derzeitigen Bestandes reduziert werden sollen. Auch die Kooperation Russlands mit der NATO hat eine positive Entwicklung genommen. Zur besseren Einbindung Russlands wurde am 28. Mai 2002 anstelle des alten „Ständigen Gemeinsamen NATO-Russlands-Rates“ der „NATO-Russland-Rat“ installiert, bei dem die Konsultationen und Entscheidungen nicht mehr wie früher im Format 19 plus 1 (hier die 19 NATO-Mitglieder und dort Russland) erfolgen sollen, sondern Russland gleichberechtigt mit allen NATO-Mitgliedern teilnimmt, also ein Rat der 20 geschaffen wurde. Dies ist allerdings auf Gebiete von gemeinsamem Interesse beschränkt; das Bündnis behält sich das Recht zu unabhängigem Handeln weiterhin vor. Zum Bereich des gemeinsamen Interesses sollen Themen wie Terrorismus, Nichtverbreitung von ABC-Waffen, Krisenmanagement, Katastrophenschutz, Rüstungskontrolle und Abrüstung gehören. Russland soll dadurch ohne formelle Mitgliedschaft die Möglichkeit erhalten, wichtige Entscheidungen gemeinsam mit dem Bündnis zu treffen. Der neue NATO-Russland-Rat ist auch als Ergebnis pragmatischer russischer Politik zu bewerten, wonach die offene Gegnerschaft zur NATO aufgegeben wurde, weil sie Russland letztlich keine Vorteile brachte.

10.4. Die strategische Situation zum Zeitpunkt der zweiten NATO-Osterweiterung

10.4.1. Die strategische Westöffnung Russlands

Die strategische Situation ist vor allem gekennzeichnet durch die strategische Westöffnung, die Präsident Putin 2001 eingeleitet hat (und zwar vor den Anschlägen des 11. September 2001). Der neue NATO-Russland-Rat und die Absicht zur Reduzierung der strategischen Atomwaffen wurden – zumindest im Westen – verschiedentlich als das definitive Ende jenes Denkens beurteilt, das den Kalten Krieg bestimmt hatte. Die ehemaligen Sowjetrepubliken gehören nicht mehr zum exklusiven Einflussbereich Russlands; die rote Linie existiert nicht mehr. Die NATO ist für einen Teil der russischen Analytiker nicht mehr eine furchterregende Sache, sondern mutiert immer mehr von einer militärischen zu einer politischen Allianz. Die Kündigung des ABM-Vertrages von 1972 durch die USA ist hingenommen worden und damit praktisch auch der Umstand akzeptiert, dass die USA im militärtechnologischen Bereich an Russland vorbeiziehen und ihre strategische Position weiterhin ausbauen werden.

Russland vertritt zwar nach wie vor die Auffassung einer multipolaren Ordnung und wird mit anderen Ländern in diesem Sinne zusammenarbeiten (insbesondere mit China und Indien). Es will aber auch Anerkennung im Westen und es will von den USA als Kooperationspartner gesehen werden. Der offizielle Status eines führenden Industrielandes und die Umwandlung der G7 zur G8 mit vollwertiger Mitgliedschaft Russlands waren dazu sicherlich förderlich. Realpolitik gebietet es einfach, die Gegebenheiten zur Kenntnis zu nehmen und ihrerseits das Beste daraus zu machen: Eine nicht verhinderbare NATO-Erweiterung ist eine solche Realität. Das hindert Russland nicht, mit Staaten gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu unterhalten, deren Politik gegen den Westen beziehungsweise gegen die westliche Politik gerichtet ist, wie zum Beispiel dem Irak und dem Iran.

Die derzeitige überragende Stellung der USA gegenüber ihren europäischen Bündnispartnern bietet aber auch noch eine weitere Möglichkeit für Russland. Aus der militärischen Schwäche der Europäer resultiert deren eher geringes politisches Gewicht; sie vermögen die Ordnungsvorstellungen der USA kaum noch zu beeinflussen. Dazu kommt, dass die zunehmende Konzentration der Amerikaner auf den asiatisch-pazifischen Bereich und die abnehmende geostrategische Bedeutung des europäischen Schauplatzes den Stellenwert Europas ohnedies herabsetzen. So kann sich Russland als interessanterer Kooperationspartner erweisen als einzelne europäische Staaten. Und warum sollte Russland eine solche Herausforderung – wenngleich nur als Juniorpartner der USA – nicht annehmen? Als enger Kooperationspartner der USA würde es sich jedenfalls in sicherheitspolitischer Hinsicht als bedeutsamer als jede andere europäische Macht darstellen, vielleicht sogar als bedeutsamer als die ganze EU.

10.4.2. Der verstärkte Trend zur politischen NATO durch die zweite Osterweiterung

Auch den Beitrittskandidaten der NATO der zweiten Erweiterungsrunde war klar, dass es sich bei der NATO nicht mehr um jene Organisation handelt, der sie einmal beitreten wollten, weil das Bündnis einem rasanten Wandel unterworfen ist. Sie selbst beziehungsweise die Aufnahme noch ziemlich armer Länder mit veralteten Streitkräfteausrüstungen, die kaum im Besitz moderner Militärtechnologie sind, leistet einen nicht unerheblichen Beitrag dazu, dass die Verteidigungskapazitäten der NATO im Durchschnitt noch geringer werden. Durch die steigende Anzahl der Mitglieder wird die NATO noch schwerfälliger und noch weniger zu effektiven Handlungen im Stande sein. Die Erweiterung trägt also dazu bei, den Prozess der Entwicklung der NATO zu einer mehr politischen als militärischen Institution zu verfestigen. Gegen eine solche NATO hat Russland aber weniger einzuwenden.

Nach der zweiten NATO-Erweiterung ergibt sich nun ein neues strategisches Interesse der NATO beziehungsweise des Westens für die Länder, die östlich der neuen NATO-Linie liegen. Es dürfen dort keine neuen Zonen der Instabilität und der Unsicherheit entstehen, weshalb insbesondere der Ukraine Augenmerk zugewendet werden muss. Die Stimmen in den USA, dass sowohl der Ukraine als auch einzelnen Ländern des Kaukasus der Zugang zum Verteidigungsbündnis angeboten werden sollte, sind – so sonderbar das für manche „Westler“ klingen muss – unüberhörbar. Die immer stärkere Einbindung Russlands in die NATO ist eine Parallelmaßnahme dazu. Wenn man sich heute die sicherheitspolitische Literatur vor einigen Jahren vor Augen führt, so ist eine ganz wesentliche Veränderung festzustellen: Noch vor wenigen Jahren hat man ein Abrücken des russischen Widerstandes gegen die NATO-Erweiterung alleine schon wegen der emotionalen Verankerung dieses Themas in der russischen Öffentlichkeit in einer überschaubaren Zukunft nicht erwarten können.

10.4.3. Sicherheitspolitische Bedürfnisse der Kandidaten

Unabhängig von ihrem militärischen Charakter sahen die Aufnahmekandidaten in der NATO auch eine Wertegemeinschaft, der man angehören wollte. Die Aufnahme in die NATO wurde deshalb im historischen Sinn als eine Rückkehr nach Europa empfunden. Wird die NATO-Erweiterung im Englischen statt mit dem von ihren Kritikern benützten (aggressiver klingenden) Begriff „expansion“ von den Förderern mit dem behutsameren „enlargement“ bezeichnet, so wird auch im Deutschen häufig von der „Öffnung der NATO“ gesprochen, womit gezeigt werden soll, dass es sich bei der Erweiterung nicht um eine Maßnahme im Bereich veralteter Denkmuster hinsichtlich Macht und Einflussbereich handle. Vielmehr solle sie eine Antwort auf das Streben der mittel- und osteuropäischen Staaten nach Integration in die westlichen Strukturen sein. (So etwa der frühere deutsche Außenminister Klaus Kinkel: Die Öffnung der NATO für neue Mitglieder. Stabilitätspolitik für ganz Europa. In: Europäische Sicherheit, 6/1998.)

Verständlich ist nicht nur das Streben der Staaten Ost-, Mittel- und Südosteuropas in die westliche Wertegemeinschaft, sondern vor allem in das westliche sicherheitspolitische Institutionengefüge. Im 20. Jahrhundert hatten sie ja die Funktion eines „cordon sanitaire“ zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. Dieses Zwischeneuropa diente vor dem und während des Zweiten Weltkrieges als Spielraum für die Machtpolitik der beiden damals dominierenden Mächte Kontinentaleuropas. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren diese Staaten im Sicherheitsgürtel der Sowjetunion beziehungsweise im Rahmen des Warschauer Paktes auch unter ihrer direkten Kontrolle. Sie bildeten einen „cordon sanitaire“ für die Sowjetunion selbst, wobei sie gegen fremde Einflüsse abgeschirmt und gleichzeitig auch Ausgangsbasis offensiver sowjetischer Politik waren. Aus dieser historischen Erfahrung heraus kann es nicht verwundern, wenn es den mittel- und osteuropäischen Ländern beim Wunsch nach einem NATO-Beitritt um ein prinzipielles Anliegen, eine Identitätssuche als dem freien Europa anzugehören, geht, obwohl sie keiner akuten Bedrohungssituation ausgesetzt sind. In Ländern wie Polen und Tschechien werden sowohl Russland als auch Deutschland als Angstfaktoren betrachtet, deren Potenzial nur durch die USA ausgeglichen werden kann, weshalb die von den USA geführte NATO als eine wesentliche Institution für ihre Sicherheit erscheint. Die Präsenz der USA im Rahmen der NATO in Europa ist auch das Gegengewicht zu Deutschland. Immerhin gab es schon über ihren Kopf hinweg getroffene Absprachen zwischen Deutschland und Russland, aber auch zwischen den Westmächten Europas und dem Deutschen Reich.

10.4.4. Die gestärkte Position der USA

Zumindest in der Zeit unmittelbar nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation war die Osterweiterung der NATO auch prioritäres strategisches Interesse Deutschlands. Nach dem Einbezug der ehemaligen DDR und Polens in die NATO konnte Deutschland aus der Randlage herauskommen. Bei großer Rücksichtnahme auf die russischen Empfindlichkeiten und durch geschickte Politik übernahm Deutschland in der Ära des Bundeskanzlers Helmut Kohl die Rolle des Anwaltes der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten. Die USA sind 1994 auf die deutsche Linie eingeschwenkt und haben dann selbst die Führung in der NATO-Osterweiterungspolitik übernommen. Dies war eine Gegenstrategie zur europäischen Vorstellung der Europäisierung der europäischen Sicherheit. Die USA verblieben mit Hilfe der Allianz weiterhin als Führungsmacht in Europa präsent. Im Vorlauf zur ersten Osterweiterung der NATO war diese aus amerikanischer Sicht sicherlich noch zu aller erst als militärische Verteidigungsorganisation zu sehen. Neben der Verhinderung einer sicherheitspolitischen Grauzone oder eines neuen Zwischeneuropas galt es, die Frontlinie der Allianz nach Osten zu verschieben und räumliche Tiefe zu schaffen. Die erste NATO-Erweiterung nach Osten ist sicher nicht als eine rein politische zu sehen; sie hatte noch einen prioritär militärpolitischen Charakter. Dass es trotz der NATO-Osterweiterung keine Belastung des deutsch-russischen Verhältnisses und sogar eine positive Entwicklung des russisch-amerikanischen Verhältnisses gab, zeigt, dass die erste NATO-Erweiterung die Interessen Russlands nicht tief verletzt hat. Polen, Tschechien und Ungarn gehören ja auch nach russischer Einschätzung zum Westen. Die gegebene Situation ermöglicht es den Russen eben nicht, ihren Einfluss auf diese Länder und damit ihren „cordon sanitaire“ aufrechtzuerhalten, obwohl laut Michael Gorbatschow beim Abschluss des 2-plus-4-Vertrages 1990, der den Weg zur Deutschen Einheit geebnet hatte, Einigkeit darüber bestanden haben soll, dass nach dem Abzug der russischen Truppen aus der damaligen DDR auf eine NATO-Ausdehnung nach Osten verzichtet werde. (Zitiert bei Wolfgang Leonhard: Spiel mit dem Feuer: Russlands schmerzhafter Weg zur Demokratie. Bergisch Gladbach 1996. Auch der frühere außenpolitische Berater Gorbatschows, Anatolij Tschernjajew, hat laut FAZ vom 8.5.1995 bei einer Tagung ausgeführt, dass Gorbatschow mehrmals mündlich zugesagt worden sei, dass es nicht zu einer Osterweiterung der NATO kommen werde.)

Die NATO-Osterweiterung war und ist somit auch ein Unternehmen, um die amerikanische Präsenz in Europa aufrechtzuerhalten. Rechtzeitig wandelt sie sich zu einer Art bewaffneter Version der OSZE und wird damit auch für Russland akzeptabel. Und die NATO ist mit sich selbst sehr beschäftigt, mehr als in früheren Zeiten. Diese Aktivitäten betreffen weniger die kollektiven Verteidigungsvorkehrungen und auch nicht Maßnahmen der gemeinsamen Verteidigung gegen den internationalen Terrorismus oder etwa zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, sondern sie betreffen Peace-Keeping-Operationen, die Vorbereitung der Beitrittskandidaten, die Betreuung der bereits beigetretenen NATO-Mitglieder und die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten im Hinblick auf Interventionen.

Die Protagonisten einer weiterhin militärisch effizienten NATO hatten Bedenken gegen die Osterweiterung und haben sie noch. Je größer die NATO durch Aufnahme weiterer – und zwar militärisch nicht ausgezeichnet gerüsteter – Länder wird, desto mehr verwässert das die NATO. Aber die NATO ist in Wahrheit heute schon eine Zwei-Klassen-Allianz, wenn nicht eine Drei-Klassen-Allianz. Dieser Zustand wird durch die Erweiterung verstärkt. Dazu kommt, dass die meisten NATO-Kandidaten (ausgenommen Slowenien) nach der ersten Erweiterung außer ihren militärischen Schwächen auch Probleme hinsichtlich ihrer politischen Stabilität haben. Es geht also letztlich sogar darum, noch relativ schwache Demokratien in die NATO einzubringen. Freilich kann man den Einbezug noch nicht ganz gefestigter Demokratien in die NATO auch als eine Politik zur Stabilisierung derselben betrachten. Auch kann es als Akt nachträglicher Gerechtigkeit betrachtet werden, wenn

Länder der NATO beitreten, die früher unter der Unfreiheit durch die Teilung des Kontinents gelitten haben. Aber in die „alte“ NATO wären sie wohl nicht aufgenommen worden.

10.5. Die Zukunft der NATO

Die gesamte sicherheitspolitische Situation, also die globale Lage und innerhalb derselben die strategische Situation Europas, stellt den Rahmen für die Weiterentwicklungsmöglichkeiten der NATO dar. Die künftige Rolle und Bedeutung der NATO hängt nicht alleine von ihren militärischen Kernaufgaben und von ihrer Möglichkeit als globaler Akteur im Rahmen von Krisen- und Konfliktmanagementaufgaben ab. In Zeiten eines geänderten Risikobildes gibt es auch andere Herausforderungen, deren Bewältigung von herausragender Bedeutung ist.

10.5.1. Die globale Situation

Die internationale Ordnung und die Machtverhältnisse werden durch das Verhalten der größeren Mächte bestimmt, die politische, ökonomische und militärische Stärke besitzen und imstande sind, in ihrem regionalen Rahmen prägend zu wirken und durch die Gestaltung ihrer internationalen Beziehungen und die Verhältnisse zu den anderen Staaten nachhaltige Wirkung zu erzielen. Dadurch spielen die Anzahl der großen Akteure und die von ihnen gestalteten Bündnisse und Kooperationsformen insbesondere dann eine wichtige Rolle, wenn größere Mächte untereinander selbst Bündnisse abschließen.

Zu den großen Akteuren der Welt rechnet man allgemein die USA, die Europäische Union, Russland, China und Japan. Jüngst ist die Jungatommacht Indien in diesen Kreis aufgerückt. Eine reale Weltmacht von all diesen sind aber nur die USA. Russland ist es trotz seines Atompotenzials und seiner großen konventionellen Streitkräfte aufgrund seiner wirtschaftlichen Schwäche und seiner sozialen Probleme nicht; die weitere Entwicklung ist ungewiss. Die EU ist zwar eine wirtschaftliche Großmacht, eine globale politische Macht aber ist sie nicht und eine militärische Macht erst recht nicht. Ähnliches gilt für Japan, das allerdings Anzeichen einer Entwicklung zu größerer politischer Aktivität – und eines Tages wohl auch zu größerer militärischer Fähigkeit – zeigt. China ist eine regionale Großmacht und im asiatisch-pazifischen Raum der eigentliche Herausforderer der Weltmacht USA im Ringen um Einfluss. Ob es China allerdings in absehbarer Zeit gelingen wird, eine Weltmachtrolle einzunehmen, bleibt dahingestellt, insbesondere auch im Hinblick darauf, dass die innere Entwicklung des Riesenreiches schwer voraussagbar ist. Indien gewinnt zunehmend Bedeutung als künftiger strategischer Partner der USA, ohne seine Bindungen mit Russland zu reduzieren.

Trotz der dominierenden Rolle der USA kann man nicht von einer unipolaren Welt sprechen. Denn trotz ihrer strategischen Überlegenheit und ihrem großen und derzeit uneinholbar erscheinenden militärtechnologischen Vorsprung sind auch die USA von der Kooperation mit Verbündeten abhängig. Selbst die USA haben nur begrenzte Ressourcen, auch militärisch, und sie mussten ihr Konzept, gleichzeitig zwei größere regionale Kriege auf verschiedenen Schauplätzen führen zu können, bereits revidieren. Die von den Amerikanern eingeleitete strategische Wende im Hinblick auf die Entwicklung einer Raketenabwehr und die Militarisierung des Weltalls wird möglicherweise eine neue Situation ergeben. Aber auch diese Maßnahmen dienen mehr dem Schutz des eigenen Landes als der militärischen Beherrschung des Restes der Welt.

Wir leben also in einer quasi-multipolaren Welt, in der neben den größeren Akteuren auch noch eine Reihe kleinerer regionaler Mächte mitzuspielen versucht. In dieser Welt sind die USA mit Abstand die größte Kraft, die einzige Weltmacht, aber nicht der Beherrscher der Welt. Um eine dominierende Rolle

spielen zu können, werden die USA weiterhin auf ihre traditionellen Bündnisse, insbesondere auf die NATO in Europa und auf Japan für Ostasien angewiesen sein.

Die künftigen Funktionen der NATO sollen deshalb im nächsten Abschnitt unter dem Aspekt betrachtet werden, was sich Amerikaner und Europäer jeweils von der NATO erwarten (können). (Dabei werden spezifische Interessen Kanadas ebenso außer Acht gelassen wie die der Türkei.)

10.5.2. Die Nützlichkeit der NATO für die USA und die Europäer

Aufgrund der weitgehenden Deckungsgleichheit von EU und NATO-Europa – jedenfalls was die größeren europäischen Akteure anlangt – ist und bleibt die NATO weiterhin eine sicherheitspolitische Parallele zur EU. Die NATO gibt den USA somit Einflussmöglichkeiten auf die europäische Weiterentwicklung, die sie sonst nicht hätten.

Durch die Existenz der NATO wird die Notwendigkeit zur Entwicklung einer eigenen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) relativiert. Solange es die NATO gibt, ist die ESVP keine absolute Notwendigkeit, weshalb ihre Realisierung auch auf die lange Bank geschoben wird – und eine eigenständige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegt nicht im strategischen Interesse der USA, denen eine Mehrzahl von Bündnispartnern lieber ist als ein großer Gesprächspartner.

Die NATO gibt nicht nur den USA Einflussmöglichkeiten auf die europäische Entwicklung, sie begrenzt auch den Einflussbereich Russlands. Trotz der ersichtlichen – jedoch keineswegs irreversiblen – Verbesserung der strategischen Beziehungen USA–Russland kann den USA nicht an einem großen Einflussbereich Russlands gelegen sein. NATO und NATO-Erweiterung dienen deshalb der Reduzierung der Möglichkeit einer künftigen russischen Hegemonialrolle.

Organisation und militärische Strukturen der NATO (einschließlich der Pfp) geben den USA in Europa eine große Basis für militärische Maßnahmen und Vorkehrungen, wie sie sie sonst auf der Welt nicht vorfinden. Die europäische Infrastruktur ist auch weiterhin im Hinblick auf den Nahen beziehungsweise Mittleren Osten für die USA unverzichtbar. Schließlich hat die NATO auch für die USA eine Reservefunktion im militärischen Bereich. Man weiß letztlich nicht, wie sich die Situation morgen oder übermorgen entwickeln wird, weshalb die Allianz im Hinblick auf die Erhaltung des Einflussbereiches am eurasischen Doppelkontinent auf absehbare Zeit unverzichtbar ist.

Die NATO gibt auch den Europäern eine militärische Rückversicherung, hält die USA in Europa und veranlasst die USA, sich auch mit europäischen Problemen (wie Bosnien und Herzegowina oder das Kosovo) im höheren Maße auseinander zu setzen als sonst. Für den Fall der Wiederkehr des Erfordernisses nuklearer Abschreckung ist die NATO der Garant für Nuklearschutz durch die USA.

Solange das Militärbündnis NATO existiert, haben die Europäer keine Notwendigkeit, eigene vereinte starke Streitkräfte aufzustellen und noch im nationalen Bereich ernsthafte Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Verteidigungsfähigkeit vorzunehmen, weil sie sich in der Stärke des Militärbündnisses ausreichend wohl fühlen.

Gerade im Hinblick auf künftige Herausforderungen (wie zum Beispiel die einer europäischen Raketenabwehr), die jedoch von den Europäern nicht rechtzeitig in Angriff genommen werden, kann das Bündnis mit den USA für die europäischen Interessen existentiell werden, weshalb es töricht wäre, die NATO von europäischer Seite in Frage zu stellen.

Den Europäern blieb dank der US-Führung in der NATO die Rivalität um eine europäische Führungsmacht erspart; diese wäre dem Aufbau einer europäischen Verteidigungsorganisation gegen

die Sowjets nicht förderlich gewesen. Auch für heute gilt, dass Europa keine eigene militärische Führungsmacht braucht, weil diese nach wie vor über die NATO in den USA gegeben ist.

10.5.3. Die Rolle der NATO unter dem Aspekt des strategischen Bedeutungsverlustes

Der Sinn der NATO ist heute nicht die Antwort auf die Frage nach einem einzelnen Zweck, sondern auf die Frage, welchen Beitrag die NATO zur euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur leistet.

Die Bedeutung der NATO sowohl für die USA als auch für die Europäer lässt sich in geopolitischen und geostrategischen Überlegungen ersehen. Die NATO wird dabei in ihrer Bedeutung für die USA zunehmend in eine Reservefunktion gedrängt. Die Bedeutung ist daher relativ geringer, insbesondere deshalb, weil die Europäer mangels ausreichender moderner militärischer Interventionsfähigkeit kein nützlicher Partner für globale Aktionen der USA sind, was die Europäer eigentlich überwiegend auch gar nicht sein wollen. Da aber auch anderen Staaten diese Interventionsfähigkeit fehlt, ist es nur logisch, wenn sich die USA für ihre Aktionen und Vorhaben jeweils Partner oder Verbündete unter regionalen Gesichtspunkten auswählen. Dabei haben die europäischen NATO-Länder selbstverständlich auch einen hervorragenden Stellenwert als regionale Bündnispartner. Aus einer geopolitischen Betrachtung sind dabei Deutschland und Polen die wichtigsten Verbündeten. Man wird sich aber hüten, die europäische NATO auseinander zu dividieren, um spezielle Beziehungen mit hervorstechenden Partnerländern ersichtlich zu machen.

Wenn nun der Stellenwert der NATO geringer erscheint als in der Zeit des Ost-West-Konfliktes, so liegt das ganz einfach daran, dass Europa nicht mehr dieselbe Bedeutung hat wie früher. Das lässt sich durch Reformen nicht ändern. Dazu müsste sich die NATO, sprich: müssten sich die Europäer den neuen Bedrohungen stellen beziehungsweise ihre Bekämpfung zur ersten Aufgabenstellung machen und die militärischen Strukturen dem anpassen, was von der US-Sicherheitsstrategie vom September 2002 verlangt wird. Die Rolle Europas würde bedeutender, wenn die EU imstande wäre, eine diesen Namen auch verdienende GASP zu betreiben, und sich zum Aufbau einer gemeinsamen Interventionsstreitmacht (womit nicht die Abstellung von Landeskontingenten gemeint ist) von anderer Qualität und Quantität als den äußerst bescheidenen ESVP-Zielsetzungen entschliesse. Dann hätte sich der Zweck der NATO in der jetzigen Form erübrigt und nur dann entstünde eine transatlantische Allianz in gleichberechtigter Partnerschaft. So wird es aber höchstwahrscheinlich nicht werden. Die transatlantischen Beziehungen werden – bei gleichzeitiger Relativierung ihrer Bedeutung überhaupt – noch etliche Zeit dem alten Auf und Ab unterliegen, ohne zu zerbrechen.

11. Das nationale Raketenabwehrsystem der USA als strategische Wendemarke

11.1. Missile Defense

Die Ereignisse der letzten Jahre (insbesondere die nordkoreanischen Raketentests und die Nuklearversuche in Indien und Pakistan) haben demonstriert, dass die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen gescheitert ist. Die USA haben dies offenbar zur Kenntnis genommen. Die logische Folge davon ist, aus der passiven Haltung in den Rüstungskontrollverhandlungen einerseits zu einer verstärkten Bereitschaft zu Präventivschlägen gegen Waffenarsenale von feindlichen Ländern, die im Besitz solcher Waffen sind, überzugehen und andererseits den Bereich der Raketenabwehr zu forcieren. Während die Europäer die Zielsetzung verfolgen, eine weitere Unterminierung des Nichtverbreitungsregimes zu vermeiden (– beziehungsweise das Scheitern der Nichtverbreitung nicht wahrhaben wollen), scheint man in den USA gewillt, auf das Unvermeidliche zu reagieren.

Die Entwicklung in Nordkorea hat den Plänen zur Entwicklung eines Nationalen Raketenabwehrsystems in den USA (National Missile Defense – NMD) großen Auftrieb gegeben. Die mögliche Bedrohung Amerikas durch Interkontinentalraketen aus so genannten Problemstaaten (Schurkenstaaten), wie insbesondere Nordkorea, galt auch als die offizielle Begründung für die Anstrengungen in dieser Hinsicht. Nach dem erfolgreichen Test einer nordkoreanischen Trägerrakete (TAEPO DONG) im August 1998 mit einer Reichweite von etwa 2000 Kilometern wurden im Herbst 1999 die Testvorbereitungen für eine neue Trägerrakete mit einer Reichweite von zirka 6000 Kilometern (TAEPO DONG II, nach anderen Angaben mit einer Reichweite von 6000–8000 Kilometern) entdeckt. Die TAEPO DONG II mit einer Reichweite von 6000 Kilometern könnte bereits amerikanisches Territorium erreichen (Alaska und die westlichsten der Hawaiiinseln; darüber hinaus aber auch Teile Europas, und zwar Nordnorwegen, Nordfinnland und den östlichen Teil des europäischen Russlands). Man kann heute davon ausgehen, dass US-Territorium außer durch russische in den nächsten 15 Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit auch durch chinesische und nordkoreanische Interkontinentalraketen getroffen werden kann, mit Wahrscheinlichkeit auch von iranischen und möglicherweise auch von irakischen.

Die Entwicklung Ende 2002, das Eingeständnis Nordkoreas, ein Atomwaffenprogramm zu haben, hat die US-Planungen als realistisch bestätigt. Außer den offiziellen Nuklearmächten USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien besitzen Indien und Pakistan Atomwaffen, und man geht allgemein davon aus, dass auch Israel über solche verfügt. Nordkorea, der Iran, der Irak, Syrien und Libyen sind dabei, Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, und sie arbeiten ebenfalls an Mittel- und Langstreckenraketen zu ihrer Beförderung. Mehrere Industrieländer (insbesondere Japan) könnten, wenn sie wollten, in kürzester Zeit Atomwaffen produzieren.

Da für die USA weder von Frankreich, Großbritannien oder Israel sowie – zumindest für die nächsten Jahrzehnte – auch nicht von Indien und Pakistan eine atomare Bedrohung zu erwarten ist, ergibt sich eine konkrete Bedrohungssituation mit Interkontinentalraketen für die USA in nächster Zeit außer durch Russland nur seitens Chinas und eventuell Nordkoreas. Eine solche Bedrohung seitens des Irans und des Iraks wäre eines Tages möglich, wenngleich sie heute noch nicht sehr realistisch erscheint. Hingegen ist Europa aufgrund der geographischen Distanzen potenziell im wesentlich höheren Ausmaß durch ballistische Raketen aus dem Bereich des Nahen und Mittleren Ostens (wo bereits mehrere Länder über Kurz- und Mittelstreckenraketen verfügen und diese weiterentwickeln) gefährdet.

NMD ist in gewisser Weise ein Überbleibsel des ambitionierten Programms der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) Präsident Ronald Reagens aus 1983, an dem – obwohl sich manche der „Star Wars“-Ideen als illusorisch erwiesen haben – ständig weiter gearbeitet wurde. Einzelne Forschungsarbeiten haben zu Technologieschüben geführt, wie in der Sensor- und Steuerungstechnik, sodass die Amerikaner mittlerweile meinen, im Hinblick auf ihre Entwicklungen im Kommando- und Kommunikationsbereich bereits imstande zu sein, eine begrenzte Raketenabwehr zu errichten. Neben dem NMD-Programm gibt es auch bereits weiter fortgeschrittene Programme der Raketenabwehr im Gefechtsfeldbereich (Theater Missile Defense – TMD) und für die Entwicklung von fortgeschrittenen Abwehrtechnologien im Weltraum (wie z.B. Laserkanonen).

Die USA besitzen heute sowohl technisch als auch finanziell und politisch die Möglichkeit, Raketenabwehrsysteme weiterzuentwickeln. Deshalb werden sie es wohl auch tun, denn sie glauben, dadurch ihre sicherheitspolitische Situation verbessern zu können. Die breite Diskussion über Sinn und Zweck der amerikanischen Raketenabwehrsysteme außerhalb der USA geht an diesem Umstand meist vorbei. Es wurden zahlreiche Argumente vorgebracht, warum NMD nicht sinnvoll sei. Dabei wurde insbesondere immer wieder auf die Fraglichkeit der technischen Machbarkeit hingewiesen: Wird NMD tatsächlich im Stande sein, eine gewisse Anzahl von einfliegenden Gefechtsköpfen zu zerstören beziehungsweise wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, weil ja damit gerechnet werden muss, dass sich auch die Angriffswaffen technisch verfeinern und die Abfangrakete etwa zwischen echten Gefechtsköpfen und Attrappen unterscheiden können sollte. Fehlgeschlagene Tests haben den Kritikern des NMD-Programms Auftrieb gegeben. Man muss aber bedenken, dass technische Probleme den Bau des Programms wohl verzögern, letztlich aber nicht verhindern werden. Die technische Machbarkeit wird eine Frage der Investitionen sein, wie viel also eine amerikanische Regierung bereit ist, in diese Programme zu investieren.

Das alte National-Missile-Defense (NMD)-System der Administration Bill Clinton sah eine begrenzte Abwehrfähigkeit von Interkontinentalraketen vor; begrenzt war die Abwehrfähigkeit hinsichtlich der Anzahl von gleichzeitig angreifenden Raketen, aber auf das gesamte Territorium der USA bezogen. Geplant war die Fähigkeit zum Abfangen von etwa zwanzig Raketen mit bereits hochentwickelten Täuschungsvorkehrungen (d.h. gleichzeitig von vier Täuschkörpern pro einfliegendem echten Gefechtskopf) in der dritten Phase des Projekts im Jahre 2011.

Im Gegensatz zu Clintons begrenztem NMD-Projekt wurde in der Administration George Bush jr. nun eine umfassende Raketenabwehr mit land-, wasser- und weltraumgestützten Elementen angestrebt. Man nennt das Projekt nicht mehr NMD, sondern nur noch Missile Defense (MD). Die Weiterentwicklung dieses Projekts verstieß gegen den Anti-Ballistic-Missile (ABM)-Vertrag von 1972 zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion, der eine das ganze Territorium umfassende Abwehr von strategischen Raketen verbietet. Dadurch sollte seinerzeit ein noch größeres Wettrüsten im Nuklearbereich verhindert werden (– weil man annahm, dass Raketenabwehrfähigkeit zu noch größeren Raketenarsenalen führen würde, um die Fähigkeit der Abwehr zu unterlaufen, somit zweitschlagsfähig und damit abschreckungsfähig zu bleiben). Nach langen erfolglosen Verhandlungen mit Russland zur Abänderung des ABM-Vertrages haben die USA ihn schließlich 2001 gekündigt und unterliegen nunmehr keinen Beschränkungen hinsichtlich der Errichtung einer umfassenden strategischen Raketenabwehr.

Der ABM-Vertrag von 1972 sollte das Gleichgewicht zwischen den damaligen Supermächten bewahren, indem er durch die Begrenzung der Abwehrfähigkeit gegen Raketen die gegenseitige Verwundbarkeit erhielt. So gesehen war er die Basis der Rüstungskontrolle im Kalten Krieg. Vereinfacht gesagt verbot er den beiden Supermächten, ein umfassendes Raketenabwehrsystem

aufzubauen, das den Schutz des ganzen Territoriums bedeutet hätte. Durch das Verbot umfassender Raketenabwehr mussten die Supermächte ihre Nukleararsenale nicht noch weiter aufstocken, um dem Gegner weiterhin Schläge zufügen zu können. Die Logik bestand darin, dass weder die USA noch die Sowjetunion strategische Nuklearwaffen einsetzen würden, weil beide keinen Schutz vor dem Gegenschlag des anderen hatten. Die Abschreckungsfähigkeit verhinderte den Atomkrieg.

Der ABM-Vertrag war tatsächlich die Basis dafür, dass die nukleare Abschreckungsfähigkeit auf einem niedrigeren Niveau aufrecht erhalten werden konnte. Er hat das Wettrüsten begrenzt und wurde als die Basis für weitere Rüstungsbegrenzungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen bezeichnet. So insbesondere für das SALT-I und das SALT-II-Abkommen zur Begrenzung der strategischen Nuklearrüstung.

11.2. Neue Strategien für den Weltraum

Die neueren amerikanischen Intentionen zielen darauf, die Mittel für die Weltraumprogramme des Verteidigungsministeriums zu erhöhen und eigene Weltraumstreitkräfte aufzubauen. Dabei geht es um die Verteidigung von amerikanischen Satelliten, aber es wird auch die Notwendigkeit zur Machtprojektion vom All aus dargetan, also die Stationierung von Angriffswaffen, die vom All aus rasch weltweit eingesetzt werden können, um die Position der USA als die führende Nation im Weltraum zu halten. (Derzeit unterhält kein Land Offensiv- oder Defensivwaffen außerhalb der Erdatmosphäre. Russland und insbesondere China haben sich energisch gegen Rüstungsvorhaben im Weltall ausgesprochen.)

Diese Intentionen gehen über die Pläne der Raketenabwehr (MD) und auch über die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) Reagens hinaus. MD bedeutet ja nur das Abfangen ballistischer Raketen vom Boden aus und zwar in einem begrenzten Umfang. Im All werden dafür lediglich Aufklärungssatelliten stationiert. SDI wiederum sah Abschussvorkehrungen im Weltall gegen angreifende sowjetische Interkontinentalraketen vor. Die neuen Vorstöße zielen auf eine direkte amerikanische Kapazität zur Kriegsführung im Weltall beziehungsweise aus dem Weltall.

Vorerst geht es insbesondere darum, amerikanische Satelliten gegen feindliche Angriffe schützen zu können. Dazu benötigt man Laserwaffen, die feindliche Satelliten oder ballistische Raketen abschießen können. In den USA wurde von einem möglichen „Pearl-Harbor im All“ („Space Pearl Harbor“) gesprochen. Man befürchtet, dass feindliche Regierungen amerikanische Aufklärungs- und Telekommunikations-Satelliten vernichten oder stören könnten. Bei einem Angriff auf amerikanische Satelliten könnten die Wirtschaft des Landes lahmgelegt und fremde Truppen- und Schiffsbewegungen vom Pentagon aus nicht mehr beobachtet werden. Deshalb bedarf es großer Anstrengungen und neuer Ausgaben, um das amerikanische Satellitennetz im Weltall zu schützen.

Es wird vermutet, dass China Systeme zur Störung der amerikanischen Kommunikations- und Informationssysteme zu entwickeln versucht, um Amerika beziehungsweise seinen Streitkräften in einem Konfliktfalle ernststen Schaden zufügen zu können. Angeblich hat China bereits ein Waffensystem mit dem Namen „Parasitärer Star“, das Satelliten vernichten oder stören kann.

Das Weltraumprogramm steht in einem direkten Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem, weil ein hochentwickeltes Abwehrsystem nur funktionieren kann, wenn die weltraumgestützten Überwachungssysteme, von denen es ja abhängt, funktionieren und von Gegnern nicht zerstört werden können.

Sowohl gegen das Weltallprogramm als auch gegen das Raketenabwehrprogramm werden innerhalb und vor allem außerhalb der USA (in Europa) von Kritikern dieselben Argumente vorgebracht: Die Alliierten Amerikas werden irritiert und gehen vielleicht eigene Wege; Moskau und Peking werden ihre eigenen Programme bauen, und überdies wird dadurch ihre strategische Kooperation verstärkt. Es wird zum Wettrüsten im All kommen; die Strategic Arms Reduction Treaties werden verschwinden und das Regime der Nichtweiterverbreitung von ABC-Waffen geschwächt.

Aber auch wenn sich Washington dafür entscheiden sollte, keine Waffen im All zu stationieren, ist es möglich, dass Moskau und Peking Antisatellitentechnologien entwickeln. Russland und China sind schon dadurch herausgefordert, dass sie weder mit der nuklearen noch mit der konventionellen Kriegsführung oder der Raketenabwehr der USA konkurrieren können. Es bieten sich daher Mittel der asymmetrischen Kriegsführung geradezu an, und das wäre – weil relativ einfacher und billiger – eben die Fähigkeit zur Störung und Zerstörung von Satelliten.

Das offizielle Amerika geht allerdings davon aus, dass Gegenmaßnahmen gegen ihre Möglichkeiten der Kriegsführung im Weltall durch die eigene amerikanische technologische Überlegenheit wirkungslos wären.

Die Frage ist, wie die USA entsprechende Vorkehrungen für die eigene Sicherheit entwickeln, ohne dabei andere Mächte, insbesondere China und Russland, zu sehr herauszufordern. Die amerikanische Argumentation ist ja die, dass die USA deshalb Waffen für die Weltraumkriegsführung benötigen, weil sie im All stärker verwundbar sind und stärker vom All abhängen. Bereits 2001 gab es zirka 600 Satelliten, die die Erde umkreisen, und im Jahre 2010 – so Schätzungen – werden es etwa 2000 sein. Der Schutz der wirtschaftlichen Interessen der USA wird außer der möglichen Schädigung der US-Wirtschaft durch die Störung der Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten auch US-Investitionen im Weltall von 500 bis 600 Milliarden US-Dollar bis 2010 betreffen. Deshalb darf die Prognose gewagt werden: Die Militarisierung des Weltalls wird kommen. Es wäre für die darob irritierten Europäer besser, sich darauf einzustellen, statt sich nur darüber zu beklagen.

11.3. Missile Defense, Russland und China

Russland kann sich ein hohes Niveau der strategischen Rüstung nicht mehr leisten. Ein Teil seines Nukleararsenals ist bereits technisch obsolet und es tut sich finanziell sehr schwer, die Weiterentwicklung und Modernisierung seines Nukleararsenals zu betreiben. Russland muss also an einem niedrigen Niveau der strategischen Rüstung interessiert sein, wenn es ein gewisses strategisches Gleichgewicht mit den USA erhalten will. Es sieht aber durch (N)MD das strategische Gleichgewicht negativ berührt und speziell seine Zweitschlagfähigkeit ausgehöhlt, obwohl auch bei einer Abrüstung im Sinne der seinerzeit bereits erfolgten Vorverständigung über einen START III-Vertrag objektiv gesehen die Zweitschlagfähigkeit Russlands aufgrund der geplanten Verringerung auf 2000 bis 2500 Gefechtsköpfe selbst bei einem voll ausgebauten NMD-System erhalten geblieben wäre. Tatsächlich kam es im Mai 2002 zum Abrüstungsvertrag von Moskau, um die atomaren Gefechtsköpfe (von derzeit jeweils 6500 bis 7000) auf je 1700 bis 2200 zu beschränken. (In der Zeit des Kalten Krieges hat die Anzahl der atomaren Gefechtsköpfe sogar je 15 000 beziehungsweise 12 000 betragen). Dieser Spielraum ist so zu verstehen, dass nicht absolute zahlenmäßige Parität angestrebt wird. Beide Seiten können die Anzahl der im Gebrauch bleibenden Waffen nach ihren Bedürfnissen festlegen, und so wird Russland wahrscheinlich nur 1700 und die USA werden 2200 atomare Sprengköpfe einsatzbereit halten, und man kann trotzdem von einer Parität auf diesem Gebiet sprechen. Diese Reduktion ist bis zum Jahre 2012 zu erreichen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die überschüssigen Gefechtsköpfe demontiert werden, aber sie müssen nicht zerstört werden. So haben die USA bereits angekündigt,

einen Teil zu zerstören, einen Teil dauerhaft einzulagern und einen Teil als Operationsreserve einzulagern. Die Anzahl der verfügbaren atomaren Gefechtsköpfe wird also höher sein als die genannten Zahlen. Westliche Rüstungsexperten vermuten jedoch, dass Russland mittlerweile eine Begrenzung auf nur noch etwa 500 bis 600 Gefechtsköpfe anstreben müsste, weil der Unterhalt von mehr einsatzfähigen Raketen auf Dauer zu teuer käme.

Russischerseits sieht man im (N)MD vielfach nur einen Anfang, dessen Weiterentwicklung ungewiss ist. Freilich ist (N)MD in absehbarer Zeit nicht imstande, ein russisches Atompotenzial, wie es sich auch nach der Moskauer Abrüstungsvereinbarung ergibt, zu neutralisieren. Aber man sieht in NMD den Wunsch nach einer umfassenden strategischen Raketenabwehr und fürchtet, dass man irgendwann doch in den Bereich kommt, wo durch den Weiterbau beziehungsweise die Weiterentwicklung der US-Raketenabwehr und eine gleichzeitige Reduzierung des russischen Atomwaffenpotenzials die Zweitschlagfähigkeit der Russen zwar nicht eliminiert, aber doch erheblich reduziert und geschwächt würde. Aufgrund der Flexibilität des Moskauer Abrüstungsabkommens ist zu erwarten, dass die USA wesentlich mehr einsatzbereite beziehungsweise als operative Reserven geführte atomare Gefechtsköpfe haben werden als Russland, das möglicherweise in der Zukunft weniger einsatzbereite Gefechtsköpfe haben könnte, als ihm zu besitzen erlaubt ist. Russland bliebe dann immer noch eine große Atommacht – und auf absehbare Zeit uneinholbar auf Rang zwei – aber eben doch nicht den USA gleichwertig. So gesehen wäre Russland – will es nicht eine erhebliche Machteinbuße in Relation zu den USA am Nuklearsektor in Kauf nehmen – gezwungen, ein größeres Atompotenzial zu behalten, als dies derzeit beabsichtigt scheint, kann dies aber weder heute noch in absehbarer Zeit finanzieren. In Russland weiß man auch, dass man eine strategische Ebenbürtigkeit mit den USA nicht auf Dauer aufrechterhalten kann. Ein rational handelndes Russland wird deshalb auf die Rolle eines gehobenen Juniorpartners zu den USA im strategischen Bereich hinarbeiten und würde als solcher von den USA wohl auch anerkannt werden.

Im Gegensatz zu Russland wird China von den USA nicht als strategischer Juniorpartner und auch nicht als globale Macht anerkannt, sondern nur als ein regionaler Faktor. Für die militärische Planung der USA aber ist China die eigentliche Herausforderung in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten. Offiziell wurde (N)MD mit der entstehenden Fähigkeit zu einer atomaren Bedrohung der USA durch die so genannten Schurkenstaaten Nordkorea, Iran und Irak begründet. Tatsächlich wäre aber vor allem das – derzeitige – strategische Nuklearpotenzial Chinas von einem (N)MD-System betroffen.

China hat derzeit 20 bis 30 strategische Raketen (Interkontinentalraketen und Submarine-Launched Ballistic-Missiles – SLBMs). Es müsste also massiv aufrüsten, um in einer späteren Ausbauphase von (N)MD noch gute Chancen zu haben, genug Raketen durch den US-Abwehrschirm zu bringen, um einen Atomschlag gegenüber den USA glaubhaft anzudrohen. Wenngleich eine mögliche Aufrüstung Chinas heute schwer abzuschätzen ist, so würde sie jedenfalls eine gewaltige Herausforderung für die Wirtschaft des Landes darstellen. Es ist deshalb verständlich, dass China sich besonders energisch gegen die amerikanischen (N)MD-Pläne gewehrt hat (und ebenso dagegen, dass die USA ein TMD-System gemeinsam für Japan, Südkorea und allenfalls auch für Taiwan entwickeln).

11.4. Der Bedeutungsverlust nuklearer Abschreckung

Durch die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen wird die militärische Vorherrschaft der USA natürlich stark herausgefordert. Die Supermacht USA tut sich in der immer komplizierter werdenden Welt nicht leicht, da ihre Politik einerseits von Doktrinen geprägt ist und andererseits oft übersimplifiziert erscheint. So kam es zu eigenartigen Entwicklungen, dass zwar Indien – immerhin die größte Demokratie der Welt, mit welchen Schwächen auch immer –

für seine Nuklearwaffentests (anfangs) gestraft wurde, während man China – dem demokratische Standards wohl noch lange abgehen werden – hinsichtlich Ost- und Südasiens eine Großmachtrolle zuerkennt und ihren Atomwaffenbesitz als etwas Selbstverständliches betrachtet.

Generell bleibt für die USA die Politik der Interventionsfähigkeit und der militärischen Präsenz in verschiedenen Teilen der Welt wichtig. Die Interventionsfähigkeit der USA wird durch den Atomwaffenbesitz verschiedener Länder aber problematisch, weil sie Vergeltungsschläge auf sich oder ihre Verbündeten im Zusammenhang mit militärischen Maßnahmen fürchten müssen.

Die Entscheidung für den Bau von (N)MD enthält zweifellos Risiken für die Beziehungen der USA zu Russland, zu China und den europäischen Alliierten. Aber was bedeutet das schließlich schon? Die Russen und Chinesen bekämpfen ohnedies die Versuche amerikanischer Weltmachtführung und streben eine multipolare Welt an. Auch unter den Europäern gibt es zumindest einige, die dafür Verständnis haben (Frankreich). So sind die Interessensgegensätze zwischen Russland und den USA beziehungsweise China und den USA offenkundig. Eine realpolitische Überlegung wird auf die Schaffung von Fakten setzen und nicht auf Rhetorik. Was bringt es den USA, wenn die Beziehungen mit China offiziell gut bleiben, es dafür aber einem chinesischen Atomanschlag ausgesetzt ist? Wenn hingegen nach einem erfolgreich eingerichteten (N)MD-System diese Bedrohung weitestgehend verschwindet, so muss China diesem Umstand Rechnung tragen.

Die Gefahr einer durch (N)MD ausgelösten Aufrüstung in Asien ist freilich kein leeres Hirngespinnst. Auch amerikanische Geheimdienste gehen davon aus, dass China sein kleines Arsenal strategischer Atomraketen ausbauen könnte. Eine solche Maßnahme könnte wiederum Indien dazu verleiten, seinerseits das derzeit noch bescheidene Nuklearpotenzial weiterzuentwickeln. Wenn Indien das tut, so scheint es sicher, dass auch Pakistan sein noch kleineres Atompotenzial vergrößern würde. Im Vergleich zu Russland, das derzeit noch etwa 5000 Gefechtsköpfe haben dürfte, wirken die geschätzten maximal 18 landgestützten CSS-4 Raketen mit je einem Gefechtskopf der Chinesen sowie die zwölf Raketen auf einem strategischen U-Boot, dessen Reichweite allerdings aufgrund der US-Beobachtungen nicht als sehr groß eingeschätzt wird, nicht überzeugend. (Insgesamt, das heißt einschließlich taktischer Waffen, dürfte China rund 400 Atomwaffen besitzen; Indien dürfte rund 60 und Pakistan etwa 30 Gefechtsköpfe besitzen, darunter aber keine strategischen.) Das strategische Atompotenzial Chinas scheint mehr symbolischer als realistischer Art zu sein. Die Frage aber, ob durch (N)MD China sich zu einer effizienten strategischen Nuklearmacht verwandeln wird, ist wohl falsch gestellt. Die Frage wird die sein, ob China sich die Entwicklung zu einer globalen Macht in militärischer Hinsicht derzeit beziehungsweise in absehbarer Zeit leisten kann und will. Der Aufbau militärischer Ressourcen zur Machtprojektion im Bereich des ost- und südchinesischen Meeres und zur Herstellung der militärischen Fähigkeiten zur Eroberung Taiwans müsste eigentlich Vorrang haben. Wenn China aber die Möglichkeiten entwickelt, um eine global wirksame militärische Macht oder zumindest eine strategische Nuklearmacht zu werden, so wird es dies wohl unabhängig von amerikanischen Vorkehrungen über ein (N)MD-System tun. Die Möglichkeiten Indiens und vor allem Pakistans zum Aufbau eines großen Atompotenzials dürfen – zumindest auf absehbare Zeit – jedenfalls nicht überschätzt werden. Im Hinblick auf die effektiv vorhandenen gewaltigen Atompotenziale der USA und Russlands scheinen die möglichen Aufrüstungsbestrebungen der atomaren Kleinstmächte nicht sehr beeindruckend. Wohl aber kann jede Aufrüstung im Bereich Asiens zu einer Verkomplizierung der ohnedies angespannten Situation führen und ist zweifelsohne der Stabilisierung Asiens nicht förderlich.

Fest steht, dass die Politik zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen sowie von Raketentechnologie zur Beförderung von Massenvernichtungswaffen

beziehungsweise die dabei gesetzten Maßnahmen nicht funktioniert haben beziehungsweise nicht ausreichend waren und dass sich immer mehr Staaten in den Besitz dieser Waffen und Technologien setzen. Sich gegen die Verbreitung von Raketen durch Abwehrmaßnahmen schützen zu wollen, ist eigentlich logisch. In der heutigen vielfältiger gewordenen Welt kann die Abschreckungslogik des Kalten Krieges nur noch begrenzt, das heißt auf berechenbare Großmächte angewendet werden. Gegenüber neuen Kleinstatommächten – die es in absehbarer Zeit mit hoher Wahrscheinlichkeit geben wird – bedarf es anderer Strategien. Darauf haben sich die USA bereits eingestellt. Japan und Europa werden zunehmend mit dieser Frage konfrontiert werden.

Die Entwicklung in Nordkorea beziehungsweise der nordkoreanisch-amerikanischen Beziehungen, nämlich die Offenbarung Nordkoreas über sein Atomwaffenprogramm und sogar Kriegsdrohungen gegenüber den USA, haben dieser Frage besondere Aktualität verliehen.

11.5. Die US-Militärmacht der Zukunft

Im Sinne einzelner bereits erfolgten Offenlegungen (z.B. Nuclear Posture Review, Frühjahr 2002; einer Strategie der Nuklearplanung, um die Bedrohung der USA mit Massenvernichtungswaffen auszuschalten beziehungsweise davor abzuschrecken) über die umfassende strategische Überprüfung für eine Reform der Streitkräftestruktur kann man sich bereits ein ungefähres Bild über die künftige Militärmacht USA machen.

Bei der Positionierung der US-Administration Bush jr. in der Sicherheitspolitik handelt es sich um eine bewusste strategische Weichenstellung. Die Veränderung der Nuklearstrategie besteht einerseits in der Entwicklung und dem Bau eines umfassenden Raketenabwehrsystems (sowie der Planung einer Waffenstationierung im Weltall) und andererseits in einer Reduzierung des nuklearen Angriffspotenziales. Die nukleare Abschreckung verliert, der Schutz vor nuklearen Angriffen gewinnt an Bedeutung gegenüber den Staaten im Besitz von Nuklearwaffen.

Die Maßnahmen dazu werden in der Reduzierung der Anzahl von Interkontinentalraketen und nuklearen Gefechtsköpfen, der Reduzierung der strategischen U-Boote und der Herausnahme eines Teiles der B-52- und B-2-Bomber aus den nuklearen Streitkräften bestehen. Diese Reduzierungen wollten die USA ursprünglich einseitig durchführen; man hielt nicht viel von den in der Zeit des Kalten Krieges gepflegten Systemen von verhandelten gleichzeitigen Reduktionen und der Ausarbeitung wechselseitiger Verifikationsprozeduren. Man hat dann aber doch mit Moskau Gespräche geführt, die von russischer Seite als Verhandlungen bezeichnet wurden, und man hat schließlich – wohl unter dem Eindruck der russischen Unterstützung im amerikanischen globalen Krieg gegen den Terrorismus – den russischen Wünschen entsprochen und einen Vertrag zur Reduzierung der atomaren Gefechtsköpfe abgeschlossen (24.5.2002 in Moskau). Der Vertrag ist allerdings sehr flexibel und soll – wie schon ausgeführt – bis 2012 die Zahl der atomaren Gefechtsköpfe auf 1700 bis 2200 für jede Seite verringern. Dieses Ziel muss erst 2012 erreicht sein. Dadurch, dass die überschüssigen Gefechtsköpfe nicht zerstört werden müssen, sondern gelagert und reaktiviert werden können, haben die USA die Möglichkeit, tatsächlich wesentlich mehr Waffen funktionstüchtig zu behalten als Russland, das sich das ja nicht mehr leisten kann. Die USA können sich bis 2012 die Entwicklung der strategischen Situation ansehen und dann erst entscheiden, ob sie ihre Gefechtsköpfe vernichten oder den Vertrag kündigen und dann Atomwaffen in beliebiger Zahl behalten (was theoretisch, aber wohl nicht in der Praxis auch Russland könnte). Trotz theoretischer strategischer Parität mit Russland können die USA also ihr Atompotenzial weitestgehend beibehalten und Russland diesbezüglich wohl deutlich zurücklassen. Der Vertrag dient also mehr dem Anschein einer formellen Abrüstungsverpflichtung und einer strategischen Parität im Nuklearbereich als einer wirklich festen vertraglichen Bindung.

Auch im Falle einer Reduzierung der Anzahl der strategischen Gefechtsköpfe genügt die verbleibende Anzahl, um nukleare Abschreckung glaubhaft aufrechtzuerhalten; das gilt hinsichtlich des sinkenden russischen Arsenal.

Im Rahmen der Reform der Streitkräftestruktur könnte die Zahl der strategischen U-Boote von 18 auf 14 reduziert werden, und ein Teil der strategischen Bomber wird anstatt mit Nuklearwaffen mit konventionellen Bomben beziehungsweise Marschflugkörpern ausgestattet. Es soll also die Fähigkeit geschaffen werden, den strategischen Luftkrieg auch mit konventionellen Waffen zu führen; dazu kommt auch, dass die U-Boote mehr als bisher mit Marschflugkörpern ausgestattet werden. (Neben den 18 strategischen Raketen-U-Booten gibt es 55 Kampf-U-Boote, die bisher nicht optimal mit Marschflugkörpern versehen sind.)

Gleichzeitig wird aber die nukleare Abschreckung gegenüber Nichtnuklearstaaten erweitert, indem Vorbereitungen für mögliche Nukleareinsätze zur Vergeltung von Angriffen mit biologischen, chemischen und anderen Massenvernichtungswaffen getroffen werden, wenn die entsprechenden Ziele durch andere Offensivmaßnahmen nicht ausgeschaltet werden können. Weiters wurde der Bedarf nach Entwicklung von Atomwaffen artikuliert, die gegen unterirdische Bunkereinrichtungen eingesetzt werden können. Durch den Einsatz kleinerer Atomwaffen soll deren Einsatzmöglichkeit realistischer und dadurch eine höhere Abschreckungsfähigkeit gegenüber Ländern erreicht werden, denen der Einsatz von Massenvernichtungswaffen und die Unterstützung terroristischer Organisationen zugetraut wird.

Die Basis für diese Überlegungen ist die Prognose, dass einerseits künftig die häufigsten bewaffneten Konflikte zur Kategorie des Kleinkrieges zählen werden und dass andererseits die internationalen militärischen Konfrontationen zwischen größeren Mächten über weite Distanzen mit Fernwaffen und mit elektronischen Mitteln gegen Datennetze und Fernmeldeverbindungen geführt werden. Die Konsequenz davon ist, Umfang und Struktur, Ausrüstung und Unterstützung der Streitkräfte von Grund auf zu ändern. Dazu soll es in den USA auch zusätzliche Mittel für die Verteidigungsbudgets geben.

Die Größe des Heeres wird dabei deutlich reduziert werden. In Zukunft könnte es hingegen mehr schwere Langstreckenflugzeuge mit konventioneller Bewaffnung (mit Luft-Boden-Abstandswaffen und zielsuchenden Gefechtsköpfen ausgestattet) geben, was auf Kosten der Jagdbomber kürzerer Reichweite gehen wird. Auch die Ausstattung des Marinekorps könnte reduziert werden.

In heftiger Diskussion ist die Zukunft der großen Flugzeugträger, bei denen die zunehmende Verwundbarkeit ein großes Problem darstellt. Überlegt werden ihre Reduzierung und der Einsatz von kleineren Flugzeugträgern. Die Zahl der größeren Überwasserschiffe (Kreuzer, Zerstörer, Fregatten) wird nicht erheblich reduziert werden.

Schließlich wird es zu einem Wechsel von Zielen der strategischen Streitkräfte kommen. Private Schätzungen gehen dahin, dass die Anzahl der Ziele amerikanischer Internkontinentalraketen in Russland um 50 Prozent verringert und die in China um etwa 100 Prozent erhöht werden könnten.

Von den Reformen betroffen wird auch das Konzept, gleichzeitig zwei (zuletzt reduziert auf eineinhalb) größere regionale Kriege führen zu können. Generell werden die militärischen Operationen und Arsenalen künftig stärker auf Asien (und dort vor allem auf China) und weniger auf Europa beziehungsweise Russland ausgerichtet sein. Die USA orientieren sich neu auf kleinere Streitkräfte mit globaler Beweglichkeit und interkontinentaler Reichweite. Hohe Feuerkraft, gesteigerte Eindringfähigkeit gegen verteidigte Ziele oder Angriffsziele und hohe Zielsicherheit der Waffen sollen den operativen Erfolg künftiger Einsätze sicherstellen und die USA in die Lage versetzen, jeden Konflikt

mit begrenzten, aber flexibel einsetzbaren Mitteln fortgeschrittener Technologie meistern zu können. Die Militärstruktur aus der Zeit des Kalten Krieges ist in eine Richtung hin zu verändern, wo es nicht mehr darauf ankommt, wo und wann ein Krieg entstehen könnte, sondern darauf, wie ein Gegner Krieg führen könnte. Trotz allem werden die USA Militärbasen in Westeuropa und in Nordostasien ebenso benötigen wie Vereinbarungen für den zeit weisen Zugang für eine Dislozierung amerikanischer Truppen.

11.6. Die nationale Sicherheitsstrategie der USA

11.6.1. Das amerikanische Selbstverständnis

Die USA sind heute ein unangefochtenes Imperium, sowohl in politischer und wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht. Ohne den Einsatz der zentralen Ordnungsmacht USA geht sehr wenig, sei es im Nahen Osten, in Mittelasien, hinsichtlich der indisch-pakistanischen Beziehungen und des Konfliktes um Kaschmir, aber auch in Afrika und sonstigen Weltgegenden gibt es ohne USA-Einsatz meist keinen Friedensschub. Die Weltwirtschaft ist stark von der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft abhängig. Das amerikanische Militär ist allen anderen derzeit weit überlegen. Große Mächte wie China, Indien oder Russland werden in absehbarer Zeit zu arm sein, um die USA im technisch-militärischen Bereich überholen zu können. Ländern, die das eventuell könnten, wie Japan oder den Ländern Europas als Gesamtheit, fehlt der politische Wille dazu.

Trotz der enormen militärischen Überlegenheit der USA ist ein großes Wettrüsten zur Verringerung des amerikanischen Vorsprunges für die absehbare Zukunft sehr unwahrscheinlich, eben weil den Europäern und den Japanern der Wille dazu fehlt und weil die anderen größeren Mächte dazu derzeit nicht imstande zu sein scheinen.

Davon und von den amerikanischen Werten und der Stärke Amerikas selbst geht die nationale Sicherheitsstrategie des Jahres 2002 aus, die eine außenpolitische Vision ist und militärische, wirtschaftliche und moralische Aspekte integriert: Die USA seien ein Erfolgsmodell für eine Gesellschaft auf der Grundlage von Freiheit, Demokratie und freiem Unternehmertum. Wenn die Welt ein besserer Ort für alle ihre Bewohner werden wolle, müsse sie diesem Beispiel der USA folgen. Dass sich die USA als Weltanschauungsmissionar sehen, ist nicht neu. Ein großer Teil der Sicherheitsstrategie ist deshalb der globalen Wirtschaft und insbesondere der Entwicklungshilfe beziehungsweise der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer – natürlich nach amerikanischen Vorstellungen – gewidmet. Eine Welt, in der die Hälfte der Menschheit in Armut lebt, sei weder gerecht noch stabil. Der Einschluss der Armen in einen wachsenden Kreis der Entwicklung sei ein moralischer Imperativ und eine der höchsten Prioritäten der internationalen Politik der USA. Es gehe um einen Sieg in einem Kampf um Werte und Ideen, zu dem auch ein Kampf um die Zukunft der muslimischen Welt gehört. Im Sinne einer Förderung des globalen Wirtschaftswachstums werden insbesondere der Internationale Währungsfond und die Weltbank aufgefordert, sich auf eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums durch gesunde Finanz- und Geldpolitik zu konzentrieren.

Die Strategie ist zwar kein grundsätzlicher Richtungswandel in sicherheitspolitischer Hinsicht (vielmehr die konsequente Weiterverfolgung eines schon vor Bush jr. eingeschlagenen Weges), aber sie ist als eine Art geschichtsphilosophisches Traktat und als ein geostrategisches Grundlagenreferat für das 21. Jahrhundert zu lesen und es spricht einiges dafür, dass die Strategie tatsächlich von weitreichender Bedeutung sein kann, weil sie die sich in den letzten Jahren entwickelten neuen amerikanischen Vorstellungen eindeutig formuliert und gewichtet. Die Strategie, zuweilen auch „Bush-Doktrin“ genannt, gibt tatsächlich Parameter für die Weltpolitik vor. Sie ist eine pragmatische

Ausrichtung auf den Zweck und beschreibt die Abkehr von vertrauten Gewohnheiten des Kalten Krieges. Wenn man so will: Der Kalte Krieg wird hier konzeptiv endgültig strategisch zu Grabe getragen.

Die Grundlage der amerikanischen Sicherheitspolitik ist die eigene Stärke. Es sind die Fähigkeiten der Menschen, die Dynamik der Wirtschaft und die Verlässlichkeit der Institutionen. Die USA haben Werte und sie sind gewillt, diese gegen jeden Feind zu verteidigen. Wer nämlich gegen ihre Werte ist, der ist der Feind der USA. Und die Verteidigung der Werte besteht nicht im Hoffen, das nichts passieren wird beziehungsweise der beste Fall eintritt, sondern in der Vorbereitung, den Feind notfalls schlagen zu können. Die Geschichte urteilt – so die Strategie – hart über jene, die eine Gefahr heraufkommen sahen, aber verabsäumt haben zu handeln. Und in der neuen Weltepoche, die bereits begonnen hat, ist der einzige Weg zu Frieden und Sicherheit der Weg von rechtzeitigen Aktionen. Die internationale Gemeinschaft hat heute die besten Chancen, die es überhaupt in der moderneren Zeit gegeben hat, dass die großen Mächte friedlich miteinander wettstreiten, anstatt sich kontinuierlich für den Krieg vorzubereiten.

Die Herausforderer Amerikas sind derzeit nicht andere große Mächte, sondern eher die versagenden Staaten, von denen Unsicherheit ausgeht und die auch den Boden für die Aktivität terroristischer Gruppen bilden. Im Kampf gegen den Terrorismus stehen die großen Mächte auf einer Seite.

Nach amerikanischer Ansicht haben alle Nationen eine hohe Verantwortlichkeit für die Gesamtsituation. Die Nationen, die sich der Freiheit erfreuen, müssen aktiv gegen den Terrorismus kämpfen. Nationen, die von der internationalen Stabilität abhängen, müssen mithelfen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Keine Nation ist alleine im Stande, eine sichere und bessere Welt zu bilden. Das muss aus einer Zusammenarbeit aller freiheitsliebenden Nationen erfolgen.

Die Sicherheitsstrategie erklärt, dass sie darauf abziele, die Welt besser zu machen. Die Ziele sind politische und ökonomische Freiheit, friedliche Beziehungen mit anderen Staaten und der Respekt vor der Menschenwürde. Die Strategie reflektiert die Verbindung der amerikanischen Werte und der nationalen Interessen.

11.6.2. Dominanz und Prävention

Die USA haben schon lange den Terrorismus als eine der Hauptgefahren für die Sicherheit angesehen. Die Bekämpfung des Terrorismus und die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie waren deshalb bereits seit vielen Jahren im Fokus amerikanischer Außenpolitik. Durch die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington hat sich das verstärkt. Die USA betrachten sich seit damals als im Krieg gegen den Terrorismus befindlich; das ist nicht eine plakative Beschreibung, sondern ein Empfinden: Die USA sind im Kriegszustand. Dieser Umstand beeinflusst die Strategie maßgeblich.

Als sicherheitspolitisches Motto kann man die Prinzipien der Überlegenheit (Dominanz) und der Prävention (Präventivkriegsführung) angeben. Die USA wissen um ihre militärische Überlegenheit und sie werden es nicht zulassen, dass diese von irgendeiner Seite angefochten wird. So heißt es in der Doktrin, dass die US-Streitkräfte stark genug sein werden, um jeden möglichen Gegner davon abzuhalten, eine militärische Aufrüstung in der Hoffnung zu verfolgen, die Macht der Vereinigten Staaten zu erreichen und zu überbieten. Es wird allerdings eingeschränkt, dass die USA ihre wirtschaftliche und militärische Macht nicht dazu einsetzen werden, um sich einseitige Vorteile zu verschaffen, sondern im Gegenteil, um weltweit eine freie und offene Gesellschaft zu ermutigen.

Wesentlich aber ist: Die USA haben den Willen, künftig keinen auch nur annähernd gleich starken Konkurrenten zuzulassen. Denn militärische Überlegenheit ist eine gute Basis für die Verteidigung.

Die USA seien weniger bedroht von Staaten, die eine Eroberungspolitik verfolgen, als von solchen, die selbst versagen, von schwachen, dem Zerfall geweihten Regimen die Massenvernichtungswaffen einsetzen könnten, sowie von düsteren Netzwerken von einzelnen Personen. Die größte Gefahr für die Freiheit liegt in der Kreuzung zwischen Radikalismus und Technologie. Durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie kann es geschehen, dass auch schwache Staaten und kleine Gruppen katastrophale Gewaltmittel für Schläge auch gegen große Nationen besitzen. Deshalb kann es erforderlich sein, dass die USA einer Bedrohung ihre Landes und ihrer Menschen durch einen militärischen Präventivschlag (wie z.B. gegen den Irak, der Massenvernichtungswaffen besitzt und nach US-Angaben in internationale terroristische Netzwerke verknüpft ist) zuvorkommen.

Obwohl die USA bei präemptiven Schlägen gegen terroristische Organisationen immer versuchen werden, die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu bekommen, werden sie nicht zögern, alleine zu handeln, wenn es notwendig ist, um ihr Recht auf Selbstverteidigung durch präemptive Aktionen gegen solche Terroristen auszuüben, um sie dadurch zu hindern, dem Land oder der amerikanischen Bevölkerung Schaden zuzufügen.

Es geht dabei sehr wohl um die amerikanischen Interessen, aber diese basieren ja auf den amerikanischen Werten, die im Grunde genommen ja weltweit durchgesetzt werden sollten. Die USA fühlen sich aufgrund ihrer Machtfülle auch in der Rolle einer einzigartigen Verantwortung im globalen Sinne. Die USA werden – so die Strategie – ihre Macht nicht in allen Fällen zur Vorbeugung gegenüber aufkommenden Bedrohungen verwenden. Die Absicht solcher Aktionen wird es nur geben, um einer spezifischen aktuellen Bedrohung für die USA oder für ihre Alliierten und Freunde zu begegnen. Die Gründe einer solchen Aktion werden klar sein, die Gewaltanwendung angemessen und die Sache gerecht. Mit der Ankündigung eigener Präventivmaßnahmen ist auch die Warnung und Belehrung verbunden, dass andere Nationen die Prävention nicht als Rechtfertigung für Aggression verwenden sollen.

11.6.3. Abschreckung als notwendige, aber nicht hinreichende Strategie

Die von Kommentatoren vielfach behauptete Abkehr der USA von der Abschreckung (Stichwort: Prävention statt Abschreckung) geht in dieser Form weder aus der Strategie noch aus dem Verhalten der USA hervor. Tatsache ist, dass die nukleare Abschreckung derzeit an Bedeutung verliert. Dieser Prozess hat aber schon vor langem eingesetzt. Spätestens seit der SDI-Rede von Präsident Reagan im Jahre 1983, in der die USA die Schaffung einer Raketenabwehr ankündigte, wurde das Konzept der Abschreckung durch Vergeltung um den Aspekt der Verteidigung gegen einen Nuklearangriff ergänzt. Der Paradigmenwechsel von „nur Abschreckung“ zu Abschreckung als *ein* Element sowie aktive Verteidigung und Vorbeugung als ein zweites fand spätestens mit der Konkretisierung der NMD-Pläne in der Ära des Präsidenten Clinton statt.

Es sei – so die Strategie – nicht mehr möglich, diejenigen abzuschrecken, die die USA und alles wofür die USA einstehen, hassen. Abschreckung genügt nicht für die derzeit aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen; insofern ist das Zeitalter der Politik der Abschreckung passé. Die Feinde Amerikas besitzen heute oder morgen Massenvernichtungswaffen und sie sehen diese nach der US-Strategie nicht mehr als „Waffen für den schlimmsten Fall“, sondern als „Waffen der Wahl“ an. Die Maßnahmen dagegen sind Stärkung der Rüstungskontrolle und „Gegenproliferation“. (Ein solches Konzept war ähnlich schon 1993 in der Ära Clinton entwickelt worden.) Gegenproliferation ist ein Bündel von aktiven und passiven Schutzvorkehrungen gegen die

Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die vom Bau einer Raketenabwehr bis zur Zerstörung militärisch relevanter Ziele im Ausland reichen. Darin hat auch der Präventivkrieg seinen Platz. Wo es nicht mehr möglich ist, sich durch Abschreckung Sicherheit zu schaffen, weil die Abschreckung nicht wirkt (etwa gegen einen religiös oder politisch fundamentalistisch motivierten Terroristen, der zum Selbstmord bereit ist), müssen andere Mittel eingesetzt werden.

Solche vorbeugenden Angriffe galten bislang als gerechtfertigt, wenn eine unmittelbare Bedrohung vorlag. Das gilt es aber nach der Strategie an die heutigen Zustände anzupassen: Heute reicht der Verdacht, dass ein anderes Land (oder dort befindliche Terroristen) einen Angriff planen, damit der Schlag gerechtfertigt ist, auch wenn Unsicherheit über Ort und Zeit des Angriffes besteht.

Für eine militärische und politische Großmacht behält die Abschreckung dennoch einen wichtigen Platz in der sicherheitspolitischen Prioritätenreihung. Andere, nämlich präventive Verteidigungsanstrengungen wie Raketenabwehr und Schutz der Zivilbevölkerung werden aber wichtiger. Reihen lassen sich diese Elemente nicht mehr; das wird jeweils von der aktuellen Situation abhängen.

Der Präventionskrieg beziehungsweise der präventive Schlag gilt also dem Schutz der USA gegen Angriffe mit Massenvernichtungswaffen von „Schurkenstaaten“ beziehungsweise gegen terroristische Angriffe.

11.6.4. Die „Nationale Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen“

Ein weiteres Element der Bemühungen, den Bedrohungen durch Terroristen und „Schurkenstaaten“ zu begegnen, ist die am 11. Dezember 2002 vorgestellte „Nationale Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen“. Sie soll deutlich machen, dass potenzielle Feinde der USA, die atomare, biologische oder chemische Waffen gegen amerikanische Truppen oder ihre Alliierten einsetzen, ihrerseits mit dem Einsatz amerikanischer Massenvernichtungswaffen (inklusive Atomwaffen) rechnen müssen.

Die Veröffentlichung dieser Strategie wurde als Warnung an den Irak interpretiert. Schon beim Zweiten Golfkrieg 1991 war dem Irak der Einsatz von Massenvernichtungswaffen angedroht worden, sollte er selbst solche gegen die US-Streitkräfte einsetzen. Die Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen ist eine Fortschreibung älterer Konzeptionen; die letzte Formulierung war 1993 in der ersten Präsidentschaft von Bill Clinton erfolgt. Zu dieser Zeit lag der Schwerpunkt auf der Durchsetzung der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Schon damals war aber der Einsatz von Massenvernichtungswaffen als Gegenmaßnahme angedroht worden. Die neue Strategie stellt eine neue Art der Abschreckung dar. Sie besteht aus drei Säulen: Erstens aus der Weiterverfolgung der traditionellen Politik der Nichtweiterverbreitung, der Rüstungskontrolle und der Abrüstung. Dazu kommen passive Schutzvorkehrungen, das Folgen-Management; es besteht in der Vorbereitung der USA für den Fall, dass es zu einem Angriff mit Massenvernichtungswaffen kommt. Wesentlich aber ist die aktive Schutzvorkehrung, die Gegenproliferation, die schon in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 aufscheint; sie besteht (außer in der Raketenabwehr und in der Zerstörung militärischer Ziele) in der Abschreckung durch Androhung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen.

Die USA verfügen damit über eine integrierte Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen; eine integrierte Politik in diesem Bereich haben sie hingegen noch nicht. Statt einheitlicher Anwendung der Strategie gegen jeden werden länderspezifische politische Strategien verfolgt: Massenvernichtungswaffen besitzende Länder werden unterschiedlich behandelt, je nachdem, ob man sie gerade braucht oder nicht.

11.6.5. Die USA in den internationalen Beziehungen

Hinsichtlich der Bemühungen der EU, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik beziehungsweise eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, führt die Strategie aus, dass diese europäischen Bemühungen begrüßt werden und dass durch enge Konsultationen sicherzustellen sei, dass diese Entwicklungen zusammen mit der NATO wirksam werden. Die Strategie sieht auch vor, dass die NATO Fähigkeiten entwickeln muss, um kurzfristig eine hochmobile spezielle Streitmacht einsetzen zu können, um gegen die neuen Bedrohungen wirksam vorzugehen, und zwar überall dort, wo dies erforderlich ist. Das heißt also auf der ganzen Welt.

Die NATO muss sich den neuen Bedrohungen hinsichtlich ihrer Struktur und der militärischen Ausrüstung anpassen, wenn sie so bedeutsam bleiben will, wie sie es in der Vergangenheit, also der Zeit des Kalten Krieges, war. Die NATO kann ihre Bedeutung nur wiedererlangen, wenn sie fit ist für globale Einsätze entweder der NATO selbst als Ganzes oder als Koordinator für Koalitionen der Willigen. Es überrascht nicht, dass die NATO damit indirekt zurückgestuft wird, weil sich die Europäer der Globalisierung nicht stellen wollten und wohl auch in der Zukunft nicht dafür entscheiden werden.

Als die relevanten Mächte werden Russland, China und Indien angesehen. Mit Russland wird ja bereits eine neue strategische Partnerschaft errichtet; jedenfalls sind die USA und Russland nicht mehr länger strategische Gegner. Es gibt potenzielle gemeinsame Interessen und sogar konkrete, wie die Kooperation im globalen Krieg gegen den Terrorismus. Durch den neuen NATO-Russland-Rat wird die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zwischen Russland, den Europäern und den USA selbst gestärkt, und die Bemühungen zur Integration Russlands in die euroatlantische Gemeinschaft werden weitergehen. Aber bis es wirklich eine strategische Partnerschaft ist, wird es noch dauern, denn Russlands Bemühungen im Bereich der Nonproliferation sind nicht überzeugend und Russland hat auch noch demokratiepolitisch und wirtschaftlich einiges nachzuholen. Aufgrund der feststellbaren eklatanten Schwäche Russlands ergeben sich Beschränkungen der Möglichkeiten der Kooperation.

Hinsichtlich Indiens haben die USA ihre Beziehungen einer markanten Umwandlung unterzogen. Kritik an Indiens Nuklearpolitik und Raketenprogramm sowie an noch unzureichenden wirtschaftlichen Reformen gibt es zwar weiterhin, aber sie dominieren die Beziehungen nicht mehr. Das geschieht vielmehr durch die Absicht, gemeinsam strategische Stabilität in Asien zu errichten. Dies und der Krieg gegen den Terrorismus sind gemeinsame strategische Interessen, die die USA und die sich allmählich entwickelnde Weltmacht Indien verbinden. Es gibt eine starke Beziehung zu Indien.

Auch die Beziehungen zu China sollten eine stabile, friedliche und prosperierende asiatisch-pazifische Region sichern. Die Entwicklung eines starken, friedlichen und prosperierenden China wird begrüßt. Die argen Demokratiedefizite Chinas trüben die Beziehungen freilich. Auch die Intention Chinas zur Verstärkung seiner militärischen Fähigkeiten kann dazu führen, dass sich seine Nachbarn bedroht fühlen. Aber die Perspektive ist, dass auch China eines Tages erkennen wird, dass soziale und politische Freiheit die einzige Quelle wahrer Größe darstellt. Die USA suchen eine konstruktive Beziehung mit einem sich wandelnden China und kooperieren bereits in jenen Bereichen, wo sich die Interessen überschneiden. Auch hier wird der Kampf gegen den Terrorismus angeführt, aber ebenso versucht, auf der koreanischen Halbinsel Stabilität walten zu lassen.

Hinsichtlich der strategischen Gesamtsituation geht man vom Bewusstsein aus, dass die ihresgleichen suchende militärische Stärke der USA ein so starker Faktor ist, dass in den strategisch bedeutendsten Regionen der Welt der Friedenszustand aufrecht erhalten werden kann.

12. Die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen

Die USA und Europa driften – langsam, aber beständig – auseinander. Ein Prozess der außenpolitischen Entfremdung hat nach dem Ende des Kalten Krieges eingesetzt. Sie haben unterschiedliche außenpolitischen Prioritäten, sie nehmen Bedrohungen und Gefährdungen unterschiedlich wahr und entwickeln daraus Strategien, die mitunter kollidieren. Nach einer These, (die u.a. von Robert Kagan: *Power and Weakness*. In: *Policy Review*, Juni 2002, vertreten wird) ist die strukturelle Ursache dafür das riesige militärische Machtgefälle zwischen den USA und Europa; dieses führt zu auseinanderlaufenden außenpolitischen Perspektiven, ja sogar Ideologien. Wer über militärische Macht verfügt, entwickelt die Neigung, sie auch zu gebrauchen. Wem diese Macht aber fehlt, der entwickelt verständlicherweise eine Abneigung gegen deren Einsatz. Dadurch kommt es zu unterschiedlicher Wahrnehmung von Bedrohungen, wobei Schwäche dazu veranlasst, Bedrohungen herunterzuspielen oder gar zu ignorieren. Doch auch objektiv sind die Bedrohungen für beide Seiten unterschiedlich. Denn gerade wegen ihrer Stärke und ihrer internationalen Rolle fühlen sich die USA in einer viel massiveren Weise von „Schurkenstaaten“ wie dem Irak bedroht als die Europäer. Die Art aber, wie die USA global Ordnung stiften wollen, wird als Provokation europäischer Ordnungsvorstellungen vermehrt zu transatlantischen Konflikten und zur weiteren Entfremdung führen. Die neue US-Sicherheitsstrategie vom September 2002 mit der unverhüllten Darlegung der amerikanischen Dominanz, die unbedingt aufrechterhalten werden soll, und der Inanspruchnahme des Rechts auf präventive Kriegsführung gegen Länder, von denen (oder aus denen) sich die USA als ernsthaft bedroht erachten, wird die Entfremdung vertiefen. Dennoch wird vermutlich so viel Substanz verbleiben, dass die transatlantischen Beziehungen zwischen Europa und den USA ernsthaften Spannungen ausgesetzt sein, aber nicht zerreißen werden.

12.1. Die konsensuale Hegemonie der USA

Vor 1989 war die strategische Situation völlig klar: Die Vereinigten Staaten besaßen ein überragendes Interesse, Westeuropa aufgrund seiner geopolitischen Lage und seiner Ressourcen nicht in die Hände des weltpolitischen Rivalen Sowjetunion fallen zu lassen. Dafür waren die USA bereit, mit großer diplomatischer Energie sowie mit hohem militärischen und finanziellen Engagement eine Allianz mit Europa einzugehen. Die Europäer genossen Sicherheit unter dem amerikanischen Nuklearschirm und sie genossen auch die Vorzüge eines berechenbaren Währungs- und Handelsregimes. Im Gegenzug waren die Europäer bereit, sich der „konsensualen Hegemonie“ der Vereinigten Staaten zu unterwerfen. Die amerikanische Strategie der Doppeleindämmung von Sowjetunion und Deutschland löste die beiden zentralen sicherheitspolitischen Probleme des Nachkriegs-Europa.

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation wurde die Frage, wie der Westen mit seinen strategischen Rivalen Russland und China und mit seinem wichtigsten strategischen Partner, der Türkei, umgehen soll, noch nicht zufrieden stellend geklärt.

Die USA sehen ihre Aufgabe in globaler Hinsicht als die einer Ordnungsmacht, die wegen ihrer überlegenen Rüstungstechnik auch kriegerische Instrumente anzuwenden bereit ist, um ihre Vorstellungen von Stabilität und Menschenrechten zu fördern. Die EU hingegen hat primär regionale Interessen und baut wegen ihrer geringen militärischen Fähigkeiten auf die friedensstiftende Kraft von Diplomatie und Handel.

Die Mehrheit der EU-Länder ist weiterhin daran interessiert, Amerika als Rückendeckung gegen Unwägbarkeiten im Osten (und auch als Gegengewicht zu Deutschland in der Alten Welt) involviert zu

halten. Gleichzeitig pocht man aber auf mehr Eigenständigkeit in Sicherheitsfragen. Die USA wiederum wollen einen schlagkräftigen europäischen Pfeiler in der NATO zur Unterstützung ihrer globalen Ordnungsvorstellungen, aber keine autonome Militärpolitik der EU.

12.2. Die traditionelle Sicherheitskooperation am Prüfstand

Die Sicherheitskooperation mit Europa war für mehr als ein halbes Jahrhundert das Rückgrat der amerikanischen globalen Strategie. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation passen die USA ihre Strategien nun den neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten an. Gleichzeitig versucht Europa, einen eigenständigen Weg in der Sicherheitspolitik zu gehen. Obwohl es nach wie vor eine Vielzahl gemeinsamer Interessen und Bedürfnisse gibt sowie auch gemeinsame Herausforderungen, haben Europa und die USA begonnen, eigene Wege zu gehen. Dabei haben sich die Europäer noch nicht entschieden, ob sie im Rahmen ihrer zunehmenden Eigenständigkeit ein gelegentlicher Unterstützer der Amerikaner in ihrer globalen und hegemonialen Rolle sein wollen oder die Rolle eines Rivalen einnehmen werden.

Durch die hegemoniale Stellung der USA und durch den macht- und handelspolitischen Unilateralismus der USA steigt in Europa jedenfalls der Widerwille gegen eine amerikanische politische Bevormundung. Die USA wiederum sind misstrauisch gegenüber den europäischen Initiativen zur Eigenständigkeit.

Europäisch-amerikanische Differenzen sind in wichtigen Bereichen ganz deutlich zu Tage getreten. So in der Nahostpolitik oder hinsichtlich des internationalen Strafgerichtshofes. Die Meinungsverschiedenheiten sind tief gehend und belasten gelegentlich sogar das traditionell enge Verhältnis zwischen Großbritannien und den USA, ohne dabei allerdings die „Special Relationship“ zu den USA als Kern der britischen Außenpolitik in Frage zu stellen.

Das transatlantische Verhältnis ist heute insbesondere dadurch belastet, dass Europäer und Amerikaner häufig unterschiedliche Ansichten zur Lösung von Konflikten oder zur Reaktion auf sich anbahnende Krisen haben. Das hat sich beim Kampf gegen den Terrorismus gezeigt, wo die Europäer verneinen, einen umfassenderen Ansatz als die Betonung des militärischen zu haben, und auch verstärkt die Beseitigung der Ursachen des Terrorismus als Ziel sehen. Und es zeigt sich beim Konflikt Israel-Palästina, wo die Europäer der Suche nach Verhandlungslösungen eine größere Chance geben wollen.

Die Auseinandersetzungen kommen auch in den unterschiedlichen Auffassungen über den Umgang mit den so genannten „Schurkenstaaten“ zum Tragen. Während die Europäer vorzugsweise auf diplomatische und politische Mittel setzen und Gewaltanwendung nur als letzte Option ansehen wollen (die außerdem eigentlich gar nie zum Tragen kommen sollte), definieren die Amerikaner die Situation im Sinne von Gut und Böse in der Annahme, dass das Böse eher früher als später auch ausgeremert werden müsse. (Helmut Sonnenfeldt: Spannungen im transatlantischen Gebälk. In: NZZ, 6.5.2002.)

Darüber hinaus erscheinen die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Europa insbesondere für konservative Amerikaner zunehmend als unprofitabel für die USA. Die Auffassung über die Weltordnung differiert seit Ende des Kalten Krieges zunehmend, was zu unterschiedlichen Schlüssen hinsichtlich der grundlegenden Fragen der Internationalen Sicherheit, des internationalen Handels aber auch hinsichtlich völkerrechtlicher Fragen wie dem internationalen Gerichtshof, der Menschenrechtssituation oder der Souveränität der Staaten führt.

Die USA müssen einen gewissen Aufwand für die Europäer tragen und das geht ihnen für ihre Fähigkeiten, außerhalb Europas westliche Interessen zu verteidigen, bereits ab. Die USA – so eine

häufig anzutreffende amerikanische Sicht – verteidigen die westlichen Werte alleine und ohne nennenswerte Beiträge der Europäer. Europa sei mangels militärischer Kapazitäten zu einer gemeinsamen Außenpolitik noch gar nicht fähig. Deshalb wäre der Abzug der in Europa gebundenen US-Truppen eine Entlastung für die USA und würde ihnen freie Ressourcen für andere Einsatzräume im Sinne ihrer nationalen Interessensvertretung geben. Das bedeutet nicht eine Aufhebung der Beistandsverpflichtung des Artikel V des Nordatlantikvertrages, der ja weiterhin im nationalen US-Interesse liegt; aber mangels aktueller Bedrohungssituation der Europäer wäre nach dieser Sicht ein Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa durchaus vertretbar. Ohne eine entsprechende Modernisierung der Europäischen Streitkräfte (was wohl eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben von derzeit etwa zwei auf etwa drei Prozent des jeweiligen BIP erfordern würde) sind die europäischen NATO-Verbündeten einfach keine gleichgewichtigen Partner mehr.

12.3. Die eigenständige EU als Problem

Die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen, also der Beziehungen der Europäer zu den USA, sind ein komplexes Kapitel für sich. Einerseits belastet die aktuelle europäische Entwicklung in der Sicherheitspolitik diese Beziehungen. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch (theoretisches) Streben nach Autonomie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegenüber den USA und gleichzeitiges Zurückfallen der Europäer in ihren militärischen Fähigkeiten. So wird der Abstand in den militärischen Fähigkeiten zwischen den USA und den Europäern immer größer, die Europäer sind aus der US-Sicht daher nur noch begrenzt brauchbare Partner. Sie sind das lediglich noch hinsichtlich der europäischen Stützpunkte und als Entlastung für die USA in globalen Aufgaben. Die Europäer erweisen sich in der Sicherheitspolitik zunehmend als ein leichtgewichtiger Partner der USA.

Die sicherheitspolitische Relevanz der EU ist aufgrund der weitgehenden Identität der EU mit NATO-Europa auch im Zusammenhang mit der NATO zu sehen. Die NATO könnte alles, was die ESVP können will. (Die Beiträge der Neutralen/Allianzfreien sind nicht wesentlich.) Nach dem neuen strategischen Konzept der NATO von 1999 ist aber klar geworden, dass es den Amerikanern nicht gelungen ist, das Bündnis zu einem global wirksamen Akteur zu machen, und dass sie ihre Bündnispartner – trotz einiger formaler Festlegungen – nicht auf eine konsistentere Politik gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und zur Bekämpfung des Terrorismus sowie der internationalen Kriminalität im Rahmen der NATO zu verpflichten vermochten.

Unter dieser Voraussetzung spielt die Erweiterung der EU für die Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen wahrscheinlich eine untergeordnete Rolle. Die EU wird zwar größer und ihr wirtschaftliches Gewicht wird sich mittelfristig durch die EU-Erweiterung wohl vermehren. Das politische Gewicht der EU muss aber durch die Erweiterung keineswegs steigen; es kann auch durchaus abnehmen, weil zu erwarten ist, dass wegen und nach der Erweiterung die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen beeinträchtigt werden wird.

Hinsichtlich der Rolle der NATO wird die EU-Erweiterung vermutlich eine größere Bedeutung haben. Die Kandidatenländer der EU sind entweder schon NATO-Mitglieder oder streben die NATO-Mitgliedschaft an. Die Osterweiterung wird daher mittelfristig für eine (wieder) größere Identität zwischen EU und NATO-Europa sorgen.

Obwohl sie den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten hat, gilt die Türkei weder ökonomisch noch in demokratischer Hinsicht als EU-reif. Für die Amerikaner ist sie als das östlichste NATO-Land unersetzbar. Sie benötigen sie zur Eindämmung des Irak, zur Durchlöcherung der Isolation Israels, im

Widerstand gegen die Hegemonialbestrebungen Russlands im Kaukasus und im Hinblick auf den (erhofften künftigen) Transport von Öl- und Gas aus den Vorkommen am Kaspischen Meer.

12.4. Die militärische Schwäche der Europäer als Problem

Schon in der Zeit des Kalten Krieges monierten die Amerikaner, dass ihre europäischen Verbündeten mehr Mittel für ihre Verteidigungsfähigkeit ausgeben und die USA hinsichtlich ihrer für die Verteidigung Europas bereitgestellten militärischen Ressourcen entlasten sollten (Lastenverteilung). Obwohl die Hauptbedrohung Westeuropa galt, verließ man sich diesseits des Atlantiks auf die Militärmacht USA.

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich diesseits und jenseits des Atlantiks neue sicherheitspolitische Prioritäten ergeben. Statt dem einen großen Krieg gilt das Augenmerk den vielen kleineren Krisen und Konflikten, die auch Europa mit dem Wiedereinsetzen nationalistischer Auseinandersetzungen in der postsowjetischen Ära heimsuchten. Zur Erhaltung der Stabilität war es erforderlich, solche Konflikte einzudämmen. Wenn diplomatische Mittel (wie z.B. im Baltikum) zur Beseitigung der Spannungen nicht ausreichten, waren auch militärische Aktionen zur Wiederherstellung des Friedens erforderlich (Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien).

Die Militärinterventionen erfordern andere militärische Fähigkeiten als die traditionelle Territorialverteidigung. Modernste Präzisionswaffen, Fernaufklärung durch Satelliten, moderne Kommunikations- und Führungssysteme und die Fähigkeit zu raschem Transport von Truppen und Material über lange Distanzen sind die bekannten Stichworte dafür. Darüber hinaus verändert sich auch die Kriegsführung generell. Die Militarisierung des Weltalls (Waffenplattformen für Raketen im All, Laserkanonen) ist im Versuchsstadium; unbemannte Aufklärungsflugkörper gibt es bereits; unbemannte Kampfflugzeuge und Kampfroborer sind im Planungs- und Entwicklungsstadium; Marschflugkörper werden verfeinert und künftig im Masseneinsatz zur Verfügung stehen; ballistische Raketen werden verbessert; kleine Atomwaffen mit begrenzter Schadenswirkung werden geplant, um die nukleare Abschreckungsfähigkeit durch die realistische Androhung des Einsatzes von Atomwaffen zu erhöhen; das Gefechtsfeld zu Lande und zu Wasser werden Raketenwaffen und gesteuerte Präzisionsmunition beherrschen und so weiter. Gegen all das nimmt sich sogar die deutsche Bundeswehr, vor kurzem noch stolzes Kernstück der traditionellen Territorialverteidigung gegen einen möglichen sowjetischen Angriff, sehr bescheiden aus.

Die Entwicklung moderner Waffensysteme kostet Geld. Nicht so viel, wie der Unterhalt der Massenheere im Kalten Krieg, aber doch mehr, als die Europäer auszugeben bereit sind, denn sie wollen nach dem Kalten Krieg die „Friedensdividende“ voll kassieren. Sie haben zwar ihre Streitkräfte radikal reduziert (z.B. Deutschland von [1985] rund 480 000 auf [2000] 220 000 oder die Niederlande von 106 000 auf 52 000 Mann), die verbliebenen Streitkräfte aber – im Gegensatz zu den USA – noch nicht mit Priorität auf die neuen Aufgaben umgestellt, weshalb sie bei sinkenden Verteidigungsbudgets nur sehr bescheidene Mittel in die Entwicklung moderner Waffensysteme investieren. Die USA hingegen investieren großzügig in diesen Bereich.

Die technologische Lücke zwischen den USA und ihren europäischen Partnern wird immer größer. Eine Erhöhung der Militärbudgets wie in den USA (die ja ohnedies bereits ein höheres Budget haben) erscheint in Europa derzeit aber nicht realistisch. Der Mangel an Aufklärungsmitteln, strategischer Transportkapazität, Präzisionsmunition und Präzisionswaffen wie Marschflugkörper beeinträchtigt das Vermögen der Europäer, sich an Einsätzen zu beteiligen. Ja sogar im konventionellen Bereich der Truppenerstellung haben die Europäer Schwierigkeiten; Obwohl die europäischen NATO-Streitkräfte

rund zwei Millionen Soldaten umfassen, bereitet die Zusammenstellung von 30 000 Soldaten, die im Zuge der Rotation alle sechs Monate in das Kosovo geschickt werden müssen, große Probleme.

Seit Jahren mahnen die USA die Europäer, mehr in ihre militärische Fähigkeiten zu investieren. Spätestens der Kosovo-Krieg 1999 hat den Europäern vor Augen geführt, dass sie trotz zusammengenommen deutlich höherer Truppenzahlen gegenüber den USA militärisch nicht mehr ernst zu nehmen sind. Die Europäer sind kaum noch imstande, essentielle Beiträge zu militärischen Operationen zu leisten, was die USA im Kampf gegen den Terrorismus nach dem 11. September 2001 deutlich gemacht haben. Die USA brauchen die Europäer nicht, wenn es ernst wird.

12.5. Die weltweite Wahrnehmung gemeinsamer transatlantischer Interessens

Anstelle der früheren Debatten über das „Burden-Sharing“, also die Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses, ist in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Debatte über die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen von Amerikanern und Europäern getreten. Amerikanische Sicherheitspolitiker haben schon in der Mitte der neunziger Jahre die Sinnhaftigkeit des Fortbestandes der NATO davon abhängig gemacht, dass sie sich globalisiere, also zur weltweiten Wahrnehmung der gemeinsamen transatlantischen Interessen fähig werde. Wenn sich die USA für die europäische Sicherheit interessieren, dann müssen auch die Europäer gewillt sein, die gemeinsamen Interessen außerhalb Europas wahrzunehmen, auch im Bereich des Nahen und Mittleren Ostens.

Die Bereitschaft der meisten europäischen Länder zu einem globalen Engagement blieb gering. Eine häufige europäische Befürchtung war die, dass eine Ausweitung des Handlungsrahmens der NATO als globaler Akteur von Russland als konfrontative Maßnahme gewertet würde. Den meisten europäischen Ländern ist viel an einer Einbindung Russlands in die europäisch-atlantische Sicherheitsarchitektur gelegen.

Bislang ist es den Amerikanern nicht gelungen, ihre europäischen Bündnispartner auf eine konsistentere Politik gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und zur Bekämpfung des Terrorismus sowie der internationalen Kriminalität im Rahmen der NATO festzulegen. Die Initiative der USA vom September 2002 zur Bildung einer schnell verlegbaren Einsatztruppe der NATO für Kampfeinsätze weit außerhalb der Bündnisgebiete wurde beim NATO-Gipfel in Prag im November 2002 von den Regierungschefs der NATO-Länder unterstützt; die Truppe soll bereits 2004 teilweise verfügbar und spätestens ab Oktober 2006 voll einsatzfähig sein. Manche Kommentatoren versprechen sich von diesem Projekt einen Katalysatoreffekt für die überfällige Modernisierung der Streitkräfte der europäischen Mitglieder der NATO. Ob diese neue „NATO Response Force“ aber auch Bewegung in Richtung global wirksame NATO bringt, bleibt abzuwarten.

Parallel dazu hat sich erwiesen, dass die von der NATO seit 1996 im Grundsatz akzeptierte „Europäische Sicherheitsidentität“ mit der Möglichkeit europäisch geführter Einsätze (im Rahmen der NATO) in jenen Fällen, in denen die USA nicht oder nur mittelbar involviert sein wollen, nicht zum Tragen kommt, obwohl im Frühjahr 1999 diese Option mit der aktivierten neuen Kommandostruktur der NATO operativ umgesetzt wurde (CJTF). Die Europäer haben vielmehr im Rahmen der GASP die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ zu entwickeln versucht und dafür auch eine Struktur und Organisation gefunden – was sie noch nicht haben, sind die ohnedies bescheiden geplanten militärischen Ressourcen im strategischen und hochtechnologischen Bereich für eine eigene Eingreiftruppe.

12.6. Der Afghanistan-Krieg als Einschnitt im transatlantischen Verhältnis

12.6.1. Spannungen zwischen den Europäern und den USA im Kampf gegen den Terrorismus

Trotz aller Beteuerungen sind nach den Anschlägen des 11. September 2001 sehr bald Dissonanzen ins transatlantische Verhältnis eingeleitet. Die USA führten ihren Kampf gegen den Terror nach ihren Interessen und nach ihren eigenen Vorstellungen. Sie planten diesen Kampf nicht gemeinsam mit ihren Verbündeten oder Partnern, sie verlangten auch keine aktive Beteiligung an diesem Kampf, sondern nur moralische und andere Arten der Unterstützung.

Gerade hinsichtlich der Nahostpolitik gehen die Europäer nach dem 11. September eigene Wege, halten an Arafat bewusst fest und unterstützen die US-Politik nicht; die USA hingegen zeigen größeres Verständnis für Ariel Sharons „Politik der Unterdrückung“; diese wird als ein Kampf gegen den Terrorismus betrachtet.

Massive und offene Kritik an der amerikanischen Politik kam erwartungsgemäß zuerst aus Frankreich. Frankreichs Außenminister Hubert Védrine gab im Februar 2002 kund, dass er Amerikas Analysen der Gefahren für Frieden und internationale Sicherheit nicht teile. Die USA seien unilateralistisch. Sie gingen einzig von der Auslegung der eigenen nationalen Interessen aus und verweigerten jegliche internationale oder multinationale Vereinbarung. Alle Probleme der Welt würden nun einzig unter dem Aspekt der Bekämpfung des Terrors gesehen – ein neuer Simplizismus der Hypermacht USA. Védrine distanzierte sich von Bushs „Achse des Bösen“ und warnte vor einem US-Vorgehen gegen den Irak. (Dies löste eine Reaktion des US-Staatssekretärs Powell aus, Védrine schwafte Unsinn.) Warnungen vor einem Krieg gegen den Irak kamen auch vom deutschen Bundeskanzler Schröder und von Außenminister Fischer (Warnung vor „Abenteuern“).

Dass der amerikanische Krieg gegen den Terrorismus für manche Europäer nicht einen besonderen Bezug zu westlichen Werten hatte, sondern ganz einfach als Ausdruck des globalen Machtstrebens der USA betrachtet wurde, kam zum Beispiel durch eine Erwiderung von 130 liberalen Intellektuellen in der Süddeutschen Zeitung vom 10. April 2002 zum Ausdruck.

Kritik kam aber auch vom britischen EU-Kommissar für außenpolitische Belange, Chris Patton. Dieser meinte, dass sich ein wahrer Freund der USA verpflichtet fühle, die Besorgnis über gewisse Tendenzen in der amerikanischen Außenpolitik zur Kenntnis zu geben. Die Neigung der Administration Bush zum Unilateralismus und zum Hervorkehren ihrer militärischen Macht sei zutiefst irreführend.

Der Einfluss der Europäer auf amerikanische Entscheidungen hat sich als irrelevant erwiesen. Daraus ist viel Frustration in Europa entstanden, wie es sich sehr gut an den französischen Reaktionen gegenüber der US-Politik ersehen lässt: Für Frankreich bedeutet die Unausweichlichkeit des US-Unilateralismus, der sich ja zwangsläufig aus der enormen rüstungstechnologischen Überlegenheit und der höheren Einsatzbereitschaft ergibt, eine Demütigung. Die Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen sollte man deshalb nicht als allzu rosig erwarten.

12.6.2. Der Bedeutungsverlust der NATO

Die amerikanische Politik nach dem 11. September 2001 hat demonstriert, dass die USA die NATO derzeit nicht als das globale Instrument ansehen, mit dem sie ihre Interessen wahrnehmen können. Die Anschläge des 11. September haben zwar in weiten Teilen der Welt und insbesondere in Europa große Betroffenheit und starke Anteilnahme sowohl am Schicksal der Menschen als auch am Staat USA

hervorgerufen. Aber die Maßnahmen der USA in dem von ihnen erklärten Krieg gegen den Terrorismus haben die latenten Probleme zwischen den USA und Europa im sicherheitspolitischen Bereich aktiviert. Mangels der Fähigkeit (jedenfalls ausreichender Fähigkeit) der Europäer zu einer umfassenden Teilnahme an ihrem Kampf gegen das Taliban-Regime Afghanistans haben die Amerikaner in bilateralen Vereinigungen ihren Krieg vorbereitet und durchgeführt. Die Aktivierung des Artikels V des Washingtoner Vertrages einen Tag nach den Anschlägen des 11. September wurde zwar als Solidarisierung zur Kenntnis genommen, von manchen Amerikanern aber auch als überflüssige Deklaration betrachtet. Die Devise der USA war die, dass sich aus den Zielen die Bündnisse ergeben und nicht umgekehrt, dass Bündnisse Zielsetzungen bestimmen. Europäische Appelle, an den Entscheidungen beteiligt zu werden, klangen fast bittend.

Die unterschiedlichen Auffassungen zwischen den USA und den Europäern kamen sehr deutlich zum Vorschein. Zwar drückten die amerikanischen Politiker und Analytiker immer wieder in warmen Worten ihre Bekenntnisse zur NATO und ihre Freundschaft zu den europäischen Verbündeten aus, doch sie machten den Europäern auch klar, dass für diesen Krieg eine hochtechnisch gerüstete Streitmacht erforderlich ist, die nun einmal nur die USA zur Verfügung haben. Die Europäer müssten eben deutlich mehr in ihre Streitkräfte investieren und diese sowohl technologisch als auch hinsichtlich der Interventionsfähigkeit massiv auf- beziehungsweise umrüsten. Die Europäer gestehen ihre eigenen militärischen Defizite durchaus ein, beklagten diese auch und beteuern, dass diese eigentlich beseitigt werden sollten. An die tatsächliche rasche Behebung ging man aber nicht heran. Dafür gab es verschiedene europäische Hinweise auf das Erfordernis, die Ursachen des Terrorismus zu beseitigen, die mit dem Nord-Süd-Konflikt sowie mit Armut und Hunger in der Dritten Welt identifiziert wurden. Den Amerikanern hingegen schien lediglich wichtig, ob ein Land bereit ist, an dem von ihnen geführten Krieg gegen den Terrorismus teilzunehmen, und in welcher Art es dazu fähig ist.

Die Hoffnung, dass die Tragödie vom 11. September die USA und Europa wieder enger zusammenschmieden werde, hat sich nicht erfüllt. In Europa hat sich viel Unmut über die amerikanische Weltpolitik, die Politik gegenüber Krisenregionen und den Problemstaaten aufgestaut und ist teilweise auch abgeladen worden. Angesichts der von den USA vorgeführten technischen Leistungsfähigkeit und militärischen Überlegenheit ist der Solidaritätsvorrat rasch geschrumpft. Von amerikanischer Überheblichkeit und Engstirnigkeit wurde und wird gesprochen.

Die Erfahrung ihrer Einflusslosigkeit und Machtlosigkeit ist es, die die Europäer gegen die Amerikaner aufbringt. Es sind reflexhafte Empörungen, die einem Amerika gelten, das nach dem Schock des 11. September nicht in sich ging und die Ursachen dafür erforschte, warum es zu diesen Anschlägen kam, nicht den Friedensdialog mit den Problemstaaten suchte und so weiter, sondern sich sehr schnell wieder gefunden hat, gegen seine (jedenfalls als solche gesehenen) Feinde aktiv vorgeht und seine Rolle als einzige Weltmacht bestätigt sowie sich dabei von Freunden und Verbündeten keine Fesseln anlegen lässt.

Wenn die Europäer im Rahmen der NATO gleichwertige Partner der USA sein wollen, damit die NATO selbst wiederum einen sowohl politisch als auch militärisch erstklassigen Stellenwert besitzt, so müssten sie die Fähigkeit zu modernem militärischen Konfliktmanagement erwerben. Es ist aber derzeit nicht zu ersehen, dass sie das tun werden. Auch aus der neuen nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002 geht hervor, dass sich die Europäer (in der NATO) in Ausrüstung und Struktur den neuen Bedrohungen anpassen müssen, wenn sie wollen, dass die NATO so bedeutsam bleibt beziehungsweise wieder wird wie in der Vergangenheit; diese muss ihre Bedeutung erst wiedererlangen, wozu sie für globale Einsätze fit sein müsste. Die US-Initiative für eine gemeinsame, schnell verlegbare Eingreiftruppe für Kampfeinsätze der NATO vom September 2002 sollte den

Europäern wohl letztmalig eine Chance geben, den Stellenwert der NATO (und damit ihren eigenen) als auch militärisch relevante Institution wiederherzustellen. Diese Truppe müsste technisch im Stande sein, mit US-Streitkräften integriert zu werden, und rasch und effizient für Kampfeinsätze im feindlichen Gebiet verfügbar sein. Sie wäre nach US-Sicht eine Anpassung des Bündnisses an die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, damit es kollektiv auf neue asymmetrische Bedrohungen wie Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (offenbar im Sinn der neuen nationalen Verteidigungsstrategie der USA, die auch Präventionskriege gegen diese Bedrohungsarten vorsieht) reagieren kann. Es scheint völlig klar, dass die NATO als Militärorganisation für die USA nur relevant ist, wenn sie kollektiv auf globale Bedrohungen westlicher Interessen reagieren kann und will.

Ein entsprechender Beschluss zur Aufstellung dieser Eingreiftruppe ist am NATO-Gipfel in Prag am 21./22. November 2002 gefallen. Ob dieser Beschluss im Gegensatz zu bisherigen Absichtserklärungen zur Steigerung der militärischen Fähigkeiten relevante reale Folgen haben wird, bleibt abzuwarten. Größte Skepsis ist aus der Erfahrung und einer realistischen und vorsichtigen Einschätzung europäischer Politik dabei angebracht.

12.7. Die Bedeutung der zweiten NATO-Osterweiterung für die transatlantischen Beziehungen

Die bevorstehende Erweiterung der NATO wird die europäische Sicherheitsarchitektur ein weiteres Mal nachhaltig weiterentwickeln. Sie wird eine Stabilisierung des Wandlungs- und Demokratisierungsprozesses der Reformländer des ehemaligen Osteuropas bewirken, die Überwindung der Teilung Europas in sicherheitspolitischer Hinsicht darlegen und eine Ausdehnung der westlichen Stabilitätszone nach Osten mit sich bringen.

Durch die NATO-Osterweiterung werden alte Funktionen der NATO ausgeweitet beziehungsweise vertieft, wie etwa, dass es keine Hegemonialmacht in Europa geben soll, dass die spätere theoretische Möglichkeit einer russischen Hegemonialrolle in Teilen Europas reduziert oder ausgeschlossen wird. Auch die Rolle der NATO zur Erhaltung von Frieden und Stabilität in Europa wird durch die Erweiterung ausgeweitet, ebenso die NATO-Funktion der Verhinderung von Kriegen in Europa.

Die Erweiterung der NATO auf letztlich 24 oder gar 26 Mitglieder bringt freilich auch die Frage aufs Tableau, wie die Allianz noch funktionieren soll. Die Neulinge von 1999, Polen, Ungarn und Tschechien, sind noch längst nicht in die militärischen Strukturen integriert. Konsens wird schwieriger sein. Aber auch das sollte nicht überbewertet werden, denn der Konsens war jetzt schon schwierig, man denke nur an die Rolle Frankreichs.

Die zweite NATO-Osterweiterung bedeutet auch eine Verfestigung des amerikanischen Einflusses auf die europäische Sicherheitspolitik. Die USA werden weiterhin die Führungsmacht der NATO bleiben und die NATO wird europäische Stabilität garantieren. Das macht die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) weniger dramatisch. Da die meisten EU-Mitglieder – insbesondere alle größeren – auch Mitglieder der NATO sind, spielt es so gesehen eigentlich keine Rolle, wie schnell die Zielsetzungen im Rahmen der ESVP zur Aufstellung einer eigenen europäischen Eingreiftruppe tatsächlich realisiert werden.

Der ohnedies ersichtliche Trend des Wandels der NATO von einem militärisch dominierten zu einem politischen Bündnis, in dem das militärische nur noch eine Reservefunktion hat, wird durch die Erweiterung nachhaltig verstärkt. Es ist fraglich, ob die NATO die Funktion des Krisen- und Konfliktmanagers, wie sie sich im Bosnien-Einsatz und im Luftkrieg um das Kosovo bewährt hat, auch

weiterhin erfüllen wird können. Die Vergrößerung spricht prinzipiell gegen eine rasche Handlungsfähigkeit im Sinne von Krisenreaktion. Der Afghanistankrieg der USA hat auch gezeigt, dass die USA nicht das Bündnis als solches benötigen, sondern dass es gleichsam wie ein Bausteinsystem angesehen wird, wobei man sich einzelne Partner bilateral für die Mitwirkung an internationalen Aktionen herausucht oder mit ihnen kooperiert.

Die zweite NATO-Osterweiterung wird wahrscheinlich auch eine Verbesserung der derzeit sehr angespannten transatlantischen Beziehungen mit sich bringen. Die neuen NATO-Mitglieder werden nämlich Wert auf gute Beziehungen zu den USA legen und damit innerhalb der europäischen Länder das Bedürfnis nach guten Beziehungen mit den USA wesentlich verstärken.

13. Möglichkeiten und Trends der strategischen Entwicklung

Am Ende des 20. Jahrhunderts hat sich das von den Staaten getragene internationale System fundamental verändert. Durch das Ende des Kalten Krieges ist ein Grundmuster der möglichen Orientierung für Staaten weggefallen, nämlich die kommunistische Variante der Ordnung. Mit dem Wegfall der Zweiten Welt, nämlich der sowjetisch-kommunistischen, ist auch die Einteilung in die Erste, Zweite und Dritte Welt nicht mehr relevant. Wenngleich sich in China und einigen kleinen Ländern kommunistische Systeme gehalten haben, so hat sich doch das marktwirtschaftliche System praktisch global durchgesetzt – und breitet sich auch in China aus. Das kommunistisch gebliebene China ist kein Vorbild für andere Staaten und global gesehen (zumindest noch) keine maßgebende ordnungspolitische Kraft.

Der Siegeszug der Marktwirtschaft war sozusagen der ordnungspolitische Auftakt oder Befreiungsschlag zur Globalisierung. Die Globalisierung scheint auch von einem Siegeszug der innenpolitischen Demokratisierung begleitet. Tatsächlich gab es eine Reihe von Erfolgen dieser Art. „Schurkenstaaten“ und Diktaturen erscheinen in der politischen Beobachtung oft als die Ausnahme und werden als atypisch für das internationale System empfunden. Dem ist freilich gegenüber zu halten, dass etwa zwei Drittel der Mitgliedsländer der UNO nach wie vor als Diktaturen oder autoritäre Regime einzustufen sind. Die Durchschlagskraft demokratischer Ordnungen und in ihre Einflussnahme auf das internationale System – vom Westen, insbesondere von den Europäern oft als logische Entwicklung empfunden – wird sich erst erweisen müssen. Die ordnungspolitischen Möglichkeiten der Demokratie sind jedenfalls manchem Zweifel ausgesetzt.

Globalisierung heißt auch, dass die gegenseitigen Abhängigkeiten größer geworden sind. Dieser Umstand ist aber nicht kombiniert mit einer bestimmten Ordnungsfähigkeit oder einem Ordnungsrahmen durch die Globalisierung. Es bedarf keiner besonderen Erklärung, dass eine „Weltordnung“, die zu einer vergrößerten wechselseitigen Abhängigkeit und Vernetzung führt, aber keine hinreichenden Ordnungspolitiken (was weder das UNO-System noch regionale Zusammenschlüsse heute leisten können) zustande bringt, problematisch ist und zwangsläufig anarchische Zustände bewirkt. In verschiedenen Bereichen stellt sich das Erfordernis, Maßnahmen im Rahmen einer internationalen Politik zu setzen, insbesondere in der Umweltpolitik, bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität, bei der Regelung der Migration, aber auch bei der Kontrolle der internationalen Finanzströme. Die Wirkungsweise verschiedener nichtstaatlicher Akteure erschwert den Staaten Versuche zu einer gestaltenden Ordnungspolitik. So gibt es neben den etwa zweihundert Staaten (die Angaben reichen von 192 bis 207, je nach den Kriterien, nach denen Länder mitgezählt werden), von denen 189 Mitglieder der Vereinten Nationen sind, hunderte von internationalen Institutionen sowie unüberschaubar viele andere beziehungsweise nichtstaatliche Akteure aller möglichen Schattierungen.

Die Akzeptanz der vorhandenen Institutionen „leidet“ darunter, dass der Großteil von ihnen, insbesondere das System der Vereinten Nationen mit ihren Unterorganisationen, westlich geprägt ist, zum Teil (wie die internationalen Finanzinstitute) auch eindeutig unter westlichem Einfluss steht. Der Prozess der Globalisierung bewirkt aus sich selbst keine Ordnungspolitik oder einen Ordnungsrahmen; es bleibt das Grundmuster internationaler Politik bestehen, das auf den Staaten aufbaut. Demokratisierung und wirtschaftliche Liberalisierung schaffen noch keine verlässlichen krisenfesten Strukturen. Wohl aber bilden sie Ansätze und Vorbedingungen für Konsensbildung und Zusammenarbeit. Dazu muss aber die innenpolitische Demokratisierung in vielen Ländern noch entscheidende Fortschritte machen.

13.1. Die Gefahren einer globalisierten Welt

Die Wirtschafts- und Finanzkrisen der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts in Asien, Russland, Brasilien und Argentinien haben durch ihre unübersehbaren Wechselwirkungen dargelegt, dass die Volkswirtschaften global verbunden sind.

Die einzelnen Staaten sind mehr oder weniger stark in die globalisierte Welt integriert. Fast alle sind Mitglieder der UNO und ihrer Sonderorganisationen oder der Welthandelsorganisation. Dazu kommt die Teilnahme an regionalen oder spezifischen Wirtschafts- und Handelsorganisationen (z.B. MERCOSUR, ASEAN, APEC, FTAA, EFTA, OPEC), an politischen Organisationen (wie z.B. die Arabische Liga, Golf-Kooperationsrat, Pazifik-Insel-Forum, OAS, Afrikanische Union – früher OAU, GUS), an Bildungs- und Kulturorganisationen (z.B. UNESCO, PEN-International) und an Militärbündnissen. Trotz der hohen Organisationsdichte ist die globalisierte Welt aber schwer überschaubar, weil es eben so viele Staaten und so viele Organisationen gibt. Neben den staatlichen Akteuren und einer Vielzahl Internationaler Organisationen mit Völkerrechtsstatut, also von Staaten begründete Organisationen, gibt es zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (Non Governmental Organizations – NGO's) mit internationaler und nationaler Tätigkeit, private wirtschaftliche Institutionen, internationale Konzerne und Finanzinstitute sowie Organisationen der internationalen (oder auch nationalen) Kriminalität und des Terrorismus, die als Akteure stärker in Erscheinung treten. Die Tendenz ist ein Zunahme der Akteure. Dadurch wird nicht nur die Beurteilung der Akteure schwieriger, sondern auch die Unübersichtlichkeit größer.

Wirtschaftliche Macht ist und wird weiterhin im Regelfall wichtiger sein als die Verfügbarkeit von militärischen Ressourcen. Wirtschaftliche Interessen gewinnen Einfluss auf die Kooperations- und Bündnisbereitschaft. Das bedeutet, dass nicht alle politisch oder sicherheitspolitisch begründeten Beziehungen auch in Zukunft so gut funktionieren müssen wie heute. Das betrifft konkret die transatlantischen Beziehungen sowie die Beziehungen der USA zu Japan.

Große Länder wie China oder Russland müssen stärker auf ihre wirtschaftliche Weiterentwicklung Rücksicht nehmen als auf eine konsequente Verfolgung politischer beziehungsweise geopolitischer und strategischer Zielsetzungen. Das gilt im Prinzip für alle Länder, aber es ist nicht gesagt, dass dieses Prinzip sich in der Praxis immer wieder durchsetzt oder nicht doch durch die Beschwörung nationalistischer Positionen durchbrochen wird, was dann zu Kriegen führen kann.

Den Versuchen globaler und regionaler Ordnungspolitiken und Kooperationen stehen eine immer schwieriger werdende Berechenbarkeit und wachsende Unübersichtlichkeit der Akteure und ihrer Motivationen gegenüber. Weiters muss man davon ausgehen, dass konventionelle Kriegsführung sowohl zwischen Staaten als auch in innerstaatlichen Kriegen ein beständiger Faktor der Weiterentwicklung sein werden. Dazu kommt die Ausdehnung der subkonventionellen Kriegsführung. Innere Kriege können sehr plötzlich auftreten (wie z.B. zuletzt in Mazedonien zu ersehen) und das Eskalationspotenzial ist nicht immer vorhersehbar. Konventionelle Kriegsführung wird sich – so wie schon heute gelegentlich – häufig mit subkonventioneller Kriegsführung mischen. Einzelne Staaten werden die Kriegsführung so organisieren, dass sie Gegner ihrer Konkurrenten unterstützen, zum Beispiel terroristische Gruppen anheuern, finanzieren und sonst wie fördern. Wir bewegen uns in eine immer unsicherer erscheinende Welt hinein.

Die neue Dimension des Terrorismus kann Wirklichkeit werden: Wenn nämlich Massenvernichtungswaffen durch Terroristen eingesetzt werden oder ihr Einsatz (glaubwürdig) angedroht wird. Abgesehen von den enormen Schäden menschlicher und materieller Art können terroristische Gruppen, die die Fähigkeit besitzen, solche Kampfmittel einzusetzen, die Handlungsfähigkeit

staatlicher Institutionen beeinträchtigen oder gar ausschalten; sie können innenpolitische wie außenpolitische Maßnahmen erzwingen oder vereiteln; sie können chaotische Zustände herbeiführen. Der Großteil der Staatenwelt scheint auf solche Szenarien noch nicht eingestellt oder gar vorbereitet zu sein, was bei den europäischen Staaten auch deshalb besonders schwierig ist, weil die Regelung des Spannungsverhältnisses zwischen Grund- und Freiheitsrechten einerseits polizeilichen Maßnahmen zur Terrorabwehr und andererseits die Politik sowohl intellektuell als auch emotional überfordert.

Der Atomkrieg wird nicht nur möglich, sondern eigentlich realistisch. Die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und insbesondere Atomwaffen sowie die Entwicklung von einsatzfähigen ballistischen Raketen durch eine Vielzahl von Staaten scheint derzeit nicht aufhaltbar zu sein; lediglich im Falle des Irak versuchen UNO sowie die USA und Großbritannien durch unterschiedliche Maßnahmen die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Nordkorea zum Beispiel gibt ganz offen zu, Atomwaffen zu bauen. Der Besitz dieser Waffen macht diese Problemstaaten weitgehend immun gegenüber westlichen Interventionen (wie zum Beispiel dem Zweiten Golfkrieg zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Kuwait oder dem Kosovokrieg), wenn solche Staaten zur Abhaltung einer Intervention den Einsatz von Atomwaffen gegen europäische Staaten androhen können, jedenfalls solange es keine europäische Raketenabwehr gibt – und das wird vermutlich noch sehr lange so sein.

Das Hauptmotiv für den Besitz von ABC-Waffen war aber meist nicht die Verhinderung westlicher Militärinterventionen sondern das Anstreben militärischer Überlegenheit gegenüber regionalen Konkurrenten. Der Aspekt der Verhinderung oder zumindest Erschwerung von Interventionen ergab sich zusätzlich für die Absicherung ihrer Politik und gewinnt an Bedeutung, solange der Westen keine hinlänglichen Raketenabwehrsysteme besitzt. Es gab in jüngerer Zeit bereits Einsätze von Massenvernichtungswaffen (zum Beispiel im Ersten Golfkrieg vom Irak gegen die Truppen des Iran). Warum sollte ein ins Verlieren geratener Diktator Massenvernichtungswaffen (inklusive Atomwaffen) nicht einsetzen, wenn er dadurch seine Macht erhalten kann? Oder können wir ausschließen, dass islamische Fanatiker eines Tages Massenvernichtungswaffen gegen Israel einsetzen, zum Beispiel eine von einem arabischen Staat geförderte und außer Kontrolle geratene Terroristenorganisation oder zum Beispiel ein den Krieg verlierender Staat wie der Irak im Zweiten Golfkrieg, wenn er die Fähigkeit dazu schon gehabt hätte? Wenn Massenvernichtungswaffen im Besitz von abenteuerlustigen diktatorischen Regimen sind, so muss man wohl aufgrund der unberechenbaren Situation, der nicht voraussehbaren Eskalationen in einer konfliktbeladenen Welt, unter spezifischen Umständen auch mit deren Einsatz rechnen. In den Auseinandersetzungen regionaler Mächte und abenteuerlustiger diktatorischer Staaten mit brutaler Verfolgung konkreter nationaler oder persönlicher politischer Ziele sowie im Hinblick auf Ablenkungsversuche von den innenpolitischen Schwierigkeiten kann es durchaus zu abenteuerlichen Situationen kommen, in denen die seinerzeitige Abschreckungslogik nicht funktioniert.

Der begrenzte Atomkrieg scheint auch zwischen großen Ländern wie etwa Indien und Pakistans nicht ausgeschlossen, wenn zum Beispiel der Kaschmirkonflikt eskaliert und zumindest eine Seite den Krieg riskiert. Kenner der Mentalität Südasiens halten nicht nur einen Atomschlag eines den konventionellen Krieg verlierenden Pakistan gegen Indien für möglich, sondern auch einen Atomschlag Indiens gegen Pakistan für politisch denkbar, weil er innenpolitische Akzeptanz finden könnte.

Der begrenzte Atomkrieg ist aber auch aus der Sicht der amerikanischenstrategischen Planung wieder realistisch geworden, weil der Einsatz kleinerer nuklearer Waffen erforderlich erscheint, um wieder eine neue Form der Abschreckungswirkung gegenüber anderen Ländern zu haben (– worauf im Abschnitt 11.6. hingewiesen wurde).

13.2. Reform der Institutionen?

Diese gefährliche Welt verlangt in mehrerer Hinsicht nach mehr Ordnungspolitik. Neben den Bereichen Umweltpolitik, Ressourcensicherung und -verteilung (wie z.B. Wasser und Erdöl), Migration, Bevölkerungsplanung, Entwicklungspolitik, Handel, Finanztransfers und Kommunikationswesen wären insbesondere eine Welt-Sicherheitspolitik und ein global wirksames Konfliktmanagement vonnöten. Da die derzeitigen Institutionen das nicht hinreichend können, wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob sich die Sicherheitssituation durch eine Reform von Institutionen wie der UNO oder der OSZE verbessern lässt beziehungsweise ob eine Reform dieser Institutionen globale Stabilität und Sicherheit garantieren kann.

Die UNO bildet ein globales Forum zur Erörterung globaler Probleme und hat durch ihre Tätigkeit in den Organen und durch internationale Konferenzen vieles beigetragen, was auf die Lösung verschiedener Zukunftsfragen (Klima, Umwelt, Ressourcen) zielt und zur Entspannung beigetragen hat und sich in Abmachungen, Protokollen und in nationalen Gesetzen niederschlug. Die UNO ist das wesentliche Instrument zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen. Im Bereich der Sicherheitspolitik bleibt sie allerdings weit hinter den erhofften und erwarteten Möglichkeiten zurück und ist nicht im Stande, ein kollektives Sicherheitssystem zu verwirklichen. Deshalb wurden zahlreiche Vorschläge zur Reform der UNO erstellt. Das System der kollektiven Sicherheit soll effektiv werden können, wozu man die Effektivitätsdefizite beseitigen muss mittels rechtlicher, politischer, militärischer, finanzieller und informationstechnischer Maßnahmen. (Ein junger Vorschlag hierzu ist zum Beispiel das Buch von Dominik A. Faust: *Effektive Sicherheit. Analyse des Systems der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems*. Wiesbaden 2002.)

Mängel gibt es einige: Die UNO-Charta weist Mängel in der Rechtssicherheit auf (Kann-Bestimmungen). Es fehlt zum Beispiel die permanent verfügbare UN-Interventionsstreitkraft, wie sie an sich vorgesehen wäre. Das sind Mängel, die man vielleicht lösen könnte, wenn sehr, sehr viel guter Wille bei den Mitgliedsländern vorhanden wäre. Denn zwingende Bestimmungen im Gegensatz zu Kann-Bestimmungen bedeuten mögliche Konsequenzen, die man nicht will, und eine permanent verfügbare Interventionsstreitmacht kostet viel Geld, das wohl niemand gerne zu zahlen bereit ist. Was aber nicht durch organisatorische Reformen oder Änderung der Statuten erreicht werden kann, ist der Umstand, dass es gerade in heiklen Fragen der Friedenssicherung keinen Konsens zwischen den 190 Mitgliedern geben wird und es auch nicht realistisch ist, dass die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gerade in schwierigen Fragen Interessensgleichheit haben. Interessensgleichheit ist aber die Voraussetzung für einen Konsens.

Man muss mit der UNO so, wie sie ist, mehr oder weniger zufrieden sein. Reformen der UNO können da und dort zur Verbesserung der internationalen Situation beitragen. Zur Realisierung des Systems der kollektiven Sicherheit wird sie aber nach menschlicher Beurteilungsfähigkeit nicht im Stande sein. Das darf man also auch nicht erwarten. Dazu brauchte man ein Weltregime und dieses würde wiederum Souveränitätsverzicht für die Länder bedeuten. Das ist Zukunftsmusik in weiter Ferne.

Die OSZE leistet – wie schon in Kapitel 8.1. ausgeführt – wichtige Beiträge in den Bereichen Vertrauensbildung, Entspannung, Rüstungsbegrenzung, Erkennung von Krisen- und Konfliktpotenzialen, Bemühungen um Konfliktprävention und die Nacharbeit von Konfliktlösungen zur Friedenskonsolidierung. Ihre Wirkungsmöglichkeiten haben dort Grenzen, wo die Kooperationsbereitschaft von Staaten nicht mehr gegeben ist. Die OSZE ist ein äußerst erfolgreiches Institut, dessen

Wirkungsweise über die Sicherheitspolitik hinausgeht. Mehr als das, was sie schon tut, kann man nicht erwarten. Insbesondere hat sie keine Möglichkeit, Konfliktausbrüche zu verhindern.

Man kann sie nur anpreisen und allen anderen Regionen der Welt als Modell empfehlen, um über eine sinnvolle sicherheitspolitische Struktur zu verfügen. Viel mehr, als das Modell anzubieten, wird man aber nicht tun können. Es bleibt den Akteuren in anderen Regionen überlassen, ob sie davon Gebrauch machen.

UNO und OSZE (– und auch regionale politische Organisationen wie zum Beispiel die Organisation für afrikanische Einheit/OAU beziehungsweise ihre Nachfolgeorganisation „African Union“) sind Foren der Auseinandersetzung auch mit sicherheitspolitischen Fragen. Aber sie sind keine maßgeblichen gestalterischen Kräfte in der Sicherheitspolitik. Das sind – und werden es bis auf weiteres bleiben – große Staaten und Bündnisse.

13.3. Spezielle Fragen von Bedeutung für die künftige strategische Entwicklung

13.3.1. Zu Faktoren der Machtbalance in Ostasien und Südostasien

- Zu berücksichtigen ist vor allem der Einfluss der USA sowie deren Beziehungen zu Japan und zu Taiwan.
- Bedeutend ist auch die Rolle und Stärke Chinas, die einmal abhängt von der inneren Entwicklung Chinas selbst und andererseits von den außenpolitischen Konditionen, insbesondere davon, wie viel Einfluss die USA China aus ihrer Interessenlage heraus zugestehen beziehungsweise wie weit sie China als Partner benötigen.
- Von Belang ist auch die Entwicklung Japans, insbesondere ob es eine Militärmacht werden will. Das Potenzial hätte es sowohl finanziell als auch technologisch, um mittelfristig zur zweitstärksten Militärmacht der Welt zu werden. Aufgrund der ökonomischen Situation und des beginnenden Bevölkerungsrückganges werden seine Zukunftschancen häufig pessimistisch beurteilt. Faktoren wie die Homogenität Japans und sein immer noch enormes finanzielles Potenzial machen jedoch eine positive Entwicklung durchaus möglich.
- Ein Erstarren Russlands und seine Rückkehr als Macht in Ostasien erscheint derzeit als wenig wahrscheinlich.
- Zu berücksichtigen ist auch Korea und seine Weiterentwicklung beziehungsweise die Frage der Einigung Koreas. Jedenfalls könnte Nordkorea der große Konfliktauslöser in Ostasien sein.
- Anzunehmen ist, dass das Gewicht Südasiens durch den Aufstieg Indiens zu einer global relevanten Macht im Vergleich zu Ostasien zunehmen wird.

13.3.2. Zur Machtbalance am eurasischen Kontinent

- Zu den vier politisch und ökonomisch bedeutenden Mächten am eurasischen Kontinent beziehungsweise im asiatisch-pazifischen Raum, nämlich den USA, China, Japan und Russland, kommt jedenfalls auch Indien als wichtiger internationaler Akteur hinzu. Die künftige Rolle Indiens wird insbesondere von seinen Beziehungen zu den USA und von seiner Stellung gegenüber Pakistan abhängen. Indien strebt nach größerem Einfluss auf die Machtbalance Asiens und es scheint klar, dass Indien über eine amerikanisch-indische Achse die Entwicklung stärker beeinflussen kann als über eine russisch-indische.

- Die Entwicklung der indisch-amerikanischen Beziehungen beeinflusst die geostrategische Situation entscheidend. Eine amerikanisch-indische Achse grenzt die Einflussmöglichkeiten Chinas ein. In den Kräfteverhältnissen zwischen den USA, China und Indien beziehungsweise durch deren Kooperation können sich neue Einflussphären entwickeln.
- Offen bleibt die künftige Rolle Russlands, das sich von seiner ökonomischen Schwäche erholen und langfristig als Partner des Westens oder aber auch in Konfrontation zu Westeuropa wirken kann.
- Eine Rolle der gesamten EU als globaler Akteur hätte bedeutende Auswirkungen auf die eurasische Situation; eine solche Rolle ist aber wenig wahrscheinlich.
- Der geopolitische Spielraum der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird der eurasische Kontinent (abzüglich EU-Europas) einschließlich des asiatisch-pazifischen Raumes sein.

13.3.3. Zu Rolle und Einfluss der USA

- Die USA bauen ihren Technologievorsprung aus. Stichworte: Missile Defense, Militarisierung des Weltalls, Modern Warfare. Ihre militärisch überlegene Stellung scheint für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte gefestigt. Mittel- bis längerfristig wird die inneramerikanische Entwicklung – einerseits mögliche isolationistische Tendenzen, andererseits Fragen der zunehmenden Inhomogenität der amerikanischen Gesellschaft – von wesentlicher Bedeutung für die Stärke der USA sein.
- Bleiben die USA weiterhin führende Wirtschaftsmacht der Welt? Werden sie sich ihr großes globales Engagement weiterhin leisten können oder werden sie an einer strategischen Überdehnung scheitern?
- Welche Weltordnung können die USA gestalten und wie werden sie ihre Interessen wahrnehmen? (Siehe dazu die Ausführung im Abschnitt 13.4.)

13.3.4. Zu China als Machtfaktor

- China baut seine Position als regionale Macht in Ost- und Südostasien aus. In Ostasien stehen ihm mit Japan, potenziell auch mit Russland und insbesondere mit den Interessen der USA große Mächte gegenüber.
- In Südostasien wird der chinesische Einfluss von der Fähigkeit der Kriegsführung über längere Distanzen abhängen und davon, ob und wie weit sich die USA dort engagieren beziehungsweise wie weit sich die Länder Südostasiens zu einem regionalen Gegengewicht gegen China zusammenschließen werden.
- Eine wesentliche Rolle spielen die Entwicklung in Taiwan und die Frage, ob China tatsächlich versuchen wird, Taiwan gewaltsam „heimzuholen“.
- Die Frage, ob China nur eine asiatisch-pazifische oder auch eine globale Macht wird, bleibt offen. Obwohl China ökonomisch für Asien immer bedeutender wird, ist es angesichts des strategischen Umfeldes und der Probleme sozialer und politischer Entwicklungen keineswegs selbstverständlich, dass es in absehbarer Zeit eine Weltmacht werden wird.

13.3.5. Zu Russlands künftigen Ambitionen

- Kurz- beziehungsweise mittelfristig bleibt Russland aufgrund seines Militärpotenzials, seiner militärischen Aufwuchsfähigkeiten und insbesondere seines strategischen Arsenalts eine Großmacht. Wie wird es aber seine politische Situation gegenüber den europäischen und asiatischen Nachbarn wahrnehmen und insbesondere, wird es sich gegenüber den USA weiterhin kooperativ oder wieder konfrontativ verhalten?
- Ob Russland seine hegemonialen Ambitionen dauerhaft aufgeben wird oder nur vorübergehend zurückgestellt hat, erscheint als offene Frage. Wie wird es sich gegenüber den zentralasiatischen Ländern verhalten, und wird es eines Tages versuchen, Weißrussland, vielleicht sogar die Ukraine tatsächlich wieder nach Russland „heimzuziehen“?
- Für die europäische geopolitische Situation hat das Verhalten Russlands mittelfristig größere Bedeutung als für den asiatischen Raum.
- Längerfristig ist aufgrund der derzeitigen Bevölkerungsprognose und der eigentlich nur begrenzten wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Russlands allerdings kaum damit zu rechnen, dass es ein globaler Machtfaktor oder auch ein entscheidender Akteur für die asiatischen Beziehungen bleiben wird.

13.3.6. Zu besonderen Krisengebieten

- Die Entwicklung in einzelnen Krisenregionen, die die Interessen von Großmächten berühren, kann auch für die globale Situation von Bedeutung sein.
- In den Krisengebieten in Südosteuropa und im Kaukasus kann es durchaus zu Konflikten kommen, jedoch ist anzunehmen, dass die USA im Verein mit Westeuropa sowie Russland diese Konflikte kontrollieren und überregionale Konflikteskalationen verhindern können.
- Kritischer sind die Risikoräume Nordafrika und Zentralasien. Nordafrika wegen seiner sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme, die zur Destabilisierung der ganzen Region und zu starkem Migrationsdruck auf Europa, zur Radikalisierung islamischer Minderheiten in Europa, zur Verstärkung der Kriminalität in Europa und zum Anwachsen des internationalen Terrorismus bis hin zur Störung des See- und Luftverkehrs im Mittelmeerraum führen können. Zentralasien ist eine instabile Staatenwelt, in der Terrorismus, Kriminalität und fundamentalistische Strömungen sich eingenistet haben und in der sich offene oder verdeckte Interessenkollisionen zwischen den USA, China und Russland ergeben. Hier können sich Konflikte zwischen diesen Großmächten entwickeln.
- Der Nahe und Mittlere Osten ist der konfliktrichtigste Risikoraum überhaupt. Der israelisch-palästinensische beziehungsweise israelisch-arabische Konflikt scheint unlösbar. Die Region ist hochgerüstet und rüstet weiter auf, auch mit ABC-Waffen und ballistischen Raketen. Kriege zwischen Israel und arabischen Staaten sowie zwischen dem Irak und dem Iran sind noch in frischer Erinnerung. Die arabischen Monarchien zeigen erste Anzeichen ernsthafter Destabilisierung; revolutionäre Entwicklungen bahnen sich an, die zu anderen Kräftekonstellationen führen können. Die Region ist die Hauptbasis des internationalen Terrorismus. Über Israel und die Türkei sowie die Interessen an den strategischen Ölressourcen sind die USA in der Region massiv engagiert. Der Krieg gegen den Irak zeigt, wie ernst die USA die Aufrüstung, aber auch das Erfordernis einer Ordnungspolitik zwecks Zugang der Industrieländer zum Ölfluss aus der Region (zu vernünftigen Preisen!) nehmen. Konfliktausbrüche in dieser Region können

leicht eskalieren und zu überregionalen Konflikten führen. Die Konflikte hier sind wegen der unterschiedlichen Sichtweisen und Präferenzen der USA und der meisten Europäer auch geeignet, die transatlantischen Beziehungen nachhaltig zu stören.

13.4. Präventivkrieg als Privileg der USA?

In der neuen nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 gestehen sich die USA selbst das Recht zum Präventivkrieg auch gegen nicht unmittelbare Bedrohungen zu. (Siehe dazu den Abschnitt 11.6.)

Der Präventivkrieg oder der präventive Schlag gilt also dem Schutz der USA im Sinne eines vorbeugenden Eingreifens zur Abwehr von Bedrohungen mit Massenvernichtungswaffen von „Schurkenstaaten“ beziehungsweise gegen terroristische Angriffe.

Das strategische Ziel der USA ist neben der Behauptung ihrer dominanten Position die Aufrechterhaltung des Friedens in den (aus ihrer Sicht) strategisch bedeutsamen Regionen der Welt. Die USA messen sich aufgrund ihrer Stärke und ihrer (zumindest selbst so empfundenen) moralischen Überlegenheit eine besonders hohe Verantwortlichkeit für die globale Gesamtsituation zu. Dazu gehört insbesondere der Kampf gegen den internationalen Terrorismus zur Aufrechterhaltung der internationalen Stabilität.

Wenn man die konkrete Politik der USA zur Interpretation ihrer Sicherheitsstrategie heranzieht, so ist leicht zu erkennen, dass die Möglichkeit der Präventivkriegsführung nicht nur dem Schutz der USA vor möglichen Angriffen, sondern auch der Durchsetzung von Ordnungsvorstellungen dienen soll. Ansonsten würde nicht (nur) dem Irak ein (Präventiv-)Krieg angedroht sondern zumindest auch Nordkorea.

Die Möglichkeit des Präventivkrieges soll auch auf die Ordnungsmacht USA beschränkt bleiben. Mit der Ankündigung eigener Präventivmaßnahmen ist auch die Warnung und Belehrung verbunden, dass andere Nationen die Prävention nicht als Rechtfertigung für Aggression verwenden sollen. Die Welt soll ja nicht im Chaos versinken. Das US-Beispiel darf also nicht Schule machen.

13.4.1. Die Problematik des Präventivkrieges

Die Präventivkriegsführung beziehungsweise vorbeugende Angriffe galten bislang als gerechtfertigt, wenn eine unmittelbare Bedrohung vorliegt. Die Sicherheitsstrategie verlangt nun, dass der Begriff „unmittelbare Bedrohung“ den heutigen Umständen angepasst wird und zwar hinsichtlich der Möglichkeiten eines Gegners; umso größer die Bedrohung aufgrund der Fähigkeiten des Gegners ist, desto größer ist das Risiko für den Bedrohten, wenn er untätig bleibt. Deshalb reicht der Verdacht, dass ein anderes Land oder dort befindliche Terroristen einen Angriff planen, damit ein solcher Präventivschlag gerechtfertigt ist, auch wenn Unsicherheit über Ort und Zeit des Angriffes besteht.

Die Präventivkriegsführung ist bereits ein altes Phänomen; der Begriff stammt aus der Diplomatsprache des 18. Jahrhunderts und bedeutet im engeren Sinne einen Krieg, der in der Absicht eröffnet wird, einem sicher bevorstehenden Angriff des Gegners zuvorzukommen. Im weiteren Sinne zielt ein Präventivkrieg auch darauf ab, einem vermuteten gegnerischen Angriff zu begegnen beziehungsweise einem erwartbaren Krieg zuvorzukommen, der auf eine Verschiebung der Machtverhältnisse zu eigenen Ungunsten hinausläufe.

13.4.2. Völkerrechtliche Bedenken

Präventivkriege hat es immer wieder gegeben. Über deren Rechtfertigung konnte man auch immer verschiedener Meinung sein. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Inanspruchnahme eines Rechts zur Präventivkriegsführung beziehungsweise für die Präventivschläge nach der US-Sicherheitsstrategie völkerrechtlich nicht gerechtfertigt ist. Fälle völkerrechtlich problematischer Präventionen gab es immer wieder; auch die USA sind im Falle der Besetzung Grenadas 1983 (aus Anlass von chaotischen Verhältnissen nach dem Sturz der mit Kuba kooperierenden sozialistischen Regierung – gegen Widerstand von kubanischen Bewaffneten) gegen eine nicht unmittelbare Bedrohung eingeschritten. Völkerrechtswidrig war auch der (von der EU unterstützte) Luftkrieg der NATO gegen Serbien zur Beendigung der Vertreibung der Albaner im Kosovo. Aber er galt als gerechtfertigt, um die kulturelle und politische Marginalisierung der Kosovo-Albaner zu beenden. Ebenso kann ein Präventivschlag gegen ein von einem verbrecherischen Regime beherrschtes Land gerechtfertigt beziehungsweise notwendig sein. Das Bedenkliche besteht nicht darin, gerechtfertigte Maßnahmen durchzuführen, die völkerrechtlich nicht gedeckt sind, sondern darin, völkerrechtswidrige Prinzipien aufzustellen. Genau das tut die neue US-Sicherheitsstrategie aber. Aus formalistischen Erwägungen muss es geradezu katastrophal erscheinen, wenn sich die führende Weltmacht – ganz offiziell und ohne Skrupel – das Recht einräumt, das Völkerrecht zu missachten. Ist damit nicht das Gewaltverbot nach den Satzungen der Vereinten Nationen – eine der größten historischen Errungenschaften des Völkerrechts – überhaupt in Frage gestellt und damit das geordnete Zusammenleben von Staaten? Anstatt mit den durchaus vorhandenen guten Argumenten eine Weiterentwicklung des Völkerrechts beziehungsweise die Herstellung eines Konsenses über die Interpretation des Selbstverteidigungsrechtes mit der Staatengemeinschaft zu versuchen, legen die USA einseitig gleichsam neue Normen (und zwar nur für sich selbst) fest.

Machtpolitische Erwägungen, speziell aber eigene wesentliche Sicherheitsinteressen, werden für vitale Großmächte immer wieder höher zu bewerten sein als formalrechtliche Bedenken, zumal es sich in vielen Fällen erwiesen hat, dass in ernsten Fragen der Sicherheitspolitik das Völkerrecht keinen hinlänglichen Schutz bietet und rechtlich begründete Positionen oft wenig Bedeutung gegenüber der Macht des Faktischen in den zentralen Fragen der internationalen Beziehungen haben.

13.4.3. Politische Bedenken

Derzeit gilt für die USA offenbar das Motto, dass dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus – und damit auch gegen Staaten, die man der Konspiration mit diesem bezichtigt – alles untergeordnet wird. Die USA scheinen gewillt, ihre als solche erachteten Interessen beinahe um jeden Preis umzusetzen. Ihr sicherheitspolitisches und militärisches Leistungsvermögen gestattet ihnen ein weltweites Engagement zur Terrorismusbekämpfung und zu Militärschlägen gegen suspekte Länder und zwar auch ohne tatkräftige Unterstützung ihrer Verbündeten.

Die Kritik an der Intention zur Präventivkriegsführung besteht aber keineswegs nur in völkerrechtlicher Hinsicht, sondern ist auch praktisch-politischer Natur. Wie würden die USA reagieren, wenn sich auch andere Mächte das Recht auf vorbeugende Selbstverteidigung (Prävention) herausnehmen? Denn auch wenn die USA in Ausübung der Prävention verantwortungsbewusst vorgehen, so können dann auch andere Mächte den Präventivkrieg beanspruchen, etwa Indien wegen der Infiltration Kaschmirs mit (von Pakistan unterstützten) Aufständischen gegen Pakistan. Damit soll folgende Problematik angesprochen werden: Bekanntlich kommt es häufig zu Verstößen gegen das Gewaltverbot der UN-Charta. Aber die Staaten, die dieses Verbot missachten, versuchen den Verstoß auf anderem Wege zu legitimieren. Das Gewaltverbot wird als solches nicht in Frage gestellt. Die USA

aber nehmen sich nicht (nur) vor, in einem speziellen Fall einen ihnen unbedingt notwendigen Präventivschlag, der völkerrechtlich bedenklich ist, durchzuführen, sondern sie erstellen gleich eine Art Doktrin der Präventivkriegsführung. Im Falle der US-Strategie wird (ehrlich) einbekannt, dass sich die USA das Recht herausnehmen, in speziellen, für die Sicherheit – aus ihrer Sicht – wesentlichen Fällen das Gewaltverbot zu missachten. Wenn sich nun auch andere Großmächte dieses Recht herausnehmen, so zerbricht auch die Theorie von der Gültigkeit des allgemeinen Gewaltverbotes in den internationalen Beziehungen. Und das wäre eindeutig ein Schritt nach rückwärts in der Völkerrechtsentwicklung, der letztlich die Position der Vereinten Nationen schwächen und die internationalen Beziehungen negativ beeinflussen würde. So gesehen ist die amerikanische „Ehrlichkeit“ hinsichtlich Gewaltverbot versus Präventionsrecht durchaus problematisch – es sei denn, es gelingt den USA tatsächlich, eine mehr oder weniger anerkannte völkerrechtliche Norm zu entwickeln, die die Frage der „Unmittelbarkeit einer Bedrohung“ durch Staaten (und Terrororganisationen), die Massenvernichtungswaffen und Trägerraketen besitzen, die also zu kurzfristiger Gewaltanwendung beziehungsweise Schädigung imstande sind, neu interpretiert. Das scheint derzeit aber eher unwahrscheinlich.

Wie sollte man definieren können, wann die Zeit für einen präventiven Schlag gekommen ist, ob der Schlag im Sinne eigenen Schutzes wirklich gerechtfertigt ist oder ob er etwa nur im eigenen Interesse gegen einen unliebsamen Nachbarn oder regionalen Konkurrenten gerichtet ist; wer soll die Absicht des potenziellen Angreifers beurteilen?

Zwar stellen die USA (für sich selbst) „anspruchsvolle“ Bedingungen für den Präventivschlag: Er muss wegen der Gefahr der Vergeltung präzise sein und er muss einen raschen, entscheidenden und einfach zu erringenden (inexpensive) Sieg bewirken. Also kein längerer Krieg, sondern eine von vorneherein klare Sache im Sinne einer Strafaktion. Das kann von den technischen und materiellen Ressourcen her nicht jeder. Aber diese selbst gestellten Anforderungen werden Nachahmer nicht sehr beeindrucken. Wenn die USA einen Krieg gegen den Irak wegen dessen behaupteten Bedrohungspotenzials und seiner behaupteten Verbindungen zu terroristischen Netzwerken führen, können sie dann Russland ernsthaft verurteilen, wenn es in Georgien interveniert, weil sich dort tschetschenische Aufständische (= nach russischer Auffassung Terroristen) aufhalten, oder die schon erwähnte Möglichkeit einer Intervention Indiens in Pakistan?

13.4.4. Auswirkungen der Präventionsdoktrin

Die sicherheitspolitisch relevante Frage dabei ist die, ob es durch das von den USA sich selbst zugesprochene Recht der Prävention, durch eine neue Auslegung der Unmittelbarkeit einer Bedrohung tatsächlich zu mehr (völkerrechtlich nicht legalisierten) Interventionen beziehungsweise Präventionsschlägen seitens größerer Mächte kommt, ob nur die USA ihre Rolle als Weltordnungsfaktor ausbauen können oder ob sich – abgesehen von der bedenklichen Erschütterung des Gewaltverbotprinzips – gar nichts ändert; ob also die Präventionsdoktrin in der Praxis nur für einen Krieg gegen den Irak gedacht ist (– und für die Bekämpfung von terroristischen Organisationen in nichtfunktionierenden Staaten wie Afghanistan, was aber von der Staatengemeinschaft akzeptiert ist).

Alles hier gegen die neue Idee der Präventivkriegsführung vorgebrachte ist völkerrechtlich und historisch begründet. In der Praxis gilt freilich anderes: Stärkere schlagen los, wenn es ihnen nützlich erscheint, wie zum Beispiel der Irak es gegen den Iran und später gegen Kuwait in den Jahren 1980 beziehungsweise 1990 getan hat. Zu meinen, dass aggressive Regime zu einer friedlicheren Politik kämen, würde die US-Strategie auf den Präventivschlag verzichten, ist naiv. Eher kann es umgekehrt sein, dass nämlich die US-Strategie den einen oder anderen Diktator von einer Aggression abhält.

Auch die diversen Überlegungen über die Auswirkungen der US-Sicherheitsstrategie auf das Verhalten anderer Länder sind mit Vorbehalt zu betrachten, zum Beispiel die Überlegung, dass Indien Pakistan angreifen wird, um die pakistanische Unterstützung für die Aufständischen und Terroristen in Kaschmir zu beenden, und sich dabei auf das Präventivkriegsrecht nach der US-Doktrin beruft; oder, dass Pakistan im Hinblick auf seine konventionelle Unterlegenheit wegen eines befürchteten indischen Angriffes sich frei fühlt, einen atomaren Erstschatz gegen Indien zu führen. oder dass China einen Präventivschlag gegen Taiwan führt, um einer drohenden taiwanesischen Unabhängigkeitserklärung zuvorzukommen.

In all diesen Fällen wäre die Berufung auf die US-Doktrin nur eine Begründung für eine ohnedies bestehende Absicht, die US-Doktrin aber wohl nicht der Grund oder auch nur der Anlass für das aggressive Verhalten. Indien wird Pakistan dann angreifen, wenn es sich stark genug fühlt und glaubt, seine Ziele dabei zu erreichen, was umgekehrt auch für Pakistan gilt. Die Macht, die Indien oder Pakistan in einem solchen Fall am ehesten von einem (Präventiv-)Schlag abhalten kann, sind die USA, die bereits bisher mäßigend auf die beiden Mächte Südasiens eingewirkt und 2001/2002 vielleicht den Ausbruch eines neuerlichen Krieges verhindert haben. Auch China wird seinen (Präventiv-)Schlag gegen Taiwan dann führen, wenn es sich stark genug fühlt und vermeint, das Ziel (nämlich die Eingliederung Taiwans) erreichen zu können, oder aber, wenn es sich aus innenpolitischen Gründen und unbedachter Rhetorik in eine Situation hineinmanövriert hat, in der die Führung meint, trotz mangelhafter Erfolgsaussichten losschlagen zu müssen, um das Gesicht zu wahren. Der wichtigste Einflussfaktor für China wäre dabei mit Sicherheit das zu erwartende Verhalten der USA, die wahrscheinlich als einzige Macht die Fähigkeit haben, ein China, dass die Absicht hätte, auf Taiwan loszugehen, davon abzuschrecken.

Nach diesen Reflexionen sieht man keine Ära der präventiven Selbstverteidigung heraufdämmern. Wenn die USA sich selbst im Umgang mit der Prävention mäßigen und sich auf einen Krieg gegen den Irak beschränken, der dann noch zumindest eingeschränkt von der UNO gebilligt wird, so wird sich nicht viel verändern. Man ersieht auch, dass die Ordnungsmachtrolle der USA hinsichtlich bedeutsamer konfliktträchtiger Situationen durchaus positiv zu bewerten ist und geeignet sein kann, den Ausbruch offener Konflikte zu hemmen.

13.4.5. Die Strategie als Vorbereitung auf den Irak-Krieg

The National Security Strategy of the United States wurde nach monatelanger Ankündigung am 20. September 2002 veröffentlicht; das war am Tag nach der Vorlage einer Resolution Präsident Bushs im Kongress, in der er Vollmachten für einen militärischen Einsatz gegen den Irak gefordert hatte. Diese Regie sollte offenbar die Kriegsentschlossenheit der USA demonstrieren und auch den UN-Sicherheitsrat beeindrucken. Mit der neuen nationalen Sicherheitsstrategie nehmen die USA für sich das Recht der vorbeugenden Kriegsführung zur Abwehr von Bedrohungen durch Terrorismus und Massenvernichtungswaffen in Händen von „Schurkenstaaten“ in Anspruch. Diese Intention ist nicht ausschließlich, aber insbesondere gegen den Irak gerichtet; die Strategie bildet die Basis der moralischen und logischen Rechtfertigung eines Präventivkrieges gegen den Irak. Das war insbesondere aus innenpolitischen Gründen erforderlich, denn ein militärischer Alleingang stößt innerhalb der USA keineswegs auf breite Zustimmung. Neben den Bemühungen im UN-Sicherheitsrat um Bevollmächtigung zur beziehungsweise zumindest um Akzeptanz der Kriegsführung gegen den Irak war auch die amerikanische Politik und Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass einseitiges Vorgehen notwendig sein kann, wenn sich die Staatengemeinschaft der Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens gegen den Irak beziehungsweise das Regime Saddam Husseins verschließen sollte.

Für die USA erscheint Saddam Hussein deshalb als besonders gefährlich, weil er als Spieler eingestuft wird, der große Risiken einzugehen bereit ist, weil er zu Fehlkalkulationen neigt und weil er bereit ist, hohe Opfer des irakischen Volkes skrupellos in Kauf zu nehmen. Eine solche Person ist schwer abzuschrecken. Man muss – aus heutiger US-Sicht – ihn und sein ganzes Regime entmachten. Und man muss es tun, bevor er Atomwaffen besitzt, weil diese seinen Machterhalt entscheidend stützen würden, weil dann das Risiko einer Kriegführung viel höher, wahrscheinlich zu hoch wäre.

Es geht beim Krieg gegen den Irak nicht um vorbeugende Maßnahmen gegen eine unmittelbare bevorstehende Bedrohung der USA und ihrer Verbündeten, auch nicht der Nachbarländer, die ein militärisch wieder mächtiger werdender Irak einschüchtern könnte; es geht um Vorbeugung gegen eine mögliche künftige Kriegsgefahr, die der Irak eines Tages bewirken könnte. Es geht darum, ein Regime abzusetzen, weil es Unruhe in eine strategisch bedeutsame Region bringen könnte und weil dieses Regime vermutlich in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen versucht und die Reichweite seiner ballistischen Raketen steigert, wodurch es eines Tages nicht nur Israel, sondern auch europäische Länder atomar bedrohen könnte. Einen solchen Irak könnte man mangels vorhandener Raketenabwehr in Europa nur noch mit nuklearer Vergeltung abschrecken – und das ist ein sehr gewagtes Spiel. Der Irak würde zu einem wesentlichen Akteur im Nahen und Mittleren Osten, zu einer unberechenbaren Größe in der konfliktreichsten Region der Welt und er würde die westliche Einflussnahme entscheidend reduzieren.

Der angedrohte Präventivschlag gegen den Irak ist eine ultima ratio, die erst dann realisiert wird, wenn alle anderen Handlungsmöglichkeiten erschöpft sind oder sich als untauglich im Sinne der amerikanischen Zielsetzung erwiesen haben. Die Drohung hat aber immerhin einerseits den UN-Sicherheitsrat zu einer neuen Resolution mit verstärkten Waffeninspektionen im Irak veranlasst und zum anderen den Irak dazu gebracht, diese Inspektionen zu akzeptieren. Auch wenn die Kriegsdrohung nur ein Pokerspiel der USA sein sollte und obwohl sie die Gefahr einer tiefen Krise der Weltwirtschaft heraufbeschwört, so ist ein Prozess eingeleitet worden, der schwerlich aufzuhalten sein wird und in logischer Konsequenz zum Dritten Golfkrieg führen kann: Wenn nämlich der Irak nicht einlenkt und sich nicht des Regimes Saddam Husseins entledigt oder sich nicht unter ein (westlich kontrolliertes) UN-Regime stellen lässt, dann muss in logischer Konsequenz der Krieg gegen den Irak kommen; ansonsten würden die USA „entzaubert“ und ihre Ordnungsmachtrolle wäre passé. Den Beweis dafür, dass der Irak Atomwaffen herzustellen versucht und dass er chemische (und vielleicht auch biologische) Waffen besitzt, wird der Krieg erbringen; auch dazu ist er da.

Bleibt der von den USA neu interpretierte beziehungsweise den heutigen Gegebenheiten angepasste Präventivkrieg auf den Fall Irak beschränkt, so wird die neue US-Sicherheitsstrategie wohl kaum einen markanten Wendepunkt in den internationalen Beziehungen darstellen, und die bereits dargelegten Befürchtungen über die Zunahme von Unberechenbarkeit und Willkür in der Staatenwelt sind wahrscheinlich unbegründet. Immerhin gibt es Rechtskonstruktionen mit Verweis auf die UN-Resolutionen 678 von 1990 und 687 von 1991, die ein militärisches Vorgehen gegen den Irak auch ohne neuerliche Legitimierung des Sicherheitsrates als völkerrechtlich gerechtfertigt darlegen. Der Irak-Krieg muss deshalb kein Präjudiz für künftiges Verhalten sein.

14. Die Welt von Morgen unter strategischen Gesichtspunkten

14.1. Die Schwierigkeit von Prognosen

Die Weiterentwicklung der globalen Situation kann nur kurzfristig vorausgesehen werden. Man denke zum Beispiel daran, wie schnell die Konjunkturprognosen immer wieder revidiert werden müssen. Wie sollte man da in der Welt der Sicherheitspolitik langfristige Prognosen machen können, wo doch dabei die wirtschaftliche Entwicklung, soziale und gesellschaftspolitische Tendenzen, technologische Entwicklungen und all jene Faktoren, wie sie in Kapitel 6. beschrieben worden sind, mitberücksichtigt werden müssen? Auch Trendextrapolationen der derzeit ersichtlichen Entwicklungen sind nur von begrenztem Wert, weil sich die Rahmenbedingungen entscheidend verändern können. So haben sich eine ganze Reihe solcher Trendextrapolationen angesehener wissenschaftlicher Institutionen nach einiger Zeit als irrig erwiesen. Dazu kommen etwa noch die Unvorhersagbarkeiten interner Entwicklungen in großen Ländern wie zum Beispiel China oder Russland, die für das Verhalten dieser Länder in den internationalen Beziehungen, aber auch für ihre wirtschaftliche, politische und militärische Stärke ausschlaggebend sein werden. Prognosen und Lageeinschätzungen sind sehr oft von der politischen Realität überholt worden.

Technische Entwicklungen oder große Erfindungen können die wirtschaftliche und technische Situation verändern, den Aufstieg kleiner und den Abstieg großer Volkswirtschaften auslösen oder die Bedeutung von Ländern und Regionen verändern. Die Umstellung auf Wasserstoffwirtschaft würde zum Beispiel die Sicherung der Ölversorgung aus der Golfregion bedeutungslos machen und den Stellenwert dieser Region entscheidend mindern. Die Fähigkeit zur Nutzung moderner Technologien, der Ergebnisse der Nano-Wissenschaften, die Eroberung und Nutzung des Weltalls oder die Erforschung und Nutzung der Ressourcen in größeren Tiefen des Erdinneren können und werden große Auswirkungen auf die Fähigkeiten und Stärken von Volkswirtschaften haben. In einer globalisierten Welt werden sich die Neuerungen nicht so stark nationalbezogen auswirken, wie zum Beispiel nautische und geographische Kenntnisse der Portugiesen am Beginn der Neuzeit aus einem armen Kleinstaat eine Weltmacht gemacht haben. Aber die Nationalstaaten werden auf absehbare Zeit die Hauptakteure in den internationalen Beziehungen bleiben und die Wirtschafts- und Finanzkraft sowie die technische Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten werden von der Forschungs-, Wissenschafts- und Industriepolitik der Staaten und der national zuordenbaren Industrie nachhaltig beeinflusst werden.

Nicht berücksichtigt können geomorphologische Aspekte werden; Klimawandel (– worüber die Forschung noch sehr wenig weiß), Asteroideneinschläge oder große Erdbeben und andere Naturkatastrophen können nicht nur enorme Schäden anrichten sondern eventuell auch das Bild der Welt völlig verändern. Ebenso können die Auswirkungen der Verbreitung epidemischer Krankheiten, der Verbreitung von Viren und neuer Krankheiten nicht berücksichtigt werden, weil wir nicht wissen, ob und was da vielleicht auf die Welt zukommt. (Vor 20 Jahren war AIDS unbekannt; diese Immunschwächeerkrankung hat bereits bedeutende Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung in Teilen Afrikas und wird zum Beispiel zu einem Bevölkerungsrückgang und vermutlich zu einer Reduzierung der Wirtschaftsleistung der Republik Südafrika und damit wohl zu einer erheblichen Einschränkung ihrer bisherigen Vormachtstellung im Süden Afrikas führen; bereits heute ergibt sich eine Reduzierung der Einsatzfähigkeit der südafrikanischen Streitkräfte.)

Wir wissen auch nicht, welche gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen sich ergeben werden. Wird sich der Trend fortschreitender Demokratisierung in vielen Teilen der Welt fortsetzen? Werden sich umgekehrt vielleicht in den heutigen Demokratien autoritäre Systeme entwickeln, zumal die

Leistungsfähigkeit der Demokratien in verschiedenen Bereichen an ihre Grenzen stößt und sich populistische Töne in der Parteienlandschaft ganz Europas breit machen? Werden religiöse und philosophische Trends bedeutsame Auswirkungen auf das nationale und internationale Zusammenleben haben? (Zum Beispiel christlicher Fundamentalismus als Reaktion auf die Herausbildung islamistischer Subkulturen in Europa?) Wird die bereits eingesetzt habende Dekadenz im Sinne eines negativ akzentuierten Verfallsprozesses, der sich insbesondere in Form von Mangel an Willen zur Macht ausdrückt und sich in mangelnder Reproduktion und der Bereitschaft zur Akzeptanz der Überlagerung der eigenen Kultur niederschlägt in Europa nur ein Durchgangsstadium sein, dem ein Wiederaufstieg folgt, oder eine andauernde Erscheinung, die zum definitiven Niedergang Europas führt? Wie wird die gesellschaftliche Entwicklung großer Mächte wie der USA oder Japans verlaufen?

Das alles wissen wir nicht. Wie soll man da seriöse Prognosen für die künftige sicherheitspolitische Situation in zwei bis drei Jahrzehnten oder mehr erstellen können? Wo hört analytische Bewertung auf und beginnt spekulative Prognose? Deshalb wird im Folgenden lediglich das aktuelle, sich verfestigende Weltordnungsmodell abschließend dargestellt und dargelegt, dass es sich in einem evolutionären Sinne weiterentwickelt.

14.2. Die Weltordnung als Ausfluss der Dominanz der USA

Wir finden heute ein Herrschaftssystem in den internationalen Beziehungen vor, das eine Mischung aus einem unipolaren und einem multipolaren System darstellt. Aus der Sicht der Sicherheitspolitik stellt sich die Welt heute als ein Staaten- und Organisationssystem dar, das von der Dominanz der USA geprägt wird. Daneben gibt es aber eine Reihe von Großmächten, die sowohl regionale als auch globale Bedeutung erlangt haben. Die bereits früher beschriebene Vielzahl der Akteure macht die Welt prinzipiell schwer überschaubar und vor allem die sicherheitspolitischen Entwicklungen schwer berechenbar. Man kann die Welt nach den Kriterien der Strategen als eine Mischform aus einem multipolaren und einem unipolaren System beschreiben, denn es ist eine alles überragende Weltmacht USA gegeben, die keinen auch nur annähernd ebenbürtigen Gegner oder Partner hat und auch fest entschlossen ist, keinen hochkommen zu lassen. In der Welt der Sicherheitspolitik geht heute kaum etwas gegen die USA; die USA sind aber andererseits nicht in der Lage, die Welt alleine und nach ihrem Willen zu gestalten. Hingegen sind etliche Staaten im Stande, ihr unmittelbares Umfeld weitestgehend nach ihren Vorstellungen zu gestalten und sich Einflusszonen zu schaffen.

14.2.1. Die Gründe für den Aufstieg der USA

Die USA verfügen im Grunde genommen nicht einmal über einen Hegemonialbereich im traditionellen Sinn. Ihr Einflussgebiete sind der nördliche Nachbar Kanada, der Golf von Mexiko, Japan und einige andere Teile Ost- und Südostasiens, Australien sowie das demokratische Europa. In der demokratischen Welt ist es nicht so leicht, ein Hegemon zu sein wie in der Welt autoritärer Staaten. Trotzdem sprechen wir von den USA als einem „gütigen“ Hegemon. Auch in ihrem Einflussbereich können die USA nicht beliebig schalten und walten – wie sie es vielleicht ganz gerne täten – beziehungsweise haben sie das nur in sehr begrenzten Einzelfällen gegenüber sehr kleinen Staaten wie Grenada oder Panama auch offen getan.

Die herausragende Rolle, die die USA aber trotzdem besitzen und deretwegen sie häufig als Weltpolizist bezeichnet werden, verdanken sie dem Zusammentreffen mehrerer Umstände am Ende der Ost-West-Konfrontation:

- Der Zusammenbruch der Sowjetunion machte aus Russland eine mittlere Großmacht, die nur noch im Bereich der strategischen Nuklearwaffen Ebenbürtigkeit mit den USA hatte; diese strategische Ebenbürtigkeit erodierte auf Grund der wirtschaftlichen Schwäche, denn Russland ist nicht im Stande, dieses Nukleararsenal auf lange Sicht aufrechtzuerhalten.
- Die europäischen Staaten haben nach dem Ende des Kalten Krieges die Friedensdividende voll einstreifen wollen; das taten zwar auch die USA, die ihren Verteidigungshaushalt ebenso radikal heruntergefahren haben wie die Europäer, allerdings von einem höheren Niveau aus, weshalb sie auch auf einem deutlichen höheren Niveau als die Europäer zu stehen kamen. Die Europäer haben aber im Gegensatz zu den USA die Umstrukturierung ihrer Streitkräfte nicht rasch beziehungsweise energisch genug in Angriff genommen. Ihre Streitkräfte sind noch sehr stark den Aufgabenstellungen aus dem Kalten Krieg verhaftet und sie brauchen ihr Geld für die Erhaltung dieser Strukturen auf. In der gleichen Zeit haben die Amerikaner ihre Streitkräfte auf die neuen Aufgaben und Herausforderungen umgestellt, insbesondere ungleich größere Mittel als die Europäer in den Bereich Forschung und Entwicklung gesteckt und militärische Ressourcen entwickelt, die sie nicht nur gegenüber den meisten ärmeren Ländern der Welt, sondern auch gegenüber den Europäern weit überlegen machen. Europa hat diese Entwicklung hingegen verschlafen, sowohl was die politische Führung anlangt, als auch hinsichtlich der Langsamkeit der militärischen Planung.
- China hat als eine aufstrebende Macht zwar seine Wirtschaft positiv weiterentwickelt und ist für die ganze asiatisch-pazifische Region zunehmend bedeutender geworden. Mit dem amerikanischen Entwicklungstempo konnte es aber auch nicht mithalten und trotz Bemühungen, seine Militärressourcen zu verbessern, ist der Abstand zu den USA tatsächlich noch viel größer geworden.
- Der Aufstieg Indiens zu einer über regionale Bedeutung hinausreichenden Macht und zur Atommacht wiederum ist keine Beeinträchtigung der amerikanischen Interessen, sondern im Gegenteil für die USA nützlich, und die USA haben versucht, Indien in ihre neuen Konzepte einzubinden – und Indien ist willens dazu.
- Die Wirtschaftsweltmacht Japan wiederum hat noch keine so großen Herausforderungen gesehen, um sich aus dem amerikanischen Schutz heraus und in die Rolle einer eigenständigen politischen und militärischen Macht hineinzubewegen, was sie jederzeit könnte, wenn sie wollte.

Es ist die geringe militärische und politische Macht der Anderen, die die überragende Stellung der USA begründet.

Tabelle: Vergleich der Verteidigungsaufwendungen zwischen den USA und der EU (– alle Mitglieder der EU zusammengenommen).

	USA	EU des Jahres 2001	EU nach der 2002 beschlossenen und bis 2006 erwarteten Erweiterung
Verteidigungsbudget in Mrd. US-Dollar (gerundet) 2000	295	153	159
beantragt für 2003	378	*)	*)
geplant bis 2007	451	**)	**)
Stehende Streitkräfte 2002	1 365 800	1 598 700	1 999 700
Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung 2001 in Mio. US-Dollar	39 340	9153	–
Ausgaben für Ausrüstung (Equipment and Procurement) 2001 in Mio. US-Dollar	59 878	34 856	–
Ausgaben für Ausrüstung pro Soldat 2001 ca. in US-Dollar	74 000	22 000	–

*) noch nicht bekannt, vermutlich knapp über den Ansätzen für 2000

***) unbekannt, der Abstand zu den USA wird sich höchstwahrscheinlich überproportional vergrößern

Quelle: IISS – Military Balance 2002 und andere Quellen.

Amerika hat also von der Schwäche und/oder von wenig klugen Strategien der anderen Mächte profitiert. Langfristig gesehen muss man dazu den Aufstieg Amerikas aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg sehen. Von den damaligen echten Großmächten Großbritannien, Deutschland, Sowjetunion und Japan haben sich drei selbst ausgeschaltet. Großbritannien ist im Versuch der Aufrechterhaltung seines Weltreiches im Sinne einer strategischen Überdehnung gescheitert; es hat die eigenen Möglichkeiten ebenso überfordert, wie die Briten nicht im Stande waren, auf Dauer eine „Balance of Power“-Politik in Europa im Sinne einer Eingrenzung der Großmächte zu betreiben. Deutschland führte zweimal einen Mehrfrontenkrieg, was trotz der militärischen Stärke eine strategische Überforderung war und zum Verlust der beiden Weltkriege führte. Das gut gerüstete Japan schlug im Zweiten Weltkrieg gegen die USA wiederum zu früh los, konnte praktisch den eigenen Aufstieg nicht abwarten. Die Sowjetunion war zwar Sieger im Zweiten Weltkrieg, aber sie verlor den Kalten Krieg ebenfalls an strategischer Überdehnung und zugleich an einer inneren Schwäche, denn das Land war langfristig gesehen nicht im Stande, den permanenten Konkurrenzkampf mit den USA aufrecht zu erhalten.

Heute strebt Amerika wieder das an, was es unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges besaß, nämlich die Kontrolle über die drei großen Ozeane. Verbündete oder Partner wie Japan, Australien und Indien sollen diese Kontrolle vervollständigen.

Amerikas politische Eliten haben stets strategisch gedacht, etwas, das den Europäern zunehmend abhanden gekommen ist. Die eine Hauptzielsetzung besteht in der Aufrechterhaltung amerikanischer Seeherrschaft. Die andere besteht darin, dass den USA kein globaler Rivale erwachsen soll. Es gehört

zu den strategischen Zielen der USA, die Machtsituation am eurasischen Kontinent so zu kontrollieren, damit dort keine andere dominierende Macht entsteht. Als die Sowjetunion im Begriffe war, das zu werden beziehungsweise es auch einige Zeit war, haben die USA über die NATO, mit Militärpakten im Mittleren Osten, mit Pakistan, mit Japan und anderen Ländern sowie mit einer differenzierten Chinapolitik eine Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion betrieben.

Der stellvertretende Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung, Hansrudolf Kamber, hat Amerika einmal als eine multidimensionale Führungsmacht bezeichnet, die sich durch globales Agieren und ökonomischen Einsatz der Mittel auszeichnet (NZZ vom 28.8.1999). Er meinte, dass die Amerikaner besser als ihre Freunde und Gegner es verstanden haben, den wirtschaftlich-technologischen Fortschritt mit den Bedürfnissen der eigenen Gesellschaft und ihrer Sicherheit in Einklang zu bringen. Kein Land habe in der zivilen und militärischen Massenindustrie den Übergang auf die Hochtechnologie in fast allen Lebensbereichen so effizient durchgezogen wie Amerika. Der Vorsprung Amerikas blieb nicht nur auf die Rüstung und das Militärische beschränkt, sondern es gelang, die Lebensbedingungen für seine Bürger und Verbündeten in Europa und Japan deutlich zu verbessern.

Wenn die hier dargelegten Beurteilungen zutreffen, so hängt die Zukunft der dominanten Stellung der USA davon ab,

- ob die USA weiterhin den technologischen Fortschritt am besten nutzen kann,
- ob es anderen Mächten gelingt, sich durch Nutzung eigener Ressourcen eine Rolle als globale Weltmacht zu verschaffen,
- ob die USA auch künftig den Willen zu Gestaltung der Weltordnung haben und
- ob die gesellschaftliche Entwicklung in den USA gedeihlich verläuft, oder ob die Veränderung der sprachlichen und kulturell-zivilisatorischen Zusammensetzung der Bevölkerung zu einer inhomogenen Gesellschaft mit mangelnder Kohärenz und geringer Gestaltungskraft nach außen führt.

14.2.2. Die USA als Feindbild

Die überragende Stellung der USA hat auch negative Folgewirkungen für sie selbst. Ob zu Recht oder zu Unrecht, die USA sind in weitesten Teilen der Welt einfach nicht beliebt. Sie ziehen sich eben wegen ihrer Omnipräsenz, wegen des amerikanischen „Way of Life“ und auch wegen ihrer Einmischungen in viele Angelegenheiten (auch wenn diese für die globale Entwicklung positiv oder sogar notwendig sind) den Hass vieler Menschen zu. Auch in Europa ist der Antiamerikanismus gewachsen, man muss nur etwa an den deutschen Bundestagswahlkampf von 2002 denken.

Die USA wollen eine Reihe von Problemen, deren es auf der Welt ja genug gibt, lösen oder zumindest Lösungen in Angriff nehmen. Dabei verstricken sie sich in viele Probleme und schaffen sich weniger Freunde als Gegner. Der Zweite Golfkrieg zur Befreiung von Kuwait mag als Beispiel dafür dienen. Er diente der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Kuwaits, er war notwendig, um den Irak in die Schranken zu weisen, um Überfälle auf andere Länder nicht salonfähig werden zu lassen; er war zweifellos auch gegen eine irakische Dominanz in der Region gerichtet und er war sicherlich auch im Interesse der Versorgung des Westens (und zwar insbesondere Europas und Japans) mit Erdöl aus der Nahost-Region. Die von Amerika geführte Intervention war also im Interesse des gesamten Westens und sie war im Interesse praktisch aller anderen Länder der Nahost- und Mittelost-Region. Geblieben ist aber nach einem gewissen zeitlichen Abstand sehr oft nur der Eindruck, dass die USA für die Kontrolle des Erdöls über Leichen gehen.

Die Menschen in zahlreichen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, wo zusammen etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung leben, sehen in den USA die größte auswärtige Bedrohung beziehungsweise einen Gegner oder auch Feind, nicht weil sie sich militärisch bedroht fühlen, aber politisch, hinsichtlich ihrer Entscheidungsfreiheit, aber auch, weil sie sich ausgebeutet fühlen. Die USA erscheinen dort nicht als „wohlwollender“ oder „gütiger“ Hegemon, sondern als eine Weltmacht, die rücksichtslos ihre Interessen wahrnimmt. Als „gütiger“ oder „wohlwollender“ Hegemon werden die USA lediglich in der englischsprachigen Welt, in Japan, Israel, Deutschland und in etlichen anderen europäischen Ländern gesehen.

Solche und ähnliche Erfahrungen sind aus dem (selbstgefälligen) amerikanischen Selbstverständnis unverständlich und führen regelmäßig nicht zu einer Selbstreflexion darüber, warum man so unbeliebt ist. Die vorherrschende Auffassung von der Überlegenheit Amerikas – nicht nur technisch-wissenschaftlich und ökonomisch, sondern auch kulturell-zivilisatorisch und werte mäßig – bleibt davon unberührt.

Durch die überragende Stellung der USA werden auch die transatlantischen Beziehungen verschlechtert. Es ist an früherer Stelle schon darauf hingewiesen worden, dass es das Bewusstsein von Ohnmacht bei den Europäern ist, das die Stimmung verschlechtert hat. Das Wissen, dass die USA wie im Krieg in Afghanistan die Europäer nicht brauchten, weil sie eben unzulängliche militärische Fähigkeiten haben, macht ganz einfach böseartig. Die Bedrohungsperzeption ist eine andere. Der Machtlose will die Probleme nicht sehen; der Mächtige sieht sie vielleicht stärker oder überzeichneter, als sie tatsächlich sind. Aus dieser unterschiedlichen Perzeption muss damit gerechnet werden, dass mangels ausreichender Interessensübereinstimmung zwischen Amerika und den Europäern die Amerikaner sich noch stärker als bisher zu unilateralem Vorgehen veranlasst sehen. Das bedeutet aber zugleich auch eine Schwächung der USA, weil sie immer wieder auf Verbündete und Partner angewiesen sind, um eigene Ordnungsvorstellungen durchzusetzen. Dass dies eine Schwäche ist, ist Amerika vielleicht nicht vollständig bewusst. Es müsste eine gemeinsame Feststellung der westlichen Interessen stattfinden, in die auch Europa seine Vorstellungen einbringen kann. Das geschieht aber nicht, da amerikanisches strategisches Denken sehr stark davon bestimmt ist, dass Amerika vorangeht und die Verbündeten folgen dürfen. Die Europäer gefallen sich aber immer weniger in der Gefolgschaftsrolle, vielleicht auch deshalb, weil Gefolgschaft eigentlich nur einen starken Partner als ehrenhaft erscheinen lässt, wogegen ein schwacher Partner in Gefolgschaft ein armseliges Rollenbild abgibt.

Im heutigen Umgangsjargon könne man sagen, dass es das Problem Amerikas ist, dass es alleine in der ersten Liga spielt. Sein Umgang mit Zweitligisten ist deshalb nicht in ausreichend geordneten und geregelten Bahnen. Das macht sein Verhalten ebenso schwer berechenbar wie das der Zweitligisten.

14.2.3. Die Gefahr der strategischen Überforderung

Durch ihre Stärke und das Erfordernis, eine ordnende Rolle in verschiedenen Konflikt- und Krisenregionen zu spielen, ergibt sich die Gefahr einer strategischen Überforderung der USA. Noch vor wenigen Jahren wollten die USA im Stande sein, gleichzeitig zwei größere regionale Kriege führen zu können, wenn dies erforderlich wäre. Dahinter stand die Überlegung, dass man durch das Engagement in einem regionalen Krieg nicht irgendeinem Staat die Gelegenheit geben wollte, nun seine Interessen in einer anderen Region gewaltsam durchzusetzen, weil die USA ja engagiert sind. Man hat diese Ambition später auf eineinhalb regionale Kriege reduziert, also einen größeren und einen kleineren. Nun ist man von dieser Philosophie gänzlich abgekommen, baut die Streitkräfte zu möglichst großer Flexibilität um, um eben entsprechend den Bedürfnissen, die man heute noch nicht

kennt, vielfältig einsatzfähig zu sein. So zweckmäßig und sinnvoll diese Änderung auch ist, sie zeigt, dass auch die Amerikaner im militärischen Bereich nur begrenzte Einwirkungsmöglichkeit haben. Die USA haben bewiesen, dass sie Weltkriege gewinnen können und dass sie auch große regionale Kriege bei ernstem Engagement beherrschen. Aber bei kleineren Szenarien haben sich immer wieder Probleme ergeben. So abstrus dieses Beispiel nun klingen mag, so stimmt es doch: Die USA hat für die Besetzung des kleinen Inselstaates Grenada mit 345 Quadratkilometern (das ist weniger als die Fläche des ehemaligen Ost-Berlin mit 407, Wiens mit 414 oder des ehemaligen West-Berlin mit 420 km²) und knapp weniger als 100 000 Einwohnern länger gebraucht als die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg zur Besetzung Norwegens – und dies gegen die damalige Weltmacht Großbritannien. So technisch überzeugend die USA ihren Krieg in Afghanistan gegen die Taliban führen (leider auch mit erheblichen Missgeschicken dabei), so sind sie doch nicht bereit, einen riskanten Bodenkrieg zu führen.

Die USA haben also trotz ihres überragenden Militärpotenzials und ihrer technologischen Überlegenheit enge militärische Grenzen dort, wo es einen Krieg zu führen gilt, der viele Menschenleben kosten könnte. So verständlich dies ist, dass die Bereitschaft dazu fehlt, das Leben amerikanischer Soldaten zu riskieren, so zeigt ein solcher Mangel an Bereitschaft eben auch absolute Grenzen – und andere wissen das.

14.2.4. Weiterhin gültige strategische Ziele der USA

Die sicherheitspolitische Zielsetzung der USA ist, abgesehen von dem inneren Ziel der Erreichung größtmöglicher nationaler Sicherheit, nach außen gerichtet; dazu kommt die Erhaltung des jetzigen Zustandes mit einer überragenden Stellung der USA, allenfalls der Ausbau dieser Vormachtsstellung und die Erhöhung des Vorsprunges im militärtechnologischen Bereich.

Diese Zielsetzung versuchen die USA zu erreichen, indem sie die Entstehung einer zweiten Weltmacht zu verhindern suchen und eine Kontrolle über die Machtsituation am eurasischen Kontinent behalten wollen. Dazu dient die NATO, weshalb sie auch weiterhin existieren wird. Die USA werden zu verhindern versuchen, dass es eine Koalition größerer Mächte gibt, die gegen sie und ihre Interessen gerichtet ist.

Der Störfaktor der Kontrolle Eurasiens ist heute China. Es ist deshalb naheliegend, dass die USA längerfristig gesehen eine Politik der Eindämmung Chinas betreiben werden. Dem dient unter anderem die Einbindung Indiens und selbstverständlich die Beibehaltung einer Schutzmachtrolle für beziehungsweise eines Bündnisses mit Japan. Japan soll sich nach US-Vorstellungen stärker militärisch engagieren, um einen bedeutsameren Beitrag für die heute gegebene Stabilität in Ostasien zu leisten. Aber es soll sich nicht soweit engagieren, dass es eine eigenständige Rolle außerhalb amerikanischer Kontrolle spielt. Der Eindämmung Chinas dient auf jeden Fall die Einbindung Indiens durch die USA. Die Aufrechterhaltung traditionell guter Bindungen Indiens zu Russland stört dabei nicht, denn sie sind von untergeordneter Bedeutung. Und Japan hat aufgrund seiner Geschichte und seines Verhaltens keine anderen Bündnispartner als die USA in Ost- und Südostasien zur Verfügung.

Die dominanten Mächte Asiens werden China und Indien sein. Beide sind echte Großmächte mit einer gewissen globalen Bedeutung, aber sie werden keinen Supermachtstatus oder keinen Weltmachtstatus in dem Sinne wie die USA erlangen.

Russland ist derzeit und für die nähere Zukunft in erster Linie wegen seiner strategischen Nuklearwaffen sicherheitspolitisch relevant. Da es der größte Flächenstaat der Welt ist, besitzt es eine potenzielle Bedeutung für die Sicherheitspolitik, die weit über die heutige Bedeutung hinausreicht. Ein

Russland, das bereit ist, mit den USA zu kooperieren, das die Überlegenheit der USA zur Kenntnis nimmt, ist aus diesen Gründen auch ein willkommener Kooperationspartner für die USA. Russland, so wie es jetzt unter der aktuellen Außenpolitik Putins (also gegen Ende des Jahres 2002) ist, kann für die Amerikaner ein interessanterer und relevanterer Partner werden, als es die West- und Mitteleuropäer sind. Diese Entwicklung ist aber keineswegs gesichert; nicht nur in den USA gibt es Vorbehalte, sondern insbesondere sind die politischen Eliten Russlands nach wie vor von starken Aversionen gegen die USA geprägt und leiden unter dem Verlust der seinerzeitigen Weltmachtsstellung. Es muss angenommen werden, dass es den russischen Eliten nach wie vor ein besonderes Anliegen ist, eine bedeutende Großmachtsstellung Russlands wieder herzustellen. Es ist aber zugleich anzunehmen, dass Russland in Relation zu anderen Mächten dauerhaft schwächer wird. Ein Wiedererstarken in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ist natürlich möglich, mittel- und längerfristig sogar realistisch. Aufgrund seiner effektiven Größe von nur 147 Millionen Einwohnern (mit abnehmender Tendenz) und der enormen Rückstände des Landes erscheint eine überregionale Großmachtrolle aber einfach unrealistisch. Sollte sich das Land definitiv zu einem demokratisch-rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen System entwickeln, so wird es gar nicht die Motivation haben, ein besonders großes Militärimperium werden zu wollen.

Europa ist abgeschlafft und in einem fortschreitenden Prozess der Dekadenz verhaftet. Globales und strategisches Denken fehlen bei einem Gutteil der politischen Eliten, die Bedrohungsperzeption ist überwiegend naiv und der Wille zur Gestaltung oder Mitgestaltung der globalen Situation, in die man nun einmal eingebettet ist, fehlt weitgehend – nur rhetorisch wird sie betrieben. Es herrscht noch immer sehr viel Eurozentrismus und zwar in dem Sinne, dass man den allmählichen eigenen Abstieg noch nicht so richtig erfasst und häufig vermeint, von der globalen Entwicklung nur am Rande betroffen zu werden.

Die Chancen der USA zur Fortsetzung ihrer Eurasien-Strategie stehen also nicht schlecht.

14.3. Die „Weltordnung“ der nahen Zukunft

Aus einer sicherheitspolitischen Sicht ist die Welt charakterisiert durch die überragende Stellung der USA, durch den Aufstieg Asiens beziehungsweise die wichtige Rolle, die die größeren Staaten Asiens zunehmend spielen und generell durch die steigende Bedeutung und Machtzunahme Ost- und Südasiens sowie durch den Abstieg Europas. Dieser Abstieg vollzieht sich langsam und ohne Paukenschläge; im Kapitel 6. wurde darauf eingehend hingewiesen. Es gibt diesbezüglich aber eine gewisse Realitätsverweigerung Europas; Europa will seinen Bedeutungsverlust – weil er eben schleichend ist – nicht zur Kenntnis nehmen und ist auch nicht gewillt, sich in dem Maße selbst zu integrieren, das nötig wäre, um eine stärkere Rolle in der Weltpolitik spielen zu können. Die USA werden für die absehbare Zeit als konstanter Faktor die dominante Weltmacht bleiben, neben der Europa absteigt und Japan in etwa seinen jetzigen Stellenwert behält; China und Indien sind die Aufsteiger. Russland wird wohl nur mehr eine Regionalmacht sein.

Wenn man ein Weltordnungsmodell erstellen will, so böte sich ein Vergleich mit der Marktwirtschaft an. Wir haben eine Welt mit einer überragenden Macht, mit bedeutenden globalen und insbesondere einer Vielzahl von regionalen Akteuren. Wegen verschiedener Bündnisse sowie organisatorischer und institutioneller Erfassungen gibt es überwiegend geordnete Situationen in den internationalen Beziehungen. Diese geordneten Situationen werden immer wieder verletzt, aber hinsichtlich der Beziehungen der großen und relevanten Mächte gibt es in normalen Zeiten doch einen gewissen erkennbaren Mechanismus und die Einhaltung völkerrechtlicher Grundnormen nach außen. So etwas kann wie ein Markt funktionieren, der zwar nicht ganz gesittet ist im Sinne eines

Rechtsstaates, aber doch auch nicht völlig chaotisch und der mangels Überregulierungen zulässt, dass sich die Kräfte entfalten können. In einem solchen sicherheitspolitischen Markt ist die längerfristige Entwicklung schwer vorhersagbar.

Schwer vorhersagbar ist sie auch deshalb, weil es keine umfassende Weltordnung gibt. Es wurde ausreichend dargelegt, dass das System der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen nur in Ausnahmefällen funktioniert. Auch die USA sind nur eine beschränkt wirksame Ordnungsmacht; sie sind es nur, wenn sie es wollen und inwieweit sie es können. Dieser Zustand wird auf absehbare Zeit wohl auch so bleiben. Es wird aus Interessensgründen Interventionen zum Beispiel der USA geben, es kann durchaus auch einmal eine Intervention geben, die von der UNO beschlossen wird. Aber es wird auch ungesühnte Übergriffe und Gewaltanwendungen in den internationalen Beziehungen geben, weil eine Intervention zu riskant ist oder die Interessenslage nicht entscheidend herausgefordert wird. Die Welt wird in den nächsten zwei Jahrzehnten vermutlich so bleiben, wie sie es in der Zeit nach dem Kalten Krieg war.

Daran wird auch die Nationale Sicherheitsstrategie der USA von 2002 nicht viel ändern, die ja Präventionskriegsführung vorsieht, wenn sich die USA bedroht fühlen (wie dazu im Abschnitt 13.4. ausgeführt wurde). Es ist nicht anzunehmen, dass die USA oder andere größere Mächte allzu willkürlich und häufig in anderen Staaten intervenieren werden. So etwas hat es immer wieder gegeben und wird es wohl auch geben, bis eine Art Weltregierung im Stande ist, derartige Übergriffe wirksam zu sanktionieren beziehungsweise selbst einschreiten kann, um nationale Eingriffe gar nicht erst als notwendig erscheinen zu lassen. Man darf erwarten, dass insbesondere die USA mit diesem sich selbst eingeräumten Recht der Präventivkriegsführung sehr maßvoll umgehen werden. So ist insgesamt auch in dieser Hinsicht nicht zu erwarten, dass sich allzu viel verändern wird. Das wird dann der Fall sein, wenn den USA ein globaler Rivale erwächst (was derzeit einfach nicht zu erkennen ist), beziehungsweise jedenfalls dann, wenn die Verteilungskämpfe um natürliche Ressourcen sich so weit steigern, dass daraus Kämpfe um Lebensraum werden. Soweit wird es in den beiden nächsten Jahrzehnten aber (auch ohne ausreichende globale Ordnungspolitik) wohl noch nicht kommen. Zu großen Veränderungen der globalen Machtbalance würde es natürlich auch dann kommen, wenn es aus anderen Konflikteskalationen zu großen Kriegen, vielleicht sogar zu atomar geführten Kriegen kommen sollte. Insofern bleibt auch ein Rest an Ungewissheit für die nähere Zukunft.

Anhang 1: Ein Konzept für Europas Sicherheitspolitik

Im Kapitel 9. und auch in anderen Zusammenhängen wurde zum Ausdruck gebracht, dass es auf absehbare Zeit unrealistisch erscheint, eine Verfestigung der EU zu einer staatsartigen Institution zu erwarten, die zu einer zielgerichteten GASP findet und ein eigenständiger Akteur in den internationalen Beziehungen wird. Trotz dieses pessimistischen Ansatzes sollen aber zum Abschluss einige Anregungen dahingehend gemacht werden, was die EU im Hinblick auf die internationale Situation und die erkenn- oder vermutbaren Entwicklungen in der Sicherheitspolitik tun sollte.

Die Europäische Union hat ihre sicherheitspolitischen Interessen im Artikel 11 Absatz 1 des EU-Vertrages selbst festgelegt. Es geht um die Wahrung gemeinsamer Werte, um die Unversehrtheit und die Stärkung der Sicherheit der Union, die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit im Sinne der Vereinten Nationen, die Förderung der internationalen Zusammenarbeit, Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Wie diese Interessen verfolgt werden sollen, ist offen. Was bedeutet die Stärkung der Grund- und Freiheitsrechte? Gilt das global? Sollte die EU bereit sein, diese Rechte auch durch Einsatz von Gewaltmitteln zu schützen? Sollte die EU in ihrer Zusammenarbeit mit anderen Staaten demokratische beziehungsweise rechtsstaatlich organisierte Länder bevorzugen und andere sanktionieren?

Die EU ist zur Verwirklichung von Zielsetzungen ebenso auf die solidarische Mitwirkung ihrer Mitglieder angewiesen, wie umgekehrt die Mitglieder ihre sicherheitspolitischen Interessen und Ziele oft nicht mehr im Alleingang realisieren können. Das Problem ist es freilich, den gemeinsamen Nenner zu finden. Er scheint dort am leichtesten beziehungsweise breitesten herstellbar, wo es um den Bereich der Sicherheitspolitik im weitesten Sinne geht. So hat die EU bereits verschiedene Strategien im Sinne der Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und leistungsfähigen Wirtschaftsordnungen entwickelt, zum Beispiel eine „Gemeinsame Strategie für Russland“ oder den „Barcelona-Prozess“ hinsichtlich der südlichen Mittelmeeranrainer. Solche Strategien können, wenn sie richtig angelegt sind und dann auch entsprechend umgesetzt werden, zur Verbesserung der internationalen Situation beitragen. Aber es ist durchaus strittig, ob diese Strategien alle zielführend sind. Als Beispiel dafür soll eine kritische Betrachtung des Barcelona-Prozesses dienen:

„Die Europäische Union befürchtet, dass die wirtschaftliche und politische Instabilität in Marokko, Algerien, Tunesien und Ägypten zu einem deutlichen Anstieg von Migration und Drogenexport nach Europa sowie zu Fundamentalismus und Terrorismus führt. Um diese für Europas Sicherheit und Wohlstand negativen Entwicklungen zu verhindern, setzt sich die EU seit 1995 für wirtschaftliche und politische Liberalisierung in Nordafrika ein. Im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP) soll bis 2010 eine Freihandelszone entstehen, damit die Region mehr ausländische Direktinvestitionen anzieht und die Wirtschaft stärker wächst. Außerdem bindet die EU wirtschaftliche Hilfe an die Einhaltung der Menschenrechte und fördert zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Demokratisierung einsetzen.

Entgegen den Erwartungen der EU zeichnet sich nach den ersten fünf Jahren dieser Partnerschaft keine Stabilisierung, sondern eine weitere Destabilisierung der Region ab. Mit dem Wegfall der Zölle schwindet der Schutz der nordafrikanischen Unternehmen vor der europäischen Konkurrenz und der Staat verliert einen Großteil seiner Einnahmen mit der Folge, dass die Arbeitslosigkeit zunimmt, während die staatlichen Mittel für Sozialmaßnahmen abnehmen. In dieser prekären Lage ist Demokratisierung besonders riskant. Die von der EU geförderten Liberalisierungsmaßnahmen können allenfalls langfristig zu einer Stabilisierung beitragen. Mittelfristig besteht das große Risiko einer

weiteren Destabilisierung und damit des Eintretens genau der negativen Auswirkungen für die europäische Sicherheit, die die EU verhindern will.“ (Jörg Wolf: Kurzfassung zum Aufsatz „Wie riskant ist die EU-Politik zur Stabilisierung Nordafrikas?“. In: Erich Reiter (Hg.): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2001. Hamburg, Berlin, Bonn 2001, S. 39f)

Gut gemeinte Politik kann durchaus zu negativen Ergebnissen führen. Man weiß eben erst nachher, wie sich eine bestimmte Politik ausgewirkt hat. Auch aus den Wirtschaftswissenschaften gibt es Beispiele, die die Skepsis gegenüber dem Erfolg umfassender politischer Strategien stärken. Das entbindet die EU freilich nicht davon, auch weiterhin Strategien im Sinne ihrer Zielsetzungen zu entwickeln und umzusetzen. Man muss sich nur bewusst sein, dass die Zielerreichung nicht garantiert, sondern im Gegensatz sehr fraglich sein kann, woraus folgert, dass politische Strategien zur Stabilisierung noch keineswegs ausreichen müssen, um tatsächlich stabilisierende Wirkungen zu erzielen.

All die schönen Zielsetzungen, wie sie heute in der Sicherheitspolitik moderner Doktrinen dargestellt werden, garantieren noch lange keine sichere Welt. Solche politisch-strategischen Zielsetzungen sind zum Beispiel:

- Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit,
- Stärkung marktwirtschaftlicher Ordnungen,
- Ausgleich des Wohlstandsgefälles durch Entwicklungszusammenarbeit,
- Stärkung der internationalen Kooperation,
- Umfassende Förderung von Stabilität und Sicherheit,
- Verhinderung des Entstehens und der Eskalation von Konflikten aus ethnischen oder religiösen Spannungen,
- Bekämpfung von transnationaler Kriminalität und Terrorismus,
- Erhaltung einer lebenswerten Umwelt oder
- Unterstützung der internationalen Organisationen.

All das ist richtig und gut. Nachhaltigen Sinn ergeben Strategien zu solchen Zielsetzungen meist aber erst dann, wenn sie durch machtpolitische Möglichkeiten unterstützt werden. Das ist insbesondere der Aufbau ausreichender militärischer Ressourcen, die nicht nur zu einer Abhalte- oder Abschreckungswirkung gegenüber potenziellen Angreifern oder gegen Erpressungen von Problemstaaten befähigen, sondern auch militärische Interventionsfähigkeit zur Beendigung von ausgebrochenen Konflikten beinhalten. In einer zusammenwachsenden Welt wird es auch zunehmend erforderlich, globale Wirksamkeit zu haben und nicht nur im engsten Umkreis Europas handeln zu können.

Einer sich selbst ernst nehmenden EU muss deshalb dringend angeraten werden, einerseits ein strategisches Raketenabwehrsystem aufzubauen, um den geänderten Bedingungen im Bereich strategischer Möglichkeiten auf dem Gebiet von Nuklearwaffen- und Trägermitteln Rechnung zu tragen. Sie muss andererseits eine Interventionsstreitmacht mit ausreichenden logistischen Fähigkeiten aufbauen, die deutlich über das in der ESVP Vorgesehene hinausgeht. Sie muss schließlich im Bereich der modernen Kriegsführung zumindest im gewissen Maße ihren Rückstand gegenüber den USA vermindern, um im Stande zu sein, gemeinsam mit Amerika Operationen durchführen zu können – und damit ein ernstzunehmender Partner der in der Weltpolitik den Ton angehenden USA zu werden.

Wenngleich es auf den ersten Blick geboten schiene, zu diesem Zweck die Verteidigungsbudgets der europäischen Länder entscheidend anzuheben, so stimme ich doch mit jenen Analytikern überein,

die meinen, dass prinzipiell sogar mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen das Auslangen dafür gefunden werden kann, wenn es zu einer Konzentration der europäischen Verteidigungspolitik auf die EU kommt und die Synergieeffekte voll ausgenutzt werden. Verteidigungspolitik muss also – zumindest teilweise – aus den Mitgliedsstaaten in die EU hinein verlagert werden, jedenfalls hinsichtlich der strategischen Komponenten, die vorher aufgezählt wurden. Hingegen können die traditionellen militärischen Fähigkeiten im Bereich der Territorialverteidigung bei den Mitgliedsländern verbleiben, die sich je nach ihrer Befindlichkeit zusätzlich zu den strategischen Elementen größere oder kleinere Streitkräfte traditioneller Art leisten und sich auch das Wehrsystem selbstständig dafür aussuchen könnten. Die europäischen Nuklearwaffen, die strategischen Raketenstreitkräfte, die strategische Luftwaffe, das strategische Raketenabwehrsystem und die hochseegängige Flotte, der Bereich strategischer Aufklärung und Kommunikation sowie Logistik gehörten aber direkt der EU zugeordnet.

Der Weg dahin könnte so verlaufen, dass zuerst die einzelnen Mitgliedsländer Teile ihrer Streitkräfte direkt der EU unterstellen. Nach einer Übergangsphase „mutieren“ diese Kontingente von nationalen Kontingenten zu einer europäischen Streitkraft und unterliegen dann ausschließlich der Befehlsgewalt der europäischen Führung. Die Mitgliedsländer leisten einen finanziellen Beitrag zum Unterhalt und zum Ausbau der strategischen europäischen Streitkräfte, zum Beispiel ein Prozent des Brutto-Inlands-Produktes. Den restlichen Aufwand für die Streitkräfte behalten sie für ihre unter nationaler Verfügung bleibenden Territorialstreitkräfte beziehungsweise für spezielle Aufgaben wie Küstenschutz usw.

Wegen der besonderen Problematik, die die Schaffung gemeinsamer europäischer Nuklearstreitkräfte beinhaltet, weil sich vermutlich weder die beiden europäischen Nuklearmächte gerne von den ihren trennen und andererseits auch eine ganze Reihe von Ländern auf dieses Thema nicht vorbereitet ist und sich schwer tut, Mitverantwortung für Nuklearstreitkräfte zu tragen, könnte dieser Bereich für eine längere Übergangsfrist ausgeklammert werden.

Die Europäer werden durch ihr faktisches Verhalten (und nicht durch ihre Rhetorik) darüber entscheiden, ob unser langsam aber beständig an Gewicht verlierender Kontinent auch in Zukunft noch eine gewisse Bedeutung in der Welt haben wird.

Anhang 2: Streitkräftevergleich EU – USA

Die gemeinsamen Streitkräfte der Länder der EU wären trotz der technologischen Rückständigkeit der Europäer gegenüber den USA auf den meisten Gebieten und trotz des Fehlens verschiedener Mittel der modernen Kriegsführung immer noch beachtlich.

Tabelle: Vergleich einzelner Waffensysteme EU – USA im Jahre 2000

	EU	USA
Kampfpanzer	9592	7600
Artillerie	12.094	5800
gepanzerte Kampffahrzeuge	21.229	15.200
Kampfhubschrauber	1028	3533
Kampfflugzeuge	3949	ca. 1900*
größere Transportflugzeuge**	ca. 300	ca. 600

Angaben laut Büro für Wehrpolitik, Bundesministerium für Landesverteidigung Wien, März 2002, und andere Quellenangaben.

*) Nach anderer Zählweise auch ca. 2100 **Vergleichbarkeit sehr schwierig

Kommentar: Im Bereich der konventionellen Kriegsführung wären die gemeinsamen Streitkräfte der EU sogar den USA (zumindest numerisch) überlegen.

Tabelle: Vergleich der Seestreitkräfte USA – EU im Verhältnis zu den Seestreitkräften anderer militärisch bedeutsamer Länder im Jahre 2002

	USA	EU	Russland	China	Japan	Indien	Taiwan	Türkei	Brasilien	Indonesien	Argentinien	Thailand	Australien	Ägypten
große Flugzeugträger	12	–												
mittlere und kleine Flugzeugträger	–	6				1			1			1		
strategische U-Boote	18	8	17	1										
taktische U-Boote	55	77	34	67	16	16	4	14	4	2	3		5	4
große Überwasserkampfschiffe (Kreuzer, Zerstörer, Fregatten)	114	151	34	62	54	19	33	22	14	17	13	12	10	11

(Quelle: IISS – Military Balance 2002)

Kommentar: Die EU als Ganzes ist zwar hinsichtlich der strategischen Seestreitkräfte den USA klar unterlegen, hätte aber dennoch eine beachtliche Marine, die allen anderen Mächten weit überlegen wäre.

Literaturverzeichnis

1. Verwendete Literatur:

- Agüera** Martin: ESDP and Missile Defense: European Perspectives for a More Balanced Transatlantic Partnership. In: Strategic Studies Institute Publications, Dec. 2001.
- Asmus** Ronald D., **Larrabee** Stephen F.: NATO and the Have-Nots. Reassurance After Enlargement. In: Foreign Affairs, Nov./Dec. 1996.
- Avineri** Shlomo: Kompromiss in weiter Ferne. In: Internationale Politik, 8/2001.
- Azimov** Anvar: Moscow and Delhi in a Multi-polar World. In: International Affairs, 5/2000.
- Bahgat** Gawdat: Oil Security in the New Millenium: Geo-Economy vs. Geo-Strategy. In: Strategic Review, 1998.
- Bailes** Alyson: Europe's Defense Challenge. In: Foreign Affairs, Jan. 1997.
- Baraki** Martin: Regionalkonflikt unter Atommächten. Der Streit um Kaschmir. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2001.
- Bernstein** Richard, **Ross** Munro: The Coming Conflict with America. In: Foreign Affairs, Mar./Apr. 1997.
- Bertram** Christoph: Auf der Suche nach dem neuen Feind. In: Die Zeit, 6.12.1996.
- Bierling** Stephan: Die Beziehungen zwischen Europa und Amerika unterliegen einem tiefgreifenden Wandel. In: FAZ, 5.2.2001.
- Boyd** Andrew: An Atlas of World Affairs. Ninth Edition. London, New York 1991.
- Bracken** Paul: The Second Nuclear Age. In: Foreign Affairs, Jan./Feb. 2000.
- Brill** Heinz: Die NATO-Osterweiterung und die geopolitischen Interessen der Mächte. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 6/1998.
- Brill** Heinz: Geopolitik heute. Deutschlands Chance? Frankfurt am Main 1994.
- Brill** Heinz: Strategische Allianzen in der internationalen Politik. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 5/2002.
- Brzezinski** Zbigniew, **Scowcroft** Brent, **Murphy** Richard: Differentiated Containment. In: Foreign Affairs, May/Jun. 1997.
- Brzezinski** Zbigniew: A Geostrategy for Eurasia. In: Foreign Affairs, Sept./Oct. 1997.
- Brzezinski** Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Weinheim, Berlin 1997.
- Brzezinski** Zbigniew: Macht und Moral. Neue Werte für die Weltpolitik. Hamburg 1994.
- Brzezinski** Zbigniew: Postkommunistischer Nationalismus. In: Europa-Archiv, Folge 24/1989.
- Brzezinski** Zbigniew: The Grand Chessboard: Americas Primacy and it's Geostrategic Imperatives. New York 1997.

- Buck** Felix: Geopolitik 2000. Weltordnung im Wandel. Deutschland in der Welt am Vorabend des 3. Jahrtausends. Frankfurt am Main 1996.
- Calder** Kent E.: Asia's Empty Tank. In: Foreign Affairs, Mar./Apr. 1996.
- Changtai** Jihang: A Few Remarks on the Situation in the Asia-Pacific Region. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 1/2000.
- Chellaney** Brahma: Nuclear Proliferation: The United States-Indian Conflict. New Delhi 1993.
- Christensen** Thomas J.: Chinesische Realpolitik. In: Foreign Affairs, Sept./Oct. 1996.
- Czempiel** Ernst Otto: Am Scheideweg. Zur Situation der Atlantischen Gemeinschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2000.
- Czempiel** Ernst Otto: Die Reform der UNO. Möglichkeiten und Mißverständnisse. München 1994
- Daaler** Ivo H., **Froman** Michael B.G.: Dayton's Incomplete Peace. In: Foreign Affairs, Nov./Dec. 1999.
- Daoyu** Li: The Present Situation in the Asia-Pacific Region and Sino-US and Sino-Japanese Relations. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 1/1999.
- Dehong** Lü: Missile Defense; Phantom and Reality. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 4/2000.
- Edig** Anette van: Kriegsgrund Wasser – Verteilungskonflikte im Nahen Osten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1998.
- Emmerson** Donald K.: Will Indonesia Survive? In: Foreign Affairs, May/Jun. 2000.
- Engelhardt** Tom: Japan, Amerika und die Halbwertzeit des nuklearen Triumphes. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1995.
- Fafu** Huang: Japan's Asia-Pacific Security Strategy. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 3/2002.
- Faust** Dominik A.: Effektive Sicherheit. Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems. Wiesbaden 2002.
- Fedorov** Andrei: New Pragmatism of Russia's Foreign Policy. In: International Relations, 5/1999.
- Feng** Cheng: Retrospects and Prospects of the International Strategic Situation. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 1/1997.
- Feng** Cheng: The International Strategic Situation of 1997. In: International Strategic Studies des China Institut für international Strategic Studies, 1/1998.
- Forsler** Anthony, **Wallace** William: What is NATO for? In: Survival, Vol. 43/Nr. 4, Winter 2001.
- Fouzieh** Melanie, **Pradetto** August: Osteuropa und die Erweiterung der NATO. Identitätssuche als Motiv für die Sicherheitspolitik. Hamburg 1997.
- Freeman** Jr. Chas W.: Preventing War in the Taiwan Strait. Restraining Taiwan and Beijing. In: Foreign Affairs, Jul./Aug. 1998.
- Fukuyama** Francis: The End of History and the Last Man. New York 1992.
- Fuller** Graham, **Lesser** Ian: Persian Gulf Myths. In: Foreign Affairs, May/Jun. 1997.

- Gärtner** Heinz, **Hyde-Price** Adrian, **Reiter** Erich: Europe's New Security Challenges. Boulder, London 2001.
- Gärtner** Heinz: Die Zukunft und Vergangenheit von Militärbündnissen. In: Astrid Sahn, Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hg.): Die Zukunft des Friedens: Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung. Wiesbaden 2002.
- Gärtner** Heinz: European Security and NATO. In: World Affairs, 2003.
- Gärtner** Heinz: Internationale Friedensarchitektur. In: Petra Gruber (Hg.): Friede im 21. Jahrhundert – eine entwicklungspolitische Herausforderung? Wien 2002.
- Gärtner** Heinz: Sicherheit zwischen multi- und unipolarer Welt oder Die Welt der Grautöne. In: Alfred Gusenbauer (Hg.): Netzwerk Innovation: Zukünftige Politikprojekte. Wien 2002.
- Gärtner** Heinz: U.S. and European Security: Qualified Division of Labour. In: International Politics, 2003.
- Gärtner** Heinz: USA: die unverstandene oder unverständliche Supermacht? In: Friedensbericht: Friedensforscher zur Lage 2003. Wien 2003.
- Gasteyger** Curt: Grundzüge künftiger Weltpolitik. In: Internationale Politik, 8/1999.
- Gasteyger** Curt: Security in the 21st Century: Trends and Perspectives. Genf 1999.
- Gordon** Philip H.: NATO after 11 September. In: Survival, Vol. 42/Nr. 4, Winter 2001.
- Gordon** Philip H.: Their Own Army? Making European Defense Work. In: Foreign Affairs, Jul./Aug. 2000.
- Gottwald** Jörn Carsten, **Kirchberger** Sarah: Pragmatischer Realismus. Chinesische Außenpolitik zwischen Hegemonialstreben und wirtschaftlichen Zwängen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2001.
- Götz** Roland: Geopolitische Rivalen oder Partner. Russland und China in der Region des Kaspischen Meeres. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1998.
- Goulding** Marrack: Globalization and the UN: New Opportunities, New Demand. In: International Relations, 6/1999.
- Gray** Colin S., **Sloan** Geoffrey (Hg.): The Journal of Strategic Studies: Geopolitics, Geography and Strategy. Vol. 22/Nrs. 2/3, Jun./Sept. 1999.
- Gu** Xuewu: China und die USA. In: Internationale Politik, 2/2002.
- Guoliang** Shen: Europe's Strong Opposition to U.S. NMD. In: International Strategic Studies des China Institut for International Strategic Studies, 4/2000.
- Guangkai** Xiong: Characteristics of Present International Security. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 1/1999.
- Guangkai** Xiong: China's Defense Policy. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 1/2001.
- Guangkai** Xiong: International Security Situation in the Early 21st Century and China's National Defence Policy. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 4/2001.

- Guangkai** Xiong: International Strategic Situation and China's Security Environment. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 1/2000.
- Guangkai** Xiong: Retrospect and Prospect of the International Strategic Situation. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 1/1998.
- Guangye** Lu: The Impact of Reinforcement of Japan. US-Military Alliance in the Asia-Pacific Security and World Peace. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 3/1999.
- Haisheng** Yang, **Changtai** Zhang: Harmful Effects of India's Nuclear test on World Strategic Situation. Several Factors Affecting Current International Security. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 4/1998.
- Haiheng** Yang: An Attention-Getting Readjustment of US Policy Towards South Asia. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 3/2000.
- Haiyun** Wang: Strategic Features of the war in Kosovo. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 4/1999.
- Henderson** George: Erstickte Demokratisierung im Iran. In: Internationale Politik, 3/2002.
- Hong** Shang: The U.S. National Security Strategy and its Impact on the International Security. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 3/2000.
- Huldt** Bo, **Herolf** Gunilla: The European Union and the Inclusion of a Collective Defense Clause. In: Erich Reiter, Reinhardt Rummel, Peter Schmidt (Hg.): Europas ferne Streitmacht. Hamburg, Berlin, Bonn 2002 (= Forschungen zur Sicherheitspolitik, Band 6).
- Huldt** Bo, **Rudberg** Sven, **Davidson** Elisabeth (Hg.): The Transatlantic Link. Stockholm 2001 (= Strategic Yearbook 2002 of the Swedish National Defense College).
- Huntington** Samuel P.: The Lonely Superpower. In: Foreign Affairs, Mar./Apr. 1999. Deutsch: Die einsame Supermacht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1999.
- Huntington** Samuel P.: Kampf der Kulturen. Hamburg 1997.
- Inotai** Andras: Droht der Big Bang? In: Internationale Politik, 1/2002.
- Ivanov** Igor: The Missile-Defense Mistake. In: Foreign Affairs, Sept./Oct. 2000.
- Ivashentsov** Gleb: India: Cooperation, Based on Common Goals. In: International Affairs, 2/2002.
- Jäger** Thomas: Hypermacht und Unilateralismus. Außenpolitik unter George W. Bush. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2001.
- Janning** Josef: Die Rückkehr der Werte in einer engeren Welt. In: Internationale Politik, 4/1995.
- Jiangang** Wang: US-Japanese Relations under Bush Administration. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 4/2001.
- Johannsen** Margret: Hinter Mauer und Stacheldraht? Zukunftsszenarien des Palästinakonflikts. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2002.
- Jones-Luong** Pauline, **Weinthal** Erika: New Friends, New Fears in Central Asia. In: Foreign Affairs, Mar./Apr. 2002.

- Jopp** Matthias: Langer Weg, kühnes Ziel: Gemeinsame Verteidigungspolitik. In: Europa-Archiv, Folge 13–14/1994.
- Juchler** Jakob: Die Akzeptanz der EU-Osterweiterung in den Kandidatenländern. In: Osteuropa, 7/2002.
- Kagan** Robert: Power and Weakness. In: Policy Review, June 2002. Deutsch: Macht und Schwäche. Was die Vereinigten Staaten und Europa auseinander treibt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2002.
- Kagarlitsky** Boris: Krise auf Bestellung. Der zweite Tschetschenienkrieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1999.
- Kaiser** Karl: Strategischer Partner China. In: Internationale Politik, 2/2002.
- Kaizeng** Chen: Prospects for the Relations among Great Powers in the New Century. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 2/2000.
- Kamp** Karlheinz: The National Security Strategy. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. St. Augustin, Sept. 2002.
- Kazantsev** Boris: NATO Moving East: The Aftertaste. In: International Affairs, 1/1998.
- Kazantsev** Boris: NATO: Obvious Bias to the Use of Force. In: International Affairs, 4/1999.
- Kennedy** George: Dayton: Einladung zum Schiffbruch. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1996.
- Kennedy** Paul: The Rise and Fall of Great Powers. New York 1987. Deutsch: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt am Main 1989.
- Kennedy** Paul, **Russett** Bruce: Reforming the United Nations. In: Foreign Affairs, Sept./Oct. 1995.
- Keohane** Robert, **Nye** Jr. Joseph S.: Die Informationsrevolution. In: Internationale Politik, 10/2000.
- Kinkel** Klaus: Die Öffnung der NATO für neue Mitglieder. Stabilitätspolitik für ganz Europa. In: Europäische Sicherheit, 6/1998.
- Kissinger** Henry A.: Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik. Berlin 1994.
- Kissinger** Henry A.: Does America need a Foreign Policy? New York 2001.
- Korkisch** Friedrich: Die neue Weltordnung: New World Order: Vorbilder, Hintergründe, Strukturen. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 4/1992.
- Krauthammer** Charles: The Unipolar Moment. In: Foreign Affairs, Jan. 1991.
- Krepon** Micheal: Lost in Space. The Misguided Drive Toward Antisatellite Weapons. In: Foreign Affairs, May/Jun. 2001.
- Krippendorff** Ekkehard: Die Vereinigten Staaten und Israel. Projektionsflächen für Hoffnung und Hass. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2002.
- Kruzhov** Vladimir: Neutrality in the European Political Field. In: International Affairs, 4/2000.
- Kubigg** Bernd W.: U.S.-Raketenabwehr – deutsche Optionen und Handlungsspielräume. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2001.

- Kühne** Winrich: Blockade oder Selbstmandatierung? Zwischen politischem Handlungsdruck und Völkerrecht. In: Blätter für deutsche und Internationale Politik, 5/1999.
- Kühne** Winrich: Zukunft der UN-Friedenseinsätze. Lehren aus dem Brahimi-Report. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2000.
- Laqueur** Walter: Terrorismus – Wurzeln und Wirkungen. In: Meyers Enzyklopädisches Lexikon. Band 23. Mannheim 1978.
- Leonhard** Wolfgang: Spiel mit dem Feuer. Russlands schmerzhafter Weg zur Demokratie. Bergisch Gladbach 1996.
- Lepsius** Rainer M.: Bildet sich eine kulturelle Identität in der EU? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1997.
- Linhong** Zhang: Focal Points of US Global Strategy at the Turn of the Century. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 2/1997.
- Luttwalk** Edward: Give War a Chance. In: Foreign Affairs, Jul./Aug. 1999.
- Malek** Martin: Russland und die NATO-Osterweiterung: Konfrontation oder Kooperation? In: Erich Reiter (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999. Hamburg, Berlin, Bonn 1999.
- Mandelbaum** Michael: The Ideas That Conquered the World: Peace, Democracy and Free Markets in the Twenty-first Century. New York 2000 (= Public Affairs, 2000).
- Mansfield** Edward, **Snyder** Jack: Democratization and War. In: Foreign Affairs, May/Jun. 1995.
- Maul** Hans W.: Außenpolitik in einer Welt des Wandels. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1997.
- Maynes** Charles William: Supermacht Amerika. Ist es mit der Pax Americana vorbei? In: Internationale Politik, 8/1999.
- Meier-Walser** Reinhard C. (Hg.): Die Zukunft der NATO. München 2002 (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen Nr. 34).
- Mey** H. Holger: Deutsche Sicherheitspolitik 2030. Frankfurt am Main 2001.
- Mroz** John Edwin, **Pavliuk** Oleksandr: Ukraine: Europe's Lichpin. In: Foreign Affairs, May/Jun. 1996.
- Münkler** Herfried: Den Krieg wieder denken. Clausewitz, Kosovo und die Kriege des 21. Jahrhunderts. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1999.
- Nabers** Dirk: Japan im Bündnisfall. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2002.
- Naicheng** Wang: The Impact of NATO's Eastward Expansion on Relations between U.S., Russia and Europe. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 4/1997.
- Neudeck** Götz, **Scheffran** Jürgen: Abrüstung am Ende? Zur Kontroverse um die neuen Raketenabwehrpläne der USA. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2000.
- Nye** Joseph S.: The New National Interest. In: Foreign Affairs, Jul./Aug. 1999.
- Pearson** Ian (Hg.): The Macmillan Atlas of the Future – Discover What Lies in Store for Our World in the 21st Century and Beyond. New York 1998.

- Perlmutter** Amos, **Carpenter** Ted Galen: NATO's Expensive Trip East. The Folly Enlargement. In: Foreign Affairs, Jan. 1998.
- Perthes** Volker: Irak: Wege aus der Sackgasse. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1999.
- Perthes** Volker: Marschallplan für Nahost. Sechs Empfehlungen für die europäische und amerikanische Politik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2002.
- Perthes** Volker: Wege zum zivilen Frieden. Nachbürgerkriegssituation im Vergleich. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2000.
- Polenz** Ruprecht: Für eine aufgeklärte Iran-Politik des Westens. In: Internationale Politik, 3/2002.
- Prognose der Weltbank 1994-95:** Population Reference Bureau, World Population Data Sheet 1999. Hg. von den United Nations. World Population Prospects 1998; UN Long-Range-World-Population-Projections 1950 bis 2150. New York 1992.
- Qinggong** Li: A Review of and Prospects for the World Military Situation. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 1/2000.
- Raffone** Paolo: Der Weg nach Dayton. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1996.
- Reiter** Erich (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99. Mainz 1999.
- Reiter** Erich (Hg.): Krisengebiete in Europa. Hamburg, Berlin, Bonn 2001. (= Forschungen zur Sicherheitspolitik, Band 5).
- Reiter** Erich: Bedrohungs- und Gefahrensituation von Kleinstaaten in Europa. In: Europäische Sicherheit, 12/1999.
- Reiter** Erich: Die Bedeutung neutraler Kleinstaaten für die Bildung der künftigen Hegemonialbereiche in Europa. Dargestellt am Beispiel Österreich. In: Rechts- und Sozialwissenschaftliche Reihe, 17/1997.
- Reiter** Erich: Die europäische Balkanpolitik sollte sicherheitspolitisch orientiert sein. In: Südosteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsforschung Heft 9/10, 49. Jahrgang 2000.
- Reiter** Erich: Die NATO-Reform entscheidet die eurasische Sicherheitsordnung. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 4/1997.
- Reiter** Erich: Die sicherheitspolitische Interessenslage Österreichs vor dem Hintergrund europäischer und globaler Risiken. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 4/1999.
- Reiter** Erich: Die strategische Lage nach dem 11. September. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 3/2002.
- Reiter** Erich: Die zweite NATO-Osterweiterung. Die strategische Situation und die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 1/2003.
- Reiter** Erich: Europas Sicherheit und die EU-Erweiterung. Ungenügende institutionelle Vorbereitung. In: NZZ, 29.7.2002.
- Reiter** Erich: Idea of European Federation. In: Contemporary Europe, Social and Political Research Journal, Jan. 2000.

- Reiter** Erich: NATO-Erweiterung und das neue strategisches Konzept der NATO. Wien 1999. (= Informationen zur Sicherheitspolitik, Nr. 19).
- Reiter** Erich: New Global Politics: Reflections on the Return of Geopolitics to Central Asia and It's Effect on European Security. In: Heinz Gärtner, Adrian Hyde-Price, Erich Reiter (Ed.): Europe's New Security Challenges. Boulder, London 2001.
- Reiter** Erich: NMD – National Missile Defence. (Die globale strategische Situation wird verändert). In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 5/2000.
- Reiter** Erich: Perspektiven einer europaorientierten Sicherheits- und Verteidigungspolitik Österreichs mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung eines europäischen Sicherheitssystems durch die EG. In: Strategisch-Sicherheitspolitische Studien, 1/1993.
- Reiter** Erich: Strategische Situation nach den Anschlägen in Amerika. In: Europäische Sicherheit, 8/2002.
- Reiter** Erich: Was kostet Österreich ein NATO-Beitritt; Viele Studien stiften Verwirrung. In: Die Presse, 2.12.1997.
- Reiter** Erich: Zur Entwicklung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik 2000. Hg. von der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen gemeinsam mit dem österreichischen Institut für Internationale Politik. Wien 2000.
- Reiter** Erich, **Gärtner** Heinz (Hg.): Small States and Alliances. Heidelberg, New York 2001.
- Reiter** Erich, **Hazdra** Peter (Hg.): Die sicherheitspolitische Entwicklung in Südasien. Wien 2002 (= Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik, 3/2002).
- Reiter** Erich, **Rummel** Reinhardt, **Schmidt** Peter (Hg.): Europas ferne Streitmacht. Hamburg, Berlin, Bonn 2002. (= Forschungen zur Sicherheitspolitik, Band 6).
- Reiter** Erich, **Wehrschütz** Christian F.: NATO-Erweiterung und neues strategisches Konzept. Wien 1999 (= Informationen zur Sicherheitspolitik, Nr. 19).
- Renshi** Lou: New U.S. Gunboat Policy and it's Strategic Impact. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 3/1999.
- Renshi** Luo: US Development of Missile Defense Systems Context and Possible Consequences. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 2/1999.
- Ridder** Helmut: Was die Euro-Rhetorik nicht an die große Glocke hängt – Faktoren der „europäischen Einigung“ von den Pariser Verträgen bis zur Ära Maastricht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1995.
- Roberts** Brad, **Manning** Robert A., **Montaperto** Ronald N.: China: The Forgotten Nuclear Power. In: Foreign Affairs, Jul./Aug. 2000.
- Ross** Robert: Beijing as a Conservative Power. In: Foreign Affairs, Mar./Apr. 1997.
- Rühl** Lothar: Amerikas Streben nach strategischer Autonomie. In: NZZ, 18.6.2002.
- Rühl** Lothar: Die strategische Lage zum Jahreswechsel. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 1/1998.

- Rui Wang, Wie Zhang:** A Preliminary Analysis of Russian Military Strategy. In: *International Studies*, 3/1997.
- Saplin Vasilii:** Russia and Japan Meet at Kawana. In: *International Affairs*, 4/1998.
- Scheffran Jürgen, Hagen Regina:** Europa und die Raketenabwehr; In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/2001.
- Scheffran Jürgen:** Krieg der Sterne. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/1999.
- Schellnhuber Hans Joachim, Pilardeaux Benno:** In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 51–52/1999.
- Schetter Conrad:** Das Zeitalter ethnischer Konflikte. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/2002.
- Schirmacher Frank (Hg.):** Die Darwin AG. Wie Nanotechnologie, Biotechnologie und Computer den neuen Menschen erträumen. Köln 2001.
- Schmid Josef:** Der harte Faktor der Weltveränderung: Die demographischen Entwicklungen bis zum Jahre 2050 In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 52–53/1999.
- Schmidl Erwin A.:** Der „Brahimi-Report“ und die Zukunft der UN-Friedensoperationen. In: Erich Reiter (Hg.): *Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2001*. Hamburg, Berlin, Bonn 2001.
- Schmidl Erwin A.:** Friedensoperationen nach 1945. In: Erich Reiter (Hg.): *Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 1999*. Hamburg, Berlin, Bonn 1999.
- Schmidt Christian:** Friedensstifter zweiter Wahl? Die Rolle der Europäer im Nahen Osten. In: *Internationale Politik*, 8/2001.
- Schmidt Peter, Rummel Reinhardt:** German Views on the Transatlantic Security and Defense Link. Motives, Perspectives. In: Bo Hultdt, Sven Rudberg, Elisabeth Davidson (Hg.): *The Transatlantik Link*. Stockholm 2001 (=Strategic Yearbook 2002 of the Swedish National Defense College).
- Schmidt Peter:** Die Europäische Union im Spannungsfeld von Identitätssuche und Diplomatie. In: *SWP-Zeitschriftenschau*, August 2001.
- Schmidt Peter:** Entwicklungsdimensionen der Europäischen Union. In: *SWP- Zeitschriftenschau*, Februar 2002.
- Schmitt Burkhardt:** NATO à la française. Dimensionen einer sicherheitspolitischen Wende. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/1997.
- Schneider Heinrich (Hg.):** Eine neue deutsche Europapolitik. Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen. Bonn 2002.
- Schneider Heinrich:** Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Komponente einer europäischen Sicherheitsordnung ? In: Erich Reiter (Hg.): *Österreichisches Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 1997*. Graz, Wien, Köln 1997.
- Schneider Heinrich:** Europäische Sicherheitsarchitektur. Konzeptionen und Realitäten. Frankfurt am Main 1996.
- Schneider Heinrich:** Von der gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU zur Neuaufgabe der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft? In: Erich Reiter (Hg.): *Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2002*. Band 1. Hamburg, Berlin, Bonn 2002.

- Schröder** Hans-Jürgen: Amerika als Modell: Die neue Weltordnung in historischer Perspektive. In: Europa-Archiv, Folge 5/1992.
- Schünemann** Manfred: Chancen und Risiken einer Mittellage. Die Ukraine zwischen Russland und dem Westen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1996.
- Schwarz** Klaus-Dieter: Amerikas Mission. In: SWP-Aktuell, Nr. 38, Oktober 2002.
- Segbers** Klaus: Rückbindungen deutscher Außenbeziehungen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1995.
- Senghaas** Dieter: Die fixe Idee vom Kampf der Kulturen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1997.
- Shichuan** Ding: Macro Observations of US-Strategy and Tactics of Interference in the Question of Taiwan. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, Heft 4/2000.
- Shustov** Vladimir: Russia and Security Problems in the Baltics. In: International Affairs, 1/1998.
- Silvestri** Stefano: A New World Order: Too good to be True? In: The International Spectator, Vol. 26, No. 4, 1991.
- Solms** Friedhelm: Deutsch-französische Dissonanzen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/1997.
- Sonnenfeldt** Helmut: Spannungen im transatlantischen Gebälk. In: NZZ, 6.5.2002.
- Spykman** Nicolas J., **Nicholl** Helen R.(Ed.): The Geography of the Peace. New York 1944.
- Spykman** Nicolas J.: America's Strategy in World Politics. New York 1942.
- Steinbach** Udo: Türkei: Europas Brücke zur islamischen Welt. Türkei auf Identitätssuche. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1996.
- Stocker** Leopold: Osterweiterung – Europas größte Herausforderung. Graz, Stuttgart 1998.
- Taishan** Zhang: Japans Military Strategy for the New Era. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 3/1998.
- Talbott** Strobe: Dealing with the Bomb in South Asia. In: Foreign Affairs, Mar./Apr. 1999.
- Teng-hui** Lee: Understanding Taiwan. Bridging the Perception Gap. In: Foreign Affairs, Nov./Dec. 1999.
- Thayer-Mahan** Alfred: The Influence of Sea Power upon History. New York 1987.
- Timmermann** Heinz: Die Europäische Union und Russland. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1995.
- Torkunov** Anatolij: International Relations in the Post-Kosovo Context. In: International Affairs, 1/2000.
- Touscoz** Jean: Atlas Geostrategique. Crises, Tensions et Convergences. Paris 1989.
- Trenin** Dimitrij: Russland und die neue Weltordnung. In: Internationale Politik, 10/2002.
- Tunander** Ola: Bush's Brave New World: A New World Order – A New Military Strategy In: Bulletin for Peace Proposals, 4/1991.

- Ulrich** Ralf : Explosion der Weltbevölkerung oder Implosion. In: Internationale Politik, 12/2000.
- Umbach** Frank: Veränderte Bedrohungsperzeptionen in Russland. In: Internationale Politik, 10/2002.
- Valery** Paul: Regards sur le monde actuel. Paris 1945.
- Varwick** Johannes: EU-Erweiterung: Stabilitätsexport oder Instabilitätsimport? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 1–2/2002.
- Vetschera** Heinz: Grenzen und Möglichkeiten der OSZE als Einrichtung kooperativer Sicherheit im Rahmen des „interlocking institutions“ Konzepts. Wien 1998. (= Informationen zur Sicherheitspolitik, Nr. 12.).
- Vetschera** Heinz: Kooperative Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle am Beispiel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Wien 1998.
- Wallace** William, **Zielonka** Jan: Misunderstanding Europe. In: Foreign Affairs, Jun. 1998.
- Wallander** Celeste A.: NATO's Price. Shape Up or Ship Out. In: Foreign Affairs, Nov./Dec. 2002.
- Wallerstein** Immanuel: Amerika und die Welt: Die Twin Towers als Metapher. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2002.
- Weidemann** Diethelm: Gefährliche Identitätssuche. Pakistan zwischen Orientierungslosigkeit und Indien-Fixierung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2002.
- Weidenfeld** Werner (Hg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin 1996.
- Weidenfeld** Werner (Hg.) Jenseits der EU-Erweiterung. Strategiepapier für die Bertelsmann-Stiftung 2001.
- Weidenfeld** Werner (Hg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa. Gütersloh 2001.
- Weidenfeld** Werner: Abschied von Metternich. Gedanken zur Zukunft internationaler Politik. In: Internationale Politik, 12/1999.
- Weidenfeld** Werner: Der Euro als Sprengsatz der transatlantischen Beziehungen. In: Integration, 1/1999.
- Weidenfeld** Werner: Europa Handbuch. Gütersloh 1999.
- Weidenfeld** Werner: Europas neues Gesicht. In: Internationale Politik, 11/1997.
- Weidenfeld** Werner: Jenseits des Selbstverständlichen: Europa und USA brauchen einen Neubeginn. In: Europa-Archiv, Folge 13–14/1994.
- Weiß** Norman: 25 Jahre KSZE/OSZE. Herausforderungen und Wandel. Universität Potsdam. Abgerufen am 10.11.2002 <<http://www.uni-potsdam.de>>.
- Wenjing** Yan: The Asia-Pacific Security Situation in 2001. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 1/2002.
- Wenqing** Xie: US TMD and Taiwan. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 3/2000.
- Wette** Wolfram: Sonderwege oder Normalität? Zur Diskussion um die internationale Position der Bundesrepublik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1995.

- Wie Chen:** The Sino–U.S.–Japan Relations at the Turn of the Century. In: International Strategic Studies des China Institut für International Strategic Studies, 4/2000.
- Wöhlcke Manfred:** Konsequenzen des globalen Bevölkerungswachstums für die internationale Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 10/1999.
- Wolf Jörg:** Wie riskant ist die EU-Politik zur Stabilisierung Nordafrikas? In: Erich Reiter (Hg.): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2001. Hamburg, Berlin, Bonn 2001.
- Xiaogang Xu:** Bush Administration: Russia's Policy and trends of the Russian Relations. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 3/2001.
- Xuansheng Cheng:** New Changes in Post-Cold-War. Europe–US-Relations. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 4/1998.
- Yanwei Kui:** World Military Situation in the New Century. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 2/2002.
- Yimin Xu, Jingzhi Xu:** Common Global and Prospects. Viewing Sino–US–Japanes Relations from a Strategic Perspective. Growth of China's Economy and Prospects for Economic Cooperation among China. The USA and Japan. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 2/1998.
- Youguo Jin:** Sino-Japanese Relations at the Dawn of the Century. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 2/2001.
- Yunjuan Sun:** Current Japan-Russian Relations and Trends. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 3/1998.
- Zellner Wolfgang:** Die OSZE zwischen organisatorischer Überforderung und politischem Substanzverlust. In: Ulrich Ratsch, Reinhart Mutz, Bruno Schoch (Hg.): Friedensgutachten 2000. Münster 2000.
- Zhong Wang, Jilong Sun:** Views On Current Russia - US Relations. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, 2/2002.
- Zhung Shengfu:** A Preliminary Analysis of India's National Security Strategy. In: International Strategic Studies des China Institute for International Strategic Studies, Heft 1/2001.
- Zinkin Maurice:** India the New Tiger. In: International Relations, 12/1997.
- Zumach Andreas:** Rambouillet, ein Jahr danach. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2000.

2. Weiterführende Literatur

- Baier Stephan:** Osterweiterung. Europas größte Herausforderung. Graz 1998.
- Bertram Christoph:** Europa in der Schwebe – der Friede muss noch gewonnen werden. Bonn 1997.
- Booth Ken, Smith Steve:** International Relations Theory Today. In: Polity Press, 1995.
- Borchert Heiko:** Europas Sicherheitsarchitektur. Erfolgsfaktoren – Bestandsaufnahme – Handlungsbedarf. Baden-Baden 1999 (= Nomos Universitätschriften: Politik, Band 102).
- Brill Heinz:** Geopolitik heute. Deutschlands Chance? Frankfurt am Main 1994.

- Brzezinski** Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Weinheim, Berlin 1997.
- Buck** Felix: Geopolitik 2000. Weltordnung im Wandel. Deutschland in der Welt am Vorabend des 3. Jahrtausends. Frankfurt am Main 1996.
- Czempiel** Ernst-Otto: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert. München 1999.
- Czempiel** Ernst-Otto: Neue Sicherheit in Europa. Eine Kritik an Neorealismus und Realpolitik. Frankfurt 2002.
- Czempiel** Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen. München 2002.
- Daase** Christopher, **Feske** Susanne, **Peters** Ingo (Hg.): Internationale Risikopolitik. Baden-Baden 2002.
- Gärtner** Heinz: Hegemoniestrukturen und Kriegsursachen. Wien 1983.
- Gärtner** Heinz: Modelle zur europäischen Sicherheit. Wien 1997.
- Gärtner** Heinz, **Hyde-Price** Adrian, **Reiter** Erich (Hg.): Europe's New Security Challenges. Boulder, London 2001.
- Hamm** Brigitte, **Fues** Thomas: Die Weltkonferenzen der neunziger Jahre: Spielwiese oder Zukunftsmodell globaler Problemlösungen? In: Friedensgutachten 2000. Münster 2000.
- Hochleitner** Erich P. (Hg.): Das europäische Sicherheitssystem zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wien, Köln, Weimar 2000.
- Höffe** Otfried: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. München 1999.
- Kennan** George F.: Die Schicksalhafte Allianz. Frankreich und Russland am Vorabend des ersten Weltkrieges. Köln 1984.
- Kennedy** Paul: The Rise and Fall of Great Powers. New York 1987. Deutsch: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt am Main 1989.
- Kennedy** Paul: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main 1993.
- Konfliktbarometer 2001**. Zehnte jährliche Konfliktanalyse. Hg. vom Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung e.V. Heidelberg 2001.
- Laqueur** Walter: Europa auf dem Weg zur Weltmacht 1945–1992. München 1992.
- Laqueur** Walter: Die globale Bedrohung. Neue Gefahren des Terrorismus. München 2001.
- Meier-Walser** Reinhard C., **Luther** Susanne (Hg.): Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. Hg. von der Hanns-Seidl Stiftung. München 2002.
- Meier-Walser** Reinhard C., **Rill** Bernd (Hg.): Der Europäische Gedanke. Hintergrund und Finalität. München 2001.
- Meier-Walser** Reinhard C.: Europa und die USA: transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Rationalisierung und Globalisierung. München 2002.

- Meier-Walser** Reinhard C., **Lange** Klaus: Die Osterweiterung der NATO. Die Positionen der USA und Russlands. München 1996 (= Aktuelle Analyse 3).
- Mennel** Rainer: Der Balkan. Einfluss und Interessensphären. Eine Studie zur Geostrategie und politischen Geographie eines alten Konfliktraumes. Osnabrück 1999.
- Mey** Holger H.: Deutsche Sicherheitspolitik 2030. Frankfurt am Main 2001.
- The Military Balance 2001/2002**. Hg. vom International Institute for Strategic Studies. Oxford 2001.
- Münkler** Herfried: Terrorismus als Kommunikationsstrategie. Die Botschaft des 11. September. In: Internationale Politik, 56/2001.
- Naumann** Klaus: Frieden – der noch nicht erfüllte Auftrag. Hamburg 2002.
- Perthes** Volker: Vom Krieg zur Konkurrenz: Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung. Ebenhausen 2000 (= Internationale Politik und Sicherheit, Band 49).
- Perthes** Volker: Geheime Gärten. Die neue arabische Welt. Berlin 2000.
- Regelsberger** Elfriede (Hg.): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Profilsuche mit Hindernissen. Bonn 1993 (= Arbeitskreis Europäische Integration des Institutes für Europäische Politik, Analysen 9).
- Reiter** Erich (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999, 2000, 2001 und 2002. Hamburg, Berlin, Bonn 1999 ff.
- Reiter** Erich , **Schöpfer** Gerald (Hg.): Wirtschaft und Sicherheitspolitik. Graz, Wien, Köln 1999 (= Forschungen zur Sicherheitspolitik, Nr. 4).
- Reiter** Erich, **Karner** Stefan, **Schöpfer** Gerald (Hg.): Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990. Graz 2002 (= Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Band 5).
- Rode** Reinhard: Weltregieren durch internationale Wirtschaftsorganisationen. Halle 2001.
- Scherpenberg** Jens van, **Schmidt** Peter (Hg.): Stabilität und Kooperation: Aufgaben internationaler Ordnungspolitik. Ebenhausen 2000 (= Internationale Politik und Sicherheit, Band 50).
- Schneider** Heinrich: Europäische Sicherheitsarchitektur. Konzeptionen und Realitäten. Frankfurt am Main 1996.
- Schwarz** Klaus-Dieter: Bushs Revolution in Military Affairs. Konturen einer amerikanischen Militärstrategie. Studie der Stiftung für Wissenschaft und Forschung. Berlin 2001.
- Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen**. Hg. von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Hamburg 2001.
- Tetzlaff** Rainer: Failing States in Afrika. Kunstprodukte aus der Kolonialzeit und europäische Verantwortung. In: Internationale Politik, 55/2000.
- Weidenfeld** Werner (Hg.): Amsterdam in der Analyse. Strategien für Europa. Gütersloh 1998.
- Wellershof** Dieter: Mit Sicherheit. Neue Sicherheitspolitik zwischen Gestern und Morgen. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1999.